



Landtag von Baden-Württemberg

93. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 1. Juni 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 18:45 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6535	1. Aktuelle Debatte – Bundesregierung am Ende – Konsequenzen verfehlter rot-grüner Politik für das Land – beantragt von der Fraktion der CDU	6539
Benennung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landesstiftung gGmbH	6535	Abg. Mappus CDU	6539, 6545
Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater	6535	Abg. Drexler SPD	6541, 6546
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und Gremien	6535	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	6542, 6547
Antrag, den Antrag der Fraktion der SPD – Vorrang für Arbeitsplätze – Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren der Passagierfluglizenz für Lahr –, Drucksache 13/4315, für dringlich zu erklären	6535	Abg. Kretschmann GRÜNE	6544, 6553
Abg. Drexler SPD (zur Geschäftsordnung)	6535	Minister Stächele	6549
Abg. Mappus CDU (zur Geschäftsordnung)	6536	2. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Zukunft der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/3770	6554
Abg. Dr. Caroli SPD (zur Geschäftsordnung)	6537	Abg. Marianne Wonnay SPD	6554, 6562
Abg. Boris Palmer GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	6538	Abg. Klenk CDU	6555
Beschluss	6539	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	6557
Antrag, den Antrag der Fraktion der SPD – Aufhebung der Haushaltssperre für das Förderprogramm Geothermie –, Drucksache 13/4314, für dringlich zu erklären	6539	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	6558
Abg. Schmiedel SPD (zur Geschäftsordnung)	6539	Minister Renner	6560
Beschluss	6539	Ministerin Dr. Annette Schavan	6564
		Abg. Seimetz CDU (zur Geschäftsordnung)	6565
		Beschluss	6565
		3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/4263	6566
		Abg. Birzele SPD	6566, 6573
		Abg. Oelmayer GRÜNE	6567
		Abg. Schneider CDU	6569

Abg. Theurer FDP/DVP	6570	Baden-Württembergs: Die Regionen – Druck-	
Minister Rech	6571	sache 13/2527	6594
Beschluss	6574	Abg. Junginger SPD	6594, 6600
4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion		Abg. Dr. Birk CDU	6595
der SPD – Gesetz zur Stärkung der Beteili-		Abg. Hofer FDP/DVP	6596
gungsrechte von Jugendlichen – Drucksache		Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	6598
13/4264	6574	Staatssekretär Dr. Mehrländer	6599
Abg. Bayer SPD	6574, 6581	Beschluss	6602
Abg. Schebesta CDU	6576	8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme	
Abg. Kleinmann FDP/DVP	6577	des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	6578	Raum – Wirksamkeit der bestehenden gesetzli-	
Staatssekretär Rau	6579	chen Regelungen für den Naturschutz in Ba-	
Beschluss	6582	den-Württemberg – Drucksache 13/2538	6602
5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen		Abg. Dr. Caroli SPD	6602, 6612
Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauf-		Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	6604
tragten für den Datenschutz vom 1. Dezember		Abg. Drautz FDP/DVP	6605
2004 – Fünfundzwanzigster Tätigkeitsbericht		Abg. Walter GRÜNE	6606
des Landesbeauftragten für den Datenschutz		Minister Hauk	6608
in Baden-Württemberg – Drucksachen 13/3800,		Beschluss	6613
13/4234	6582	9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme	
Abg. Dr. Lasotta CDU	6582	des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport –	
Abg. Wichmann SPD	6583	Erhebung von Unterrichtsversorgung und Un-	
Abg. Theurer FDP/DVP	6584	terrichtsausfall an baden-württembergischen	
Abg. Oelmayer GRÜNE	6585	Schulen – Starttermin und Kosten des Pro-	
Minister Rech	6587	jekts „Schulverwaltung am Netz“ – Drucksache	
Beschluss	6588	13/2563	6613
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus-		Abg. Käppeler SPD	6613
schusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs		Abg. Traub CDU	6615
vom 18. Januar 2005 – Beratende Äußerung zur		Abg. Kleinmann FDP/DVP	6616
Vergabe von Gutachten durch die Ministerien		Abg. Renate Rastätter GRÜNE	6616
– Drucksachen 13/3960, 13/4200, 13/4366	6589	Staatssekretär Rau	6617
Abg. Veronika Netzhammer CDU	6589	Beschluss	6621
Abg. Schmid SPD	6590	10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6591	des Sozialministeriums – Novellierung des Lan-	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	6592	desgleichberechtigungsgesetzes – Drucksache	
Staatssekretär Hillebrand	6593	13/2593	6622
Beschluss	6594	Beschluss	6622
7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah-		Nächste Sitzung	6622
me des Wirtschaftsministeriums – Weiterent-		Anlage 1	
wicklung der Region Stuttgart – Drucksache		Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in	
13/2526		verschiedenen Ausschüssen und Gremien	6623
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah-		Anlage 2	
me des Wirtschaftsministeriums – Die Stärke		Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im	
		Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	6624

Protokoll

über die 93. Sitzung vom 1. Juni 2005

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Dr. Döring und Teßmer erteilt.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Professor Dr. Frankeberg und heute Nachmittag Frau Ministerin Dr. Schavan.

Meine Damen und Herren, nach § 6 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Landesstiftung setzt sich deren Aufsichtsrat zur einen Hälfte aus Vertretern des Landtags und zur anderen Hälfte aus Vertretern der Landesregierung zusammen. Herr Ministerpräsident Oettinger, der bisher als Vertreter des Landtags in den Aufsichtsrat der Landesstiftung entsandt war, wird diesem Gesellschaftsorgan künftig amtsbezogen als Vertreter der Landesregierung angehören. Der Finanzminister hat daher gebeten, für diesen vakant gewordenen Sitz ein neues Mitglied zu benennen. Die CDU-Fraktion hat dafür das Vorschlagsrecht. Sie hat Herrn Abg. Stefan Mappus benannt.

Ich darf feststellen, dass Sie diesem Vorschlag zustimmen. – Kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nach dem Theatervertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart gehören dem Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater sechs Abgeordnete an, die vom Landtag für eine Amtsdauer von fünf Jahren gewählt wurden. Herr Abg. Oettinger, der damals als Vertreter des Landtags in diesen Verwaltungsrat gewählt wurde, hat dieses Mandat nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten niedergelegt. Auch hier schlägt die CDU-Fraktion Herrn Abg. Stefan Mappus vor. – Ich darf auch hier die Zustimmung des hohen Hauses feststellen.

Auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und Gremien (*Anlage 1*) und eine Vorschlagsliste der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport (*Anlage 2*). – Ich darf auch hier feststellen, dass Sie diesen Vorschlägen zustimmen.

Schließlich liegt Ihnen eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 3. Mai 2005 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 13/4294

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Antrag der Landesregierung vom 10. Mai 2005 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 13/4320

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 17. Mai 2005 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet – Drucksache 13/4346

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

4. Mitteilung des Finanzministeriums vom 25. Mai 2005 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2005 (Januar bis März) – Drucksache 13/4357

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

*

Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, unseren Antrag betreffend Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren bezüglich der Passagierfluglizenz für Lahr für dringlich zu erklären. Diesen Antrag haben wir im Präsidium eingebracht. Für uns unverständlich hat die Mehrheit die Dringlichkeit dieses Antrags verneint. Wir verstehen das deswegen nicht, weil in Lahr ein privater Betreiber jetzt 10 Millionen € investieren will und eine Lizenz für den Betrieb mit Passagierflugzeugen beantragt hat. Dieser private Betreiber will den Flughafen also ohne staatliche Subventionen betreiben. Im Übrigen hat dieser Flughafen mit 3 475 Metern die längste Start- und Landebahn in Baden-Württemberg, wobei die Start- und Landebahn in einem hervorragenden baulichen Zustand ist. Die Betonpiste der Start-

(Drexler)

und Landebahn ist sogar tragfähiger als die Bahnen des Frankfurter Flughafens. Bisher haben die Betreibergesellschaft, die Plane Station Group, und ihre Vorgänger insgesamt schon 14 Millionen € in den Flughafen Lahr investiert. Deswegen verstehen wir nicht, dass die Landesregierung jetzt gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs vorgeht, das feststellt, dass die Passagierfluglizenz erteilt werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verstehen das Verhalten der Landesregierung auch deswegen nicht, weil wir anderen Flughäfen massiv Geld zuschießen, staatliches Geld, das wir im Grunde genommen gar nicht haben. Das Land subventioniert jetzt über den Flughafen Stuttgart den Flughafen Söllingen mit jährlich 5,88 Millionen €, wogegen wir schon früher waren.

Die Aufrechterhaltung einer Blockade durch die Landesregierung können wir nur so verstehen, dass man aus ideologischen Gründen die Investitionen in Söllingen schützen will. Das ist also nicht Marktwirtschaft, sondern staatlicher Dirigismus. Deswegen verstehen wir weder, dass hier die FDP/DVP mitmacht, noch verstehen wir, dass die CDU bei diesem Unsinn mitmacht. Wir verstehen das überhaupt nicht, denn wir haben ja sogar bei der Bundesbahn in der Zwischenzeit Wettbewerb zugelassen und fördern diesen. Warum dann nicht zum Beispiel auch beim Flugverkehr? Das ist für uns überhaupt nicht verständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Noch unverständlicher wird das Ganze dadurch, dass Sie im Parlament darüber überhaupt nicht diskutieren wollen. Wir sind der Auffassung, dass das ins Parlament gehört. Wir haben gehört, dass Herr Stächele, der nun kein unwichtiger Minister ist – oder er ist unwichtig, eines von beidem –, der Auffassung ist, dass die Passagierfluglizenz erteilt werden sollte, Herr Rau auch. Sogar Herr Oettinger hat im Vorfeld seiner Nominierung signalisiert – das haben wir der Presse entnommen –, man könne sich vorstellen, diese Lizenz an Lahr zu geben. Jetzt wird sie nicht gegeben. Sogar in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts unter dem Ministerpräsidenten, der verkündet hat, dass Arbeitsplätze Vorrang vor allem hätten, ging es um die Blockade der Zulassung der Passagierfluglizenz für Lahr. Das ist schon interessant, Herr Ministerpräsident.

Deswegen beantragen wir diese dringliche Debatte. Der Antrag liegt vor. Wir sind der Meinung, dass der Antrag dringlich ist, weil wir nicht wollen, dass ein privater Investor durch staatliche Maßnahmen, nämlich durch Prozesse, in Zukunft davon abgehalten wird, in Lahr zu investieren. Es ist ja abenteuerlich, es ist ja fast Staatssozialismus, wenn man vom Staat her versucht, durch Prozesse einen Unternehmer, der Geld für Investitionen geben will, daran zu hindern, diese Investitionen zu tätigen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine abenteuerliche Geschichte. Wir hoffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie uns folgen. Denn ich glaube, es ist der baden-württembergischen Bevölkerung nicht klar zu machen, dass bis ins Jahr 2014 jährlich 5,8

Millionen € an einen Flughafen gegeben werden und dass einem anderen Flughafen, der eine tolle Start- und Landebahn hat und alles privat, also ohne staatliche Unterstützung, betreibt, die Fluglizenz nicht erteilt wird. Darüber wollen wir heute mit Ihnen reden, damit es nicht zu dieser Verzögerungstaktik kommt. Wir gehen auch davon aus, dass wir im Parlament eine Mehrheit für diese Haltung bekommen, wenn sich die FDP/DVP auf ihre früheren Aussagen beruft und die CDU die Abstimmung freigibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Drexler, ich verstehe die Aufregung bei diesem Thema jetzt wirklich nicht. Die Sachlage ist doch eigentlich eindeutig.

(Zuruf von der SPD: Dann lasst uns doch debattieren!)

Erstens: Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat nicht gesagt, es müsse genehmigt werden. Das ist der große Unterschied. Wenn er das gesagt hätte, hätten Sie Recht. Das hat er aber gerade nicht gesagt, sondern hat in seinem Urteil einzelne Punkte angesprochen und zur Neubescheidung beim Regierungspräsidium zurückverwiesen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Moment! – Dagegen hat die Landesregierung Beschwerde eingelegt, und zwar aus einem eigentlich auch für Sie notwendigen Grund. Denn der Hauptbegründungspunkt in diesem Urteil sagt eigentlich nichts anderes, als dass verschiedene Punkte in der Landesplanung, so, wie wir sie hier weitestgehend einstimmig beschlossen haben, nicht mehr relevant sind. Meine Damen und Herren, es kann auch nicht das Interesse der SPD sein, dass für Landesplanung – beschlossen durch das höchste Parlament in diesem Land – in Zukunft keine Notwendigkeit mehr besteht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb war es eine prinzipielle Frage, dass geklärt wird, ob dies so ist – dann könnten wir den Landesentwicklungsplan in den Müllkorb werfen – oder ob dies nicht so ist. Ich bin der letzteren Meinung. Um das zu klären, muss man eigentlich nach Leipzig, und deshalb gibt es das Beschwerdeverfahren. Dieses Beschwerdeverfahren ist eine relativ kurzfristige Angelegenheit. Das Ergebnis ist im September/Oktober da.

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie!)

Deshalb, Herr Drexler, ist die Diskussion heute a) nicht notwendig, weil das Verfahren läuft, und b) nicht sinnvoll, weil das Beschwerdeverfahren entweder durchgeht – dann wird nach Leipzig gegangen – oder nicht durchgeht. In letzterem Fall geht das Genehmigungsverfahren zurück zum Regierungspräsidium und wird dort schnellstmöglich geklärt, und zwar im Zweifel dann in Ihrem Sinne, so, wie Sie es verlangt haben, nämlich in Form einer Genehmigung.

(Mappus)

Meine Damen und Herren, ein zweiter Punkt: Es gibt natürlich schon Sachargumente, die man beachten muss.

Übrigens: Ihr Wahlkreisabgeordneter vor Ort hat bei diesem Thema einen doppelten Salto hingelegt. Heute ist er ein vehementer Befürworter des Flughafens Lahr.

(Abg. Fleischer CDU: Das war einmal anders!)

Es gab aber auch Veranstaltungen, wo das ganz anders war.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich kann Ihnen da eine ganze Armada von Zeugen benennen, die Ihnen bestätigen können, dass es da eine Veranstaltung gab, in der jemand mit einem Transparent vor dem Flughafen stand und vehement gegen eine Genehmigung war.

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Das war zufälligerweise der gleiche Abgeordnete, der heute vehement dafür ist. Ich sage das nur.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Landebahn, Herr Drexler, ist immer noch gleich lang, sie ist immer noch mit dem gleichen Beton betoniert. Es ist alles immer noch gleich, aber Ihr Abgeordneter behauptet das Gegenteil von dem, was er vor sechs Jahren gesagt hat.

(Abg. Drexler SPD: Ist klar!)

Das muss man der Fairness halber auch in diesem Raum einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Lachen des Abg. Drexler SPD)

Dritter Punkt: Die Aussage, die Veranstaltung würde das Land Baden-Württemberg nichts mehr kosten, ist nicht ganz korrekt. Wenn dem Flughafen Lahr die beantragte Lizenz erteilt würde, müsste das Land aufgrund gesetzlicher Regelungen rund 800 000 € Gebühren im Jahr zahlen, Tendenz steigend. Insofern: Wenn man das will – es gibt sicherlich Gründe, die dafür sprechen –, sollte man die Karten bitte komplett auf den Tisch legen. Umsonst ist das für das Land nicht zu haben. Ob auf Dauer keine Zuschüsse gewollt werden, warten wir dann getrost einmal ab.

Vierter Punkt, meine Damen und Herren: Wir haben im Landesentwicklungsplan festgelegt, dass wir in einem Radius von 40 Kilometern Luftlinie nicht mehr wollen als einen Flughafen in Stuttgart, einen Flughafen in Söllingen, einen Flughafen in Straßburg, einen Flughafen in Basel/Mulhouse, einen Flughafen in Zürich und einen Flughafen in Friedrichshafen, also sechs Flugplätze in einem Radius von 40 Kilometern.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das hat nichts mehr mit Marktwirtschaft zu tun,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Drexler, sondern das hat etwas mit Ordnungspolitik zu tun,

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

weil wir alle wissen, dass wir in diesem Areal mehr als genügend Flugplätze haben und dass deshalb ein weiterer Passagierflughafen ordnungspolitisch nicht notwendig ist. Aus diesen Gründen halte ich das von der Landesregierung gewählte Verfahren für absolut gerechtfertigt und Ihren Antrag für überflüssig. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Fleischer CDU: Wendehälschen!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu den Anwürfen des Herrn Mappus. Wenn Vertreter der FDP/DVP – ich spreche zur Geschäftsordnung – und der CDU bei diesem Thema in den letzten Wochen die Meinung wie die Hemden gewechselt haben, sollte man mit Anwürfen dieser Art vorsichtig sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Denn unter gänzlich geänderten Rahmenbedingungen hat die SPD vor zehn Jahren, Herr Mappus, ihre Meinung zu diesem Thema geändert und seitdem durchgehalten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das sage ich hier ausdrücklich. Es ist noch nirgendwo verboten gewesen, noch ist es abwegig, zu neuen und besseren Erkenntnissen vorzudringen. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich. Das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Mappus CDU: Welche?)

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema: Der VGH in Mannheim hat die Revision nicht zugelassen. Er hat nur zugelassen, dass Sie Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesverwaltungsgericht einlegen. Das heißt im Klartext: Wenn Sie von dieser Beschwerde absehen würden, ergäbe sich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung am Standort Lahr zeitnahe Planungssicherheit, und damit würde dem privaten Betreiber sofort – ich sage ausdrücklich „sofort“, denn jeder Tag, der verstreicht, kostet immens Geld – die Möglichkeit eingeräumt, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen und für den Arbeitsmarkt in Lahr Impulse zu setzen.

Meine Damen und Herren, Lahr hat über 12 % Arbeitslose. Lahr ist die Stadt in Baden-Württemberg, die die größten Konversionslasten zu tragen hat, und es besteht die Gefahr, dass sie jetzt Opfer der Planung eines Konzerns wird. Ich spreche von der Firma Grohe, wo 1 500 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Zusätzlich!)

und wo bis Ende der Woche möglicherweise eine fatale Entscheidung im Raum steht. Vor diesem Hintergrund zu

(Dr. Caroli)

sagen: „Wir verschieben und verzögern, wir ermöglichen diese wirtschaftlichen Impulse nicht“, ist ein starkes Stück.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Hauk)

Meine Damen und Herren, die ganze Region würde davon profitieren. Die Plane Station Group ist bereit, nach den 14 Millionen € weitere 10 Millionen € zu investieren.

In Lahr gibt es ein Aktionsbündnis zur Rettung der eben genannten 1 500 Arbeitsplätze; Koordinator ist neben dem Oberbürgermeister der baden-württembergische Wirtschaftsminister.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie deshalb auf, ökonomische Verantwortung zu ergreifen, sich um die Arbeitsplätze vor Ort zu kümmern und diese Beschwerde zurückzuziehen.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht zur Geschäftsordnung! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

All das, was ich jetzt hier erwähnt habe, zeigt die Dringlichkeit. Sie können überhaupt nicht begründen, warum gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wo es in Lahr diese gravierenden Veränderungen gibt, die Befassung mit diesem Thema nicht dringlich sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob der Antrag im Sinne der Geschäftsordnung dringlich ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Allerdings wird mittlerweile ohnehin eine inhaltliche Debatte geführt. Ob die Dringlichkeit bejaht wird oder nicht, entscheidet die Mehrheit in diesem Haus. Daher wissen wir, wie die Sache ausgehen wird.

Ich finde allerdings, dass die beiden Fraktionen meiner Vorredner jeweils einem Irrtum unterliegen, denn keine der beiden Positionen ist nachvollziehbar.

(Lachen des Abg. Mappus CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD, ich wundere mich, dass Sie mittlerweile offensichtlich denselben Kurs wie Ministerpräsident Beck in Rheinland-Pfalz fahren, der sagt, er mache keinen Mopsfledermaus-Wahlkampf. Der Unterschied zwischen ihm und einer Mopsfledermaus ist eigentlich nur, dass die Fledermaus Flügel hat.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wenn er sagt, einen solchen Wahlkampf mache er nicht, macht er nichts anderes, als Ökologie gegen Ökonomie auszuspielen.

(Zuruf von der SPD)

Sie machen dasselbe. Sie verabschieden sich von der Ökologie und wollen auf einer Strecke von 50 Kilometern drei Flughäfen eröffnen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Das ist kein Passagierflughafen. – Sie wollen drei Flughäfen im Umkreis von 50 Kilometern.

(Abg. Drexler SPD: Der steht doch schon!)

Sie wollen die Planungshoheit des Landes aufgeben und sich von Gerichten vorschreiben lassen, wo Flughäfen zu eröffnen sind und wo nicht. Da machen wir nicht mit.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist doch völlig unökologisch, jetzt noch einen Konkurrenzkampf der Billigflughäfen zu eröffnen. Das führt doch nur dazu, dass niemand mehr vernünftige Lande- und Startgebühren erheben kann, weil sich die Wettbewerber gegenseitig runterkonkurrieren.

(Abg. Drexler SPD: Das Recht haben sie nach EU-Recht!)

Dieses Überangebot wollen Sie noch befördern, und Sie bringen dabei noch die Firma Grohe ins Spiel. Das finde ich absurd. Das ist antiökologisch.

(Abg. Drexler SPD: Der Beton liegt doch schon! Der Beton liegt schon da!)

– Aber das wird nicht genutzt. Sie sollten sich fragen lassen, was die Konsequenzen Ihres Kurses wären.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Birzele SPD: Er hat noch kein Wort zur Dringlichkeit gesagt! Kein Wort! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich habe keine Probleme mit Beifall für die richtigen Worte. Aber die Regierungsfractionen kriegen ja ihr Fett auch noch ab.

Meine Damen und Herren von der Regierungsseite,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie können nicht gleichzeitig gegen Lahr vorgehen und Söllingen subventionieren. Das geht nun wirklich auch nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

6 Millionen € pro Jahr, 78 Millionen € insgesamt aus dem völlig klammen Landeshaushalt stecken Sie in den absurden Flughafen Söllingen. Wenn Sie gegen Lahr sind, dann müssen Sie endlich diese Landessubventionen stoppen. Jeder Billigflugpassagier in Söllingen bekommt aus unserem Landeshaushalt, aus dem wir nicht einmal vernünftig Lehrer und Sprachförderung für Kinder bezahlen können, 20 € in die Tasche gesteckt.

(Unruhe)

Das ist Ihre antiökologische Politik. Die ist genauso falsch. Wir fordern:

(Abg. Drexler SPD: Raus mit dem Beton aus Baden-Württemberg! – Abg. Birzele SPD: Der Kollege hat es fertig gebracht, kein Wort zur Geschäftsordnung zu sprechen! – Gegenruf des Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat doch keiner gemacht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Doch, ich habe zur Geschäftsordnung gesprochen!)

(Boris Palmer)

Schluss mit den Subventionen für die Billigflieger und auf gar keinen Fall Aufgabe der Planungshoheit des Landes für Flughäfen in der Form, wie es die SPD vorschlägt.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Wir kommen nun zur Abstimmung. Es ist die Frage, ob die Dringlichkeit des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4315, bejaht wird. Wer sich für die Dringlicherklärung dieses Antrags ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Das Letztere war die Mehrheit, die Dringlicherklärung ist abgelehnt. Dieser Antrag kommt daher heute nicht auf die Tagesordnung.

Bitte schön, Herr Abg. Schmiedel, zur Geschäftsordnung.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Drexler SPD zur CDU: Ihr lehnt ja im Präsidium alle Anträge ab! Deshalb müssen wir sie eben hier behandeln!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, den Antrag Drucksache 13/4314 – Aufhebung der Haushaltssperre für das Förderprogramm Geothermie – für dringlich zu erklären.

Ich begründe den Antrag, diesen Antrag heute für dringlich zu erklären, wie folgt: Im Präsidium wurde die Dringlichkeit dieses Antrags mit der Begründung verneint, dass die Haushaltssperre Ende dieses Monats eh auslaufe und das Programm dann in Kraft treten würde.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir wissen, dass es in der Zwischenzeit eine weitere Verlängerung um mindestens drei Wochen gibt. Dann gibt es einen neuen Beschluss der Landesregierung. Was dieser neue Beschluss beinhalten wird, wissen wir nicht.

Am 8. März hat der frühere Ministerpräsident Teufel zusammen mit dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister die Einrichtung eines Förderbereichs „Oberflächen-nahe Geothermie“ verkündet. Wir haben das begrüßt, denn es handelt sich um keine Kleinigkeit. Das Potenzial der Geothermie wird von der Umweltministerin auf 5,5 % des Wärmebedarfs aller Haushalte in Baden-Württemberg geschätzt. Wenn dieses Potenzial genutzt würde, würde das zu einer jährlichen Einsparung von 450 Millionen Litern Heizöl führen. Damit könnte der Ausstoß von 900 000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden. Also wahrlich keine Kleinigkeit!

Wir sind auch froh, dass es Investoren gibt, die bereitstehen, in diesem Bereich tätig zu werden. Wir sind auch froh, dass es Unternehmen gibt, die bereit sind, in diesem Bereich tätig zu werden.

Was Sie jetzt mit dem Förderprogramm veranstalten, ist jedoch völlig kontraproduktiv. Aus früheren Erfahrungen wissen wir, dass es nichts Schlimmeres gibt als ein Förderprogramm, das im Stop-and-go-Rhythmus läuft: Es wird angekündigt, Erwartungen werden geweckt, dann macht man sich auf den Weg, beschäftigt sich damit, formuliert Anträge, und dann wird das Programm ausgesetzt. Dann wird an-

gekündigt, es trete wieder in Kraft. Es passiert aber wieder nichts, es wird wiederum etliche Monate vertröstet.

Deshalb: Wenn wir in diesem Feld etwas erreichen wollen, müssen wir heute ein klares Zeichen setzen. Deshalb fordern wir die Behandlung dieses Themas in der heutigen Sitzung und einen Beschluss des Parlaments, die Haushaltssperre für diesen wichtigen Bereich aufzuheben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Es liegen dazu keine Wortmeldungen vor.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Regierung sprachlos, Regierungsfraktionen auch!)

Ich lasse über den Antrag, den Antrag Drucksache 13/4314 für dringlich zu erklären, abstimmen. Wer der Dringlicherklärung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit.

Ich möchte noch darum bitten, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zukünftig solche Geschäftsordnungsdebatten anzukündigen, damit man sich entsprechend vorbereiten kann.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Bundesregierung am Ende – Konsequenzen verfehlter rot-grüner Politik für das Land – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gilt die übliche Redezeit für eine Aktuelle Debatte: jeweils fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und jeweils fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die Opposition diese Debatte nicht unbedingt führen will, kann ich verstehen. Dass sie mit ein paar Geschäftsordnungstricks versucht hat, die Aktuelle Debatte etwas zu verzögern,

(Abg. Fischer SPD: Nein, nein!)

kann ich auch verstehen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Fleischer CDU)

Aber, meine Damen und Herren, sie bleibt Ihnen nicht so ganz erspart. Das Stück, das Sie in Berlin gerade frei nach dem Motto „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ aufführen, werden wir auch hier behandeln, und zwar am heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Das ist wirklich überzeugter Föderalismus!)

– Zum Föderalismus komme ich gleich noch, Herr Schmid.

Wir alle, inklusive der meisten von Ihnen, um nicht zu sagen: allen von Ihnen, haben am Sonntagabend der NRW-

(Mappus)

Wahl mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass wir jetzt Neuwahlen im Bund brauchen. Die Begründung hierfür war bemerkenswert. Die Begründung des Bundeskanzlers lautete, man müsse endlich die Blockadehaltung der Opposition dadurch durchbrechen, dass man jetzt Neuwahlen durchführt, um klare Verhältnisse zu schaffen.

Diese Begründung ist in vielerlei Hinsicht geradezu schizophren. Erstens: Die Behauptung von der Blockadehaltung stimmt nicht. In verschiedenen Punkten hat die heutige Opposition im Bund – im Gegensatz zu dem, was Lafontaine & Co. vor 1998 aufgeführt haben – mitgemacht und eben gerade keine Blockadepolitik betrieben. Hartz IV wäre ohne die Beteiligung von CDU und FDP im Bundesrat nicht möglich gewesen. Im Gesundheitsbereich wäre ohne die Beteiligung von CDU und FDP im Bundesrat nichts gegangen. In vielen Bereichen wäre ohne die aktive Beteiligung der Opposition nichts gegangen. Deshalb ist diese Behauptung schlicht und ergreifend unwahr.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Zweitens: Die Begründung des Bundeskanzlers ist auch unlogisch. Denn wenn eine Neuwahl des Bundestags abgehalten wird, wie auch immer sie ausgeht, verändert sich im Bundesrat gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wenn die SPD gewinnt, bleibt es, wie es ist. Wenn wir gewinnen – die Wahrscheinlichkeit ist nicht ganz gering –, dann verändert es sich in der Tat fundamental. Aber das ist wohl nicht das, was Sie unbedingt wollen.

Meine Damen und Herren, tatsächlich geht es doch um etwas ganz anderes. Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, fliegt der Laden um die Ohren. Das ist das Problem.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Um das zu verhindern, wollen Sie auf ganz kuriose Art und Weise Neuwahlen. Ich zitiere die „Welt“ von letzter Woche:

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Hinter diesem Vorgehen steckt eine skandalöse Wahrheit: Um die Zentrifugalkräfte in der eigenen Partei zu dämpfen, war dem Duo jedes Mittel recht, sogar die Desavouierung des Bundespräsidenten.

Das ist das, was Sie praktiziert haben und was Sie wollen.

Aber Sie sind handwerklich noch nicht einmal dazu in der Lage. Sie bekommen es noch nicht einmal handwerklich hin, diese Neuwahl umzusetzen. Es ist wie immer bei Mütterling und Schröder:

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Es wird völlig konzeptionslos irgendetwas herausgeblasen – man weiß noch nicht einmal, wie man es machen will –,

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

und jetzt sagt man: „Aus Respekt vor dem Parlament äußern wir uns erst am 1. Juli darüber, wie wir es machen.“

Meine Damen und Herren, diese Politik, die seit sieben Jahren betrieben wird,

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

führt dieses Land systematisch an den Rand. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Spannend wird es, wenn man verfolgt, wer alles von diesem Vorhaben wusste, um nicht zu sagen, wer davon nichts wusste.

Es hat geradezu den Charakter von Kabarett, wenn man sich einmal betrachtet, was die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, die ja im nächsten Jahr Ministerpräsidentin von Baden-Württemberg werden will, davon wusste. Zitat aus der „taz“ vom 24. Mai dieses Jahres:

Ich habe just in dem Moment den Stuttgarter Landtag betreten, als Franz die Neuwahlen angekündigt hat. Dort hatte ich einen Interviewtermin mit dem SWR. Gott sei Dank hat mich auf der Treppe noch der Fraktionsvorsitzende

– ich nehme an, Herr Drexler –

(Abg. Drexler SPD: Ich habe es auch gewusst! –
Lachen bei Abgeordneten der CDU)

abgefangen, der ganz aufgeregt sagte: „Hast du schon gehört?“ Und dann hat er mir erzählt, dass Neuwahlen angekündigt waren.

(Abg. Drexler SPD: Der Gerhard hat mich angerufen!)

Reaktion Ute Vogt – Zitat –: „Ach, echt?“

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall des Abg. Drautz
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das ist die Regierungspartei SPD in ihrem jetzigen Zustand in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Deshalb kann ich nur sagen: Wir werden jetzt einmal – hier und heute und in den nächsten Wochen, zumindest ausgehend davon, dass Sie es vielleicht noch hinkriegen, dass am 18. September Neuwahlen stattfinden, auf welchem Weg auch immer – im Bereich der Finanzpolitik, im Bereich der Wirtschaftspolitik, im Bereich der Verkehrspolitik, in allen Bereichen systematisch beleuchten und eine ganz genaue Bilanz aufstellen: Was lief alles schief, welche Konsequenzen hat das für das Land Baden-Württemberg, und wie können wir Sie dafür auch zur Rechenschaft ziehen? Das muss jetzt in einer transparenten Bilanz auf den Tisch. Deshalb ist diese Debatte wichtig, und deshalb freue ich mich darauf, dass wir dies jetzt in aller Ausführlichkeit diskutieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Wo sind die Argumente? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was hat er denn jetzt gesagt? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE – Abg. Capezzuto SPD: Ist der schon fertig?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Mappus, der Bundeskanzler wird, wie er angekündigt hat, am 1. Juli dem Souverän, der dafür zuständig ist, Bericht erstatten und wird dann die Vertrauensfrage stellen. Das muss er nicht im Landtag von Baden-Württemberg tun. Das macht er im Bundestag. Er hat mit dem Bundespräsidenten gesprochen. Ich gehe davon aus, dass das, was er dann einleitet, zu einer Neuwahl am 18. September führen wird.

So weit ist das gar nicht schlimm. Zwei Drittel, fast 70 % der deutschen Bevölkerung sind der Auffassung, dass man Neuwahlen durchführen soll.

(Abg. Mappus CDU: Wir auch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die CDU ist offensichtlich auch dieser Auffassung. Was soll diese Debatte eigentlich? Das frage ich mich.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf von der CDU: Euch vorführen!)

– Was heißt denn „vorführen“?

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ich stelle nur fest, dass bei Ihnen in der Steuerfrage ein riesiges Chaos herrscht:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Kabarett!)

Mehrwertsteuererhöhung. Ihre Steuerreform: 10,6 Milliarden € netto. Bei der Kopfpauschale sind immer noch 20 Milliarden € ungedeckt. Damit sind wir bei 30 Milliarden €. Der Herr Wirtschaftsminister – wo ist er denn?; vorhin war er noch da – hat gefordert, den Solidaritätsbetrag fallen zu lassen. Das macht noch einmal 10 Milliarden € aus. Machen Sie ruhig so weiter! Kein Mensch versteht, was Sie eigentlich wollen. Sie haben sich überhaupt nicht darauf vorbereitet, die Regierungsverantwortung in Berlin zu übernehmen. Überhaupt nicht!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Schon allein die Kopfsteuerpauschale, die Sie im Gesundheitsbereich umsetzen wollen, wird – egal, wie Sie es machen – ein Loch von fast 20 Milliarden € reißen. Im Übrigen sagt auch der Herr Ministerpräsident in einem Interview des „Handelsblatts“, er gehe nicht davon aus, dass diese Pauschale so umgesetzt werden könne, weil die Finanzierung völlig im Dunkeln liege.

Dann kommen die 10,6 Milliarden € netto, die man laut der gestrigen Aussage von Frau Merkel erreichen will. Ich nenne weiter die große Steuerreform von Herrn Merz. Sprechen Sie doch einmal mit Ihrem Finanzminister, was er von der Merz'schen Reform hält.

(Abg. Capezzuto SPD: Der ist auch nicht da! – Abg. Birzele SPD: Doch, er sitzt in seiner Abgeordnetenbank!)

Darüber haben wir hier ja diskutiert. Die Merz'sche Reform wird in allen Stufen nach einer Berechnung aller Finanzminister – aller Finanzminister, auch des baden-württembergischen Finanzministers – in den ersten drei Jahren offensichtlich eine Lücke von 70 bis 80 Milliarden € in den Haushalt reißen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Aber Ihre auch.

Die 10,6 Milliarden € haben Sie ein bisschen eingestampft. Sie wissen nicht, wie Sie das finanzieren sollen.

Dann kommt die Kopfpauschale.

Im Übrigen: Bei der Steuerreform freue ich mich auf die Auseinandersetzung mit Ihnen.

(Abg. Mappus CDU: Ich auch!)

Sie wollen die Pendlerpauschale streichen – das trifft kleine Leute –, Sie wollen die Nacht- und die Sonntagszuschläge streichen – das trifft die Beschäftigten in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen sowie die Polizisten. Die alle bluten, damit Sie den Spitzensteuersatz von 42 auf 36 oder 39 % reduzieren können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU)

– Ja natürlich. Da bin ich einmal gespannt.

(Abg. Fleischer CDU: Schon beginnt er mit der Neiddebatte! – Abg. Mappus CDU: Alte Neiddebatte!)

Ich freue mich auf die Auseinandersetzung, weil Sie endlich sagen müssen, wie Sie das Ganze finanzieren wollen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehnsucht nach der Opposition!)

Sie müssen sagen, wen Sie belasten. Die Deutschen wollen nicht, dass die kleinen Leute bezahlen, wenn der Spitzensteuersatz gesenkt wird. Das wollen die Deutschen nicht!

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen bloß wissen, dass Sie das tun wollen.

Noch einmal ein Beispiel zur Gesundheitsreform, Herr Mappus: Herr Seehofer sagt, Sie müssten ja Zuschüsse für die Leute zahlen, die die Pauschale nicht zahlen können. Herr Seehofer sagt weiter, Sie müssten bei einem Drittel, bei fast 30 Millionen Personen, überprüfen, ob sie die Pauschale zahlen können. Wollen Sie ein Drittel unserer Bevölkerung bei den Krankenversicherungskosten als, sage ich einmal, hilfsbedürftig einstufen? Deswegen hat Herr Seehofer auch gesagt: „Diesen Murks vertrete ich nicht.“ Und da hat er Recht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Über solche Murksgeschichten werden wir uns mit Ihnen unterhalten. Darauf freue ich mich. Denn endlich können Sie nicht immer nur über Berlin jammern, sondern müssen

(Drexler)

Sie sagen, was Sie machen wollen. Ihre Konzepte sind extrem feindlich gegenüber den kleinen Leuten, sowohl bei der Steuer als auch bei der Kopfpauschale und bei anderen Dingen. Deswegen wird das eine schöne Auseinandersetzung. Warten Sie ab! Der Kanzler kriegt das am 1. Juli hin. Am 18. September haben wir dann die Wahl. Vorher machen wir Wahlkampf. Sie werden uns endlich erzählen müssen, wie Sie das finanzieren wollen, und wir werden dann mit der Bevölkerung reden und fragen: Wollt ihr das, oder wollt ihr das andere? Ich bin sicher, dass sie unsere und nicht Ihre Konzepte wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist gut! Dann wird es noch schlimmer!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat eröffnet sich aufgrund der Entwicklungen vom vorvergangenen Sonntag die historische Chance, sieben verlorene Jahre für Deutschland

(Oh-Rufe von der SPD)

und damit auch sieben verlorene Jahre für Baden-Württemberg ein Stück weit aufzuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es eröffnet sich die Chance, Blockadepolitik zu beenden, aber nicht Blockade durch den Bundesrat, sondern Blockade durch die rot-grüne Bundesregierung, die den Riesen Deutschland – immerhin die dritte volkswirtschaftliche Macht auf der Welt – gefesselt hat,

(Abg. Fischer SPD: Jetzt hör doch mit diesem Schauspiel auf! – Abg. Drexler SPD: Gefesselt!)

die die Potenziale, die in unseren Menschen und in unserer Wirtschaft stecken, blockiert und behindert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Behindert! Eingesperrt! Gefesselt!)

Das ist doch die große Chance, die Blockade endlich zu lösen und die Potenziale, die vorhanden sind, wieder frei zu machen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Herr Kollege, der Justizminister ist doch für die Fußfessel! – Abg. Drexler SPD: Wir sind doch gar nicht für die Fußfesseln!)

Ich denke, der Herr Bundeskanzler hat das in der Tat erkannt. Dass er sein Versprechen realisiert, sich daran messen zu lassen, in welchem Maße er zur Bekämpfung der Arbeitslosenzahlen beigetragen hat, und, weil er gesehen hat, er kriegt dieses Problem nicht mehr in den Griff, deswegen jetzt überstürzt sozusagen die Flucht aus der Verantwortung angetreten hat, das ist ein gutes Signal für Baden-Württemberg und für Deutschland.

(Abg. Drexler SPD: Wieso für Baden-Württemberg?)

Lieber Herr Drexler, Sie haben von den kleinen Leuten gesprochen. Wir werden Konzepte vorlegen, die zeigen, dass wir gerade die kleinen Leute in den Blick nehmen.

(Abg. Drexler SPD: Mit der Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung!)

Es ist doch ein Treppenwitz der Geschichte, dass Sie Ihren Bundeskanzler nachhaltig zum „Genossen der Bosse“ hochstilisieren konnten.

(Abg. Drexler SPD: Wer? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer hat das gemacht?)

– Die SPD. – Er hat es ermöglicht, dass Großkonzerne über Jahre hinweg keine Steuern mehr gezahlt haben. Aber der Mittelstand, die Handwerker, die Freiberufler

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das ist doch Ihr Steuerkonzept!)

und die kleinen Leute haben mehr Steuern gezahlt.

Ich will Ihnen einmal ein konkretes Beispiel dafür nennen, wie perfide Sie die kleinen Leute abkassiert haben.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was machen Sie denn? – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Ich will es Ihnen am Beispiel Gesundheitsreform aufzeigen. Da hat man jetzt zum 1. Juli – die Leute werden das merken – für alle, auch für die Rentner, die Beitragssätze zur Krankenversicherung um 0,9 Prozentpunkte erhöht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer hat denn die Gesundheitsreform beschlossen?)

Ursprünglich war die Idee, durch Ausgliederung der Leistungen für Krankengeld und Zahnersatz die Lohnnebenkosten zu senken. Es war ja im Prinzip gar nicht so völlig falsch, das zu überlegen.

(Abg. Drexler SPD: Ach!)

Jetzt hat man aber gemerkt: Hoppla, da klagen dann die Rentner; denn die bekommen gar kein Krankengeld mehr. Und was macht Rot-Grün in Berlin? Rot-Grün nimmt flugs eine Änderung vor und sagt: Wir beziehen das nicht mehr auf den Zahnersatz und das Krankengeld, sondern wir erhöhen einfach den Anteil des Versicherten gegenüber dem Anteil des Arbeitgebers um 0,9 Prozentpunkte.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Weil alles andere viel zu bürokratisch war! – Abg. Drexler SPD: Alles andere wäre noch viel bürokratischer gewesen!)

Es macht doch gerade die Verdrossenheit auch der kleinen Leute aus, dass sie Stück für Stück von Ihnen abkassiert worden sind,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie kassieren doch ab, nicht Rot-Grün!)

(Dr. Noll)

ohne dass ihnen ein klares Konzept aufgezeigt worden wäre, wohin denn die Reise geht.

(Abg. Drexler SPD: Ah ja! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gerne.

(Abg. Drexler SPD: Zur Fußfessel!)

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Noll, nachdem Sie die Senkung der Körperschaftsteuer kritisiert haben: Tritt die FDP/DVP für eine Erhöhung der Körperschaftsteuer ein?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Und sind Sie für eine Senkung der Unternehmensteuern oder für eine Erhöhung?

(Abg. Drexler SPD: „Ich bin für gar nichts!“)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lieber Kollege Birzele, genau das war der Fehler: dass Sie handwerklich immer Stückwerk gemacht haben.

(Abg. Drexler SPD: Antwort!)

Wir werden, wie es der Kollege Mappus schon angedeutet hat –

(Abg. Drexler SPD: Mit dem Hammer machen!)

wir können in der zweiten Runde gerne darüber reden –, endlich einmal ein in sich schlüssiges Steuerkonzept vorlegen müssen,

(Abg. Drexler SPD: Genau das befürchten wir!)

das vor allem ein Ziel haben muss und dieses Ziel vor allem auch für die kleinen Leute und für den Mittelstand haben muss: Es muss mehr Netto vom Brutto in der Tasche bleiben!

(Abg. Drexler SPD: Das geht bei Ihrem Konzept doch gar nicht! Wer zahlt es? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Das zweite Ziel muss sein: Das Steuersystem muss einfacher werden. Die großen Konzerne haben zwar ihre Abteilungen, die damit gut umgehen können; sie nutzen schon ihren Einfluss bei Ihnen in Berlin. Aber die kleinen Leute leiden doch darunter,

(Abg. Drexler SPD: Wollen Sie jetzt eine Steuererhöhung oder nicht?)

dass sie überhaupt nicht wissen, was sie letztendlich an Steuerschuld erwartet. Daher glaube ich, es wird jetzt unsere Aufgabe sein, diese historische Chance – so wir denn am 18. September gewinnen, und davon bin ich fest überzeugt –

(Abg. Drexler SPD: Ja klar! Sie stehen doch knapp bei 6 %!)

zu nutzen, da wir dann im Bund und im Land gleichfarbige, nämlich schwarz-gelbe Koalitionen haben werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Boris Palmer?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns, nachdem wir hier im Land in den steuer- und wirtschaftspolitischen Fragen wie übrigens auch in den verkehrspolitischen Fragen weitgehend deckungsgleiche Konzepte haben, gelingen wird, diese Konzepte in einem Prozess umzusetzen, der sicher schmerzhaft sein wird,

(Abg. Drexler SPD: Für wen?)

aber doch die Perspektive für die Menschen bietet, wieder mehr Freiheit über die Gestaltung ihrer eigenen Lebensverhältnisse zu erlangen und netto wieder mehr in der Tasche behalten zu können und nicht zwangsweise immer mehr abführen zu müssen,

(Abg. Wintruff SPD: Wir hatten eine Frage gestellt!)

und dass damit ein Stück weit die Potenziale in unserem Land, in Deutschland ebenso wie natürlich auch in Baden-Württemberg, die ja durchaus vorhanden sind, wieder freigesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

– Und jetzt bitte die Frage.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Dr. Noll, wie beurteilen Sie die Kritik von Mitgliedern des Bundesvorstands der FDP an der Mehrwertsteuerdiskussion in der CDU, die CDU befindet sich auf dem Weg zu einer Steuererhöhungspartei?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Kollege Palmer.

(Abg. Drexler SPD: „Das lehnen wir ab!“)

Wir lehnen im Moment

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

jegliche Steuererhöhungsdiskussion ab,

(Abg. Drexler SPD: Die Diskussion!)

weil sie natürlich kontraproduktiv wäre.

(Zurufe von der SPD)

Wir sagen ganz klar, und das werden wir auch vorlegen: Wir brauchen ein in sich schlüssiges Steuerkonzept

(Abg. Drexler SPD: Ohne Diskussion!)

und übrigens auch ein Konzept für die sozialen Sicherungssysteme. In diesem Gesamtkonzept wird man über alles re-

(Dr. Noll)

den müssen, übrigens auch über das von Ihnen an die Wand gemalte Abkassieren der kleinen Leute dadurch,

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch bei Ihrem Konzept so!)

dass man Vergünstigungen im Steuerrecht wegnimmt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Natürlich wollen wir die Besteuerungsbasis verbreitern, aber nur, indem wir die Sätze insgesamt absenken, damit auch den kleinen Leuten mehr Netto vom Brutto in der Tasche bleibt.

(Zurufe, u. a. des Abg. Drexler SPD: Unglaublich! – Unruhe)

Nur dann können wir zu einem einfacheren und gerechteren Steuersystem kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder hat gemerkt, dass diese Debatte, die Sie beantragt haben, mit den Kompetenzen und Aufgaben des Landtags von Baden-Württemberg nichts zu tun hat. Das ist nichts anderes, als hier politischen Klamauk zu organisieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In keiner Weise sind wir mit dem befasst, was Sie hier gesagt haben. Es ist eine Debatte, in der jetzt jeder auf den anderen eindreschen kann und sagen kann, was ihm gerade zur Politik und zum nun beginnenden Wahlkampf so einfällt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Leute wollen jetzt auch von Ihnen wissen, was Sie machen wollen! –
Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Aber nicht von euch!)

Dabei sind Sie hier im Land in einer Situation, in der Sie nicht imstande sind, Ihre Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. Sie entmachten durch Haushaltssperren das Parlament. Statt hier Dinge auf die Tagesordnung zu setzen, für die wir zuständig sind und die wir lösen müssen, organisiert die CDU hier eine reine Klamaukdebatte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Statt dass Sie angesichts der Situation, die hier entstanden ist, einmal versuchen, Klarheit in Ihre Reihen zu bringen, damit wir auch wissen, wo wir Sie angreifen sollen und wo nicht, produzieren Sie zum Beispiel beim Thema Steuerpolitik eine vollkommene Kakophonie. Stratthaus fängt an und sagt, eine Mehrwertsteuererhöhung sei nötig. Oettinger pfeift ihn am nächsten Tag im Fernsehen zurück und sagt auf der Pressekonferenz Nein zu einer Mehrwertsteuererhöhung, schließt sie jedoch für einen etwas späteren Zeitpunkt wiederum nicht aus. Was soll denn das für eine Aufstellung sein? Was wollen Sie überhaupt?

Überdies sehen Sie die durch eine Mehrwertsteuererhöhung zu erzielenden Mehreinnahmen für die Finanzierung ganz unterschiedlicher Bereiche vor: zum einen für die von Ihnen gewollte Kopfpauschale, zum anderen für die Haushalts-sanierung. Was sollen denn diese Debatten? Was wollen Sie jetzt eigentlich?

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Jetzt stehen wir vor Neuwahlen. Da haben unsere Wählerinnen und Wähler, da hat die Bürgerschaft doch das Recht, zumindest einigermaßen grob zu wissen, wohin es gehen soll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Deswegen die Debatte! –
Gegenruf Abg. Fischer SPD)

Aber noch nicht einmal das wissen Sie. Man muss von der Union doch wenigstens einmal erfahren können: Ist sie jetzt insgesamt für eine Steuersenkung, oder ist sie aufgrund der Haushaltslage für eine aufkommensneutrale Steuerreform? Selbst in dieser grundlegenden Frage haben Sie kein einheitliches und klares Konzept.

(Abg. Drexler SPD: Merkel hat das schon erklärt!)

Und jetzt produzieren Sie hier eine solche Veranstaltung. Was sollen denn die Bürger von uns denken, wenn wir solche Debatten führen, wie Sie sie hier anzetteln?

Jetzt frage ich Sie einmal: Wie soll das bei dem, was Sie hier im Land veranstaltet haben, passieren? 2 Milliarden € Schulden im letzten Jahr; im neuen Doppelhaushalt wieder 2 Milliarden € Schulden. Sie wissen nicht, wie Sie mit den Steuerausfällen zurande kommen sollen. Bei der Haushaltssperre machen Sie eine winzige Ausnahme und verkünden den Leuten großspurig: „Wir tun etwas für Kinderbetreuung“.

(Abg. Drexler SPD: Dabei stimmt das gar nicht!)

In Wirklichkeit ist das die Kinderbetreuung,

(Abg. Drexler SPD: Die es schon gibt!)

die schon da ist und die Sie bezahlen müssen; sonst würden Sie sie im Regen stehen lassen.

Sie haben kein Konzept. Sie sagen nicht, wo die Prioritäten liegen sollen, und Sie sagen nicht, wo die Posterioritäten liegen sollen, also wo man streichen soll, aber Sie eröffnen hier eine wirre Debatte. Bringen Sie doch einmal Klarheit in die Debatte und sagen Sie, was Sie wirklich wollen,

(Abg. Zimmermann CDU: Die Regierung übernehmen!)

aber veranstalten Sie hier keine Debatten, für die wir nicht zuständig sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mapus.

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kretschmann,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

ein Hauch von Stringenz sollte in Ihrer Argumentation in Zukunft aber wenigstens noch gewährleistet sein. Sie können nicht einerseits sagen, dass die Menschen Klarheit brauchen – worin ich Ihnen voll und ganz zustimme –, und andererseits fordern, wir sollen bitte keine Debatten im Landtag von Baden-Württemberg über Themen, die Ihnen nicht gefallen, führen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Über Themen, für die wir nicht zuständig sind!)

Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Meinen Sie, Frau Merkel interessiert, was Sie hier erzählen?)

– Es freut mich, dass auch Sie sich für Frau Merkel begeistern können, Herr Palmer. Das lässt ja hoffen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Lassen Sie uns über Fakten und Konzepte reden. Legen wir doch einmal ein paar Fakten auf den Tisch.

Beginnen wir bei der Finanzpolitik, meine Damen und Herren. Sie wissen ganz genau, dass die Länder kein eigenes Steuerfindungsrecht haben – da sind wir uns vielleicht noch einig. Also ist klar, dass die Länder elementar auf das angewiesen sind, was der Bund im Finanzbereich ordnungspolitisch produziert.

Jetzt schauen Sie sich einmal an, was Rot-Grün produziert hat. Mich stört auch diese ständige Neiddebatte, die Sie immer wieder anstoßen und die jetzt schon wieder durchgeklungen ist – nach dem Motto „Die Einschnitte macht ihr; wir besorgen das Positive,“ – so war es 1998 auch – „und jetzt könnt ihr euch entscheiden: Wählt ihr die böse CDU oder die wohlwollende rot-grüne Regierung?“ Sie beginnen immer mit dieser Neiddebatte: Die Reichen werden belohnt, die Armen werden immer weiter belastet.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch keine Neiddebatte! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Belegen wir das jetzt einmal mit Fakten, meine Damen und Herren, wie Sie das gerade haben wollten.

Körperschaftsteuer zahlen keine Privatpersonen, sondern im Regelfall große Konzerne. Darin stimmen Sie mir vielleicht noch zu. Die Einnahmen des Landes Baden-Württemberg aus dem Bereich der Körperschaftsteuer haben sich wie folgt entwickelt: im Jahr 2000 1,8 Milliarden €, im Jahr 2001 0,4 Milliarden € und im Jahr 2002 0,1 Milliarden €. Meine Damen und Herren, Sie waren es doch,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

die mit einer handwerklich katastrophal gestalteten Körperschaftsteuerreform Großunternehmen, die es gar nicht nötig hatten, gnadenlos entlasten haben.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Sie haben den Mittelstand weiterhin belastet. Das ist doch Fakt!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und das werden Sie korrigieren? – Abg. Drexler SPD: Das korrigieren Sie jetzt?)

Ich kann Sie nur warnen. Wenn Sie glauben, dass der Bundestagswahlkampf so zu führen ist, dass Sie sich wieder als die Hüter der Interessen der kleinen Leute aufführen, empfehle ich Ihnen: Analysieren Sie einmal das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen. Wenn die Arbeitslosen, die Kumpel, die Arbeiter dort mit großer Mehrheit CDU wählen, dann können Sie doch nicht allen Ernstes glauben, dass Sie mit Ihrer Neiddebatte –

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn „Neid“?)

nachdem Sie schon 1998 die Menschen angelogen haben – nochmals irgendeinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Das werden Sie nicht schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jetzt zum Thema Mehrwertsteuer. Meine Damen und Herren, ich zitiere aus einer dpa-Meldung von heute, 1. Juni, 8:56 Uhr:

Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner fordert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf bis zu 20 %.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Einzige!)

Meine Damen und Herren, der Mann gehört nicht der CDU an. Der ist von der SPD.

(Abg. Drexler SPD: Der ist Ostfrieser!)

Es gibt noch einige andere, die das gefordert haben. Also hören Sie auf, das uns vorzuwerfen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber was wollen Sie denn?)

Es sind Ihre Leute, die die Diskussion mindestens genauso führen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sagen Sie mal, was Sie wollen!)

– Das sage ich Ihnen sehr gern.

(Abg. Drexler SPD: Jetztet!)

Was die Mehrwertsteuer angeht, hat der Ministerpräsident klipp und klar die Meinung von Partei und Fraktion gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Was hat er denn gesagt?)

(Mappus)

– Dass in den nächsten zwei bis drei Jahren diese Debatte mit uns nicht stattfindet, weil wir dies nicht wollen. So einfach ist das.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Unseriös, Herr Drexler, wäre es, wenn Sie oder ich oder irgendjemand anders sich hier hinstellen und sagen würde: „Die nächsten 20 Jahre machen wir keine Mehrwertsteuererhöhung.“ Das wäre unseriös.

(Abg. Drexler SPD: Um die nächsten fünf Jahre geht es!)

Aber zu dem, was die Wähler wissen müssen, nämlich zu der Frage: „Wie sieht es in dieser katastrophalen Situation in naher Zukunft aus?“, hat der Ministerpräsident dieses Landes glasklar Farbe bekannt, glasklar vor den Wahlen, nicht wie Sie nach den Wahlen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Deshalb: Glauben Sie nicht, dass Sie mit dem Thema Mehrwertsteuer allzu weit kommen. Das Thema ist abgeräumt. Ich kann nur sagen: Am 11. Juli, also mindestens zwei Monate vor der Bundestagswahl, werden Sie ein lupenreines Steuerkonzept der Union auf dem Tisch haben. Das werden Sie im Zweifel zerreißen; das würde ich auch nicht anders erwarten. Aber Sie werden es vorliegen haben, und dann können Sie zeigen, was Sie besser können oder was Sie anders umsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, Daniel Cohn-Bendit – der steht nicht im Verdacht, der CDU besonders nahe zu stehen – sagt – ich zitiere –:

Wir haben keinen richtigen Erfolg, weil wir alles nur halb gemacht haben. Rot-Grün hat sein Momentum verloren.

Daniel Cohn-Bendit im „Spiegel“ – auch nicht besonders CDU-nah – vom 15. Mai dieses Jahres.

Meine Damen und Herren, es wird am 18. September dieses Jahres ganz einfach um Folgendes gehen: Wollen wir, dass Deutschland wieder nach vorne kommt, oder wollen wir, dass es in diesem handwerklichen Chaos, in dem zwei Parteien am Werk sind, die sich gegenseitig nicht mehr riechen können, so weitergeht, wie es in den letzten Jahren der Fall war? Ich kann Ihnen nur sagen: Da sehe ich ziemlich genau dem entgegen, was der Wähler meinen wird. Der Wähler will geordnete Verhältnisse; er will dieses Chaos nicht mehr.

Deshalb noch eines zum Schluss, weil es so schön ist: Sigmund Gabriel, auch nicht besonders CDU-nah, sagt in der „Berliner Zeitung“ vom 30. Mai – ich zitiere –:

Uns haben die Grünen daran gehindert, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Die Grünen sind deshalb mitschuldig am schlechten Abschneiden der SPD.

Meine Damen und Herren, wer weiter Rot-Grün will, wer solche Truppen will, wer so ein Chaos will – ich kann dazu nur sagen: Jeder Ameisenhaufen ist im Vergleich zu Ihrer Truppe in Berlin eine geordnete Kampfformation –,

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der CDU)

der muss am 18. September Rot-Grün wählen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Jetzt haben Sie immer noch nicht gesagt, was Sie wollen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Wir wissen jetzt immer noch nicht, was Sie wollen.

(Abg. Mappus CDU: Mehrwertsteuer!)

– Wenn Sie eine Mehrwertsteuererhöhung wollen, dann sagen Sie es. Wenn Sie sie um zwei Jahre verschieben wollen, dann wollen Sie sie halt in der nächsten Legislaturperiode. Wir wollen das nicht, selbst wenn dies heute ein einzelner Ostfrieser von der SPD aus Schleswig-Holstein fordert. Die SPD will keine Mehrwertsteuererhöhung.

(Abg. Seimetz CDU: Ostfriesen gibt es bei euch weit mehr! – Abg. Blenke CDU: Was haben Sie gegen Schleswig-Holstein?)

Wir Sozialdemokraten teilen auch nicht die Auffassung von Herrn Gabriel, um das einmal deutlich zu sagen.

(Abg. Mappus CDU: Sie haben die Frau Simonis noch eingeflogen!)

Wir sind der Auffassung, dass eine moderne Industriepolitik sich sehr wohl mit einer modernen Umweltpolitik verträgt. Dafür stehen sowohl die SPD als auch die Grünen, lieber Herr Kollege – damit das auch klar ist. Gabriel kommt aus Niedersachsen, Stegner kommt aus Ostfriesland, wir sind in Baden-Württemberg. Ich kann das einigermaßen gut von hier aus beurteilen.

(Abg. Seimetz CDU: Keine Beleidigung von deutschen Stämmen!)

– Wenn hier jemand als Nicht-Baden-Württemberger sitzt – das sind offensichtlich viele von Ihnen, nachdem Sie so erregt sind – und sich nicht betroffen fühlt, dann ist es ja okay. Wir sprechen hier in Baden-Württemberg. Deswegen hätte mich auch interessiert, was Sie heute zu den Finanzen des Landes hätten sagen können.

(Abg. Mappus CDU: Sie haben doch Beck und Simonis auf Ihren Parteitag geschleppt! Das sind doch keine Baden-Württemberger!)

Jetzt kommen wir doch einmal zu den Fakten. Wir haben die größte Steuerreform gemacht, die die Bundesrepublik Deutschland jemals erlebt hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben die kleinen Leute um 40 Milliarden € und den Mittelstand um 17 Milliarden € entlastet. Jeder vierte Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland zahlt nach neuester Erhebung seit 1. Januar 2005 keine Steuern mehr, um das einmal deutlich zu sagen. Wo leben Sie eigentlich?

(Drexler)

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ein Alleinverdienender mit Ehefrau und zwei Kindern, mit Kindergeld etwas über 37 000 € brutto Einkommen, zahlt keinen müden Euro mehr an Steuern. Wo leben Sie eigentlich? Es war die größte Steuerreform. Die Leute wissen das auch. Deswegen verstehe ich Ihre Argumentation zur Steuerreform überhaupt nicht.

Wir haben den Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 % zurückgeführt. Das war die rot-grüne Bundesregierung, nicht die CDU, um das einmal deutlich zu sagen. Wir haben den Eingangssteuersatz von 25,9 % auf 15 % zurückgeführt. Das war die rot-grüne Bundesregierung und nicht die CDU, damit das einmal ganz deutlich wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Konzept können wir laufen.

Jetzt, Herr Mappus, kommen wir doch einmal zu den Schulden, die Sie immer so toll erwähnen. Als Sie 1982 in Bonn die Regierung übernommen haben, hatten wir einen Schuldenstand von sage und schreibe 160 Milliarden €. Als Herr Kohl und Sie 1998 gingen, lag er bei 745 Milliarden €.

(Abg. Mappus CDU: Deutsche Einheit!)

– Die Kosten der deutschen Einheit hätte man nicht mit Schulden finanzieren müssen. Die hätten Sie auch mit Steuern finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Ich will bloß Zahlen nennen.

Nächster Punkt: Die Lohnnebenkosten.

(Zurufe von der CDU)

– Regen Sie sich nicht auf. Sie sind die Schuldentreiber. Sie sind für 68 % der heutigen Bundesschulden verantwortlich.

(Abg. Capezzuto SPD: So, jetzt! Genau!)

Sie, die CDU und die FDP, und sonst niemand. Sie haben es gemacht. Stehen Sie doch dazu! Sie stehen ja nicht einmal zu Ihren Schulden. Das ist ja das Schlimme.

(Abg. Seimetz CDU: Warum habt ihr sie nicht abgebaut?)

Also zu den Lohnnebenkosten. Von 1982 bis 1998 sind unter der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung allein die Lohnnebenkosten von 34 % auf 42 % gestiegen. Heute liegen sie knapp unter 42 %.

Dies alles uns zum Vorwurf zu machen ist schlichtweg lächerlich. Sie haben ein Kurzzeitgedächtnis.

(Abg. Blenke CDU: Er hat wenigstens ein Gedächtnis!)

Das geht gerade einmal auf acht Tage. An alles, was vorher war, können Sie sich offensichtlich nicht erinnern. Offensichtlich ist das so. So werden wir auch darüber reden. Die Steuern haben wir für die Leute gerecht gemacht.

(Lachen bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Natürlich haben wir sie gerecht gemacht; natürlich nicht für die Zahnärzte, Herr Dr. Noll – das ist schon klar –, aber für die einfachen Leute. Das haben wir schon geregelt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die eigenen Leute beklagen sich!)

Zweitens werden wir keine Neiddebatte führen. Wir führen eine Debatte darüber, wie Sie den Staatshaushalt entweder sanieren oder mit Ihrer Steuerreform weiter belasten wollen, wenn Sie mit Ihrer Steuerreform überhaupt entlasten wollen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Alle!)

Ich sage Ihnen: Es gibt Berechnungen der interministeriellen Arbeitsgruppe, in der das baden-württembergische Finanzministerium beteiligt war. Da kommt halt heraus, wie die Belastungen der öffentlichen Hände sind. Wenn Sie das umrechnen, können Sie zum Beispiel feststellen, dass eine ledige Oberkrankenschwester – 34 000 € Einkommen, 20 Kilometer Arbeitsweg – durch unsere Steuerreform gewonnen hat. Machen wir die Reform nach dem Vorschlag Merz, hat sie 339 € weniger. Machen wir die Reform nach dem Vorschlag Kirchhof, hat sie sogar 1 010 € weniger, lieber Herr Kollege. Ein leitender Angestellter – 65 000 €, 25 Kilometer Arbeitsweg – profitiert nach dem Vorschlag Merz schon zusätzlich mit 4 291 €. So viel müsste er weniger an Steuern zahlen.

Das werden wir den Leuten sagen. Das ist doch keine Neiddebatte. Da geht es um Verteilung.

(Abg. Fischer SPD: Genau!)

Da geht es um die Frage, wer etwas von einer Steuerreform hat. Da werden wir sagen, wer bei Ihnen etwas hat und wer nichts bekommt. Das ist keine Neiddebatte. Da müssen Sie sich stellen. Sie werden sich nicht durchmogeln können wie früher. Wir werden auch sagen, wer für die Schulden verantwortlich ist. Die Zahlen sind auch da. Dass sich Frau Merkel, die sieben Jahre mitverantwortlich dafür war, dass die Bundesschulden dramatisch gestiegen sind und sich vom Zeitpunkt der deutschen Einheit bis zu dem Zeitpunkt, als Sie abgewählt wurden, mehrmals verdoppelt haben, heute als Kanzlerkandidatin hinstellt und sagt, sie wolle dienen und Schulden abbauen, war das Unglaublichste, was ich am Montagabend gehört habe, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Unerhört! – Abg. Seimetz CDU: Erzählen Sie einmal von den Arbeitslosen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um ein bisschen Legendenbildung – Herr Drexler geht immer bis 1982 zurück – aufzuzeigen, frage ich: Erinnern Sie sich vielleicht noch daran, dass vor 1998 drei Reformen von der damaligen schwarz-gelben Ko-

(Dr. Noll)

alition eingeleitet wurden? Ich erinnere an die Rentenreform und den demografischen Faktor. Was hat Herr Lafontaine – an den wollen Sie sich vielleicht nicht mehr so arg erinnern – getan? Er hat es blockiert. Der Kanzler hat dann unter Tränen nach seiner Regierungsübernahme irgendwann gestanden: Leute, wir können das doch nicht machen. Jetzt nennt man es halt anders, nämlich Nachhaltigkeitsfaktor, und fasst den Rentnerinnen und Rentnern immer mehr in die Tasche,

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch ein ganz anderer Faktor!)

und zwar auf ganz gemeine Weise, wie ich Ihnen vorhin erzählt habe. Ihnen wird 0,9 % mehr Eigenanteil zugemutet. Das trifft nicht die Zahnärzte, sondern das trifft die Rentnerinnen und Rentner.

(Zuruf von der SPD: Die Mehrwertsteuererhöhung trifft sie!)

Sie müssen sich doch einmal überlegen, warum Ihnen die kleinen Leute weggelaufen sind: weil sie merken, dass sie von Ihnen an jeder Ecke beschissen und belogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Die zahlen doch gar keine Steuern!)

Das Zweite: Wir haben eine Reform des Gesundheitssystems beschlossen. Die haben Sie sofort zurückgenommen, als Sie an die Macht gekommen sind.

Wir haben die Petersberger Beschlüsse, die ein Schritt in ein einfacheres Steuersystem gewesen wären, gefasst. Die haben Sie blockiert.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir haben in der Vergangenheit als Opposition nicht blockiert. Allerdings ist es uns natürlich nicht gelungen, handwerklich total vermurkste Gesetze im Bundesrat noch zu verbessern.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die Praxisgebühr eingeführt?)

Aus Murks wird auch durch Beteiligung, bei der man wenigstens versucht, in eine richtige Richtung mitzugehen, nicht wirklich ein gutes Konzept. Deswegen noch einmal: Im Steuersystem muss für alle unter dem Strich vom Brutto mehr netto in der Tasche bleiben.

(Abg. Drexler SPD: Das geht doch gar nicht!)

Denn nur dann werden wir eines unserer Hauptprobleme, nämlich die Konsumzurückhaltung in unserem Land, wieder ein Stück weit auflösen können. Es geht doch darum, dass die Menschen das Gefühl haben, an allen Ecken und Enden zusätzlich abgezockt zu werden.

(Abg. Drexler SPD: Wer zahlt es?)

Auch da ist es, finde ich, schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet die, die sich vielleicht nicht

mehr so an die 68er-Zeit erinnern, die einmal angetreten sind, den Wachstumsfetischismus und den Konsumterror zu bekämpfen, jetzt langsam schnallen, dass eine Volkswirtschaft ohne Wachstum und ohne Bereitschaft zum Konsum langfristig nicht stabil und nicht lebensfähig ist. Auch daran müssen Sie sich ein Stück weit erinnern lassen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deswegen noch einmal: Das Steuersystem muss als Gesamtkonzept reformiert werden, und dabei muss es zunächst einmal zu einer Entlastung kommen.

(Abg. Drexler SPD: Wer soll das bezahlen?)

Sie reden immer über zusätzliche Belastungen, bevor Sie über Entlastungen reden.

(Abg. Drexler SPD: Wer soll das bezahlen?)

Wir brauchen übrigens weniger Entlastungen für die Großkonzerne des Genossen Schröder als vielmehr Entlastungen für Mittelstand, Handwerk, freie Berufe und jeden Einzelnen bis hin zu Rentnerinnen und Rentnern.

(Abg. Drexler SPD: Die zahlen doch gar keine Steuern!)

In diesem Steuersystem muss es auch etwas geben, was bisher noch gar nicht angesprochen worden ist, was euer Bundeskanzler immer als „Gedöns“ bezeichnet hat, nämlich – das ist sowohl im Solms- als auch im Merz-Konzept enthalten – eine ganz klare Familienkomponente, die die Tatsache, dass es heute zum Armutsrisiko geworden ist, Kinder zu haben, jedenfalls ein Stück weit beheben wird, damit Familien auch steuerrechtlich besser gestellt sind, als sie es jetzt bei Ihnen sind.

(Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abgeordneter – –

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, jetzt nicht. Sie wollten doch konkrete Aussagen haben. Dann lassen Sie mich diese auch machen!

Nächster Punkt: Soziale Sicherungssysteme. Wir sind uns einig: Wir reden über Demografie. Aber was machen Sie denn bei der Pflegeversicherung? Wann kommt der Einstieg in ein Kapitaldeckungssystem, den wir angesichts der demografischen Entwicklung brauchen?

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Sie lassen es doch schleifen, weil Sie nicht den Mut haben, die jetzt jungen Menschen – nicht die jetzt Pflegebedürftigen – darauf vorzubereiten, dass sie stärker Eigenvorsorge für ihr Alter betreiben müssen. Das können sie aber nur, wenn Sie ihnen das Geld dafür in der Tasche lassen. Auch da wird wieder der Zusammenhang zwischen dem Sozial- und dem Steuersystem deutlich.

(Abg. Drexler SPD: Lassen Sie mich doch eine Frage stellen!)

(Dr. Noll)

Deswegen kann das Steuersystem nicht isoliert vom Sozialsystem diskutiert werden.

(Abg. Drexler SPD: Lassen Sie mich doch eine Frage stellen!)

So viel zu diesem Thema.

Nächstes Thema: Arbeitsmarkt, Deregulierung, Entbürokratisierung. Alle Experten in Europa sagen uns doch: Ihr habt nach wie vor ein zu reguliertes, verkrustetes Arbeitsmarktsystem.

(Abg. Drexler SPD: Darf ich eine Frage stellen?)

– Nein, Sie dürfen es nicht mehr, weil nämlich demnächst meine Redezeit vorbei ist.

(Abg. Drexler SPD: Das wird doch nicht angerechnet!)

Auch hier haben Sie erste Schritte gemacht, aber das verlief alles wie die Echternacher Springprozession – ein paar Schritte vor, dann wieder zurück –, weil Sie wieder Ihre Linken beruhigen mussten. Dann mussten Sie wieder die Keule zeigen, Stichwort Arbeitsplatzabgabe und, und, und. Glauben Sie denn, dass es für eine Aufschwungstimmung in der Wirtschaft und insbesondere bei den Mittelständlern gesorgt hat,

(Abg. Drexler SPD: Lahr!)

wenn sie immer wieder die Drohkeule gezeigt bekommen?

(Abg. Drexler SPD: Beim Flughafen Lahr!)

Nächstes Thema: Verkehrspolitik. Auch da müssen wir, Kollege Mappus,

(Abg. Drexler SPD: Aber wirklich, Herr Mappus!)

das, worüber wir hier im Land eine gemeinsame Linie vertreten, umsetzen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir werden langfristig zu einer Nutzerfinanzierung kommen müssen. Parallel dazu muss es aber zu einer Entlastung im Steuersystem kommen. Der beste Beitrag zu Deregulierung und Verschlankung wäre die Abschaffung der Kfz-Steuer. Das fordern wir schon lange.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das sind alles Themen, die wir Ihnen und der Bevölkerung jetzt in den kommenden Wochen und Monaten klar vorlegen werden. Ich glaube, die Menschen werden erkennen, dass hier im Land eine Koalition arbeitet, die bereit ist, diese Konzepte zusammen mit dem Bund auch handwerklich sauber umzusetzen, nicht im Hauruckstil mal da und mal dort etwas zu verändern, sondern ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und den Staat insgesamt – das betrifft das Land, das betrifft den Bund – ein Stück weit wieder auf seine Kernaufgaben zurückzuführen.

Es geht darum, vieles von dem, was der Staat an sich gerissen hat, ein Stück weit wieder in private Hände zu geben.

Das ist doch für die Menschen keine Bedrohung, sondern es ist eine Chance,

(Abg. Drexler SPD: Flughafen Lahr!)

dass sie für ihre Dinge wieder selber sorgen können, ohne dass wir sie dort, wo Solidarität notwendig ist, hängen lassen.

Ich glaube, dass wir jetzt eine Chance – es ist ein badenwürttembergisches Thema – haben: Wenn wir in Berlin die gleichen Farben wie in Stuttgart haben werden und ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen können, das den Menschen zeigt, dass wir den von Ihnen gefesselten Riesen Deutschland wieder entfesseln können – darauf hoffen übrigens nicht nur die Menschen in Baden-Württemberg und in Deutschland, sondern die Menschen in ganz Europa, gerade auch in den Beitrittsländern –, haben wir die Chance, dass Deutschland nicht mehr Bremsklotz ist, sondern wieder zum Motor in einer europäischen Entwicklung mit mehr Wohlstand und mehr Sicherheit in diesem Land wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Sie haben doch glatt die Unwahrheit gesagt! Das Bundesverfassungsgericht hat die Kindergeldregelung von CDU/CSU und FDP für verfassungswidrig erklärt! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn jemand strauchelt und am Boden liegt, soll man an sich nicht nachtreten. Aber, lieber Herr Drexler, bei Ihnen fällt es mir ausgesprochen schwer.

(Abg. Drexler SPD: Der Flughafen Lahr ist in Baden-Württemberg! Dazu kann man sich äußern!)

Sie haben vorhin bei einigen Kollegen das Kurzzeitgedächtnis angemahnt. Es ist schon erstaunlich, wie schnell Sie vergessen haben, wer Ihre Partei vor wenigen Tagen in Nordrhein-Westfalen abgestraft hat.

(Abg. Drexler SPD: Wieso?)

Das waren die kleinen Leute, weil sie zu Ihnen kein Vertrauen mehr haben und die Hoffnung verloren haben, dass Sie Arbeitsplätze sichern oder gar neue schaffen können. Das ist das eindeutige Ergebnis von Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Flughafen Lahr! Ihre Energiepolitik spricht Bände!)

Nun habe ich Verständnis dafür, dass hier ein bisschen das Pfeifen im Walde geübt wird. Aber ich möchte doch anmahnen, dass wir bei all dem, was jetzt und in den nächsten Wochen und Monaten im Zuge eines Wahlkampfes gesprochen wird, bei der Wahrheit bleiben.

(Abg. Göschel SPD: Gut!)

Zunächst einmal ist es geradezu hirnrissig, wenn hier ein Herr Drexler so nach dem Motto „Ich beschimpfe die Op-

(Minister Stächele)

position in Berlin, weil sie das nicht tut, was Rot-Grün versäumt hat“, auftritt. Sie stellen sich hier hin, als ob in Berlin Schwarz-Gelb regiert, alles unterlassen hätte und zu sagen vergessen hätte – –

(Abg. Drexler SPD: Sie waren bei meiner Rede gar nicht da!)

– Ich habe Sie schon gehört. Ich höre Ihnen vielleicht manchmal zu viel zu, heute habe ich aber gut zugehört.

(Abg. Drexler SPD: Ihr Gedächtnis reicht nicht einmal für fünf Minuten!)

– Hören Sie einmal gut zu. Was ist passiert? Der „Spiegel“ hat es richtig beschrieben: Schröders Endspiel hat begonnen. Wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Er hat schon den Schlusspfiff gegeben. Jetzt versucht er mit der Formel „1. Juli“ irgendeinen Weg zu finden, wie er vom Spielfeld aus die Kabine erreichen kann. Das ist die Situation.

Wahrheit ist aber auch – das können Sie nicht leugnen und nicht vertuschen, Sie können noch so viel diskutieren und hier marktschreierisch auftreten –: Bundeskanzler Schröder ist mit seinem Neuwahl-Coup im Grunde seiner eigenen Demontage zuvorgekommen, zumindest hat er es versucht. Fest steht: Das ganze Argument mit der Bundesratsblockade stimmt hinten und vorne nicht; das nimmt ihm auch keiner mehr ab.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Genau das haben wir nämlich vermieden. Sie hätten es gern gehabt, dass wir Ihnen auf den Leim gegangen wären, dass wir die Blockadepolitik à la Lafontaine wiederholt hätten; das haben wir vermieden.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

– Herr Drexler, schauen Sie ein bisschen mehr nach Berlin. Dort sind im Vermittlungsverfahren Ergebnisse erzielt worden. Dort, wo wir Unsinn korrigieren konnten, haben wir ihn korrigiert,

(Abg. Drexler SPD: Er wurde reingebracht!)

und dort, wo es vernünftig war, haben wir Mehrheiten gefunden. Ich selbst war dabei, als wir im Vermittlungsverfahren einen Agrarkompromiss gefunden haben. Dort wo es dem Vaterland, unserer Nation Deutschland, gedient hat, haben wir mitgemacht. Viel Unsinn haben wir verhindern können. Gott sei Dank gibt es auch kein Antidiskriminierungsgesetz; diesen großen Blödsinn haben wir verhindert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nein, die Dinge sehen schon ein bisschen anders aus. Es ist einfach eine ausgelaugte Bundesregierung. Die Frage ist insbesondere, wie Schröder seinen eigenen Laden zusammenhalten kann.

Ich muss schon sagen: Eine ehrliche Haut ist da der Herr Maurer.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt plötzlich!)

Ich habe mich über Herrn Maurer nicht gut und nicht schlecht, sondern gar nicht geäußert. Aber wenn sich jemand hinstellt und sagt, das eigentliche Problem sei,

(Abg. Mappus CDU: Wo ist der eigentlich?)

„dass wir links blinken und rechts abbiegen, dass sich im Grunde unsere Identität nicht mehr in der Politik wiederfindet“, dann trifft er den Nagel auf den Kopf. Das heißt, die Truppe steht nicht mehr hinter diesem Bundeskanzler, und das weiß er. Deswegen sagt er, er brauche eine neue Legitimation.

Was soll denn das mit der neuen Legitimation? Meine Damen und Herren, er hatte eine Legitimation für vier Jahre vom deutschen Wahlvolk ausgesprochen bekommen. Fakt ist, dass er nach drei Jahren mit seinem Latein am Ende ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Er braucht keine neue Legitimation, sondern er soll sagen: „Ich habe die Legitimation aufgebraucht, ich bin mit meinem Latein am Ende, ich kann nicht mehr, ich trete zurück.“ Rücktritt ist die richtige, ehrliche Antwort auf die Situation, die wir im Moment in Berlin haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Rücktritt müsste sein, nicht dieses Trauerspiel, wo man noch die Verfassung verbiegen will, weil man einigermaßen in den Sessel zurück möchte, um als Bundeskanzler aus dem Amt heraus den Wahlkampf führen zu können. Das ist das Schauspiel, das sich im Moment in Berlin abspielt.

Tatsächlich braucht er eine neue Legitimation. Er hatte eine Legitimation für vier Jahre, er hat sie verspielt. Er soll den Auftrag zurückgeben. Die Ehrlichkeit würde auch gebieten, dass er nicht wieder antritt, wenn er einmal den Wählerauftrag verspielt hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit spielt sich vieles ab, worüber man nur den Kopf schütteln kann. Der „Spiegel“ hat in dieser Woche richtig geschrieben: Im Grunde geht es bei dieser ganzen Neuwahlkiste, bei diesem Coup des Kanzlers Schröder um die Ehre – so der „Spiegel“ – des von den Zeitläuften arg zerzausten Regierungschefs.

Wie wir wissen – das ist ja belegt –, haben ihm die Linken in seiner Fraktion schon vor dem Urnengang in Nordrhein-Westfalen mitgeteilt: „Wir machen nicht mit bei der Senkung der Erbschaftsteuer, wir machen erst recht nicht mit bei der Senkung der Körperschaftsteuer.“ Wenn er wirklich ehrlich gewesen wäre, hätte er schon drei oder vier Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen sagen müssen: „Leute, es geht nicht mehr. Aus! Ich muss weg! Sagt wenigstens den Linken in der Partei mit einem entsprechenden Abstimmungsergebnis, dass sie besser den Schröder-Kurs gefahren wären. Aber so, mit dieser zerzausten Truppe, ist wirklich kein Staat mehr zu machen.“

Clement hat wörtlich geäußert: „Wenn wir jetzt weitergemacht hätten, wären wir auf der Strecke gestorben.“

(Minister Stächele)

(Heiterkeit des Abg. Mappus CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Oder ein Zitat von Müntefering: „Es wäre fraglich gewesen, ob man in der Lage gewesen wäre, über 15 Monate den eigenen Laden zusammenzuhalten.“

Tun Sie doch nicht so, als wären alle möglichen Menschen schuld, als würde ringsum auf der Erde der SPD Unrecht getan. Sagen Sie doch einmal ganz ehrlich: „Unser Laden wäre auseinander geflogen. Es war der letzte Strick, den Bundeskanzler Schröder nicht um den Hals haben wollte, den er jetzt um den Laden herumlegt, um an der Verfassung entlangzuschrammen.“ Zum Rücktritt war er zu feige.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Jetzt haben wir die Situation, dass wir noch mehr Schaden vom deutschen Volk abwenden müssen. Wir sind gehalten, einen sachlichen, seriösen, ernstesten Wahlkampf zu führen, weil die Leute, denen wirklich angst um ihre Arbeitsplätze ist, es verdient haben, dass wir als Staatsmänner hinstehen und nicht nach dem Motto des Kanzlers „Lieber abgewählt als abgemurkt“ irgendwelche Spiele des Machterhalts treiben. Nein, wir müssen jetzt hinstehen.

Ich garantiere Ihnen: Die Opposition, die Union, CDU/CSU, wir werden, wenn ich es richtig im Kopf habe, zum 10. Juli unser Regierungsprogramm in der notwendigen Konkretheit und so, wie es die Wähler zu erwarten haben, vorstellen. Da geht es nicht darum, Schonung zu betreiben, sondern darum, offen und ehrlich eine Bestandsaufnahme zu machen, abzuleiten, was die Essentials der künftigen Politik sein müssen. Wir müssen der Bevölkerung eine Antwort auf die Frage geben, wie Deutschland wieder von der Nullstelle, vom Schlusslicht in Europa nach oben gebracht werden kann, wie wir wieder Wirtschaft und Wachstum hinkriegen, wie wir Arbeitsplätze sichern können.

In der vorigen Debatte hat Kollege Caroli angesprochen, die Lizenz in Lahr habe mit der Diskussion über die Arbeitsplätze von Grohe zu tun.

(Abg. Drexler SPD: Nein, das stimmt gar nicht! Das hat er nicht gesagt! – Abg. Birzele SPD: Was der Herr Stächele alles hört!)

Diesen Zusammenhang hat er hergestellt. Ich will Ihnen jetzt sagen:

(Abg. Drexler SPD: Sind Sie jetzt für Lahr oder nicht?)

Wir in Baden-Württemberg haben mit unserer Robustheit, mit unserer Wirtschaftskraft, auch weil wir eine Spitzenstellung unter den Bundesländern haben, vieles abwehren können, was sich in den letzten Jahren schon angebahnt hatte. Wir haben dies durch den Fleiß der Mitbürger erreicht, trotz der Opposition in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Aber jetzt ist natürlich auch der Punkt erreicht, an dem wir nicht mehr die Insel der Seligen sind. Jeder merkt in seinem Wahlkreis, dass die Einschlüge näher kommen, dass gute

mittelständische Betriebe nicht mehr in der Lage sind, Zukunftsinvestitionen zu machen, und dass Arbeitsplätze kaputtgehen. Die ernste Situation hat jetzt auch Baden-Württemberg erfasst.

(Abg. Drexler SPD: Schon früher!)

Im Übrigen zahlen wir natürlich über den unseligen Finanzausgleich schon seit Jahren mit, was andernorts an großen staatspolitischen Leistungen oder Fehlleistungen bewirkt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kurzum: Machen wir da keine Legendenbildung. Der innenpolitische Sprecher der SPD hat es gut formuliert. Er hat gesagt: „Der Gerd wollte wenigstens den Strick selbst bestimmen, an dem er gehängt werden soll.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Wer hat das gesagt?)

Das ist doch die Ausgangssituation vor dieser Neuwahl des Deutschen Bundestags.

Ich will einmal daran erinnern – denn wir lassen in diesem Bundestagswahlkampf Legendenbildung und manches andere nicht zu –, dass die SPD mit dem Kippen von Bundeskanzlern historische Erfahrung hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: „Kippen von Bundeskanzlern“! Da muss man mitdenken! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Es war Herbert Wehner, der gesagt hat: „Der Kerl muss weg!“ Bundeskanzler Schmidt ist nachweislich letztendlich daran gescheitert,

(Abg. Drexler SPD: „Nachweislich“!)

dass ihm die eigenen Truppen nicht mehr gefolgt sind. Daran wollen wir einmal erinnern.

(Abg. Gall SPD: Und Sie Erwin Teufel nicht! – Abg. Drexler SPD: Und die CDU hat Erwin Teufel abgesägt! Sie auch! – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Herr Drexler, liebe Kollegen von der SPD, jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen. Wissen Sie, wie diese Vorgänge schon in einem halben Jahr beschrieben werden? Man wird sagen müssen: Letztlich ist der Kanzler durch ein Feuer verbrannt worden, das Müntefering gelegt hat, indem er mit seiner Kapitalismuskritik wieder jene Glut in den sozialistischen Herzen entfacht hat, die dann all die weiteren Entwicklungen gebracht hat, nämlich den Aufstand der Linken; sie machen nicht mehr mit.

(Abg. Gall SPD: Merken Sie nicht, dass hier niemand zuhört?)

Es hieß: „Entweder du machst links mit, oder wir verweigern dir die Gefolgschaft.“ Das heißt, Müntefering hat die Lunte gelegt.

(Abg. Birzele SPD: Ihre Rede ist eine einzige Zustimmung!)

(Minister Stächele)

Er sagt jetzt zwar, er sei von den Wirkungen der Kapitalismuskritik überrascht gewesen, doch letztendlich ist die Linke frei gemacht worden durch diese Art und Weise,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

wie man versucht hat, mit einer unrationalen, unseriösen Diskussion eine Wahl in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Wenn Sie sich anschauen, was sich da abspielt, stellen Sie fest: Die Linke in der SPD hat den Weg zur „neuen Mitte“ nie richtig mitgemacht.

(Abg. Drexler SPD: Vom wem redet er? – Heiterkeit des Abg. Birzele SPD – Abg. Birzele SPD: Der Herr Stächele erzählt gerade, mit welchen Argumenten die CDU in den Bundestagswahlkampf geht! Das ist ja verheerend!)

Zu einer solchen Identifizierung war sie nicht fähig. Ich will es einmal so sagen: Wenn die Linke der SPD von der „neuen Mitte“ spricht, ist es fast so, wie wenn ein ernsthafter Ordensmann plötzlich eine Pappnase aufsetzt. Das ist die Situation.

Trotzdem verspüre ich ein Stück Dankbarkeit. Wir haben die Chance, einen Neuanfang für Deutschland hinzukriegen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Nur Herr Noll ist dieser Auffassung, alle anderen schweigen betreten!)

Wir haben die Chance, im September wieder klare Verhältnisse, anständige Mehrheiten zu schaffen. Die Wirtschaft kann Vertrauen fassen, kann investieren. Die Konsumenten werden Vertrauen fassen, werden konsumieren. Deswegen: Bei all dem, was sich jetzt abgespielt hat, bin ich dankbar, dass der Bundeskanzler sagt: „Ich kann nicht anders. Ich muss den Weg gehen. Wir machen eine Neuwahl.“

Nun zu den Grünen. Lieber Herr Kretschmann, Sie sind hier natürlich auch vollmundig aufgetreten. Ich glaube, ein bisschen Bescheidenheit wäre auch bei den Grünen angebracht.

(Abg. Drexler SPD: Er sagt nichts zum Haushalt!)

Seien Sie ganz ehrlich: Bei dem, was sich in der Wahlnacht in Nordrhein-Westfalen abgespielt hat, wo der Koalitionspartner im Bund quasi über das Fernsehen darüber unterrichtet wurde, dass Neuwahlen im Bund stattfinden werden, hätte man, wenn man einen Funken Selbstwert im Leibe hat, noch in der gleichen Nacht sagen müssen: „Schröder, es reicht, aus, amen! Wir gehen.“

Mich hat das Verhalten der Grünen gewundert. Ich sage das nicht gespielt.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich spielen Sie gerade, glanzvoll! Sie lachen ja innerlich schon!)

– Herr Drexler, hören Sie doch zu.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Sie lachen doch schon!)

Wenn Sie nicht zuhören, dann maulen Sie zumindest nicht dazwischen. Das bringt jetzt nichts. Ich rede im Moment mit Herrn Kretschmann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Entschuldigung! Das Parlament kann Zwischenrufe machen, solange es will, auch gegenüber der Regierung! Sie sind hier nicht der Oberlehrer! – Abg. Birzele SPD: Das ist er nicht gewohnt! – Abg. Drexler SPD: Das sind Sie nicht gewohnt!)

Das Verhalten der Grünen hat mich gewundert. Im Grunde sind sie über Jahre hinweg den Weg unter manchem Folterinstrument gegangen. Aber in diesem Fall hätte ich gesagt: Das mache ich nicht mit. Denn es ist schon ein dickes Stück, ohne Absprache mit dem Koalitionspartner einen Neuwahl-Strich zu ziehen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich muss sagen, da gehört schon ein hohes Maß an Dickfelligkeit dazu, dass man das als Grüne akzeptiert. Aber es sind ja, wie gesagt, schon viele andere Dinge in dieser Richtung passiert.

Kurzum: Wir werden Ihnen unsere Vorschläge vorlegen, wie es auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft weitergehen soll.

Wir werden auch ein Steuerreformpaket schnüren. Dabei ist Vereinfachung das eine. Das andere ist die Diskussion, wie wir Steuern künftig ansetzen, wie wir öffentliche Ausgaben fahren, damit sie sich mit den Einnahmen decken, und wie wir die Einnahmen beschaffen können, ohne die Produktionskosten zu verteuern und damit die Wettbewerbsfähigkeit kaputtzumachen.

Das ist ein Gesamtpaket. Jetzt wird solitär darüber diskutiert: hier ein bisschen Mehrwertsteuer, dort ein bisschen Umsatzsteuer, dort ein bisschen Einkommensteuer – dort ein bisschen Jagdsteuer, füge ich scherzhaft hinzu. Das funktioniert nicht. Das Ganze muss in den von mir genannten Eckdaten schlüssig sein.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Aber für Sie besteht offenbar die beste Möglichkeit gegenwärtig darin, offensiv zu werden, indem Sie sagen: „Die haben kein Konzept.“ Wir werden es Ihnen vorlegen. Ab dem 10. Juli gehen wir in den Wahlkampf. Ich bin schon heute davon überzeugt: Die Leute wissen genau: Mit Rot-Grün hat es wirklich keinen Wert mehr. Wir haben die Beispiele gut geregelter schwarz-gelber Länder. Baden-Württemberg wird ein Beispiel geben:

(Abg. Drexler SPD: Die Hälfte der Regierung wird von der Staatsanwaltschaft verfolgt!)

Man kann es auch richtig machen. Deswegen soll es in Berlin besser werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war jetzt noch das regierungsamtlliche Feuilleton zu dieser Debatte.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Heiterkeit des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Abg. Drexler SPD: Geschichtenerzähler!)

Der neue Feuilleton-Minister hat hier substantielle Beiträge zur Lösung der Probleme geleistet.

(Abg. Drexler SPD: Geschichtenerzähler!)

Ich darf noch einmal aus der „Heilbronner Stimme“ zitieren:

So glänzend die Kür von Angela Merkel zur Kanzlerkandidatin der Union war, so matt sind bisher die Konzepte. Die CDU-Chefin will die Einkommensteuer senken

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und legt sich sogar auf konkrete Zahlen fest. Und sie verspricht Ehrlichkeit im Wahlkampf. Ein doppeltes Bravo, möchte man da rufen! Doch ach, wer soll die Steuerentlastung bezahlen? Das weiß auch die Union noch nicht. Munter durcheinander fordern etliche CDU-Politiker eine höhere Mehrwertsteuer, andere lehnen diese ab, wieder andere drucksen nur herum. ... Die Wähler wollen Klarheit. Die Union steht vor der zweiten, ungleich schwereren K-Frage. Das ist die nach der Konzeption.

So weit die „Heilbronner Stimme“.

Was war nun das Erhellende an dieser Debatte? Herr Fraktionsvorsitzender Mappus, Sie haben gesagt: „keine Mehrwertsteuererhöhung in den nächsten zwei Jahren“.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

wenn ich Sie richtig interpretiere. Frau Merkel spricht heute über die Presse von einer Nettoentlastung in Höhe von 10,6 Milliarden € bei einer Steuerreform.

(Abg. Drexler SPD: Netto!)

Finanzminister Stratthaus und Ministerpräsident Oettinger sagen: „Eine Entlastung durch die Steuerreform ist wegen der Haushaltslage wohl nicht möglich. Wir müssen auf Einkommensneutralität achten.“

Ich komme noch einmal auf Sie zurück. Wenn Sie nun keine Mehrwertsteuererhöhung und eine Nettoentlastung durch die Einkommen- und die Körperschaftsteuerreform wollen, frage ich Sie:

(Abg. Drexler SPD: 10,6!)

Wie, bitte schön, finanzieren Sie dann Ihre Kopfprämie bei der Gesundheitsreform? Das sind nach Ihren Berechnungen mindestens 16 Milliarden €. Rürup hat gesagt, wahrschein-

lich koste es das Doppelte. Von dem, was Sie hier sagen, passt nichts zusammen.

(Abg. Mappus CDU: Und was ist jetzt Zuschuss?)

– Sie sind dran. Sie haben diese Debatte angezettelt.

(Abg. Mappus CDU: Was haben wir jetzt an Zuschuss?)

Sie haben hier nicht gesagt, wie Sie sich steuerpolitisch aufstellen. Alles, was Sie sagen, ist völlig widersprüchlich, ist auf keinen Nenner zu bringen und passt nicht zusammen, und dies drei Monate vor der Wahl. Sie haben Ihre Oppositionszeit nicht genutzt, um sich klar aufzustellen und zu sagen, was Sie der Wählerin und dem Wähler anbieten. Deswegen gehen wir sehr selbstbewusst in die Wahl.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wir gehen dafür selbstbewusst aus ihr hervor!)

Wir haben in Berlin eine Politik gemacht mit einer Steuerentlastung von insgesamt 60 Milliarden €. Allein der Mittelstand in Baden-Württemberg hat davon mit 1 Milliarde € jährlich profitiert. Das, was wir zum Beispiel bei den IHK Baden-Württembergs nachlesen können, dass tatsächlich ein solider Aufschwung eingesetzt habe, hat darin mit seine Ursache.

(Zurufe von der CDU: Wo?)

– Das ist eben der Fall. Sie haben klare Aufwärtstrends gehabt: im Jahr 2004 mit 2 % und ähnlich im ersten Viertel dieses Jahres. Natürlich kann man – wie Sie jetzt – den Standort vor den Wahlen noch vollends schlecht reden.

(Abg. Drexler SPD: Runterreden! – Gegenrufe von der CDU, u. a. des Abg. Dr. Christoph Palmer)

Ob Sie dem Land damit einen Gefallen tun, ist eine andere Frage.

Ich möchte also noch einmal betonen: Sie haben hier versucht, uns vorzuführen. In Wirklichkeit haben Sie in den elementaren Fragen, um die es geht, kein stimmiges Konzept, noch nicht einmal hier in Ihren eigenen Reihen. Sie können das nicht zur Deckung bringen.

Bei der Frage, für die der Landtag eigentlich zuständig ist – wie gehen wir mit dem eigenen Haushalt um? –, weigern Sie sich, einen Nachtrag zu machen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, der kommt!)

– Im Jahre 2005? Sie weigern sich, den zu machen.

(Abg. Mappus CDU: Im Jahre 2005!)

– Nur zu „Erwin 4“. Das ist das, was wir bisher gehört haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer sagt denn das?)

Wir haben es gestern auf der Pressekonferenz gehört: Der Nachtrag kommt erst 2006. Wenn das nicht so ist, bin ich allerdings falsch informiert.

(Abg. Mappus CDU: So ist es!)

(Kretschmann)

Ich höre das gern. Das heißt, das ist die erste positive Botschaft am heutigen Vormittag.

(Abg. Fleischer CDU: Da sehen Sie, wofür eine solche Debatte gut ist!)

– Aber das hätte man auch einfacher haben können.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Das hätten Sie auch besser machen können! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn wir dann wissen, wie die Wahl ausgegangen ist, können wir kalkulieren!)

– In Ordnung. Wenn es 2005 einen Nachtrag insgesamt für den Haushalt gibt und nicht nur für die Zukunftsoffensive IV – das waren unsere bisherigen Informationen –, dann hat unser Drängen ja die richtige Wirkung gehabt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– Ja, wir hatten das gefordert. Da haben Sie es noch abgelehnt. Dann sind wir einen Schritt weiter gegangen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo haben wir es abgelehnt?)

Dann debattieren wir hier in diesem Landtag wieder über Dinge, für die wir auch wirklich zuständig sind. Das rate ich allen an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Zukunft der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/3770

Mit aufgerufen ist der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4361, zu dieser Großen Anfrage.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort fünf Minuten.

In der Aussprache erteile ich das Wort Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Günther Oettinger bleibt in der Tradition von Erwin Teufel: Schöne Worte, doch die Taten in Baden-Württemberg in Sachen Kinderbetreuung lassen nach wie vor auf sich warten. Das ist ein Zustand, den wir uns schlichtweg nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

„Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, „Kinder sind das Beste, was wir haben“, hieß es bei Erwin Teufel. Bei Günther Oettinger heißt es: „Kinderland Baden-Württem-

berg“. Aber es hat sich nichts daran geändert, dass eine Gesamtkonzeption für diesen Bereich, die längst überfällig ist, fehlt und das, was Sie bieten, in zwei Worten zusammenzufassen ist: Sie bieten Stillstand und Stückwerk.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Und weil Sie ganz offensichtlich selbst den Eindruck haben, dass dies so ist, scheuen Sie auch nicht davor zurück, beherzt Taten zu verkaufen, die überhaupt keine Taten sind, sondern schlichtweg Anpassungsmaßnahmen. Zum Bereich der Kleinkindbetreuung – bei dem wir alle miteinander wissen, dass wir hier in diesem Land einen riesigen Nachholbedarf haben und uns beileibe nicht in der Spitze der Bundesländer befinden, sondern eher auf den hinteren Rängen – hören wir staunend, dass Günther Oettinger auf einmal sagt: „Wir befinden uns in der Spitzenposition.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – So ist es!)

Um das zu unterstreichen, scheuen Sie auch nicht davor zurück, mit Zahlen zu tricksen. Was machen Sie? Sie sagen: „Wir haben in Baden-Württemberg zugelegt.“ Da heißt es, wir sind bei 4,7 %, bei 5,4 %, bei 5,6 %. Gestern waren es dann, nur wenige Tage nach der Beantwortung unserer Großen Anfrage, 6,4 %, die wir in der Kleinkinderbetreuung haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist jetzt das Neueste!)

Bei den anderen Bundesländern legen Sie kühn den Stand des Jahres 2002 zugrunde, klammern dort die Tagespflege aus – die es natürlich auch gibt – und klammern aus, was es dort an Weiterentwicklungen im Tagesbetreuungsausbau-gesetz gegeben hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit solchen Trickereien ist den Kindern und den Familien in unserem Land nicht gedient.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jawohl!)

Ich möchte Ihnen das Stückwerk an einer der wesentlichen Aufgaben aufzeigen, die wir haben, wenn wir wirklich erreichen wollen, was die SPD im Land seit Jahren fordert, nämlich Baden-Württemberg zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen. Wir müssen dann vor allem zwei Dinge tun. Das eine ist, aus Kinderwünschen Kinderrealitäten zu machen, und da spielt die Frage einer qualitativ gut ausgebauten Kinderbetreuung mit einer Angebotsvielfalt eine entscheidende Rolle. Der zweite Bereich ist, dass wir angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels jede, aber auch jede Chance nutzen müssen, die Bildungspotenziale jedes einzelnen Kindes auszuschöpfen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und das möglichst früh!)

Das heißt, die Elementarbildung ist die maßgebliche Fragestellung. Ihre Antworten darauf sind jedoch vollkommen unzureichend.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

(Marianne Wonnay)

Ich mache Ihnen das an zwei Beispielen deutlich, nämlich am Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung und an der Sprachförderung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Sie wissen, wir sind mit Hamburg, Hessen und Sachsen unter den letzten vier Bundesländern, die noch keinen Orientierungsplan vorgelegt haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Alle CDU-regiert! Kein Wunder!)

Im Mai sollte er endlich kommen, und ich frage Sie, Frau Schavan und Herr Renner: Wo ist denn nun dieser Orientierungsplan?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zwischen den Ministerien verloren gegangen!)

Wir sind da hinten dran. Aber was machen Sie? Der Implementierungsprozess soll jetzt über fünf Jahre hingezogen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein solches Dahinschleichen in dieser wesentlichen Bildungsfrage können wir uns schlichtweg nicht leisten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Und die Frau Schavan geht nun lieber nach Berlin!)

Bei der Implementierung war angekündigt, dass sich das Land mit 50 % beteiligen werde. Das war eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür, Partner auf diesem Reformweg zu gewinnen. Nun aber sagt die Landesregierung: Die Träger sollen sich um die 40 000 Erzieherinnen kümmern, und wir als Land kümmern uns um die 80 Kooperationsbeauftragten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das machen wir ja sowieso schon!)

So sieht eine partnerschaftliche Aufgabenwahrnehmung wahrhaftig nicht aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der zweite Bereich ist die Sprachförderung. Sie haben sich ja, nachdem Sie bei den Haushaltsberatungen unseren Antrag auf ein umfassendes Sprachförderkonzept noch abgelehnt hatten, nun endlich dazu aufgerafft – viel zu langsam und viel zu spät –, zumindest den Teil, der die ehrenamtlichen Sprachhelferinnen und Sprachhelfer betrifft, umzusetzen. Aber, meine Damen und Herren, eines geht nicht, auch wenn es beim Ministerpräsidenten, wenn man sich seine Aussagen zur Ganztagschule anschaut, offenbar schon System hat. Es geht nicht an, zu sagen: „Wir setzen auf das Ehrenamt“ – das ist okay; das teilen wir auch –, dann aber nur auf dem ehrenamtlichen Sektor etwas zu machen und gleichzeitig im wichtigen Bereich der Hauptamtlichen, nämlich bei der Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, zu kneifen. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das tun wir doch nicht! Sowohl als auch!)

– Nein, Sie tun es bisher nicht, Herr Kollege Noll. Es wäre ja schön, wenn Sie es täten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zu dem, was notwendig wäre, die beiden Geschäftsführer der konfessionellen Trägerverbände für Kindertageseinrichtungen in Württemberg zitieren. Sie sagen, das Konzept Günther Oettingers zum „Schulreifen Kind“ sei eine abgespeckte Version zum Kindergartenpflichtjahr, indem einseitig nur die Kinder im letzten Kindergartenjahr gefördert würden. Weiter äußern sie:

Statt immer neuer Einzelmaßnahmen von der soeben noch beschlossenen ehrenamtlichen Sprachförderung bis zur besonderen Förderung von Kindern vor der Einschulung brauchen wir endlich ein Gesamtkonzept, das pädagogisch und strukturell allen Kindergartenkindern und den Familien gleichermaßen zugute kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Messlatte. Bisher reißen Sie diese gewaltig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

Abg. Klenk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Wonnay, Sie tun gerade so, als ob in Baden-Württemberg erst jetzt eine Zeit anbrechen würde, die Sie schon lange fordern.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: So ist es! Genau so ist es!)

Deswegen sind wir Ihnen für Ihre Anfrage auch dankbar. Insbesondere hinsichtlich der aktuellen Entwicklung zeigt die Antwort zu dieser Großen Anfrage, dass die Landesregierung selbst in Zeiten leerer Kassen zu ihren Aussagen für ein kinderfreundliches Baden-Württemberg steht

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie müssen auch etwas tun!)

und dass man sich in diesem Land auch in finanziell schwierigen Zeiten auf die Politik verlassen kann.

Nehmen wir im Gegensatz dazu doch nur einmal das Tagesbetreuungsausbaugesetz der Bundesregierung. Die jährlichen Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden € sollen durch Entlastungen bei Harz IV kompensiert werden. Meine Damen und Herren, das ist illusorisch,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Heiße Luft!)

da die Entlastung in der Fläche, also bei den Kommunen, nicht in gleicher Höhe wie die Belastung ausfällt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie haben das kassiert! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann muss das Land das Geld an die Kommunen weitergeben!)

Dann kommen Sie in der Begründung Ihrer Anfrage daher und sagen, dass Sie sich dafür einsetzen wollen, dass die Landesregierung endlich ihrer familienpolitischen Verant-

(Klenk)

wortung gerecht werde und nicht weiterhin alle Verantwortung und alle finanziellen Lasten auf die Kommunen und auf die Familien abwälze, und dies bei jährlichen Gesamtausgaben des Landes einschließlich der FAG-Zuweisungen in Höhe von über 400 Millionen € allein für Betreuungsangebote. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Wir nehmen unsere politische Aussage „kinderfreundliches Baden-Württemberg“ sehr ernst.

Wer die bereits bestehenden Angebote an Kinderkrippen, in der Tagespflege, in Kindergärten und im schulischen Bereich – Ganztagschulen, die verlässliche Grundschule, flexible Nachmittagsbetreuung – sowie an Horten betrachtet, der stellt doch heute schon fest, dass wir auf dem richtigen Weg sind und diesen auch in finanziell schwierigen Zeiten – ich kann es nur noch einmal wiederholen – konsequent weitergehen wollen.

Hätten Sie vorhin zu Frau Ministerin Schavan hinübergeschaut, dann hätten Sie gesehen, dass sie den Orientierungsplan zur frühkindlichen Bildung hochgehalten hat. Er wird nach der Sommerpause eingebracht werden.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Er war aber für Mai angekündigt! – Gegenruf des Abg. Wacker CDU – Unruhe)

Übrigens gibt es dazu inzwischen Konsens bei allen Beteiligten. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir lassen uns dieses Thema nicht von Ihnen kaputtmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das machen wir auch nicht!)

Wir sagen andererseits aber auch nicht, dass schon alles perfekt wäre. So wollen wir insbesondere die Bereiche Bildung und Betreuung stärker miteinander verknüpfen. Eine zentrale Rolle wird dabei auch die Sprachförderung spielen. Wir wollen ein in jeglicher Hinsicht flächendeckendes, aber bedarfsorientiertes Angebot.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Wer aber glaubt – lassen Sie sich dies auch gesagt sein –, allein durch eine bessere Betreuungsstruktur und finanzielle Entlastung von Familien könnte man der demografischen Entwicklung entgegenzutreten,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt doch gar niemand! Bauen Sie doch nicht Ihre eigenen Wahrheiten!)

der wird sehr schnell feststellen, dass dies, isoliert betrachtet, nahezu wirkungslos sein wird. Die Politik kann hier nur Rahmenbedingungen setzen und verändern. Die Bewältigung der Herausforderungen ist aber vor allem jenseits staatlicher Maßnahmen zu suchen. Deshalb greifen unsere politischen Debatten zu diesem Thema leider oft zu kurz. Was junge Familien ganz dringend brauchen, ist unter anderem auch Planungssicherheit.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Stimmt!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines sagen: Es ist der CDU – auch wenn Sie uns das unterstellen – alles

andere als suspekt, wenn ein Teil der Erziehung der Kinder außerhalb der Familie stattfindet.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es gibt auch überhaupt keinen ideologischen Gegensatz zwischen der Erziehung in der Familie und der Erziehung außerhalb. Aber den Fokus allein auf die externe Betreuung zu lenken

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das macht doch niemand!)

und zu meinen, damit wären alle Probleme gelöst, ist zu kurz gedacht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Macht doch überhaupt niemand! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt niemand! Was Sie hier machen, sind Ausflüchte und Trickereien und Herumgeeeiere! Das ist unglaublich! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

– Nein, nein. – Ich sage nur: Wer das Familienbild der Erziehung in der Familie als nicht sehr innovativ und als bürgerlich bezeichnet wie die Landesvorsitzende der Grünen, Kotting-Uhl, der widerspricht sich selbst. Wenn wir sonst immer in unserer durchrationalisierten Berufswelt mangelnde Nähe, Wärme, Freude und persönliche Anerkennung beklagen und wenn wir immer vom kinderfreundlichen Land reden, dann dürfen wir dabei eines nicht vergessen: die Kinder selber.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Müssen wir uns als politisch Verantwortliche nicht auch die Frage stellen und ernsthaft in der Öffentlichkeit diskutieren, welchen Stellenwert Familie in unserer Gesellschaft überhaupt noch hat?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das können wir gerne machen, aber nicht bei dieser Debatte!)

Sind wir nicht auch zum Teil ein Volk von Egoisten geworden, welche auf nichts mehr verzichten wollen, sich ständig unabhängig fühlen und sich selbst verwirklichen wollen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zum Ausbau der Kinderbetreuung!)

Fragen wir uns das einmal ganz kritisch. Erziehungsaufgaben schiebt man auf die Schulen ab, obwohl eigentlich jedem klar sein müsste, dass man die Vermittlung einfachster gesellschaftlicher Grundwerte nicht auch noch im Unterricht vermitteln kann.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist sehr ausgewogen! Sehr gut!)

Und dann wundern wir uns, wenn viele Jugendliche und immer mehr Kinder eine emotionale Unausgeglichenheit, unrealistische Selbsteinschätzung, Schulunlust, eine sinkende Frustrationstoleranz und zum Teil leider auch noch kriminelle Neigungen zeigen! Ich kann Ihnen sagen: Hier den Staat generell als Reparaturwerkstatt zu sehen, meine Damen und Herren,

(Klenk)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt doch gar niemand!)

kann, abgesehen davon, dass wir uns dies nicht leisten können, nicht Ziel unserer Politik sein.

Jetzt sage ich Ihnen: Bislang habe ich Ihren Forderungen nach dem Ausbau von Ganztagschulen immer noch etwas Positives abgewinnen können. Doch seit ich die Werbekampagne der Bundesregierung hierzu gesehen habe, kann ich nur sagen: Da verfolgen wir unterschiedliche Ziele. Ich lese hier: „Die Schulzeit ist die schönste Zeit im Leben – jetzt auch für Eltern. Ganztagschulen – Zeit für mehr.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Fleischer CDU: Das ist das Motiv! – Abg. Röhm CDU: Entlarvend! – Unruhe)

Wir als CDU-Fraktion

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Machen gar nichts!)

stimmen in der Frage der Zukunft der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg voll mit den Aussagen unseres Arbeits- und Sozialministers überein,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von dem haben wir noch gar nichts gehört!)

dass wir auf der einen Seite weitere bedarfsgerechte Angebote zur Betreuung von Kindern brauchen, es dabei auf der anderen Seite aber wichtig ist, dass Mütter und Väter selbst entscheiden können,

(Abg. Röhm CDU: Richtig!)

wie sie in den unterschiedlichen Familienphasen für das Einkommen und für die Erziehung ihrer Kinder sorgen wollen. In einem familienpolitisch gut aufgestellten Land muss beides möglich sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Röhm CDU: Bravo!)

Ihren Antrag lehnen wir ab, weil wir sagen: Das Strickmuster Ihres Antrags ist sehr einfach. Sie haben geschaut, was derzeit gemacht wird, und lediglich zusätzliche Forderungen aufgestellt, die Vorhaben sofort und flächendeckend umzusetzen. Sie verlieren kein Wort über die Finanzierung. Bei Ihren Forderungen handelt es sich um strukturelle Mehrausgaben. Mit dem Verkauf von Tafelsilber, meine Damen und Herren, lassen sich diese Forderungen nicht seriös umsetzen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere verehrte Kollegin Wonnay! An einer Stelle habe ich mich jetzt gewundert. Bisher hat man Frau Schavan immer zu hohes Reformtempo und das Überstülpen von Konzepten – ich denke an die Oberstufenreform usw. – vorgeworfen. Jetzt kritisieren Sie, dass

wir die Implementierungsphase im Kindergarten bedarfsgerecht mit denen, die das vor Ort machen sollen – insbesondere Eltern, Erzieherinnen, kommunalen Stellen –, Stück für Stück gemeinsam machen wollen. Also da passt irgendetwas nicht zusammen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Andere machen das in einem Dreivierteljahr!)

Auf einmal ist es Ihnen zu langsam; bisher war es Ihnen immer zu schnell. Ich glaube, Frau Schavan liegt an dieser Stelle genau richtig.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zweite Bemerkung: Die Antwort auf die Große Anfrage ist wirklich eine tolle Zusammenstellung. Wenn man sie objektiv liest, sieht man, dass in diesem Land schon sehr viel mehr geschieht, als jeder, der vielleicht alte Vorstellungen von Kindergarten oder Schule hatte, für möglich gehalten hätte. Heute kann vor Ort schon sehr viel mehr gemacht werden. Lassen Sie mich, weil meine Redezeit wirklich kurz ist, nur wenige Schwerpunkte herausgreifen.

Kinderbetreuung in Baden-Württemberg: Selbstverständlich müssen wir das Thema immer ganzheitlich betrachten. Betreuung beinhaltet immer auch Erziehung und Bildung –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

überhaupt keine Frage –, und zwar ganzheitlich vom Anfang an bis zum Verlassen der Schule, auch schon vor der Schule. Deswegen bin ich ja so froh, dass wir die Kompetenz für den Kindergartenbereich künftig im Bildungsministerium haben werden,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Weshalb für die Kleinkinder dann wieder woanders?)

um zu zeigen, dass der Kindergarten eine Bildungsstätte ist und dass sich dort Chancen entscheiden – nicht später beim Numerus clausus oder wann auch immer; vielmehr geht es darum, dass ein Kind überhaupt schulfähig ist, wenn es eingeschult wird.

Nächstes Thema: Diskussionen über ein Pflichtjahr und solche Dinge. Auch da sind wir inzwischen viel weiter, wie Sie in der Antwort auf die Große Anfrage lesen können. Wir werden tendenziell – das sagt uns ja die Hirnforschung – darauf hinarbeiten müssen, von diesen Stichtagen wegzukommen, weil nicht alle Kinder gleich sind, und ein Stück weit mehr Flexibilisierung möglich zu machen. Das heißt tendenziell, dass wir die Lernfähigkeit von Kindern schon sehr viel früher nutzen können, aber in einer kindgerechten Form, und dass sie dann eben nicht in klassischen Klassenverbänden, sondern in einer Eingangsstufe sind. Da gibt es die Möglichkeit, dass Kinder, die sehr schnell vorankommen, sehr viel früher weiterkommen, aber andere trotzdem auch individuell gefördert werden können. Das heißt, diese Grenzen – im Alter von fünf Jahren Pflicht zum Kindergartenbesuch – werden in solchen neuen Modellen im Rahmen des „Schulanfangs auf neuen Wegen“ obsolet.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Dr. Noll)

Auch das führt natürlich tendenziell zum Ziel, bedarf jedoch der stärkeren Vernetzung an diesen Übergängen. Dafür brauchen wir aber die Menschen vor Ort, die dies organisieren müssen. Da sind wir deutlich weiter, als Sie vielleicht hier immer suggerieren wollen.

Wenn man die Dinge insgesamt betrachtet, sieht man natürlich, dass es bei uns in vielen Bereichen wirklich Nachholbedarf gibt. Das ist überhaupt keine Frage. Sie haben zwar zur Finanzierung schon etwas gesagt, aber ich weiß nicht, wie oft und für welche Zwecke Sie die Landesstiftung noch auflösen wollen. Das wollen Sie hier auch wieder einmal. Das ist aber kein schlüssiges, nachhaltiges Konzept. Da sage ich einfach noch einmal: Wir müssen denen, die es finanzieren müssen – das sind nun einmal bei Kindern vor der Schulzeit im Wesentlichen die Kommunen, und bei Kindern, die bereits in die Schule gehen, ist es im Wesentlichen das Land, der Schulhausbau ausgenommen –, also vor allem den Kommunen, eine nachhaltige Finanzierungsbasis schaffen.

Ich sage noch einmal für die FDP/DVP-Fraktion: Wir müssen darüber nachdenken, ob wir eine Neuverteilung in den Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen hinbekommen. Auch da sind wir weiter, liebe Frau Wonnay, als Sie vielleicht denken. Da laufen Gespräche, durch die wir mit den Betroffenen tatsächlich sachbezogen zu neuen Lösungen kommen werden. Wir werden Bestandsaufnahmen machen. Dann wird damit Schluss sein, dass man mit immer neuen Vorschlägen – da einmal 1,6 Millionen €, dort einmal ein zusätzliches Progrämmchen – den Kommunen irgendein Incentive gibt, wobei sie aber nicht wissen, wie sie es nachher weitermachen sollen. Vielmehr müssen wir die nachhaltige Finanzierung einer von Anfang an ganzheitlich implementierten Sprachförderung im Kindergarten möglich machen. Da darf – ich sage es noch einmal – auch ein Thema wie die Transferleistungen in Höhe von über 80 Millionen € an Familien kein Tabu bleiben. Wir werden dieses Thema weiterverfolgen müssen. Ich bin dankbar für Beifall.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Das war der Beifall der Kollegin Lösch. Das freut mich an dieser Stelle.

Wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Darum müssen wir schauen, ob wir die Gelder, die wir bisher für Familien ausgegeben haben, zielgenau ausgegeben haben oder ob wir sie nicht besser für das ausgeben wollen, was Familien wirklich brauchen. Wenn dann noch das wahr wird, was ich beim ersten Tagesordnungspunkt gesagt habe, dass wir ein Steuerkonzept hinbekommen, das die Familien steuerlich so viel besser stellt, dann brauchen wir möglicherweise die zusätzlichen Transfers nicht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt kurz Stellung nehmen, nämlich zum Thema Kindergarten. Da sind wir ja Gott sei Dank an sich Spitze, was den Versorgungsgrad angeht.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sagen Sie etwas zur Qualität! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber die Qualität lässt zu wünschen übrig!)

Aber Sie haben auch wieder die Probleme der gemeindeübergreifenden Kindergartenversorgung erwähnt. Ich möchte den Tag heute auch dazu nutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, dass ganz frisch, Ende April, eine Vereinbarung aller kommunalen Landesverbände, des Sozialministeriums und der Träger, vertreten durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband, zustande kam, wobei noch einmal die klare und eindeutige Handlungsempfehlung an die Kommunen herausgegeben wurde: Bitte, sorgen Sie alle mit dafür, dass dies vor Ort auch tatsächlich so umgesetzt wird. Ich bin mit den kommunalen Landesverbänden der Meinung, dass es möglich sein muss, einvernehmliche Lösungen auf der Grundlage dieser Empfehlung zu finden.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wie viel Redezeit haben Sie denn, Herr Kollege?)

Wenn dies nicht gelingen sollte, ist die Gesetzesnovelle nach wie vor im Hintergrund. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hätten Sie gleich ein Gesetz machen müssen!)

Ich bin aber sehr optimistisch, nachdem dies sogar mit einer Empfehlung hinsichtlich der Beträge, die natürlich nicht bindend ist, formuliert wurde, dass wir ein Stück weit dazu kommen werden, dieses Problem jetzt auch zu lösen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben an verschiedenen Stellen Nachholbedarf. Wir sind insbesondere mit den Kommunen in Diskussionen, wie wir künftig die Aufteilung der Finanzierung dessen regeln, was wir tatsächlich wollen, um Familien in Baden-Württemberg bessere Bedingungen zu geben, damit sie sich frei entscheiden können, ob sie überhaupt Kinder haben wollen, und die freie Wahl haben, entweder das Kind zu Hause zu betreuen oder es teilweise zu Hause zu betreuen und teilweise außerhalb der Familie betreuen zu lassen. Dann, glaube ich, werden wir durchaus ein kinderfreundliches Baden-Württemberg, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität, für unsere Familien erreichen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der SPD zeigt alle Handlungsfelder in der Kinderpolitik auf. Fünf Minuten reichen leider nicht aus, um alle Handlungsfelder zu streifen. Deshalb werde ich mich auf drei Themenfelder beschränken: zum Ersten den Ausbau der Kleinkindbetreuung, zum Zweiten die Stärkung des Bildungsauftrags und zum Dritten die Finanzierung.

Die Landesregierung hat die Weiterentwicklung von Baden-Württemberg zum vorbildlichen Kinderland ausgeru-

(Brigitte Lösch)

fen. Das ist in der Tat ein ehrgeiziges Ziel, wobei leider nicht zu erkennen ist, wie die Landesregierung dies umsetzen will. Es reicht in der Tat nicht aus, das Ziel verbal zu beschreiben, sondern man muss es auch erreichen wollen. Da hat es, Kollege Klenk, in der Tat keinen Sinn, hier Diskussionen einzufordern, die überhaupt nicht mehr zeitgerecht sind. Denn wir sind da schon weiter. Lesen Sie sich einmal die Regierungserklärung Ihres Ministerpräsidenten durch, der Familienpolitik nicht ideologisch beschrieben hat, sondern auf die Realitäten hingewiesen hat!

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dann können wir über Kinder- und Familienpolitik konstruktiver miteinander diskutieren. Solche überholten Diskussionen bringen in der Tat überhaupt nichts.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Punkt 1: Ausbau der Kleinkindbetreuung. Gestern und heute konnten wir es ja in der Zeitung lesen: Das, was als großer Erfolg im Ausbau der Kleinkindbetreuung gefeiert wird, ist eigentlich eine Farce. Denn es geht nicht um einen weiteren Ausbau, sondern es geht darum, dass die schon bestehenden Angebote weiterfinanziert werden. 8,6 Millionen € originäre Landesmittel sind nach wie vor zu wenig, um den bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung bis ins Jahr 2010 für jedes fünfte Kind voranzubringen. Ich spreche deshalb von jedem fünften Kind, weil die Betreuungsquote von 20 % nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern von allen Expertinnen und Experten und in der Zwischenzeit auch von den kommunalen Landesverbänden als Mindestbedarf angesehen wird.

Geht man von durchschnittlich 100 000 Kindern pro Jahrgang aus, müssen Sie bis zum Jahr 2010 für ca. 50 000 Kleinkinder Betreuungsplätze anbieten. Wir brauchen also dringend einen Ausbauplan, einen Stufenplan bis 2010, und vor allem auch eine ausreichende Finanzierung. In diesem Zusammenhang weise ich noch einmal darauf hin, dass es nach unserer Meinung nicht möglich ist, parallel sowohl für das Landeserziehungsgeld als auch für die institutionelle Förderung Gelder aufzubringen. Man muss sich entscheiden. Deshalb sagen wir: Die Mittel für das Landeserziehungsgeld müssen zugunsten des Ausbaus der Kleinkindbetreuung umgewidmet werden.

(Beifall bei den Grünen)

Punkt 2: Stärkung des Bildungsauftrags. Hier geht es insbesondere um das Thema Sprachförderung. Die von Ministerpräsident Oettinger groß geschriebene Kinderpolitik besteht im Bildungsbereich leider nur aus Stückwerk. Voreilige Einzelmaßnahmen bestimmen die Diskussion: Erst war es die Kindergartenpflicht, jetzt ist es das Konzept „Schulreifes Kind“, und hinzu kommen ein bisschen Sprachförderung und parallel dazu die Auseinandersetzung um die Implementierung des Orientierungsplans. Das bringt keine Orientierung und Verlässlichkeit für die Kindergartenträger, für die Erzieherinnen und Eltern, sondern sorgt nach wie vor für große Desorientierung und Verunsicherung.

Wir lehnen das Konzept „Schulreifes Kind“ der Landesregierung aus zwei Gründen ab: Erstens wird es eine zusätzliche Struktur zwischen Kindergarten und Grundschule schaffen und wird dem Orientierungsplan diametral entgegenstehen, der den Kindergarten von Anfang an als Bildungsort für alle Kinder sieht und Bildung nicht auf acht Stunden im letzten Jahr reduzieren will. Dieses Konzept „Schulreifes Kind“ geht nicht nur an der Sache vorbei, sondern ist ein Rollback in die Siebzigerjahre. Wir lehnen dieses überholte Vorschulkonzept entschieden ab.

(Beifall bei den Grünen)

Strukturdiskussionen allein bringen die frühkindliche Bildung nicht weiter. Ohne ein Gesamtkonzept, das die Qualität frühkindlicher Bildung in den Mittelpunkt stellt, lässt sich nicht im Schnellverfahren nachholen, was in den Jahren zuvor verpasst wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem Gesamtkonzept gehört auch, dass die Bildungspläne nicht auf Drei- bis Sechsjährige beschränkt werden, sondern wir brauchen einen Orientierungsplan aus einem Guss, der für die unter Sechsjährigen insgesamt gilt. Schon jetzt haben wir altersübergreifende Gruppen in den Kindertageseinrichtungen. Auch die Kernregelung des neuen Tagesbetreuungsausbaugesetzes sieht neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Angebote für unter Dreijährige auch die Erstellung von Konzeptionen und Qualitätsmerkmalen für die Einrichtungen vor. Dies nicht in die Erstellung der Orientierungspläne zu integrieren wäre eine riesige Ressourcenverschwendung.

Genauso unverständlich ist die Entscheidung, nicht den gesamten Kindergartenbereich in einem Ministerium zu bündeln, wie wir es gedacht hatten, als wir gehört haben, die Kinderbetreuung komme jetzt zum Kultusministerium. Nein, es stellt sich heraus: Der Bereich der unter Dreijährigen bleibt beim Sozialministerium. Ich glaube nicht, dass Sozialminister Renner unterbeschäftigt wäre, wenn er auch den Bereich der unter Dreijährigen an das Kultusministerium abgeben würde. Ich sehe keine Logik darin, diesen Bereich zu splitten.

Bildung beginnt mit der Geburt. Daher gehört die Gesamtzuständigkeit dem Kultusministerium übertragen. Das Ziel muss sein: Kinderpolitik aus einer Hand.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Land ist in der Verantwortung für die Kindertageseinrichtungen. Es ist also auch für den Bildungsauftrag verantwortlich, und deshalb muss es sich auch an der Finanzierung beteiligen. Dies betrifft sowohl die Finanzierung der Sprachförderung als auch die Implementierung des Orientierungsplans, wobei sich das Land in der Vereinbarung mit den Trägern dazu verpflichtet hat, 50 % der Kosten zu übernehmen. Aber wie schon bei der Sprachförderung, will sich das Land auch hier um die Beteiligung an den Fort- und Weiterbildungskosten für die Erzieherinnen drücken.

Eine der letzten bildungspolitischen Entscheidungen des früheren Ministerpräsidenten Teufel war, für die Sprachförderung 6 Millionen € zu gewähren. Ich sage dazu: für ein Halbkonzept, das eine Sprachförderung nur über ehrenamt-

(Brigitte Lösch)

liche Sprachhelferinnen zulässt und all die anderen Einrichtungen mit anderen Sprachförderansätzen, wie zum Beispiel ganzheitliche Sprachförderungen, außen vor lässt.

Vor diesem Hintergrund – Umsetzung des Orientierungsplans, Umsetzung der Sprachförderung – bietet es sich an, ein gemeinsames Projekt zu entwickeln, das die vorher genannten Projekte strukturell und konzeptionell miteinander verbindet, ein Konzept, das in einem verlässlichen, von Land und Kommunen – ich komme zum Schluss –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zwei Minuten! –
Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist fair!)

gemeinsam getragenen Finanzrahmen bis zum Jahr 2010 stufenweise realisiert werden kann.

Wir schlagen dazu vor, dass jede Einrichtung einmalig ein Bildungsbudget erhält, das sich an den Kosten für die Weiterbildung der Erzieherinnen und für die Implementierung des Orientierungsplans und der Sprachförderung in Höhe von etwa 14 000 € orientiert. Das wäre bis zum Jahr 2010 eine Gesamtsumme von 51 Millionen €. Das wären also pro Jahr ca. 10 Millionen €, worin die 6 Millionen € für die Sprachförderung integriert wären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur wenn es gelingt, der Bildungseinrichtung Kindergarten ein inhaltliches und strukturelles Gesamtkonzept zu geben und von diesem Flickenteppich und Stückwerk wegzukommen, ist gewährleistet, dass die bildungspolitischen Reformprojekte wie der Orientierungsplan und die Sprachförderung ein großer Wurf werden und nicht zu landespolitischen Blindgängern verkommen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Arbeit und Soziales, Andreas Renner.

Minister für Arbeit und Soziales Renner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass wir schon ein paar Sachen zurechtrücken können.

Frau Wonnay, wir sind nicht einmal annähernd so schlecht, wie Sie uns machen. Aber ich räume ein, wir sind in vielen Punkten noch nicht so gut, wie wir es uns wünschten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Bei allen Diskussionen über Infrastruktur ist festzustellen, dass wir in Baden-Württemberg unter den alten Bundesländern in Bezug auf die Kinderbetreuung Spitze und immer noch die Besten sind. Vergleichen Sie mit anderen Bundesländern. Bei allen Diskussionen über die Infrastruktur kann mir niemand klar machen, dass die Themen „Kinderwunsch“ und „Kinder bekommen“ ausschließlich mit der Infrastruktur in diesem Land zu tun haben. Das hat mit der Einstellung der Menschen in diesem Land zu Kindern zu tun, nicht unbedingt nur mit Geld und Infrastruktur.

(Beifall bei der CDU)

Weil Kinder und Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind, ist die Politik für Familien und Kinder seit Jahren Kernstück unserer Gesellschafts- und Familienpolitik. Wir haben auch die Zuständigkeiten sinnvoll übergeleitet, weil wir uns darüber im Klaren sind, dass Kinder bis zum Alter von drei Jahren keinen Anspruch auf Bildungspläne haben, aber Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren sehr wohl. Wenn wir das ernst nehmen, was auch die Kultusministerin klar macht – –

Es spielt übrigens überhaupt keine Rolle, wo die Zuständigkeit ist. Diese Landesregierung spricht mit einem Mund

(Große Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

– und mit einer Stimme. Dementsprechend ist die Zuständigkeit zweitrangig, weil wir die Konzepte gemeinsam entwickeln und realisieren.

Unser Anspruch ist es, Baden-Württemberg zum Kinderland Deutschlands zu machen, zu einem Land, in dem sich Familien und Kinder nicht nur wohl fühlen, sondern in dem ihnen auch die Chance geboten wird, mit einer guten schulischen Bildung und guten beruflichen Ausbildung in einer sich wandelnden Welt ihren Weg zu finden.

Die Fundamente zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels hat Ministerpräsident Oettinger in seiner ersten Regierungserklärung vor kurzem in diesem Hause genannt. Sie sind seit Jahren gelegt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir fangen nicht bei null an. Ich erinnere nur daran, dass Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und zwar über 100 %!)

Mit der Umstrukturierung der Kindergartenförderung im Jahr 1999 wurden die bisherigen Personalkostenzuschüsse in Gruppenpauschalen umgewandelt. Deren Höhe hängt von der Betriebsform ab. Damit hat das Land einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet. Durch dieses Fördersystem hat sich die Anzahl der Gruppen in Kindergärten mit verlängerten Öffnungszeiten sowie der altersgemischten Gruppen bis zum Jahr 2004 mehr als verdreifacht, die Anzahl der Ganztagsgruppen mehr als verdoppelt. Ich denke, dass dies ein guter Weg ist. Diesen Trend werden wir fortsetzen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Die Zukunftswerkstatt Familie hat eine ganzheitliche Politik für Familien mit Kindern eingeführt. Wesentlicher Bestandteil ist die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Familien in allen politischen Handlungsfeldern.

Nachdem im Bereich der Kindergärten Vollversorgung erreicht ist, konzentrieren wir uns – ich denke, auch konsequenterweise – nunmehr auf den bedarfsgerechten Ausbau der Klein- und Schulkinderbetreuung. Diesem Ziel dient das bereits Anfang 2002 von der Landesregierung beschlossene Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“. Wir stellen für dieses Ziel zusätzlich 15 Millionen € zur Verfügung.

(Minister Renner)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sagen, das, was wir mit 1,6 Millionen € zusätzlich machen, sei nichts, erinnere ich Sie an die gegenwärtige Haushaltslage, bei der sich alle am Riemen reißen müssen. Es ist doch klar, dass das große und wichtige politische Ziel in diesem Land tatsächlich die Erreichung der Kinderfreundlichkeit ist. Dazu gehört auch die Durchsetzung der Kleinkindbetreuung bis zum Alter von drei Jahren. Es ist ein großes Signal in schwierige Zeiten hinein gewesen, das das Kabinett gestern ausgesandt hat.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Andere, meine sehr geehrten Damen und Herren, kürzen Mittel in den Bereichen, in denen wir sie gestern zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch ein schöner Erfolg, dass sich die Anzahl der Krippenplätze seit dem Jahr 2002 verdreifacht hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehen Sie, der Bedarf ist da!)

Derzeit haben wir in unserem Land rund 5 000 Krippenplätze. Die Plätze in Kinderkrippen sind aber nur eine Säule unserer bedarfsgerechten Systematik zum Ausbau der Kleinkindbetreuung.

Eine weitere Säule ist die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in altersgemischten Gruppen. In diesem Bereich stehen ab dem zweiten Lebensjahr 7 500 Plätze zur Verfügung.

Die dritte Säule bei der Kleinkindbetreuung ist die Tagespflege. Auch hier zahlt es sich aus, dass die Landesregierung bereits seit zehn Jahren den Aufbau von örtlichen Tagesmüttervereinen unterstützt. Heute stehen insgesamt 50 solcher Vereine, die maßgeblich zum Ausbau der Tagespflege beitragen, zur Verfügung. Sie werden seit dem Jahr 2003 vom Land ebenfalls gefördert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der Tagespflege stehen rund 12 200 Betreuungsplätze zur Verfügung, die Hälfte davon für Kinder unter drei Jahren. Damit verfügen wir über 18 600 Betreuungsplätze für Kleinkinder. Das entspricht einem Versorgungsgrad von 6,4 %.

Aber lassen Sie uns doch nicht immer über Prozentzahlen diskutieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hilft doch niemandem!)

Das ist doch Blödsinn. Wir müssen doch über den Bedarf diskutieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der ist höher!)

Wir brauchen nicht, wie Sie es sagen, flächendeckend 20 %, sondern wir haben dort Bedarf, wo Plätze fehlen.

Es soll auch noch eine vierte Säule geben: Es gibt immer noch Familien, die ihre Kinder bis zum Alter von drei Jahren selbst betreuen wollen. Lassen Sie denen doch die Möglichkeit, dies zu tun,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und zwingen Sie uns nicht in Strukturen hinein. Diese Dynamik der Kleinkindbetreuung werden wir fortsetzen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Es redet doch kein Mensch von 100 %!)

– Ich wollte das ja nur sagen, weil Frau Lösch von flächendeckend 20 % gesprochen hat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann fehlen immer noch 80 %! – Abg. Birzele SPD: Dann sind immer noch 80 % Familienbetreuung! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sagen wir einfach: Quoten lehnen wir generell ab!)

– Das habe ich doch gerade gesagt: Ich halte es für einen Blödsinn, über Prozentzahlen zu reden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer redet denn die ganze Zeit über Prozentzahlen?)

Wir setzen unsere Anstrengungen fort. Wir werden das Optimum, wenn irgend möglich, erreichen und werden es auch finanzieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie eine flächendeckende Betreuung der bis zu Dreijährigen in dieser Größenordnung wollen, müssen Sie auch mit den Kommunen reden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Alles, was vor der Schule ist, ist nämlich auch nach Lesart der kommunalen Landesverbände Aufgabe der Kommunen in diesem Land.

(Abg. Birzele SPD: Richtig, aber die müssen finanziell unterstützt werden!)

Ich sage Ihnen einmal: Da kommt große Freude auf, wenn Sie Ihre Forderung nach einem Versorgungsgrad von 20 % mit den Kommunen diskutieren.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Weil das Land dabei nur 10 % zahlt! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das müssen wir jetzt lösen! Wir sind dabei!)

Wir müssen das alles schultern können. Es gibt kommunale Landesverbände, die sagen: „Das ist unser Bier. Ihr, das Land, braucht euch da nicht zu engagieren.“ Aber sie werden es auch nicht finanzieren können. Deshalb lassen Sie uns doch alle gemeinsam vernünftige Strukturen schaffen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen eigentlich Sie? Was will der Minister? – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

(Minister Renner)

Ich möchte Ihnen sagen: Wir werden auch das Tagesbetreuungsbaugesetz des Bundes – man mag es mögen oder auch nicht – umsetzen. Entsprechende Gespräche mit allen Beteiligten sind geführt. Ferner werden wir eine Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ gründen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da sind wir mal gespannt!)

die als Ergänzung der seit Jahren als individuelle Einzelfallhilfe bewährten Landesstiftung „Familie in Not“ Projekte zur Förderung und Stärkung kindgerechter und familiengerechter Säulen unterstützen soll.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist uns doch klar, dass wir neben dem bedarfsgerechten Ausbau auch für den Erhalt und die Verbesserung der Qualität der in den Einrichtungen geleisteten Bildungs- und Erziehungsarbeit arbeiten müssen. Wir haben den Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen für Kinder noch einmal ganz bewusst im neuen Kindergartengesetz klargestellt. Wir unterstreichen damit die große Bedeutung der vorschulischen Bildung für die Zukunftsperspektiven von Kindern. Dies gilt im besonderen Maße auch für die Entwicklung der Sprachfähigkeit.

Eines will ich Ihnen auch sagen: Wer das bisher machen wollte, der konnte das tun. Sie können zum Beispiel in die Stadt schauen, in der ich Verantwortung getragen habe. Dort ist dies in allen Bildungseinrichtungen, in allen Tageseinrichtungen umgesetzt. Das war überhaupt kein Problem.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Darum geht es jetzt nicht!)

Im Übrigen setzen wir auch die Bildungspläne schon seit 2005 um, obwohl dies noch nicht gesetzlich fixiert worden ist.

Um den Bildungs- und Erziehungsauftrag zu konkretisieren, hat die interministerielle Arbeitsgruppe Zielsetzungen für die Elementarerziehung erarbeitet. Diese sind – die Frau Kultusministerin hat sie Ihnen aufgezeigt – im Orientierungsplan für Bildung und Erziehung zusammengefasst. Dieser wird mit dem neuen Kindergartenjahr pilothaft eingeführt werden. Damit tragen wir auch der Tatsache Rechnung, dass es sich beim Vorschulalter um die wohl lernintensivste Zeit im Leben eines Menschen handelt.

(Abg. Zeller SPD: Dazu haben Sie aber lange gebraucht!)

– Wir wissen das schon länger.

(Abg. Zeller SPD: Das haben Sie immer bestritten! Das wissen Sie eh nicht, Sie sind neu! – Zurufe der Abg. Schmiedel, Carla Bregenzer und Dr. Caroli SPD)

Mit dem flächendeckenden Ausbau der seit Jahren erfolgreich laufenden vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe für ausländische Kinder und Ausiedlerkinder, der so genannten HSL-Maßnahmen, setzt das Land im Übrigen einen wesentlichen Teil des Sprachförderkonzepts um. Hierfür werden, anwachsend bis 2007, noch einmal 6 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der vollen Überzeugung, dass das Land mit den dargestellten Maßnahmen auf einem guten Weg ist,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wir nicht!)

in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Trägern die Zukunftsaufgaben im Bereich der Familien- und Kinderpolitik erfolgreich zu meistern. Dabei geht es mir vor allem darum, ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot für alle Altersgruppen zu schaffen. Ich sage bewusst „bedarfsgerecht“, weil ich der Auffassung bin, dass die Wahlfreiheit der Eltern gesichert bleiben muss.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber die Eltern können nicht wählen!)

Sie alleine entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst betreuen. – Ich sagte: Die Wahlfreiheit steht an erster Stelle. Und diejenigen, die nicht anders können, werden wir abholen und auffangen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber die Eltern können nicht wählen! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Aber wir wollen die Wahlfreiheit an erster Stelle haben und nicht als Alternative.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wahlfreiheit haben wir doch gar nicht! – Abg. Schmiedel SPD: Wo gibt es denn die Wahlfreiheit? Wo?)

Die Eltern entscheiden alleine, wie sie ihre Kinder betreuen wollen. Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Ruth Weckenmann SPD)

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer Wahlfreiheit schaffen möchte, der muss dafür sorgen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dass Angebote da sind!)

dass Familien Wahlmöglichkeiten haben, und die haben sie in vielen Bereichen nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Herr Minister, Sie müssen nicht Gegensätze aufmachen, wo überhaupt keine sind. Kein Mensch redet darüber, jedem Kind einen institutionellen Betreuungsplatz zu „verschreiben“. Wir reden bei der Kleinkindbetreuung nicht über einen Ausbau auf 100 %, sondern wir reden in der Tat über

(Marianne Wonnay)

einen bedarfsgerechten Ausbau. Auch da berät uns, wie in vielen anderen familienpolitischen Fragen, unsere familienwissenschaftliche Forschungsstelle. Diese sagt: Wir haben auch in Baden-Württemberg einen Bedarf, der bei 20 % liegt.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Darüber muss man sich doch überhaupt nicht streiten. Die Richtung, die wir einschlagen müssen, ist völlig klar. Dieses Ziel verfehlen wir heute weit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Heute Morgen war viel davon die Rede – ich glaube, es war Herr Mappus, der das mit voller Inbrunst gefordert hat –, mit der Konzeptionslosigkeit müsse Schluss sein. Sie, Herr Renner, haben jetzt noch eines draufgesetzt, indem Sie gesagt haben: Die Landesregierung spricht mit einer Zunge.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit einem Mund! –
Abg. Blenke CDU: Mit einem Mund! Das wird ja
immer schöner!)

– Mit einem Mund, na gut.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Mit einem Mund, aber
einer gespaltenen Zunge! – Abg. Dr. Noll FDP/
DVP: In jedem Mund ist auch eine Zunge!)

Wie es im Moment aussieht, erlebt man ja hinter den Vorhängen bei der Auseinandersetzung über die Konzepte „Schulreifes Kind“

(Abg. Dr. Caroli SPD: Oje!)

und „Schulanfang auf neuen Wegen“. Auch da passt vieles nicht zusammen. Deshalb ist eine ganz so große Einheit in diesen bildungspolitischen Fragen

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– ja, ja, Herr Dr. Noll – noch nicht vorhanden.

Ihr Eifer, etwas zu tun, führt manchmal auch zu ganz merkwürdigen Auswüchsen. Da nehmen Sie im Rahmen der Entbürokratisierung – das ist ja ein ehrenwertes Ziel – auf einmal die Verwaltungsvorschrift zur Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule aufs Korn. Ich hoffe, dass das jetzt endlich vom Tisch ist. Das andere ist, dass Sie die Schuleingangsprüfung beseitigen wollten.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Herr Renner, Sie haben gerade noch einigermaßen die Kurve gekriegt. Aber das war ein völlig falsches Signal in diesem Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir in diesem Land brauchen, ist ein Gesamtkonzept. Das fängt natürlich damit an, dass man Eltern in ihrer Aufgabe stärkt, dass wir ein Klima schaffen, das die Entscheidung für ein Kind erleichtert.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig,
ja!)

Es muss uns doch allen zu denken geben, wenn nach Umfragen immerhin 28 % der Bevölkerung sagen: „Der Beruf ist ein Grund für gesellschaftliche Anerkennung“, aber nur 7 % der Bevölkerung sagen: „Kinder sind ein Grund für gesellschaftliche Anerkennung.“

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ändert sich mit älter werdender Gesellschaft!)

Wenn wir wirklich zeigen wollen, dass es uns im Land Baden-Württemberg ernst mit diesem Vorhaben ist, bei dem wir uns alle einig sind – das Ziel muss sein, Baden-Württemberg zum kinder- und familienfreundlichsten Land zu machen –, dann müssen wir darangehen, ein Gesamtkonzept zu machen, das mit der Elternbildung anfängt. Es muss ein durchgängiges Konzept sein, ein Bildungskonzept. Bildungsprozesse fangen in der Tat nicht erst im Alter von drei Jahren an, sondern sie fangen mit der Geburt an.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vorgeburtlich!)

– Pränatal, Herr Kollege; ich weiß.

Ich empfehle, sich mit Manfred Spitzer auseinander zu setzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Das Ganze fängt damit an, dass die gesamte Kindergartenzeit eine Bildungszeit ist. Aber das schließt nicht aus, Frau Kollegin Lösch, dass wir in der Tat spätestens im letzten Kindergartenjahr alle Kinder erreichen müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule, die bisher nur punktuell funktioniert und vom guten Willen aller Beteiligten abhängt, muss verbindlich gemacht werden. Das reicht bis hin zu einem Ganztagschulkonzept, das diesem Namen in der Tat auch gerecht wird.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein Schritt nach dem anderen! Das ist die Realität!)

Das Land Rheinland-Pfalz hat, auch in finanziell schwierigen Zeiten, ein wunderbares Gesamtprogramm aufgelegt: „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an.“ Wir haben das in unserem SPD-Programm in Baden-Württemberg an einigen Punkten sogar noch etwas besser und verbindlicher ausgestaltet.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Herr Präsident, ich bitte, über die Ziffern unseres Antrags im Plenum einzeln abstimmen zu lassen. Denn ich habe von manchen schon positive Signale bekommen. Dann schauen wir einmal, was bei der Abstimmung herauskommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Klar sein muss: Wenn wir es wirklich ernst meinen mit diesem Anspruch, Baden-Württemberg zum kinder- und familienfreundlichsten Land zu machen, dann muss Schluss sein mit der Stückelei, Schluss sein mit Stückwerk. Dann müssen wir wirklich eine stringente Gesamtkonzeption erarbei-

(Marianne Wonnay)

ten. Damit müssen wir heute anfangen und nicht erst morgen oder übermorgen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sind doch zwei Minuten! Was ist denn da los? – Abg. Capezzuto SPD: Gespaltene Zunge!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als ich jetzt zugehört habe, habe ich mich gefragt, wo Sie in den letzten zehn Jahren eigentlich waren, wenn Sie heute den Eindruck erwecken, als seien wir in Baden-Württemberg erstmals dabei, Bildung in frühen Jahren zu entdecken. Deshalb darf ich, bevor ich Ihnen Informationen zu den nächsten Schritten gebe, ein paar Stationen in Erinnerung rufen.

1996 hat eine landesweite Tagung zur Weiterentwicklung des Lernens in frühen Jahren stattgefunden, und zwar ausgehend von der Arbeit der Grundschule. Damals haben uns die Entwicklungspsychologen und die Hirnforscher gesagt: Es muss Schluss damit sein, dass Kinder zu spät eingeschult werden. Wir dürfen nicht nur an das Jahr vor der Schule denken. Wir brauchen ein Gesamtkonzept.

Unmittelbar danach haben wir uns an die Arbeit gemacht. Ich sage Ihnen: In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre saßen die Kinder da, wo die SPD regiert hat, noch im Sandkasten, und da, wo die CDU regiert hat, durften sie zur Schule gehen. Das war der Unterschied.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist ja vollkommener Quatsch! Sie haben eine äußerst selektive Wahrnehmung! – Abg. Zeller SPD: Sie waren zu wenig im Sandkasten! – Abg. Carla Bregenzer SPD: So ein Unsinn! – Unruhe)

– Ich war nicht mehr im Sandkasten. – Ich erinnere mich gut an die Überschriften von damals und an die Empörung darüber, dass Kinder nun nicht mehr kurz vor Vollendung des siebten Lebensjahrs eingeschult werden, sondern möglicherweise sogar Kinder eingeschult werden dürfen, die noch keine sechs Jahre alt sind. Tun Sie doch jetzt nicht so, als hätte das irgendjemand von Ihnen Mitte der Neunzigerjahre gut gefunden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das wäre ohne Modellversuche auch nie herausgekommen!)

Das waren heftige Debatten, auch hier im Haus.

Dann haben wir ab 1998 in mehreren Etappen die Flexibilisierung des Stichtags durchgeführt, weil wir im Unterschied zum Beispiel zu dem, was die SPD in Nordrhein-Westfalen vorhatte, immer gesagt haben: Wer so etwas einrichtet, wer sich nicht mehr nur noch auf jahrgangsbezogenes Arbeiten konzentriert, wer individuelle Förderung will,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber das macht NRW doch! Was bauen Sie denn auf? Genau das macht NRW!)

darf nicht nur eine Praxis theoretisch ändern, sondern muss dafür sorgen, dass die Grundschulen über zusätzliche Lehrerstellen diese Möglichkeiten bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb haben wir den Stichtag in drei Etappen verändert. Die letzte Etappe ist 2005 in Kraft getreten. Ich habe vor 14 Tagen in meinem Wahlkreis die Grundschule in Affalterbach besucht. Da ist das jüngste Kind in der ersten Klasse viereinhalb Jahre alt.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Da wird das – wie an vielen Grundschulen in Baden-Württemberg – längst praktiziert.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben!)

Wir stellen keine Dogmen auf. Wir sorgen dafür, dass es in den Grundschulen und in den Kindertagesstätten kindgerecht zugeht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Wir haben neben dieser Flexibilisierung des Stichtags eine Weiterentwicklung der Grundschulförderklassen vorgenommen mit dem Schwerpunkt der Sprachförderung. Wir haben über die Landesstiftung das Programm zur Sprachförderung aufgelegt, das Sie kennen. Wir haben die Kooperation zwischen Grundschulen und Kindergärten verstärkt. Die Verwaltungsvorschrift sollte übrigens geprüft werden. Sie wird natürlich nicht abgeschafft. Aber das, was da an Erfahrungen gesammelt worden ist, wird in den Orientierungsplan und in eine Weiterentwicklung der Kooperation übergehen.

Übrigens hat auch nie jemand vorgehabt, Schuleingangstests abzuschaffen. Die einzige Frage, die gestellt worden ist, war: Soll der Schuleingangstest weiterhin in den Gesundheitsämtern stattfinden, oder soll er in einer freien Arztpraxis stattfinden?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wo Sie weniger Kinder erreichen!)

Jetzt muss ich einmal sagen: Wahrscheinlich wird es so bleiben, wie es ist. Aber in der Frage, ob es nun der eine oder aber ein anderer macht, einen qualitativen Unterschied zu sehen,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ein quantitativer Unterschied! So würden nicht mehr so viele Kinder erreicht! Das ist das Problem!)

finde ich auch leicht übertrieben.

Das heißt, wir haben seit Mitte der Neunzigerjahre viele verschiedene Maßnahmen ergriffen und Entwicklungsmöglichkeiten in Grundschulen und Kindertagesstätten geschaffen, sodass wir jetzt auch auf der Grundlage dieser Erfah-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

rungen, dieser Flexibilisierung in vielerlei Hinsicht, das nächste Kapitel aufschlagen werden.

Da sage ich ganz klar: Es wird nicht einen Orientierungsplan und gleichzeitig ein Konzept „Schulreifes Kind“ geben. Es gibt völlige Übereinstimmung zwischen dem Ministerpräsidenten, den zuständigen Ressorts, den kommunalen Landesverbänden und den freien Trägern darin, dass die Akzentuierung des letzten Jahres vor der Schule über zusätzliche Ressourcen, die von der Schule in den Kindergarten verlagert werden – das ist das Neue –, natürlich ein Bestandteil des Orientierungsplans ist. Natürlich aber konzentrieren wir uns nicht nur auf dieses letzte Jahr.

Und, mit Verlaub gesagt: Wer hat denn, bitte schön, Manfred Spitzer entdeckt? Das waren wahrscheinlich auch Sie?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Haben Sie auch das erste Institut in Deutschland gegründet, in dem Neurowissenschaftler in Bezug auf pädagogische Fragestellungen arbeiten?

(Abg. Wintruff SPD: Der Schulausschuss war der Erste, der darüber diskutiert hat! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was gut ist, darf man doch auch zitieren, oder nicht? Das ist ja so kleinkariert!)

– Herr Wintruff, regen Sie sich nicht auf. Das alles wirkt ein bisschen wie Verzweigung, wenn ich Sie hier reden höre. Geben Sie doch wenigstens zu, wer in den letzten zehn Jahren hier registriert hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Meine Güte! Das ist vielleicht ein Niveau!)

Es ist völlig klar und es besteht Konsens darüber, dass wir die Drei- bis Sechsjährigen im Blick haben. Und ich sage Ihnen: Wenn Sie an die Situation in Baden-Württemberg im Jahr 2020 denken, dann könnte es sein, dass die großen Phasen der Bildungsbiografie dann von 3 bis 10 Jahren und danach von 10 bis 17 Jahren gehen und dass danach der tertiäre Bereich beginnt. So wird es kommen; Sie werden sich noch wundern. Wenn das in Baden-Württemberg geschafft ist, wird dies auch anderswo umgesetzt.

Letzter Punkt, Frau Wonnay: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass der Orientierungsplan hier vorliegt. Ich darf ihn aber wohl noch lesen, bevor er veröffentlicht wird. Ich finde, es ist ein großer Unterschied – darauf habe ich Wert gelegt –, ob eine Landesregierung mit Experten einen Orientierungsplan entwickelt, ihn dann verkündet und erst danach im Land einmal schaut, ob es Unterstützung hierfür gibt, oder ob man einen anderen Weg geht.

Diesen anderen Weg sind wir gegangen, und zwar ganz bewusst: Wir, das Kultus- und das Sozialministerium, haben im März 2004 eine erste umfassende Beratung mit den freien Trägern, den Kirchen und den kommunalen Landesverbänden durchgeführt und uns dabei auf Eckpunkte verständigt. Wir haben dann im Juli 2004 – das ist kein Jahr her; es sind seitdem noch keine zwölf Monate vergangen – eine Vereinbarung über diese Eckpunkte und über das weitere Procedere beschlossen. Wir haben dabei extra, auch im

Hinblick auf deren zeitliche Vorstellungen, die Impulse der Träger unserer Kindertageseinrichtungen – sie sind unmittelbar am Prozess der Erarbeitung des Orientierungsplans beteiligt – aufgenommen. Wenn dieser Orientierungsplan nun zum Beginn des neuen Kindergartenjahres für die Kindergärten, die sofort einsteigen wollen, zur Verfügung steht, dann handelt es sich dabei wirklich um den Konsens aller, die für dieses Projekt wichtig sind.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da wurde nichts übergestülpt!)

Denn mit dem neuen Kapitel, das wir da aufschlagen, soll auch ein großer Schub für eine nachhaltige Entwicklung möglich werden. Es geht nicht nur um eine Schlagzeile oder darum, irgendeinem Trend hinterherzulaufen. Deshalb lassen wir uns jetzt überhaupt nicht unter Zeitdruck setzen. Das Ding muss sehr gut sein, und es wird sehr gut sein. Es wird keine Riesenepistel sein, sondern eine sehr präzise Auswertung bisheriger Erfahrungen im Bereich des Lernens vor dem Schuleintritt. Es wird eine sehr präzise Orientierung für Eltern und für Kindertagesstätten sein, und es gibt ein riesengroßes Interesse aufseiten der Kindergärten und der Träger. Seitens des Landes werden annähernd 2,8 Millionen € für die Phase der Implementierung und für die Weiterqualifizierung von Multiplikatoren, auch in unseren Grundschulen, zur Verfügung gestellt. Bei aller Liebe zur Schnelligkeit, die mir eigen ist:

(Abg. Schmiedel SPD: Zehn Jahre!)

Bei uns gehören Schnelligkeit und Gewissenhaftigkeit zusammen. Es wird ein sehr gutes Konzept werden. Damit wird eine nachhaltige Entwicklung in Gang gesetzt. Vor allem ist es ein Konzept, das im Konsens aller Beteiligten zustande kommt. Deshalb freue ich mich schon sehr auf weitere Debatten zum Thema „Vorschulisches Lernen“.

Der Unterschied zwischen uns und anderen besteht darin, dass das, was wir auf den Weg bringen, dann auch tatsächlich funktioniert und sich nicht in Überschriften erschöpft.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Große Anfrage der Fraktion der SPD ist mit dieser Aussprache erledigt.

Zu entscheiden ist jetzt noch, wie mit dem Antrag Drucksache 13/4361 verfahren werden soll. Welche Anträge werden dazu gestellt?

Herr Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Ich beantrage, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wir wollen im Plenum abstimmen!)

Präsident Straub: Es wurde die Überweisung an den Sozialausschuss beantragt. Wird der Überweisung zugestimmt? –

(Unruhe)

(Präsident Straub)

Dann ist eine Abstimmung vorzunehmen. Ich lasse abstimmen. Wer dem Antrag auf Überweisung des Antrags Drucksache 13/4361 an den Sozialausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Erstes war die Mehrheit. Der Antrag ist an den Sozialausschuss überwiesen.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/4263

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten pro Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Grundgesetz geht – darauf wurde in vielen Reden zum 8. Mai, dem Tag der Kapitulation des Nazireichs, dem Tag der Befreiung, hingewiesen – von dem freien und mündigen Bürger aus. Bundespräsident Köhler hat in seiner Rede im Deutschen Bundestag formuliert – ich zitiere –:

Wenn wir heute auf die vergangenen 60 Jahre zurückblicken, empfinden wir Dankbarkeit allen gegenüber, die uns beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland geholfen haben. Wir haben aber auch die Gewissheit, dass wir Deutschen den Weg zu unserer freien und demokratischen Gesellschaft aus eigener Begabung zur Freiheit gegangen sind.

Freiheit bedeutet für uns, meine Damen und Herren, nicht nur, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Bundestagswahl, zur Landtagswahl und zu den Kommunalwahlen gehen können, sich also in fünf Jahren drei Mal demokratisch beteiligen können, wie es leider vorwiegende Auffassung bei den regierungstragenden Fraktionen ist.

In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen, meine Damen und Herren Kollegen von CDU und FDP/DVP, die Ausstellung mit Werken des Ulmer Künstlers Geyer, die derzeit bei uns im Haus der Abgeordneten zu sehen ist. Dort finden Sie nämlich ein schönes Bild mit der Schrift: „Die schwierigste Aufgabe der Politiker wird sein, die Wähler zur Urne zu bringen.“

(Der Redner hält eine Ausstellungsbroschüre hoch.)

Das ist nicht das Menschenbild, das wir haben. Wir sind der Meinung, dass Demokratie – wie es Max Frisch formuliert hat – die Freiheit bedeutet, „sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“.

Deshalb haben wir dieses Thema in dieser Legislaturperiode schon verschiedentlich zum Gegenstand von Beratungen in diesem hohen Hause gemacht. Ich will in aller Kürze darauf verweisen, dass in der Koalitionsvereinbarung vom 10. April 2001 einiges in Aussicht gestellt wurde.

Der Gemeindetag hat im März 2002 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Fußend auf diesem Gesetzentwurf haben wir – weil die Regierungskoalition noch immer nicht zu Potte gekommen war – im August 2002 einen Gesetzentwurf mit den Inhalten des Entwurfs des Gemeindetags eingebracht und hier zur Abstimmung gestellt.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Damals hat die FDP/DVP erklärt, dass es eine Fülle kommunaler Probleme gebe – Volkswahl Landrat, Bürgermeister in Kreistagen, Quoren – und dass diese in einem Guss in einem Gesetzentwurf gelöst werden sollten. Im nächsten Jahr – also 2003 – werde es so weit sein. Das Ergebnis war leider, dass im Januar 2003 dieser Gesetzentwurf abgelehnt wurde. Aber gleich darauf hat die FDP/DVP wieder verkündet, noch in diesem Quartal, also im ersten Quartal 2003, werde der Gesetzentwurf endlich kommen. Im November 2003 wiederum große Ankündigungen seitens der FDP/DVP, auf dem Landesparteitag im Januar 2004 wiederum große Ankündigungen, was Bürgerbegehren betrifft – leider jeweils ohne Konsequenz.

Wir haben deshalb im März 2004 erneut einen Gesetzentwurf eingebracht. Bei der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs hat der Kollege Scheuermann gesagt: „Ich gehe davon aus, dass Sie in einem Jahr nicht erneut einen solchen Gesetzentwurf einreichen müssen.“ Herr Kollege Scheuermann hat gerade den Saal betreten. Er wird sich darüber freuen, dass ich ihn zitiert habe. Er hat sich geirrt. Ich zitiere Sie gleich noch einmal, Herr Kollege. Bei der Zweiten Beratung im Mai, bei der der Gesetzentwurf erneut abgelehnt wurde, haben Sie gesagt, dass noch in diesem Jahr der Gesetzentwurf eingebracht werde. Und jetzt wörtlich: „Ich würde mir außerordentlich schäbig vorkommen, wenn wir diese Zusage nicht einhalten würden.“ Herr Kollege Scheuermann, ich weiß, dass es nicht an Ihnen liegt, aber Sie müssen sich leider schäbig vorkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, bei diesem unerfreulichen Ablauf ist es außerordentlich erfreulich, dass sich ein Aktionsbündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg gebildet hat, bestehend aus dem NABU, dem DGB und „Mehr Demokratie e. V.“.

(Abg. Schneider CDU: Wer hat die gewählt? Die haben gar keine demokratische Legitimation!)

Dieses Bündnis hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und im Februar 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt.

(Abg. Fleischer CDU: Was machen die Vögel vom NABU dabei?)

Wesentlicher Inhalt dieses Gesetzentwurfs ist: Wegfall des Positivkatalogs, Einschränkung des Negativkatalogs. Zum Beispiel sollen Bürgerentscheide auch bezüglich Bauleitplänen, bezüglich Kommunalabgaben, bezüglich Tarifen und Entgelten möglich sein. Es sollen die Quoren gesenkt und andere Dinge vereinfacht werden.

Auch dieser Gesetzentwurf, eingebracht von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis,

(Birzele)

(Abg. Schneider CDU: Wer ist das? Wer hat die gewählt?)

hat die Regierungsfractionen leider nicht dazu veranlasst, ihrerseits tätig zu werden. Sie haben einen Anhörungsentwurf im Umlauf, einen Entwurf, bei dem man nur sagen kann: Er erfüllt bei weitem nicht das, was angekündigt wurde. Deshalb haben sich SPD und Grüne entschlossen, den Gesetzentwurf des Bündnisses hier im Landtag als Gesetzentwurf einzubringen.

Nun kommen Sie bitte nicht mit der Argumentation, dies sei kein realisierbarer Gesetzentwurf. Denn er ist im Wesentlichen der bayerischen Regelung nachgebildet, und in Bayern ist die Welt, seit diese Regelung gilt, nicht untergegangen, sondern in Bayern sind durchaus respektable Bürgerbegehren und Bürgerentscheide durchgeführt worden.

Nun ist natürlich klar, Herr Schneider: Manches gefällt einem nicht, manches hält man für falsch, was in einem Bürgerbegehren beantragt oder in einem Bürgerentscheid entschieden wird. Bei manchem ist man froh, dass es so entschieden wird. Aber das geht einem mit Gemeinderatsbeschlüssen ganz genauso.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb ist es wichtig, endlich die entscheidenden Schritte zu unternehmen, um für mehr unmittelbare Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

Meine Damen und Herren – hier spreche ich insbesondere die CDU an –, Sie sollten nicht immer für Unterschriftenaktionen sein, für unverbindliche Äußerungen, für Referenden, die keine unmittelbare Wirkung haben. Sie sollten auch nicht nur Befragungen innerhalb der eigenen Partei machen, die der Landtagspräsident und der frühere Landtagsdirektor als CDU-Mitglieder sogar für verfassungsrechtlich höchst bedenklich gehalten haben. Nein, Sie sollten den Bürgerinnen und Bürgern Entscheidungsmöglichkeiten einräumen. Deshalb unser Appell: Packen Sie Ihren Anhörungsentwurf ein. Nehmen Sie unseren Gesetzentwurf, den wir gemeinsam mit den Grünen eingebracht haben

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

und der auf der Basis des breiten Bündnisses für mehr Demokratie erarbeitet wurde. Geben Sie endlich den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, sich wirklich in ihre kommunalen Angelegenheiten einzumischen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema „Kommunale Demokratie und deren Stärkung“ steht ja gewiss nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung des Plenums dieses hohen Hauses. Kollege Schneider, trotz mehrfacher Intervention aus diesem hohen Hause haben Sie sich bisher nicht dazu durchgerungen, diese kommunale Demokratie zu stärken.

Ich will, bevor ich ein paar Takte zum Gesetzentwurf sage, drei grundlegende Gedanken vorwegschicken, die vielleicht auch Sie, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU – die FDP/DVP hat ja mehrfach verlautbart, sie stehe für mehr kommunale Demokratie –, angehen.

Erster Punkt: Direkte Demokratie macht demokratische Prozesse erfahrbar, und zwar dort, wo die Menschen direkt davon betroffen sind, nämlich auf kommunaler Ebene. Als Keimzelle unserer Demokratie ist die Selbstverwaltungsebene in unseren Kommunen unmittelbar erfahrbar, was demokratische Entscheidungsprozesse angeht. Deswegen sagen wir: Um auch die Identifikation mit unserem demokratischen Gemeinwesen zu stärken, müssen wir die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen in unserem Land über das hinaus stärken, was bisher der Fall ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Gedanke: Es gibt ja zahlreiche Länder um uns herum – das erfahren wir gerade in diesen Tagen, auch heute wieder, selbst wenn uns vielleicht die Entscheidungen, wie es der Kollege Birzele ausgeführt hat, im Einzelfall nicht gefallen –, die auch auf bundesstaatlicher Ebene Partizipationsmöglichkeiten haben.

(Abg. Schneider CDU: Sehr gut!)

– Kollege Schneider, solche Debatten führen wir nicht. Wir wollen nicht Debatten führen, für die wir nicht zuständig sind;

(Abg. Schneider CDU: Aha!)

aber das dokumentiert, dass die Partizipation der Menschen in einem Land natürlich auch zu mehr Identifikation mit Entscheidungen zu einem Thema führt. Gerade gestern, Kollege Schneider, war ja bei der Eröffnungsfeier der Allianz-Arena in München explizit erfahrbar –

(Abg. Schneider CDU: Da war ich nicht!)

der Bau war auch einem Bürgerentscheid unterstellt worden, der nicht so ausgefallen ist, wie ich mir das erhofft hatte; Sie waren mit dem Ergebnis wahrscheinlich zufrieden –,

(Abg. Schneider CDU: Nein!)

dass die Auseinandersetzung zu diesem Thema in München dazu geführt hat, dass alle Argumente für und wider dieses Stadion ausführlich diskutiert worden sind. Allein diese Partizipation der Bürger am Entscheidungsprozess rechtfertigt mehr kommunale Demokratie.

(Beifall bei den Grünen)

An dieser Stelle will ich etwas vorwegnehmen. Wir haben ja in unserem Gesetzentwurf auch die Möglichkeit vorgesehen, über die Bauleitpläne Bürgerentscheide durchzuführen. Wir sind der Meinung, dass die Beteiligungsmöglichkeiten, die es bis dato im Baugesetzbuch gibt, nämlich Einwendungen zu erheben und Anregungen zu geben, nicht ausreichen. Kollege Heinz, wo denn – nennen Sie mir einmal ein Beispiel – haben diese Möglichkeiten dazu geführt, dass Anre-

(Oelmayer)

gungen und Bedenken tatsächlich auch im Entscheidungsprozess eine entscheidende Rolle gespielt haben? Mir persönlich ist so gut wie kein solcher Fall bekannt. Insofern haben wir uns dafür entschieden, auch die Bauleitplanung, die im Übrigen zum Beispiel in Bayern nahezu 50 % der Bürgerentscheide ausmacht, in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Deswegen haben wir diese nicht mehr in den Negativkatalog aufgenommen, wie das ja bei dem Anhörungsentwurf, der seit einiger Zeit kursiert, vonseiten der Landesregierung vorgesehen ist.

Der dritte Gedanke, den ich nennen möchte: Es wird immer wieder zu Recht darauf verwiesen – das freut uns auch –, dass die Partizipationsmöglichkeit durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid schon im Jahr 1955 in der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg vorgesehen war.

(Abg. Heinz CDU: Sehr schön!)

Das Land hatte seinerzeit tatsächlich eine Schrittmacherfunktion. Zu Recht wurde auch wieder in verschiedensten Ausführungen, auch vom neuen Innenminister, zitiert, dass das Land damals Vorbildcharakter hatte. Viele andere Bundesländer haben das zwischenzeitlich nachgemacht, haben es nachvollzogen. Man höre und staune – Kollege Heinz, Sie nicken zustimmend; ich hoffe, die Zustimmung bleibt jetzt bei den weiteren Ausführungen erhalten –: Viele andere Bundesländer haben viel weiter gehende Partizipationsmöglichkeiten geschaffen.

Als Beispiel wurde Bayern schon genannt. Aber auch andere Länder wie Hessen, Nordrhein-Westfalen usw. haben die Quoren abgesenkt und die Möglichkeit von Bürgerentscheiden ausgeweitet. Allein um zu erreichen, dass das Land wieder Schrittmacherfunktion bekommt bzw. es den anderen Ländern wenigstens gleichtut und vielleicht auch bei der demokratischen Partizipation im Land und in den Kommunen wieder Vorbildcharakter gewinnt, haben wir uns angesichts der ganzen Vorgeschichte, die Kollege Birzele ja ausführlich geschildert hat, entschlossen, einen gemeinsamen Gesetzentwurf von SPD und Grünen – im Übrigen auf der Grundlage eines von einem Aktionsbündnis ehrenamtlich engagiert erarbeiteten Entwurfs – hier in dieses hohe Haus einzubringen. Wir sind der Meinung, dass wir auch hier wieder eine Schrittmacherfunktion bekommen sollten, indem wir diesem Gesetzentwurf eine Chance geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie müssen jetzt einfach einmal über Ihren Schatten springen und diese Vorbildfunktion wieder ermöglichen, indem Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das werden wir nicht machen!)

Ich will aber noch zu drei oder vier wesentlichen Facts dieses Gesetzentwurfs, den wir eingebracht haben, und dem, der als Anhörungsentwurf vonseiten der Landesregierung vorgelegt worden ist, benennen. Sie haben ja trotz aller Ankündigungen und trotz aller Niederschriften in der Koalitionsvereinbarung und aller Ankündigungen, die Sie in Debatten gemacht haben, nur eine kleine Maus geboren, auch wenn der Berg lange kreißte. Wir haben hoffentlich noch in dieser Wahlperiode die Chance, Kollege Scheuermann, wenigstens diesen kleinen Gesetzentwurf, sofern er dann hier

eingebracht wird, zu diskutieren, um vielleicht gemeinsam eine entsprechende Regelung zu finden und Entscheidungen zu treffen.

In Ihrem Anhörungsentwurf haben Sie im Wesentlichen drei Punkte stehen. Zum einen sehen Sie die Abschaffung des Positivkatalogs vor. Insoweit sind wir einverstanden; das ist positiv, weil damit die Möglichkeit, Bürgerentscheide herbeizuführen und Bürgerbegehren durchzuführen, ausgedehnt wird. Das ist sicher eine positive Entwicklung innerhalb der Koalitionsfraktionen.

Zum Zweiten wollen Sie eine Senkung des Quorums, um einem Bürgerentscheid zum Durchbruch zu verhelfen, von jetzt 30 % auf 25 %. Damit tun Sie wirklich wieder nur einen kleinen Schritt im Vergleich zu anderen Ländern. Ich will nicht schon wieder auf Bayern abheben. Dass es aber wünschenswert gewesen wäre, wenigstens auf 20 % zu gehen, zeigt gerade wieder die Erfahrung in der jüngsten Vergangenheit. Denn manche Bürgerentscheide gegen oder auch für ein Projekt sind trotz Mehrheit gerade an diesem formalen Kriterium gescheitert. An den formalen Kriterien, die in unserer Gemeindeordnung enthalten sind, sind in Baden-Württemberg im Übrigen zwei Drittel aller Bürgerentscheide gescheitert, wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage unserer Fraktion hervorgeht. Deswegen müssen diese formalen Kriterien aus unserer Sicht abgesenkt werden. Da machen Sie aber nur einen kleinen Schritt.

Der dritte Punkt – der ist ja nun wirklich gigantisch – ist: Sie verlängern die Frist, die jemandem, der ein Bürgerbegehren organisiert, nach der Gemeindeordnung eingeräumt wird, um die erforderlichen Unterschriften zusammenzubekommen, von vier auf sechs Wochen. Wir haben in unserem Gesetzentwurf vorgeschlagen, diese Frist vollständig zu streichen. Denn immer dann, wenn ein Thema virulent ist und in einer Gemeinde diskutiert wird, bilden sich Initiativen und werden Bürgerbegehren angestrengt. Dafür bedarf es keiner Frist. Kein Mensch würde auf die Idee kommen, einen Bürgerentscheid auf der Basis eines Bürgerbegehrens durchführen zu wollen, wenn – zum Beispiel bei Stuttgart 21 – schon die Baugrube ausgehoben ist, sondern es geht immer darum, die Realisation von Maßnahmen und damit einhergehende Schäden zu verhindern. Dafür bedarf es keiner Frist; das ergibt sich quasi schon aus der Notwendigkeit, möglichst rasch gegen Beschlüsse vorzugehen, mit denen kein Einverständnis besteht. Deswegen haben wir gesagt, es bedürfe keiner Frist.

Von den weiteren Vorschlägen, die wir mit unserem Gesetzentwurf eingebracht haben, will ich nur noch drei oder vier nennen. Es macht überhaupt keinen Sinn

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– ich komme sofort zum Ende, Frau Präsidentin –, Landkreise mit mehr Kompetenzen auszustatten – die Debatte darüber haben wir ja morgen noch einmal, wenn wir über die Verwaltungsreform sprechen –, jedoch Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auszuschließen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

(Oelmayer)

Dass Sie, Herr Kollege Schneider, das gerne haben, verstehe ich gut, weil Sie natürlich lieber selber entscheiden, als die Bürger an diesen Entscheidungen zu beteiligen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Wir wollen das auch auf die kleineren Einheiten innerhalb von Gemeinden ausdehnen: auf Bezirksbeiräte, auf die Bezirksebene, auf die Ortschaftsratsebene, also auf Ortschaften. Überall dort sehen wir in unserem Gesetzentwurf Partizipationsmöglichkeiten vor.

Ein weiterer Punkt, bei dem wir meinen, dass Sie viel zu kurz gesprungen sind

(Glocke der Präsidentin)

– ja, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss –, betrifft die Quoren. Ich habe die Quoren schon genannt. Wir plädieren dafür, diese viel zu komplizierten Regelungen in der Gemeindeordnung zu reformieren. Wir wollen hier als Quorum durchgängig 7 %. All diese Vorschläge haben wir in unserem Gesetzentwurf vorgesehen.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, die Sie jetzt selber auf eine direkte Partizipation Ihrer Mitgliedschaft gesetzt haben, wir sind natürlich gespannt, ob Sie auch unseren Bürgerinnen und Bürgern mehr Chancen geben wollen für Entscheidungsmöglichkeiten innerhalb des Landes und innerhalb der Kommunen. Insofern wäre es toll, wenn Sie diesen Gesetzentwurf engagiert mittragen und diese Frage mit uns engagiert diskutieren würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schneider.

Abg. Schneider CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit den Gemeinsamkeiten beginnen. Wir sehen bei der Bürgerbeteiligung in der Tat Anpassungsbedarf. Unsere Vorstellung ist schon im Rahmen notwendiger Veränderungen kurz zitiert worden. Wir wollen die Bürgerbeteiligung über die kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften stärken und – das ist richtig – den Positivkatalog streichen, allerdings den Negativkatalog durch die Bauleitplanung und Bauvorschriften erweitern und das Quorum von 30 % auf 25 % absenken. Wir wollen diesen Entwurf in den nächsten Sitzungsblock einbringen. Insofern hat sich Herr Kollege Scheuermann – falls er sich überhaupt geirrt hat – allenfalls um vier Monate geirrt und mehr nicht.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Zu Ihrem Gesetzentwurf, den wir heute diskutieren: Der Gesetzentwurf ist ein bekannter rot-grüner Wanderpokal, den wir hier in regelmäßigen Abständen immer wieder vorliegen haben.

(Abg. Birzele SPD: Weil er immer auf schwarze Verweigerung trifft!)

Jetzt tun Sie so, als ginge es schlechthin auf kommunaler Ebene um das Schicksal der Demokratie. Als kommunaler Praktiker muss ich Ihnen sagen: Sie haben zur repräsentati-

ven Demokratie ein gespaltenes Verhältnis; denn im Bund, wo Sie noch das Sagen haben, machen Sie alles Mögliche. Da wird eine EU-Verfassung nicht einmal der Abstimmung durch das Volk unterworfen.

(Zuruf: Genau!)

Da missioniert der Bundeskanzler drüben in Frankreich, und die ganze Geschichte geht prompt in die Hose. Wenn ich dann Ihre großen Gesetzgebungsmaßnahmen rot-grüner Art sehe, etwa nur in der Zuwanderungspolitik, bei der doppelten Staatsangehörigkeit, bei der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und zum geplanten EU-Beitritt der Türkei, komme ich zum Ergebnis, dass uns in Deutschland viel erspart geblieben wäre, wenn man diese dem Willen des Volkes unterworfen hätte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Gibt es etwas, was Sie nicht auf Rot-Grün schieben? – Abg. Birzele SPD: Sind Sie dann dafür, dass es gemacht wird? – Abg. Walter GRÜNE: Lauter Jasager um sich rum!)

Die kommunale Situation vor Ort hat doch ganz andere Sorgen, als Sie uns hier suggerieren wollen. Sie reden in Ihrem Gesetzentwurf von einem unbefriedigenden Zustand. Da muss ich Sie fragen: Wo ist unser Zustand unbefriedigend? Ich kann das überhaupt nicht sehen.

Was uns in den Städten, Gemeinden und Landkreisen drückt, ist doch die völlig desolante Finanzsituation, in die Sie uns getrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Was hat das damit zu tun? – Zurufe von den Grünen)

Die rot-grüne Schwindsucht, unter der unsere Gemeinden leiden, ist doch das Thema – nicht aber mehr Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe während meiner Tätigkeit als Landrat nicht einen Einzigen getroffen, der eine einigermaßen demokratische Legitimation hatte und fragte, wieso wir nicht mehr Bürgerbeteiligung hätten. Die Leute haben doch völlig andere Sorgen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Vielleicht reden Sie mit den falschen Leuten!)

Ihr Gesetzentwurf ist insoweit von der Realität weit entfernt. Diese rein rot-grüne Ideologie bedient nur Ihre Klientel, die kommunalpolitisch überhaupt keine Rolle spielt. Die Volksbewegung, von der Sie reden, kann ich überhaupt nicht sehen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Oelmayer GRÜNE und Fischer SPD)

Ich möchte an ein paar Beispielen zeigen, wie diese Ideologie Ihren Gesetzentwurf bestimmt. In Ihrem Vorschlag für § 21 Abs. 3 der Gemeindeordnung steht:

Die Gemeindeverwaltung ... berät auf Wunsch bei der Ausarbeitung des Bürgerbegehrens.

(Schneider)

Man muss sich einmal vorstellen: Der arme Bürgermeister, der schaut, dass er möglichst wenig Personalkosten hat und Kosten spart, muss jetzt auch noch das Bürgerbegehren ausarbeiten helfen. Auf diese Idee muss man als kommunaler Praktiker erst einmal kommen.

Oder ein Zweites: In Ihrem Vorschlag für § 21 Abs. 7 der Gemeindeordnung schreiben Sie:

In Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Gemeinde dürfen die Vertrauensleute eines Bürgerbegehrens ihre Auffassung ... mindestens in gleichem Umfang darstellen wie die Gemeindeorgane ...

– Also der Bürgermeister eine halbe Seite und die Bürgerbegehler mindestens eine halbe Seite. Wenn du so etwas liest, musst du lachen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Warum? – Abg. Walter GRÜNE: Wieso denn? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was ist daran lustig?)

Ein Weiteres: In die Begründung schreiben Sie – das muss man sich einmal vergegenwärtigen – unter der Überschrift „Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte“, Gemeindeverwaltungen müssten sich mehr Mühe geben, die Kalkulation der Bürgerschaft gegenüber verständlich zu machen. Da haut es mich um!

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Da haben wir eine Satzung, da haben wir eine Globalberechnung, intensive rechtliche und gesetzliche Vorgaben, alles ist veröffentlicht, und Sie schreiben in die Begründung Ihres Gesetzentwurfs, die Gemeindeverwaltungen müssten sich mehr Mühe geben. Dazu fällt mir nichts mehr ein. Ich halte das gegenüber unseren Kommunen – um dies ganz deutlich zu sagen – für eine Frechheit.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie von Rot-Grün kriegen nicht einmal einen verfassungsgemäßen Bundeshaushalt zustande, und hier schreiben Sie uns solches Zeug ins Stammbuch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb sage ich Ihnen: Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Wir bleiben beim bewährten Ausgleich zwischen direkter Beteiligung und repräsentativer Demokratie. Daran ändert auch der Verweis auf Bayern nichts.

Mich freut es ja immer, wenn Sie Bayern als Vorbild nehmen; keine Frage. Aber ich sage Ihnen: Für uns ist Bayern nicht immer Vorbild.

(Abg. Fischer SPD: Wo es nicht passt! – Abg. Walter GRÜNE: Es muss schon passen!)

Wir sind in vielem besser als Bayern.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Beispielsweise sind wir besser in unserer kommunalen Situation. Den Kommunen in Baden-Württemberg geht es bes-

ser als denen in Bayern, und so soll es auch zukünftig bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb sage ich: Wir bleiben beim bewährten Ausgleich, und zwar im Einklang mit der kommunalen Praxis und in der Gewissheit, dass wir Baden-Württemberg weiterhin als kommunalfreundlichstes Bundesland an der Spitze halten wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Fischer SPD: Das muss nicht sein! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt aber! – Abg. Walter GRÜNE: Da bin ich mal gespannt! Wahrscheinlich ist die Zeit nicht reif! – Unruhe)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stärkung der direkten Demokratie ist ein altes Anliegen der FDP.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sehr alt! – Unruhe)

Wir sind froh, dass wir bereits in den vergangenen Jahren Verbesserungen im Bereich der direkten Demokratie in den Städten und Gemeinden dieses Landes haben erreichen können. In der aktuellen Diskussion wird ja häufig vergessen, was wir bereits erreichen konnten: Beispielsweise konnte das Quorum für das Zustandekommen eines Bürgerbegehrens von 15 auf 10 % der Wahlberechtigten abgesenkt werden. Wir werden jetzt mit dem angekündigten Gesetzentwurf, auf den sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP/DVP geeinigt haben, weitere Erleichterungen und Verbesserungen im Bereich der direkten Demokratie, der Bürgerbegehren und der Bürgerentscheide herbeiführen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Im Bereich des Bonusaiformats!)

Selbstverständlich – das geht ja aus dem Schlagabtausch, den wir gerade gehört haben, ein Stück weit hervor – kann man sich über die Fragen, wo man die Grenzen zieht, welche Sicherungsmaßnahmen man einführt, ob man bei solchen Formen der direkten Demokratie überhaupt Quoren einführen will, unterhalten. Dabei gehen die Meinungen auseinander. Ich möchte meinen Beitrag als einen Beitrag zur Versachlichung verstanden wissen,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

weil ich nämlich nicht sehen kann, sehr geehrter Kollege Oelmayer, dass in dem Gesetzentwurf von SPD und Grünen gänzlich auf solche Formvorschriften verzichtet wird. Auch Sie sind offensichtlich der Meinung, dass es gewisse Formvoraussetzungen für ein Bürgerbegehren und für einen Bürgerentscheid geben muss.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist ja schon ein Entgegenkommen, damit ihr zustimmen könnt!)

(Theurer)

Auch Sie gehen von Quoren aus. Da stellt sich jetzt die Frage: Braucht man sie, und, wenn ja, wie hoch sollen sie sein? Ich bin zum Beispiel der Meinung, dass die Unterschriften von 10 % aller Wahlberechtigten für ein Bürgerbegehren völlig ausreichend sind. Dieses Quorum hat es auch nachhaltig erleichtert, dass Bürgerbegehren zustande kommen können. Wer nämlich keine 10 % der Wahlberechtigten mobilisieren kann, hat auch keine entsprechende Unterstützung in der Wählerschaft.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir wollen ja nicht mehr Bürokratie. Wir wollen nicht, dass kleine Kreise von Bürgerinnen und Bürgern praktisch die Kommunalverwaltung permanent mit der Abhaltung von Bürgerentscheiden beschäftigen, auch wenn keine Aussicht besteht, dass nachher bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Mehrheit dafür gefunden wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heinz CDU:
Richtig!)

Dafür gibt es diese Schwelle. Sie sind ja auch für diese Schwelle. Deshalb ist doch die Frage: Sind 7 % besser als 10 %? Wir haben die Schwelle abgesenkt. Das ist auch maßgeblich von der FDP/DVP-Fraktion mit initiiert worden. Die CDU-Fraktion hat es, nach längeren Diskussionen, genauso gesehen.

Ich bin der Meinung, dass wir durch die Absenkung von 15 auf 10 % einen guten Schritt weitergekommen sind.

Meine Damen und Herren, ich gehöre zu den wahrscheinlich wenigen hier in diesem Gremium, die selber schon einmal ein Bürgerbegehren initiiert haben. Dieses ist damals nicht zustande gekommen, weil der Gemeinderat nicht bereit war, es zu einer wichtigen Gemeindeangelegenheit zu erklären.

Später, in meiner Zeit als direkt gewählter Oberbürgermeister, gab es, nachdem die Hauptsatzung der Stadt Horb geändert worden ist, erneut ein Bürgerbegehren, das dann zu einem Bürgerentscheid geführt hat. Der Bürgerentscheid hat auch das notwendige Quorum von 30 % der Wahlberechtigten erreicht.

Damit komme ich an den nächsten Punkt, meine Damen und Herren: Dieses Quorum wollen ja CDU und FDP/DVP auf 25 % absenken. Das ist auch gut so. Aber wir sind überzeugt, dass eine gewisse Mindesthöhe für dieses Quorum erforderlich ist. Denn die Befriedungsfunktion, die ein solcher Bürgerentscheid in der kommunalen Demokratie hat, würde gar nicht erreicht, wenn nicht eine gewisse Anzahl von Wahlberechtigten die Sachfragen im Sinne des Bürgerbegehrens unterstützt.

Ich bin der Meinung, man kann sich trefflich streiten, wie hoch das Quorum sein sollte. Wir haben uns im Verfahren darauf verständigt, nicht ganz so weit zu gehen wie Sie. Aber wir halten fest und sehen es auch als eindeutigen Erfolg unserer Politik, dass durch eine Absenkung der Quoren mehr direkte Demokratie möglich geworden ist.

Aber für uns ist die direkte Demokratie kein Ersatz für die repräsentative Demokratie.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall
des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Vielmehr sind wir der Meinung, dass die repräsentative Demokratie die Regel ist. Die Regelentscheidungen sollen in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten getroffen werden.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Nur in Ausnahmefällen, wenn beispielsweise Fragen betroffen sind, in denen die Gruppierungen in den Gemeinden total zerstritten sind oder ein wichtiges Bürgerinteresse von den Gemeinderäten nicht entsprechend berücksichtigt wird, sollte es die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens und eines Bürgerentscheids geben. Wir haben die Möglichkeiten dazu erleichtert. Aber wir wollen nicht die Regelentscheidungen im Gemeinderat durch Bürgerentscheide ersetzt wissen, meine Damen und Herren.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Oh!)

Das würde auch die Kommunalverwaltung überfordern. Man sollte sich vergegenwärtigen, dass ein Bürgerentscheid wie eine Kommunalwahl ablaufen muss, dass Hunderte von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern dabei sein müssen. Ein Bürgerentscheid ist mit hohen Hürden, mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Er sollte die Ausnahme bleiben. Eine solche Ausnahme ist zukünftig leichter möglich als bisher. Aber wir wollen nicht so weit gehen wie Sie, meine Damen und Herren. Trotzdem können Sie uns nicht absprechen, dass wir für mehr direkte Demokratie in den Kommunen des Landes Baden-Württemberg sind.

(Abg. Heinz CDU: Augenmaß!)

Im Gegenteil, wir haben in der Tat mit Augenmaß – wie Sie zurufen – einen guten Gesetzentwurf zur Anhörung auf den Weg gebracht. Wir hoffen, dass er hier die Mehrheit findet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Sakellariou SPD: Für die Mehrheit
müssen aber noch ein paar mehr da sein!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Rech.

Innenminister Rech: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine werten Damen und Herren Kollegen! Der Kollege Peter Schneider hat das Spannungsfeld sehr plastisch beschrieben.

In der Tat – ich will damit beginnen, dann aber gleich den Deckel draufmachen –:

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich habe mich schon ein bisschen über die Grundhaltung geärgert, die dadurch zum Ausdruck gebracht wird, dass in der Begründung des Gesetzentwurfs beispielsweise zu den Beiträgen und Gebühren geschrieben wird, dass sich die Gemeindeverwaltungen mehr Mühe geben müssten, die Kalkulation der Bürgerschaft gegenüber besser verständlich zu machen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Minister Rech)

Meine Damen und Herren, Demokratie ist ein schwieriges Geschäft für beide Seiten. Auch den Bürgern muss etwas mehr Mühe und Interesse abverlangt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schauen Sie einmal, wie viele Bürger überhaupt bei den Haushaltsberatungen in den Gemeinderatssitzungen anwesend sind.

(Abg. Scheuermann CDU: Keiner! – Abg. Birzele SPD: Die können doch gar nichts machen! Die können sich das immer nur anhören!)

Wenn überhaupt welche da sind, sind sie nur so lange da, wie der Punkt behandelt wird, der sie selber betrifft.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle werden die Nagelprobe machen können, wenn wir jetzt gerade im Gemeindehaushaltsrecht dem Bürger entgegenkommen und die Doppik einführen. Diese ist überschaubar und transparent. Die Einführung der Doppik ist ein Schritt hin zum Bürgerhaushalt, ein Schritt hin zu Bürgernähe und Transparenz. Dann werden wir ja sehen, wie sich die Bürger in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das werden wir einmal sehen!)

Meine Damen und Herren, der zitierte Satz von Max Frisch hat schon seine Berechtigung. Ich will ihn wiederholen: Demokratie bedeutet die Freiheit, „sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“.

Der Kollege Birzele hat dies zu Recht zitiert. Aber Freiheit, meine Damen und Herren, bedeutet vor allem auch immer Verantwortung, Verantwortung für das Ganze, aber nicht etwa nach dem Motto: Wenn jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht.

Dieser Verantwortung für das Ganze wird am ehesten die repräsentative Demokratie gerecht. Deswegen haben wir seit 1955 einen Ausgleich in unserer Gemeindeordnung, der bis heute vorbildlich ist. Er ist deshalb noch heute vorbildlich, weil wir einen Status gefunden haben, der starke Kommunen gewährleistet und der die starke Stellung des Gemeinderats und des Bürgermeisters in unserer Kommunalverfassung verankert.

Meine Damen und Herren, unsere Stärken heißen kommunale Selbstverwaltung und Subsidiarität. Dies sind die Stärken, die das Land Baden-Württemberg dorthin gebracht haben, wo es heute trotz aller Schwierigkeiten noch immer steht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aber wir sind ja auf der Zielgeraden. Deswegen will ich die Diskussion versachlichen

(Abg. Zeller SPD: Die war bisher sachlich! Die war sehr sachlich!)

und den Kollegen von der Opposition auch sagen: Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Opposition das wichtige

Thema „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“ so nachhaltig und engagiert verfolgt. Dies ist zu begrüßen. Die unmittelbare Bürgerbeteiligung ist ein wesentliches Element unserer Kommunalverfassung.

Ich kann Ihre Ungeduld verstehen – ich sage dies –, mit der Sie die Koalitionspartner mit immer neuen Anträgen dazu drängen, die Koalitionsvereinbarung umzusetzen. Die Regierungskoalition hat in ihrer Vereinbarung angekündigt, die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung in unseren Städten deutlich zu verstärken. Sie können sich darauf verlassen: Die Regierungskoalition wird dies auch einhalten.

Das Innenministerium hat am 17. Februar den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften in die Anhörung gegeben. Darüber sind Sie mit Schreiben vom gleichen Tag unterrichtet worden. Heute kann ich Ihnen sagen, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der in der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen am 31. Mai, also gestern, beraten und beschlossen hat. Der Entwurf wird dem Landtag in den nächsten Tagen zugehen. Was wir angekündigt haben, wollen wir auch umsetzen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nach vier Jahren!)

Stichwortartig: Das Zustimmungsquorum soll nach unserer Auffassung in maßvoller Form gesenkt werden und künftig nur noch 25 % der Stimmberechtigten betragen. Den Positivkatalog wollen wir abschaffen. Die Themen, die einem Bürgerentscheid zugänglich sind, sollen nur noch durch den Negativkatalog begrenzt werden; im Übrigen sollen alle Angelegenheiten des Wirkungskreises einer Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, der Entscheidung der Bürger zugänglich sein.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet eine ganz erhebliche Ausweitung derjenigen Themen, die für ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid infrage kommen. Die bisherige Hürde, dass der Weg für einen Bürgerentscheid in vielen Fällen erst durch eine Änderung der Hauptsatzung frei gemacht werden musste, ist damit vollständig weggefallen.

Der Kollege Oelmayer hat – natürlich unter Hinweis auf Bayern – Punkte angesprochen, die schon auch in die Überlegungen einbezogen waren – Stichwort Bauleitpläne. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die im Baugesetzbuch gesetzlich geregelten Verfahren zur Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen nicht für Bürgerentscheide eignen. Da gibt es einen notwendigen Abwägungsprozess. Dieser kann nicht auf die bei den Bürgerentscheiden erforderliche Ja/Nein-Fragestellung reduziert werden. Dies muss dem Gemeinderat vorbehalten bleiben. Deswegen soll im Negativkatalog klargestellt werden, dass Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften auch künftig nicht Gegenstand eines Bürgerentscheids sein können.

Etwas anderes – da müssen wir differenzieren – ist die dem Bauleitplanverfahren vorausgehende Grundsatzentscheidung, mit der die Richtung für die städtebauliche Entwicklung für ein bestimmtes Gebiet festgelegt wird.

Diese Grundsatzentscheidung wird nach unserem Entwurf auch künftig einem Bürgervotum zugänglich sein. Im Er-

(Minister Rech)

gebnis haben wir dann also keine andere Regelung als die Bayern.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Bitte deutlich im Protokoll vermerken!)

Meine Damen und Herren, wir wollen auch – auch dies haben Sie angesprochen – den Initiatoren eines Bürgerbegehrens gegen einen Gemeinderatsbeschluss mehr Zeit einräumen und wollen deshalb die Frist für das Sammeln von Unterstützungsunterschriften von vier auf sechs Wochen verlängern.

Bei einem Vergleich der beiden Gesetzentwürfe können Sie feststellen, dass es Gemeinsamkeiten gibt, die durchaus nicht nur marginal, sondern beträchtlich sind. Ich will nicht verschweigen, dass es aber natürlich auch Unterschiede gibt. Diese Unterschiede haben ihren guten Grund. Ich habe vorhin schon in meinen ersten Sätzen gesagt: Die Stärkung der Bürgerbeteiligung hat ihre Grenzen in der kommunalverfassungsrechtlichen Stellung und den Verantwortlichkeiten des Gemeinderats als Hauptorgan der Gemeinde. Hier geht der Oppositionsentwurf entschieden zu weit.

Das gilt auch für die vorgesehene Ausdehnung der Bürgerbeteiligung auf die Ebene der Landkreise, der Gemeindebezirke und der Ortschaften. Die Landesregierung lehnt es ab, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landkreisebene vorzusehen. Es liegt doch auf der Hand, meine Damen und Herren, dass die Einwohner einer kreisangehörigen Gemeinde gegen eine ihre Gemeinde belastende Entscheidung

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zum Beispiel für eine Deponie oder so etwas!)

des Landkreises vorgehen werden. Solche Entscheidungen dann einer Mitwirkung der Kreiseinwohner zu öffnen würde Partikularinteressen ja geradezu herausfordern. Es besteht die Gefahr, dass die Gesamtinteressen des Kreises dann eben nicht ausreichend zur Geltung kommen. Dagegen ist es die Aufgabe des Hauptorgans des Landkreises, also des Kreistags, bei Entscheidungen über Kreisangelegenheiten die Interessen des Gesamtkreises zugrunde zu legen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Entscheidungen auf Landkreisebene sind auf der Grundlage übergemeindlicher Kriterien zu treffen und können niemals allein aus der Sicht einer Gemeinde entschieden werden. Der Landkreistag und der Gemeindetag – das wird Sie nicht überraschen – teilen hier unsere Haltung. Die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände liegen Ihnen mittlerweile vor.

Die Landesregierung lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE aus den genannten Gründen ab. Aber ich habe bereits gesagt: Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird in diesen Tagen in den Landtag eingebracht. Dann haben wir ja Gelegenheit, die Fragen, die hier angesprochen wurden, und die Dissense, die noch bestehen, miteinander zu erörtern. Wie gesagt: Wir sind jetzt auf der Zielgeraden. Lassen Sie uns die Geschichte über das Ziel bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Über das Ziel? Über welches Ziel? „Die Geschichte über das Ziel bringen“!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Herr Schneider hat sich doch tatsächlich – mir fehlt das richtige Verb – erdreistet,

(Abg. Sakellariou SPD: Sehr gut!)

SPD und Grünen ein gespaltenes Verhältnis zu mehr unmittelbarer Demokratie vorzuwerfen,

(Abg. Schneider CDU: Nein, zur repräsentativen! Sie müssen zuhören!)

und hat auf den Bundestag sowie auf die dort nicht eingeführte Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid verwiesen. Sie haben gesagt: „Wie viel wäre uns erspart geblieben, wenn dies bei den von Ihnen angeführten Themen möglich gewesen wäre?“ Ja, Herr Schneider, Sie hätten das tun können.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Rot-Grün hat in der letzten Legislaturperiode im Bundestag einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht. Er wurde von der CDU und großen Teilen der FDP abgelehnt. Nehmen Sie die Bürger endlich ernst!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Gustav-Adolf Haas SPD – Unruhe)

Dann hat er – das ist der nächste erstaunliche Vorgang gewesen – zu Recht die desolante Finanzsituation der Kommunen beschrieben, die Verantwortung dafür aber der Bundesregierung zugeschoben.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Schneider: Wem denn sonst?)

Herr Kollege Schneider, haben nicht Sie, die Regierungsparteien, hier den Kommunen bei der letzten Haushaltsberatung über 500 Millionen € weggenommen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Schneider CDU: Quatsch! Ausgabenseite!)

Und dann sollten Sie sich wenigstens einmal mit der Systematik unseres Grundgesetzes auseinander setzen.

(Abg. Sakellariou SPD: Das wäre nicht schlecht!)

Der Bund ist nicht unmittelbar zuständig für die Kommunen, und die Länder haben immer Wert darauf gelegt, dass das die Länder sind. Die Gesetze, die für die Kommunen Mehrbelastungen bringen,

(Abg. Wieser CDU: Wie bei der Kinderbetreuung, Herr Kollege! Da hat sich der Bund auch darum gedrückt! – Weitere Zurufe von der CDU)

(Birzele)

bedürfen der Zustimmung des Bundesrats. Die von der CDU regierten Länder haben mitgemacht und haben die Finanzen ausgehandelt, aber Sie haben die Finanzmittel jeweils nicht voll an die Kommunen weitergegeben. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Herr Kollege Theurer, es ist richtig: 10 % sind besser als 15 %. – Wo ist Herr Theurer denn hingegangen? Er hat sich offenbar schon von der unmittelbaren Demokratie verabschiedet.

(Heiterkeit)

25 % sind besser als 30 %. Aber die Quoren sind nach wie vor zu hoch.

(Zuruf von der CDU: 30 % ist okay!)

Das ist doch die Feststellung, die wir hier insbesondere in Baden-Württemberg bei den vielen Bürgerbegehren haben treffen können, und es ist die Feststellung, die in Bayern getroffen wurde.

(Abg. Heinz CDU: Und das Land ist deswegen untergegangen, oder wie?)

Wenn der Herr Innenminister sagt, dass Freiheit auch Verantwortung bedeute, dann hat er damit völlig Recht. Aber Verantwortung kann doch von den Bürgerinnen und Bürgern nur wahrgenommen werden, wenn sie entscheiden können.

(Abg. Heinz CDU: Die können doch in den Gemeinderäten entscheiden! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Gerade weil wir wollen, dass sie Verantwortung wahrnehmen, sind wir der Meinung, dass sie auch finanzrelevante Entscheidungen treffen können sollen. Denn da können sie ihrer Verantwortung nachkommen und sagen: „Wir wollen mehr Kindergartenplätze“ oder: „Wir wollen mehr Kinderbetreuungsplätze“, müssen aber auch bereit sein, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und die Finanzierung sicherzustellen.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb, Herr Kollege Schneider, „rot-grüne Ideologie, weit weg von der Realität“

(Abg. Heinz CDU: Ha ja!)

bei einer Gesetzeslage, Herr Zimmermann, wie sie in Bayern besteht, zu konstatieren – Sie können ja alles Mögliche sagen, aber das ist schon ein erstaunlicher Satz.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Entscheidend ist: Wenn man von den Bürgern fordert, sie sollten sich mehr Mühe machen, wie der Herr Innenminister gerade gefordert hat, dann muss man dem Bürger und der Bürgerin auch die Möglichkeit geben, das umzusetzen, was sie sich erarbeitet haben. Nur in Haushaltsberatungen zu sitzen bringt überhaupt nichts. Entscheiden, das ist das Wich-

tige, und deshalb werden wir zustimmen, dass unser Gesetzentwurf zusammen mit dem nun endlich von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf im Innenausschuss beraten wird. Wir hoffen sehr, dass Sie endlich zu mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger kommen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wieser CDU: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Erste Beratung des Gesetzentwurfs beendet.

Sie stimmen dem Vorschlag, den Gesetzentwurf an den Innenausschuss zu überweisen, zu. – Es ist so beschlossen.

(Abg. Wieser CDU: Jawohl! Das machen wir gerne!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche nun die Sitzung bis 14:30 Uhr und darf darauf hinweisen, dass sich das Präsidium jetzt unmittelbar im Anschluss im Hebelsaal trifft, um über die Neumöblierung des Plenarsaals zu beraten.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:13 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:29 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen – Drucksache 13/4264

Das Präsidium hat als Redezeiten fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Bayer.

Abg. Bayer SPD: Herr Präsident, liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Drexler SPD: Die Beteiligung ist nicht gut!)

Es ist schon bedauerlich, zu diesem Tagesordnungspunkt so wenige Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können.

(Abg. Rückert CDU: Ja, das stimmt! – Minister Rech: Die Jugendlichen sind da! – Abg. Stickelberger SPD: Die Jungen sind da! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Danke! – Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Ich habe auch in öffentlichen Diskussionen immer wieder den Eindruck gewonnen, dass Jugendliche nur unter ganz bestimmten Koordinaten wahrgenommen werden – momentan in allererster Linie als Wirtschaftsfaktor: „Humankapital“, das „aufzubereiten“ sei, habe ich vor einigen Wochen

(Bayer)

hier in diesem Saal von Professor Miegel gehört. In einer solchen Philosophie – Humankapital, das aufbereitet werden muss – haben eigenständige Rechte von Kindern und Jugendlichen kaum Platz, sie sind eher störend, zumindest aber untergeordnet.

(Abg. Pauli CDU: Das kann man nicht so pauschal sagen!)

Deswegen geht es in unserem Gesetzentwurf um Rechte, in diesem Fall um Beteiligungsrechte für Jugendliche. Es geht erstens um differenziertere und verbindlichere Formen von kommunalpolitischer Partizipation. Zweitens geht es um eine Stärkung der Rechte von Jugendgemeinderäten. Drittens geht es um eine Absenkung der Altersgrenze bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.

In vielen Gemeinden wird schon jetzt mit unterschiedlichen Partizipationsformen experimentiert. Jugendgemeinderäte sind eine Form davon. Ihre Verankerung in § 41 a der Gemeindeordnung begrüße ich ausdrücklich. Auch andere Formen machen Sinn: Jugendhearings, Jugendforen, Befragungen oder Zukunftswerkstätten.

Wer unterschiedliche Jugendliche in unterschiedlichen Jugendszenen ansprechen will, der braucht vielgestaltige Angebote. Aber Vielfalt darf nicht zur Beliebigkeit führen, und sie darf nicht abhängen vom Wohlwollen der gerade politisch Regierenden. Aus diesem Grund wollen wir mehr Verbindlichkeit durch eine Verankerung von Sollvorschriften in der Gemeindeordnung.

(Abg. Schebesta CDU: „Muss“ steht hier!)

Bei der Stärkung der Rechte von Jugendgemeinderäten geht es darum, diese Gremien näher an den wirklichen Gemeinderat heranzubringen. Genau dies ist auch die Bitte des Dachverbands der Jugendgemeinderäte.

(Abg. Pauli CDU: Kann man auch so machen!)

Ich finde, die nehmen repräsentative Demokratie wirklich ernst. Wir sollten froh darüber sein, meine Damen und Herren, wenn diese politisch engagierten, in Jugendgemeinderäten organisierten Jugendlichen auch im jeweiligen Gemeinderat ein Rederecht und ein Antragsrecht einfordern wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Pauli CDU: Bei mir immer! Das ist bei mir selbstverständlich!)

Dies wollen wir mit dem Gesetzentwurf ermöglichen und verbindlich regeln.

(Abg. Pauli CDU: Das ist doch selbstverständlich!
– Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ausnahmen bestätigen die Regel!)

– Es ist möglich, aber nicht unbedingt durchsetzbar. – Ich hoffe, dass zumindest dahin gehend Einigkeit in diesem Hause herbeizuführen ist.

Nun zur Wahlrechtsänderung: Was soll man einem 16-Jährigen sagen, der wählen will, aber noch nicht wählen darf?

(Abg. Schebesta CDU: Dass er noch nicht volljährig ist!)

Welche Begründungen gibt es, ihm das Wahlrecht vorzuenthalten? Ich fange anders an. Man könnte zum Beispiel sagen: Lieber Jugendlicher, du bist noch nicht reif genug, um politische Entscheidungen zu treffen.

(Abg. Schebesta CDU: Du bist noch nicht volljährig!)

Das ist okay. Dieser Auffassung kann man sein. Woran aber, bitte schön, misst man dann bei Erwachsenen die politische Entscheidungsfähigkeit? Viele Erwachsene kennen nicht einmal den Unterschied zwischen Bundesrat und Bundestag. Ich bin mir ganz sicher, dass nur eine Minderheit das baden-württembergische Wahlrecht halbwegs fehlerfrei erklären kann.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hier im Haus! Eine Minderheit hier im Haus!)

Es gibt keine „richtigen“ und „falschen“ Gründe beim Wählen. Jeder macht das auf seine Art. Deswegen sage ich Ihnen: Aus entwicklungspsychologischer und pädagogischer Sicht gibt es überhaupt keinen Grund, politische Unreife ganz besonders bei Jugendlichen zu suchen und sie deswegen von politischer Beteiligung und vom Wahlrecht auszuschließen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schebesta CDU: Aber vom passiven Wahlrecht schon, oder wie?)

Dieser Ansicht ist auch der Autor der letzten Shell-Jugendstudie, Professor Hurrelmann. Er bescheinigt in seiner Studie 16- und 17-Jährigen politisches Interesse und Entscheidungsfähigkeit. Hurrelmann plädiert deswegen nachhaltig für eine Absenkung des Wahlalters. Er kann sich sogar eine Absenkung auf 14 Jahre vorstellen – ebenso wie auch der Landesjugendring in Baden-Württemberg.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Bei den Wahlen zu Kirchengemeinderäten gilt die Altersgrenze von 16 Jahren schon lange. Die Tendenz in der Diskussion geht eher Richtung 14 Jahre.

Aber, könnte man einwenden, Jugendliche in diesem Alter sind doch viel zu stark beeinflussbar. Das stimmt in der Tat. Die Befürchtung unangemessener Beeinflussung ist real. Sie besteht aber auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in Religion. Sie betrifft auch nicht nur Jugendliche, sondern beispielsweise auch alte Menschen. Auch Wahlkampf ist eine Form der gewollten Beeinflussung, die der Meinungsbildung dienen soll – Missbrauch nicht ausgeschlossen. Manchmal, meine Damen und Herren, muss man eben auch etwas wagen, um Fortschritte zu erzielen. Auch das Frauenwahlrecht musste gegen die Widerstände derer erkämpft werden, die glaubten, Frauen seien nicht reif für politische Entscheidungen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Ministers Rech)

(Bayer)

Versuchen wir es mit einer weiteren Argumentation. Herr Schebesta hat dieses Argument ja schon als Zwischenruf eingebracht. Man könnte sagen: Lieber Jugendlicher, du bist nicht volljährig. Es geht nicht nur um Rechte, es geht auch um Pflichten, und du, Jugendlicher, sagst ja selbst, dass du eigentlich noch gar nicht so weit bist.

Wie ist die Realität? Jugendliche bekommen schon früh Rechte und Teilverantwortung. Sie werden mit 14 Jahren religionsmündig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Sie übernehmen Verantwortung für Schullaufbahn und Berufswahl. Mit 16 Jahren wird ihnen die Ehesfähigkeit und die Eidesfähigkeit zugesprochen, und – das ist das für mich wichtigste Argument – sie wachsen doch stufenweise hinein in demokratische Strukturen. Ein junger Mensch, der 16 Jahre lang in der Familie, im Kindergarten, in der Schule, im kommunalen Umfeld, in der Jugendarbeit, in der Ausbildung ermuntert wurde, eigene Bedürfnisse zu artikulieren und auf die Bedürfnisse anderer zu achten, ein junger Mensch, der 16 Jahre lang immer wieder die Chance erhalten hat, sein soziales Umfeld mit zu gestalten, der muss doch geradezu darauf brennen, auch Einfluss auf das parlamentarische System der Erwachsenen nehmen zu können.

Das ist zugegebenermaßen nicht durchgängig der Fall. Aber dies ist kein entwicklungspsychologisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Problem. Leider durchlaufen unsere Kinder und Jugendlichen nur sehr partiell eine konsequente Sozialisation des Demokratie-Lernens und des Demokratie-Lebens,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig, ja!)

mit kindgerechten Beteiligungsprojekten zum Beispiel bei der Spielplatzplanung, mit echter Mitbestimmung in der Schule, mit einem früh beginnenden Gemeinschaftskundeunterricht, mit vielfältigen und verbindlichen Formen von Partizipation im kommunalen Bereich und mit konkreten Rechten von Jugendgemeinderäten.

Deswegen, meine Damen und Herren, glaube ich, wir haben hier eine Bringschuld. Dabei bin ich mir völlig im Klaren: Die Herabsetzung des Wahlalters ist kein Allheilmittel, keine Wunderdroge für eine optimale politische Beteiligung von Jugendlichen, aber sie ist eine Chance. Zusammen mit der verbindlicheren Form kommunalpolitischer Beteiligung und der Aufwertung von Rechten für Jugendgemeinderäte wird daraus ein klares Signal, ein Signal gegen ein von vielen Jugendlichen gefürchtetes Methusalemkomplott und ein Signal für mehr Demokratie.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will wie der Kollege Bayer ebenfalls beginnen mit den Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in § 41 a der Gemeindeordnung. Da kann ich nur sagen: Liebe Kollegen von der SPD, guten Morgen! Es war

die Initiative der CDU-Landtagsfraktion, die Jugendgemeinderäte vor zehn Jahren in die Gemeindeordnung einzubringen.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Das war die politische Antwort auf die Gründungszeit vieler Jugendgemeinderäte.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Braun?

Abg. Schebesta CDU: Jawohl.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt wird er gleich entzaubert!)

Abg. Braun SPD: Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass das nicht vor zehn Jahren, sondern in der letzten Legislaturperiode war, und ist Ihnen bekannt, dass sowohl die Enquetekommission als auch die SPD-Fraktion und die Grünen als auch das Forum Kinder- und Jugendpolitik der freien Träger großen Wert darauf gelegt haben, dass die Jugendgemeinderäte sehr konkrete Rechte bekommen? Diese haben Sie ihnen verweigert.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Schebesta CDU: Herr Kollege Braun, ich komme noch zu diesem Punkt.

Herr Kollege Bayer, Sie haben von Sollvorschriften gesprochen. Im Gesetzentwurf steht aber „muss“. Es geht um eine Gemeindeordnung, die die kommunale Selbstverwaltung regelt. Ich glaube nicht, dass wir hier in Stuttgart festlegen sollten, wie in über 1 000 Städten und Gemeinden die Jugendbeteiligung im Einzelnen auszugestalten ist. Dies zeigt auch die Öffnung – ich komme noch darauf – von Jugendgemeinderäten auf andere Beteiligungsformen.

(Abg. Pauli CDU: Genau! Jeder Gemeinderat kann selber überlegen!)

Es war in der Gründungszeit der Jugendgemeinderäte ein Push für Jugendgemeinderäte, aber es gibt daneben auch viele andere Formen, die sich etabliert haben. Es war die Initiative unserer Fraktion bei der Vorbereitung der Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften für mehr Bürgerbeteiligung, dem Rechnung zu tragen und § 41 a der Gemeindeordnung auch für andere Beteiligungsformen zu öffnen. Herr Kollege Bayer, ich habe das vor über einem halben Jahr beim Landesjugendring bekannt gegeben. Sie waren dabei. Dieser Gesetzentwurf ist durch die Anhörung gegangen. Gestern ist im Kabinett die Einbringung in den Landtag beschlossen worden. Wir bleiben aber dabei, dass es eine Kannvorschrift sein soll, keine Sollvorschrift, und dass auch nicht, so wie in Ihrem Gesetzentwurf, ein Muss für die Einrichtung einer Jugendbeteiligungsform, ob Jugendgemeinderat oder etwas anderes, formuliert wird. Wir entscheiden nicht hier in Stuttgart über das Wohl und Wehe von Jugendbeteiligung in allen über 1 000 Städten und Gemeinden unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Schebesta)

Ich komme zum Wahlalter. Richtig ist, dass wir das Interesse an Politik bei Jugendlichen mehr als bisher wecken müssen. Dass Jugendliche vielfach nichts mit Politik am Hut haben, muss uns allen – Abgeordneten und Parteien – zu denken geben und die Frage aufwerfen, in welcher Art und Weise wir Politik machen und wie wir auch auf Jugendliche zugehen.

Die Jugendenquête hat in der letzten Legislaturperiode auch diesen Punkt beraten. Diese Beratung wird sicher auch Gegenstand in der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ sein. Deshalb hat gerade auch der Landesjugendring Sie von der SPD dafür kritisiert, dass Sie jetzt diesen Gesetzentwurf einbringen, und Sie aufgefordert, ihn zurückzustellen.

Für uns in der CDU-Landtagsfraktion ist jedenfalls das Wahlrecht kein Instrument, mit dem wir Marketing für Politik machen wollen. Es ist kein Instrument, das uns so wenig wertvoll wäre, solche Dinge damit zu betreiben. Es ist für mich auch nicht ohne weiteres logisch, wegen der landläufigen Meinung, dass sich Jugendliche nicht für Politik interessieren und mit einem zu geringen Anteil wählen, festzulegen, sie sollten früher wählen dürfen. Warum allein deshalb tatsächlich mehr wählen gehen sollen, diese Logik erschließt sich mir nicht ohne weiteres.

Sie können dann im Innenausschuss auch darüber beraten, ob es logisch ist, den Jugendlichen zu sagen, sie sollten sich zwar mit aktivem Wahlrecht beteiligen können, aber das passive Wahlrecht sollten sie nicht erhalten.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Als das Wahlalter von 21 Jahren auf 18 Jahre gesenkt worden ist, hat man sehr bewusst eine Parallelität zwischen Volljährigkeit und Wahlalter hergestellt, und Volljährigkeit heißt halt Geschäftsfähigkeit nach dem BGB, heißt nach dem Strafgesetzbuch Strafbarkeit mit Einschränkungen. Da hängen Rechte und Pflichten miteinander zusammen. Daran wollen wir festhalten.

Ich weiß auch nicht, ob man dem Kommunalwahlrecht und dem Landtagswahlrecht einen Gefallen damit täte, wenn man einen Unterschied zum Bundestagswahlrecht machen und damit einen qualitativen Unterschied zwischen den Wahlrechten zu unterschiedlichen Gremien herstellen würde.

Für die CDU-Landtagsfraktion kann ich sagen: Wir sehen kein Argument für diesen Gesetzentwurf. Das gilt auch schon in der Ersten Beratung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

(Es ist kein weiterer Abgeordneter der FDP/DVP-Fraktion im Plenarsaal.)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Manchmal ist man ein einsamer Rufer in der Wüste.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Fischer SPD: Nicht manchmal, das ist bei euch immer so!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kleinmann, nur in der Wüste der FDP/DVP.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, gut.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte gerne mit § 41 a der Gemeindeordnung beginnen. In der Tat steht dort eine Kannvorschrift und keine Soll- und keine Mussvorschrift. Wir haben das, als wir in der letzten Legislaturperiode die Gemeindeordnung geändert haben, ausführlich diskutiert. Wir waren uns hier im Grunde darüber einig, dass es nichts bringt, wenn zum Beispiel ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin und der Gemeinderat grundsätzlich gegen Jugendgemeinderäte sind, ihnen diesen trotzdem aufs Auge zu drücken und zu sagen: Ihr habt das einfach hinzunehmen. Dann käme nämlich letztlich nichts dabei heraus, weil eine ständige Konfrontation bestünde.

Wir begrüßen Jugendgemeinderäte; es war unsere Forderung, das auch in die Gemeindeordnung aufzunehmen, aber eben mit einer Kannbestimmung und nicht mit einer Soll- oder gar Mussbestimmung. Wir wissen, dass es wichtig ist – das hat ja auch Herr Fries, der Vorsitzende des Landesjugendrings, in seinem Rundschreiben geschrieben, in dem er die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre fordert –, Jugendliche ernst zu nehmen. In der Tat: Da hat er Recht. Jugendliche nehmen wir aber nicht dadurch ernst, dass wir für sie das Wahlalter auf 14 Jahre senken.

(Abg. Braun SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Herr Braun, was Sie fragen wollen, weiß ich.

(Heiterkeit)

Ich komme zur Religionsmündigkeit.

(Abg. Braun SPD: Um die geht es gerade nicht! – Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Braun?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Im Moment nicht. Ich möchte zunächst meinen Gedanken fortführen.

Jugendliche ernst zu nehmen ist wichtig. Aber man nimmt sie nicht dadurch ernst, indem man, wie gesagt, das Wahlalter auf 14 Jahre senkt, sondern dadurch, indem man sie zum Beispiel über unser politisches System, über unser wirtschaftliches System und unser gesellschaftliches System informiert. Zum Beispiel beginnt ja der Unterricht in Gemeinschaftskunde und Geschichte erst ab Klasse 7. Da sind die Schüler 13 bzw. 14 Jahre alt. Da fangen wir ja erst einmal mit der Information an. Würde das Wahlalter abgesenkt, müsste man die Bildungspläne für die Schulen ändern. Denn bevor sie ein Wahlrecht bekommen, müssen sie wissen, worüber sie abstimmen.

Jetzt gern, Herr Kollege.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt kommt die gleiche Frage noch einmal!)

Abg. Braun SPD: Nein, eine andere.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt, Herr Braun! Die Zeit läuft.

Abg. Braun SPD: Herr Kleinmann, wenn Sie darauf abheben, dass Sie den Gemeinden nichts vorschreiben wollen, keine Vorschriften machen wollen und deshalb die Kannvorschrift für die Jugendgemeinderäte wollen, warum haben Sie sich dann geweigert, die anderen Partizipationsformen mit aufzunehmen?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Also geweigert habe ich mich gar nicht, Herr Braun. Weder haben wir uns geweigert, noch haben wir es verneint, Herr Braun, sondern wir sitzen in einer Koalition. Das wissen Sie ganz genau. Wir haben damals ausdrücklich gesagt – ich selber habe die Rede hier gehalten –, dass zum Beispiel Jugendforen – das haben wir ja auch in der Jugendquote angesprochen – für uns durchaus eine Möglichkeit sind, die wir uns vorstellen können. Die Partizipation von Jugendlichen muss sich nicht auf Jugendgemeinderäte beschränken.

(Abg. Braun SPD: Aber Sie haben sich geweigert, diese Form aufzunehmen! – Unruhe – Abg. Pauli CDU: Keine Diskussion! Herr Präsident! Wo sind wir denn?)

Der nächste Punkt: Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Es ist richtig, was vom Kollegen Bayer vorhin angesprochen wurde: Die Religionsmündigkeit beginnt mit 14, Herr Bayer. Sie beginnt deswegen mit 14, weil der Konfirmandenunterricht mit 14 abgeschlossen ist. Die Jugendlichen sind in allen Dingen, die die Kirche betreffen, unterwiesen – einschließlich Patenamts und einschließlich dessen, was Kirche an sich und in sich bedeutet. Deshalb gibt es die Religionsmündigkeit mit 14. Man denkt in der Tat darüber nach, ob man das Wahlalter zum Kirchengemeinderat und zur Landessynode von 16 auf 14 reduzieren sollte. Aber wie ich gerade ausgeführt habe, beginnt der Gemeinschaftskundeunterricht an den Schulen erst dann, wenn die Schüler 13 bzw. 14 Jahre alt sind, und deshalb passt das einfach nicht mit der Senkung des Wahlalters zusammen.

(Zurufe der Abg. Capezzuto SPD und Boris Palmer GRÜNE)

Ich bin der Meinung, dass es eine sophistische Streiterei ist, sich darüber auseinander zu setzen, ob ab 16 oder ab 18 gewählt werden darf. Wenn die Volljährigkeit – dieses Argument ist auch von Ihnen, Herr Bayer, selbst gekommen – mit 18 beginnt, beginnt für mich auch das passive und das aktive Wahlrecht mit 18. Es gibt Argumente dafür, es gibt Argumente für eine andere Regelung, entscheidend ist für mich, dass Jugendliche nicht dadurch ernst genommen werden, dass man das Wahlalter senkt, sondern dadurch, indem man ihnen verschiedene Formen der Beteiligung am gesellschaftlichen und am politischen Leben ermöglicht

(Abg. Pauli CDU: Genau!)

und indem man sie auch entsprechend informiert und unterrichtet.

Ich erinnere zum Thema „Teilhabe und Partizipation von Jugendlichen“ zum Beispiel auch an die Jugendorganisations-

nen unserer Parteien. Ich erinnere daran: Es gibt den Landesjugendring, den Kreisjugendring, es gibt die Jugendringe auf der Ebene der Gemeinden und Städte. Ich habe dort selber mitgewirkt und habe einst einen Jugendklub mit gegründet, der als Mitglied im Kreisjugendring – und indirekt auch im Landesjugendring – entsprechende Gelder und damit politische Unterstützung bekommen hat. Das war ein sehr interessantes und mich hoch motivierendes Engagement. Da müssen wir, meine ich, ansetzen und den Jugendlichen als Vor-Ort-Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Kreisräte beistehen und Unterstützung leisten. Lediglich das Wahlalter zu senken halte ich für wenig geeignet, das politische und das gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen zu fördern.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schebesta CDU: Sehr gut! – Abg. Wacker CDU: Wo ist die FDP/DVP?)

– Hier ist die FDP/DVP!

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der Grünen-Fraktion unterstützen den Gesetzentwurf der SPD und sprechen uns für die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Jugendlichen aus. Denjenigen, die eine Ausbildung absolvieren oder arbeiten gehen, die als ehrenamtliche Jugendleiter bei Zeltlagern Verantwortung übernehmen oder beim freiwilligen sozialen Jahr für alte Menschen in der Pflege da sind, das Wahlrecht zu verweigern, das ist völlig absurd.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist natürlich völlig richtig, dass wir, wenn wir über den demografischen Wandel sprechen, darüber reden müssen, wie wir die Beteiligungsrechte von Jugendlichen stärken können. Die junge Generation, von der wir sagen, sie sei ganz wichtig für Wohlstand und Innovation, muss mehr Mitspracherechte erhalten. Dies wird in der Enquetekommission noch Thema sein. Ich bin gespannt, wie sich die Fraktionen von CDU und FDP da verhalten werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: DVP bitte!)

Jugendliche müssen ernst genommen werden und dürfen nicht länger als unmündige und unwissende Mitbürgerinnen und Mitbürger behandelt werden.

(Zuruf von der CDU)

Wenn wir sagen, es gebe bei Jugendlichen eine Legitimationskrise der Politik und die Wahlbeteiligung bei Jungwählern sei nicht sehr hoch, spricht das nicht gegen eine Absenkung des Wahlalters, sondern im Gegenteil dafür, dass ein ganzes Bündel an Maßnahmen notwendig ist, um die Mitbestimmungsrechte und das Engagement der Jugendlichen tatsächlich zu stärken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Edith Sitzmann)

Klar ist, dass die ritualisierte Politik, wie wir sie betreiben, bei den Jugendlichen nicht besonders gut ankommt. Wir wissen aber aus Umfragen, dass sich Jugendliche sehr wohl für politische Themen interessieren. Insofern kommt es darauf an, welche Formen und welche Foren man den Jugendlichen bieten kann, um sich mit politischen Themen intensiv zu beschäftigen. Ich finde, all das sind ausreichend gute Argumente, um einer Absenkung des Wahlalters zuzustimmen.

Herr Kollege Schebesta, Sie haben bei dem Thema „Rechte und Pflichten“ sehr formal argumentiert, wobei auch das Jugendstrafrecht eine Rolle gespielt hat. Ich möchte an die 44 Seiten umfassende Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten erinnern, in der er nur in einem Absatz über Jugendliche gesprochen hat, und in diesem einen Absatz ging es um die Verschärfung des Strafrechts.

(Abg. Schebesta CDU: Das kann ja nicht wahr sein! – Abg. Wacker CDU: Das war eine Regierungserklärung!)

Ansonsten hat sich der Ministerpräsident zur Jugendpolitik in keiner Weise geäußert.

(Zurufe von der CDU)

Ich finde, da hätten Sie heute ein anderes Signal setzen müssen. Sie argumentieren, die Wahlbeteiligung gehe zurück. Deshalb geht es darum, die Beteiligungsrechte in vielerlei Hinsicht zu stärken.

Herr Kollege Bayer hat ausgeführt, dass es darum gehe, die Position der Jugendgemeinderäte in den Kommunen zu stärken und die Jugendlichen an Planungsvorhaben mehr zu beteiligen. Das ist ein wichtiger und richtiger Weg.

Wir brauchen aber auch mehr Beteiligungsmöglichkeiten und neue Formen der Beteiligung an den Schulen. Dazu haben wir schon vor zwei Jahren einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, die Schülerinnen und Schüler an der Formulierung des Schulprogramms, an der Erstellung von Stundenplänen, an der Mitbestimmung über Unterrichtsformen und an der Evaluation der Unterrichtsqualität stärker zu beteiligen. Das fordern wir nach wie vor.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung des Gemeinschaftskundeunterrichts.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das Interesse Jugendlicher an politischen Themen ist, wie gesagt, vorhanden, wie man aus Umfragen weiß. Insofern geht es darum, dies aufzugreifen, zu stärken, dies früher zu tun als bisher und neue Formen zu finden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pauli CDU: Wir reden nicht, wir machen es!)

Was die Stärkung der Jugendgemeinderäte und § 41 a der Gemeindeordnung, den Sie zitiert haben, betrifft, wurden die Worte „sollen eingerichtet werden“ eingeführt. Nur bei der Beteiligung von Jugendlichen an Planungsvorhaben in angemessener Weise heißt es „müssen“. Alles andere sind Sollvorschriften.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nicht muss!)

Insofern haben Sie da etwas herbeigeredet, was so nicht stimmt.

Unser Fazit ist: Zustimmung zu den vorgelegten Vorschlägen.

Ich appelliere an Sie von der CDU und der FDP/DVP, es sich bis zur zweiten Lesung noch einmal gut zu überlegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Rau.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Er spricht ein klärendes Wort hier im Haus! – Abg. Pauli CDU: Der jugendliche Staatssekretär! – Unruhe)

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, ist für die Landesregierung ein wichtiges gesellschafts-, bildungs- und sozialpolitisches Anliegen.

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Sie hält allerdings den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Absenkung des Wahlalters hierfür für ungeeignet.

Ich finde, dass dieser immer wiederkehrende Antrag eher eine Showeinlage ist.

(Abg. Schebesta CDU: So ist es! – Widerspruch bei der SPD)

Es stünde uns viel eher an, hier über ernsthafte Beteiligungskonzepte zu sprechen und dabei etwas zu entwickeln, was auch den Anliegen der Jugendlichen wirklich gerecht werden kann.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Mit dem Wahlrecht spielt man nicht, Herr Kollege Braun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Junginger SPD: Unqualifiziert!)

Wenn Jugendliche Mitsprache in der Politik fordern, dann geht es in Wirklichkeit um die konkrete Gestaltung der erfahrbaren Umwelt. Nach der Shell-Studie beteiligen sich Jungwähler im Vergleich zur Gesamtbevölkerung schon seit längerem unterdurchschnittlich an Wahlen. So lag die Beteiligung der 18- bis 24-jährigen Wahlberechtigten in Deutschland zuletzt im Schnitt um fast ein Viertel unter der Gesamtwahlbeteiligung.

(Abg. Capezzuto SPD: Resignieren die? – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Nur 35 % der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren gaben an, sich ganz sicher an der nächsten Bundestagswahl zu beteiligen, wenn sie denn das Wahlrecht hätten. Je jünger die Jugendlichen sind, desto geringer ist ihre Bereitschaft, sich daran zu beteiligen.

Wahlen sind bei der Jugend also kein Renner – Entschuldigung, Herr Sozialminister!

(Heiterkeit)

(Staatssekretär Rau)

Aber der Renner ist dafür ein Renner für die Jugend. Das ist schon okay.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich dachte, Sie sind für Jugend jetzt zuständig!)

Viele Jugendliche müssen für die Demokratie über für sie attraktive Formen der Mitwirkung erst gewonnen werden, bevor sie bereit sind, sich in Wahlen einzubringen. Verschiedene andere Bundesländer haben das Mindestalter für die Beteiligung an Kommunalwahlen auf 16 Jahre reduziert. Die Erwartungen, die sie darin gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. In Hessen wurde die Absenkung des Wahlalters deshalb sogar wieder rückgängig gemacht,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nicht deshalb! Wegen Kochs Ideologie! – Abg. Capezzuto SPD: Die CDU ist drangekommen, dann hat man es abgesetzt!)

nachdem sich das nicht bewährt hatte.

(Unruhe)

Weitaus sinnvoller ist für uns die Unterstützung aller Wege, die auf die Stärkung von Mitverantwortung und Mitarbeit der Jugendlichen ausgerichtet sind.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Da haben wir im Land eine ganze Menge vorzuweisen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Das ist der Punkt! – Abg. Capezzuto SPD: Jetzt klatscht der auch noch! Das gibt es ja nicht!)

Wir haben eben nicht nur einen formalen Schritt vollzogen, sondern wir haben vielfältige Ansätze der Beteiligung Jugendlicher unterstützt und gepflegt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Unverändert gilt die jugendpolitische Konzeption der Landesregierung, Jugendliche stärker auf unterschiedliche Weise in das kommunalpolitische Geschehen einzubeziehen. Deshalb wird nicht nur die Arbeit von Jugendgemeinderäten, sondern auch von Jugendausschüssen und von Jugendforen zur direkten Beteiligung Jugendlicher am politischen Leben unterstützt. Durch die 1998 erfolgte Änderung der Gemeindeordnung

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

wurde den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, einen Jugendgemeinderat einzurichten und an den Sitzungen des Gemeinderats zu beteiligen. Wir haben durch Kabinettsbeschluss von gestern die Initiative von Volker Schebesta und der CDU-Fraktion aufgegriffen und für andere Jugendvertretungen eine Ausgangslage geschaffen, die sie ebenfalls an Gemeinderatssitzungen beteiligen kann – ich halte das für wichtig –, weil sich herausgestellt hat, dass man den Jugendlichen nicht nur in der einen Form der Jugendgemeinderäte Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten sollte. Wir haben ja die Beispiele, dass Jugendgemeinderäte

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Funktionieren!)

sang- und klanglos wieder aufgelöst wurden, aber andere Formen der Beteiligung durchaus für angemessen gehalten werden – offene Formen, Partizipation entsprechend den Anliegen und den Handlungsformen der Jugendlichen.

Um die Partizipationsformen weiterzuentwickeln, haben wir in den vergangenen zwei Jahren ein umfangreiches Modellprojekt „Gelingende Beteiligung vor Ort“ initiiert und unterstützt, an dem sich alle wichtigen im Jugendbereich Verantwortung tragenden Institutionen des Landes beteiligt haben.

In ausgewählten Modellgemeinden wurden Bausteine für eine gelingende Beteiligung entwickelt und erprobt. Dabei wurden die Verantwortlichen in den Verwaltungen eng einbezogen. Im Ergebnis zeigt sich, dass in erster Linie kinder- und jugendgerechte Methoden der Aktivierung und Motivierung zum Erfolg führen. Die Berücksichtigung des Ideenpotenzials von Kindern und Jugendlichen führt zu wirklicher und gelingender Partizipation. Beteiligung hat viele Gesichter.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nach den Erkenntnissen des Partizipationsprogramms beteiligen sich Jugendliche besonders gern, wenn folgende Faktoren berücksichtigt werden: zeitlich überschaubarer Einsatz,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Mitberücksichtigung ihrer Vorschläge, Beratung und Begleitung durch kompetente Erwachsene, erkennbare Erfolge bereits am Ende des Projekts.

Lang anhaltende Verpflichtungen sind schwieriger zu erfüllen als projekthafte Arbeit.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Unsere Erfahrungen decken sich hier im Übrigen voll mit den Erkenntnissen der Shell-Jugendstudie.

Thematisch kümmern sich Jugendliche – das ist in der Shell-Studie auch belegt – gerne um soziale Fragen, um Umweltfragen, aber auch um eigene Anliegen wie Jugendräume. Eines der besten Programme, das im Land Baden-Württemberg je aufgelegt wurde, ist den Jugendlichen zugewandt. Es ist das Programm „Der Jugend Räume schaffen“. Dieses Programm lebt davon, dass die Jugendlichen selbst in der Konzeption und durch Eigenarbeit an den Projekten teilhaben müssen. Das Ergebnis sind bis jetzt 700 offene Jugendräume in Baden-Württemberg. Das Programm läuft weiter. So gestaltet man Partizipation von Jugendlichen, die diese nachher auch verstehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Weil vorhin die Schule angesprochen wurde, möchte ich sagen, dass in den laufenden Schulreformen auch die Beteiligungsrechte der Jugendlichen entscheidend weiterentwickelt worden sind. In einer Schulkultur, die die Erarbeitung von Schulcurricula zum Inhalt hat, die Evaluationen vorhat, geht es nicht ohne die Beteiligung von Schülerinnen und

(Staatssekretär Rau)

Schülern. Deshalb haben wir Bausteine in die neuen Bildungspläne aufgenommen – „In Gemeinschaft leben“ und „Demokratie lernen“ –, die nicht nur theoretische Erkenntnisse, sondern auch praktische Teilhabe beinhalten. Jedes Schulcurriculum muss durch die Schulkonferenz, in der die Schüler beteiligt werden. Auch die Ergebnisse von Evaluationen werden durch die Schulkonferenz behandelt werden müssen, und dort werden wiederum die Schülerinnen und Schüler beteiligt.

Schüler lernen in der Schule, wie man Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt. Verantwortung zu übernehmen ist eine wichtige Voraussetzung, um mitzuentcheiden. Ein herausragendes Programm des Landes ist die Ausbildung von Schülermentoren. Über 14 000 Schülerinnen und Schüler sind in den letzten Jahren in unterschiedlichen Bereichen mit gesellschaftspolitischen Bezügen ausgebildet worden, um Verantwortung für Gruppen und Gemeinschaften zu übernehmen.

Das alles ist wesentlich wichtiger als die Frage,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wahlalter!)

ob wir hier wieder einmal über das Wahlrecht diskutieren

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

und damit so tun, als ob davon abhinge, wie sich Jugendliche in unserer Demokratie beteiligen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ob sie ernst genommen werden!)

Wir müssen ihnen sinnvolle Aufgaben geben, dann wird das gelingen. Daran werden wir weiter arbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Bayer.

Abg. Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Rau, ich halte es für ein starkes Stück, die Bemühungen und das Ringen um gute Formen der Partizipation von Jugendlichen in unserem Land als Showeinlage zu bezeichnen. Das spricht nicht für die Ernsthaftigkeit, die dem Thema eigentlich gebührt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch eine grundsätzliche Überlegung nachschieben: Politische Entscheidungen haben insgesamt ein Strukturproblem, nämlich die Tendenz der Bevorzugung der Gegenwart bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Zukunft.

(Abg. Schebesta CDU: Insbesondere bei Rot-Grün in Berlin!)

– Jeder fasse sich an die eigene Nase! – Ich nenne beispielhaft drei Problemkreise aus der Jugendperspektive: Staatsverschuldung, Umweltzerstörung und unzureichende Investitionen in Bildung und Forschung. Vor diesem Hintergrund sehe ich auch nach dieser Debatte keine in sich schlüssige

Argumentation, warum man dem oder der 16-Jährigen, der oder die wählen will, das Wählen verbieten sollte.

Wir tun so, als wenn wir bei dieser Angelegenheit etwas zu verlieren hätten. Das haben wir doch nicht. Wir haben nichts zu verlieren, aber wir können einiges gewinnen. Denn das Weiterbestehen und die Weiterentwicklung einer demokratischen Ordnung können nur gesichert werden, wenn es uns gelingt, der nachwachsenden Generation nicht nur allein Loyalität abzuverlangen, sondern den jungen Menschen auch handfeste und effektive Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Warum denn nicht durch Aufwertung der Rechte von Jugendgemeinderäten? Warum denn nicht durch die verbindliche Verankerung von weiteren Partizipationsformen? Warum denn nicht durch die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen wie in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen? In Hessen ist eine entsprechende Regelung wieder einkassiert worden, als Koch ans Ruder kam.

Übrigens, Herr Staatssekretär, in der Tat ist die Wahlbeteiligung von jungen Leuten, von jungen Erstwählern überall erschreckend niedrig.

(Abg. Wacker CDU: Das ändert sich aber nicht durch die Herabsetzung des Wahlalters!)

Aber gerade in Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass die Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen immerhin zu einem höheren Prozentsatz gewählt hat als die ihr nachfolgende Gruppe der 18- bis 21-Jährigen.

Hannah Arendt versteht unter Politik ganz allgemein und ganz basal, etwas blumig ausgedrückt, die angewandte Liebe zur Welt. Ich meine, wir sollten Kinder und Jugendliche möglichst früh an dieser Form von Politik teilhaben lassen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Ende.

Der Landesjugendring kritisiert in einer Presseerklärung von gestern den Zeitpunkt der Einbringung dieses Gesetzesentwurfs. Er kritisiert nicht den Inhalt; er geht inhaltlich ja weit darüber hinaus. Der Landesjugendring spricht von größeren Chancen, wenn die Debatte im Rahmen der Diskussion der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ im Herbst geführt würde. Ich kann mir nicht richtig vorstellen, dass dies ernst gemeint ist. In einer von Wahlkampfretorik geprägten Zeit Ende dieses Jahres besteht meines Erachtens eher weniger Spielraum für Konsens in einer möglicherweise strittigen Angelegenheit.

Im Übrigen – das sage ich ganz persönlich – bin ich es auch leid, einmal gestartete parlamentarische Initiativen zurückzustellen, nur weil vonseiten der Regierungsfractionen die Möglichkeit einer eventuellen oder kurz bevorstehenden Bewegung signalisiert wird.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Im Interesse einer echten Realisierungschance habe ich dies mehrfach getan, und zwar bei dem Versuch, die Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern von 18 Jah-

(Bayer)

ren auf 16 Jahre zu reduzieren. Der entsprechende Antrag stand dreimal auf der Tagesordnung des Schulausschusses.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wohl wahr! – Zurufe der Abg. Zeller SPD und Beate Fauser FDP/DVP)

Dreimal habe ich den Antrag wieder von der Tagesordnung absetzen lassen. Dreimal ist nichts passiert.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Die letzte Initiative, die von Herrn Kleinmann angekündigt wurde, datiert

(Abg. Zeller SPD: Alles heiße Luft! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– ich rede über das Vorgehen –

(Abg. Capezzuto SPD: Nur die FDP/DVP ist schuld!)

vom Dezember letzten Jahres. Passiert ist nichts.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich ist etwas passiert! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD)

Daraus ist nur ein Schluss zu ziehen: Von einer Vertagung von Initiativen kann man vielleicht einiges erwarten; eines jedenfalls kann man aber nicht erwarten, zumindest nicht bei diesen Regierungsfractionen: eine größere Erfolgsaussicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf Drucksache 13/4264 an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber natürlich!)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 1. Dezember 2004 – Fünfundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Baden-Württemberg – Drucksachen 13/3800, 13/4234

Berichterstatter: Abg. Wichmann

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns mit dem 25. Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten. Hierzu gäbe es eigentlich

viel zu sagen, insbesondere weil der Bericht ja auch schön geschrieben ist – in Prosa und in epischer Breite.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Man könnte es sich auch einfach machen und wie in den vergangenen Jahren betonen, dass es keine gravierenden Verstöße gegeben hat, die zu einem öffentlichen Aufruhr oder zu Protesten geführt hätten. Man könnte ein öffentliches Bekenntnis zum Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung ablegen wie auch in den vergangenen Jahren und einen Appell an die öffentliche Verwaltung richten, mit den entsprechenden Daten sensibel umzugehen. Und man könnte natürlich auch wie in den vergangenen Jahren dem Beauftragten und seinem Team für die gute Arbeit danken.

In diesem Jahr wird es auch relativ leicht fallen, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen, da insbesondere die Gesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung kritisiert wird und weniger die des Landes. Aber all das ist, glaube ich, nicht zielführend und führt hier nicht weiter; denn man sollte sich schon weiter gehende Gedanken über das Thema Datenschutz machen, insbesondere wenn wir bestimmte Themenbereiche inhaltlich ansprechen wollen und vom Bürger her denken, der von uns erwartet, dass die Handlungsfähigkeit des Staates in zentralen Fragen aufrechterhalten wird.

Es geht um die Frage, wie wir diesen Abwägungsprozess zwischen dem Grundrecht des Datenschutzes, der informationellen Selbstbestimmung, und dem Allgemeinwohl neu justieren. Es geht auch darum, keine Angst zu schüren und auch in der politischen Diskussion nicht den Eindruck zu erwecken, wir hätten einen Überwachungsstaat, der bei den Bürgern überall hineinblickt. Damit meine ich „Big brother is watching you“ oder ähnliche Stimmungen, die in der Öffentlichkeit natürlich immer mit bestimmten Absichten, teilweise auch bewusst, geschürt werden. Nein, es geht um die Handlungsfähigkeit des Staates und insbesondere ein Stück weit auch um Gerechtigkeit.

Lassen Sie mich kurz vier Punkte herausgreifen.

Im Bereich der inneren Sicherheit darf der Täterschutz nicht vor den Opferschutz gehen. Unsere Partei, die CDU, und unsere Fraktion sprechen sich auch klipp und klar dafür aus, dass der genetische Fingerabdruck, also die Untersuchung des genetischen Materials, als Standardmaßnahme in der ermittlungsdienstlichen Erkennung eingeführt wird und wir damit bessere Möglichkeiten haben, Straftäter zu identifizieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Es geht im Bereich des Gesundheitswesens darum, die Qualität für die Patienten zu steigern und damit auch den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten im Gesundheitswesen zu verbessern – zwischen den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern und allen anderen. Deswegen stehen wir auch klar zu den neuen Medien der elektronischen Datenerfassung, die vorhanden sind oder geschaffen werden sollen: zu der Patientenchipkarte und der elektronischen Patientenakte, die man sich zukünftig vorstellen kann.

(Dr. Lasotta)

Es geht darum, im Sozialbereich auch Missbrauch zu identifizieren, indem wir einen Datenabgleich stattfinden lassen.

Und es geht zum Beispiel im Steuerrecht darum, Gerechtigkeit zu schaffen. Es kann nicht sein, dass sich Bürger hier durchlavieren können und der Staat keine Zugriffs- und Eingriffsmöglichkeiten hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Stickelberger SPD – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Koalition der Vernunft!)

Insgesamt sehe ich das Thema wirklich auch als in vielen Bereichen über die Parteigrenzen hinausgehend, weil wir uns, glaube ich, nicht gegenseitig den schwarzen Peter für bestimmte Projekte zuschieben können, die die Bürger von uns erwarten – wo es um Gerechtigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates geht, wo es um sinnvolle Maßnahmen für unsere Bürger geht – und die wir nicht aufgrund des Datenschutzes infrage stellen können.

Natürlich ist der Datenschutz ein Grundrecht. Das muss auch jeweils mit in die Diskussion über die Gesetzesausgestaltung einbezogen werden. Aber Datenschutz darf auch kein Selbstzweck an sich sein, sondern muss in die politische Diskussion, in die Abwägungsprozesse der verschiedenen Grundrechte und vor allem auch des Allgemeinwohls, die hier betrachtet werden müssen, einbezogen werden. Deswegen brauchen wir in diesen Punkten eine offene Diskussion, die den Menschen keine Ängste vermittelt. Wir wollen den Staat weiter reformieren und verändern und vor allem den Menschen keine Angst machen.

Deswegen rufe ich dazu auf, dass wir im aktiven Einsatz für den Datenschutz unsere politischen Ziele weiter klar formulieren und möglichst früh den Datenschutz in unsere Überlegungen und in unsere Gesetzesarbeit einbeziehen, um dann auch wirklich beweisen zu können, dass Datenschutz nicht immer nur Bürokratie bedeuten muss, sondern dass in diesem Abwägungsprozess am Ende auch etwas Sinnvolles herauskommt, was den Bürgern und dem Staat dient.

In diesem Sinne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis. Fünf Minuten Redezeit reichen bei weitem nicht, um die Bandbreite der Themen anzusprechen, die auch dieser Bericht enthält, aber ich glaube, ich habe ein paar Punkte exemplarisch darstellen können, die uns wichtig sind.

(Abg. Wieser CDU: Exzellent gemacht, Herr Kollege! Sehr gut!)

Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wichmann.

Abg. Wichmann SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt der 25. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vor. 1980 wurde der Datenschutz in Baden-Württemberg eingeführt, und man muss festhalten, dass wir eines der letzten Bundesländer waren, die auf diesen Zug aufgesprungen sind. In dieser

Schlusslichtposition sind wir in den letzten Jahren konsequent geblieben. Während in anderen Bundesländern der Datenschutz im öffentlichen und im nichtöffentlichen Bereich zusammengelegt wurde, die Personalausstattung besser ist und man sich den technischen Gegebenheiten innerhalb einer modernen Landesverwaltung und außerhalb durch einen modernen, datenbank- und EDV-gestützten Kunden- und Datenverarbeitungsbereich gestellt hat, werden beide Bereiche in Baden-Württemberg konsequent voneinander getrennt.

Herr Kollege Lasotta, bei der Beratung des Datenschutzberichts im Jahr 2003 hatten Sie sich hier gemeinsam mit der Fraktion der CDU für Reformen offen gezeigt. Im Jahr 2004 war das vergessen, und ich habe mich bei der Zusammenstellung meiner Notizen für meinen heutigen Redebeitrag gefragt, ob wir hier nach dem Motto „Und täglich grüßt das Murmeltier“ agieren.

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Was ist das?)

Denn, Herr Lasotta, auch Sie haben hier zuvor anklingen lassen, dass man, wenn der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten im Plenum beraten wird, ja immer einem gewissen Ritual folgt. Mit einer Redezeit von lediglich fünf Minuten – da gebe ich Ihnen Recht – kann man eigentlich in keines der Themen so richtig einsteigen.

(Abg. Wieser CDU: Doch! Ohne Krawatte können Sie es besser! Dann haben Sie mehr Luft!)

– Mit der Sozialdemokratie kommt immer die Modernität. Vielleicht schließen Sie sich dem auch einmal an.

(Heiterkeit bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Jetzt haben Sie so gut angefangen, und nun versauen Sie alles!)

Wenn man die Rede des Kollegen Lasotta nähme und ein paar Dinge umstellte, dann käme man da sogar zu einer sehr großen Schnittmenge. Ich stimme Ihnen zu: Wir brauchen einen handlungsfähigen, starken Staat. Wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, bekommen wir über die Verwaltungsreform, über die Einführung von EDV, über die Public Private Partnership und über die zunehmenden Privatisierungstendenzen in den einzelnen Bereichen – ich will das jetzt nicht inhaltlich bewerten – eine Auflösung der Grenzen zwischen dem öffentlichen und dem nichtöffentlichen Bereich. Die Folgen sind unabsehbar, und es wäre richtig und gut, wenn wir dem Vorschlag der SPD-Fraktion folgen würden und uns ernsthaft überlegen würden – und hier könnten wir auch Ihr Argument aufnehmen, Herr Kollege Lasotta –, diese beiden Bereiche zusammenzulegen. Denn nur dann wäre das gewährleistet, was der moderne Datenschutz leisten muss, nämlich vorausschauend zu arbeiten, sich den Problemen zu stellen und Eingriffe schon im Vorfeld vorzunehmen,

(Abg. Blenke CDU: Das war ja auch schon so eine Sache mit dem Murmeltier!)

damit man im Nachhinein nicht mühsam reparieren muss. Ich weiß, dass vonseiten der Landesregierung hier kein Handlungsbedarf gesehen wird. Wir kommen jetzt aber auch mit dem neuen Ministerpräsidenten – wenn ich allein

(Wichmann)

schon sehe, was im Bereich der Landesimmobilien und der Betreuung einer Gesellschaft, die aus öffentlichen und nichtöffentlichen Segmenten besteht, geplant ist – um eine Zusammenlegung nicht herum. Es ist bedauerlich, dass das im Zuge der Verwaltungsreform nicht gemacht wurde, da dadurch sehr viele Effizienz- und Effektivitätsreserven nicht gehoben werden können. Ich denke, man muss in diesem Punkt – auch wenn es mühsam ist und man sich jedes Jahr wieder dem gleichen Ritual stellen muss – hart bleiben und immer wieder versuchen, da den Finger in die Wunde zu legen.

Ich hatte es schon erwähnt: Die Personalausstattung ist beim Landesbeauftragten für den Datenschutz äußerst knapp. Er kann die vielen Aufgaben, die er zu bewältigen hat, nur noch unzureichend wahrnehmen. Beim Lesen des Datenschutzberichts ist mir aufgefallen, dass die Anzahl der Stichprobenkontrollen zurückgeht, da aufgrund der Tatsache, dass der Datenschutzbeauftragte in vorausschauender Weise immer mehr beratend tätig wird, ein echtes Kapazitätsproblem besteht. In der Folge aber könnte das geschehen, was auch schon der Kollege Lasotta angedeutet hat, dass dann nämlich tatsächlich der Skandal oder der GAU passiert, der das Vertrauen der Bürger in ihre Verwaltung nachhaltig schädigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der öffentliche und der nichtöffentliche Bereich im Datenschutz wachsen technisch und inhaltlich zusammen. Es wäre gut, wenn wir daraus Konsequenzen ziehen und uns überlegen würden, wie man in Baden-Württemberg einen modernen Datenschutz ausgestalten kann. Es wäre gut, wenn Baden-Württemberg seine Schlusslichtposition an dieser Stelle aufgeben würde. Das würde unserer Industrie und auch unserer Kultur gut tun. Das gäbe auch einen nachhaltigen Schub für die Dienstleistungsgesellschaft, in der wir uns alle befinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber der Kollege Theurer hat eine schöne Krawatte an! – Gegenruf des Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn er so spricht, wie die Krawatte aussieht, wird es topp! – Heiterkeit)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen, Herr Zimmermann, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der Fraktion der FDP/DVP für Ihre Arbeit im letzten Berichtszeitraum zu danken. Wir als FDP/DVP halten den Datenschutz für eine wichtige Aufgabe. Meine Damen und Herren, das böse Wort vom „Datenschutz gleich Täterschutz“ muss umgekehrt werden, denn Datenschutz ist Opferschutz.

Wenn Sie in die heutige Zeitung hineinschauen – „Stuttgarter Zeitung“, aber auch „Schwarzwälder Bote“ oder „Stuttgarter Nachrichten“ –, dann finden Sie einen besonders krassen Fall von Ausspähung privater Daten, der jetzt staatsanwaltschaftlich verfolgt wird. Dort heißt es –

ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten die „Stuttgarter Zeitung“ –:

Mit Trojanerviren Firmen ausspioniert

Bei einer Durchsuchung der Wohnung des 41-Jährigen stellten die Ermittler unter anderem Datenträger mit einem Volumen von 560 Gigabyte sicher.

Weiter heißt es:

Nach vorläufigen Erkenntnissen betrieb der Computerspezialist sein dunkles Geschäft auf folgende Weise: Im Auftrag von Privatdetektiven, die für ihre Kunden die Konkurrenz ausspähen sollten, schickte er mit Viren infizierte CDs an Firmen.

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

Das betrifft den privaten Bereich, ist natürlich strafrechtlich bewehrt und kann durch die Staatsanwaltschaft verfolgt werden.

Es gibt aber natürlich auch minder schwere Fälle. Im Zeitalter der Informationsverarbeitung haben wir viele Daten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist ja kriminell!)

Sie werden gespeichert und zusammengeführt. Sie können ausgespäht und missbraucht werden. Genauso wichtig, wie die Privatsphäre im Bereich der Wohnung zu schützen, ist es auch, die Privatsphäre bei den Daten der Menschen zu schützen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ihr wollt doch den großen Lauschangriff!)

Das ist immer ein Anliegen der FDP/DVP-Landtagsfraktion gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer dagegen verstößt, handelt kriminell. Das muss verfolgt werden. – Das ist der Bereich des privaten Datenschutzes.

Der Bereich, über den wir heute sprechen, ist der öffentliche Datenschutz. Er betrifft den Bereich, in dem öffentliche Institutionen, Behörden, Ministerien, Kommunalverwaltungen, aber auch Krankenkassen Daten sammeln und verwenden. Dieser Bereich, meine Damen und Herren, ist glücklicherweise – das zeigt der hier vorgelegte Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten – so weit in Ordnung, dass es keine großen Probleme gegeben hat.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist alles relativ!)

Ich denke, das ist auch eine Erfolgsbilanz nach 25 Jahren Datenschutz. Es ist im Berichtszeitraum eben nicht zum Daten-GAU gekommen, und die Landesregierung hat die aufgedeckten Mängel behoben bzw. hat daran gearbeitet.

Im Übrigen begrüße ich es, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz zunehmend auch beratend, also präventiv tätig wird, um eventuellen Verstößen gegen den Datenschutz vorzubeugen. Auch dies zeigt die Wertschätzung dieser Einrichtung, meine Damen und Herren. Der Datenschutzbeauftragte wird zunehmend nicht als Gegner, sondern als Partner gesehen.

(Theurer)

Der Bericht zeigt, dass Behörden auf ihn zugegangen sind, wenn Fragen oder Probleme aufgetaucht sind, die es zu lösen galt. Positiv ist auch, dass der Landesbeauftragte bei Bürgern unzutreffende Vorstellungen zurechtrücken und Verständnis für das Vorgehen der Behörden wecken konnte.

Nach wie vor wurde dem Landesbeauftragten für den Datenschutz noch nicht die Beratung und Kontrolle für den nichtöffentlichen Bereich übertragen,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hättet ihr doch schon lange machen können!)

aus dem ich gerade einen besonders krassen Fall geschildert habe. Wir als FDP/DVP-Fraktion würden es begrüßen, wenn man öffentlichen und privaten Datenschutz bei e i - n e r Stelle, nämlich bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, zusammenführen würde.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wieso macht ihr es denn nicht? Ihr regiert doch!)

Meine Damen und Herren, die zunehmende Verflechtung der staatlichen und privaten Datenverarbeitung erschwert die bestehende, gesetzlich vorgesehene Trennung der Kontrollräume immer mehr. Deshalb plädiere ich noch einmal nachhaltig für diesen Vorschlag.

Meine Damen und Herren, ich sehe die Entwicklung des Datenschutzes mit einer gewissen Sorge. Wir haben auf Bundesebene die Einführung der Kontenabfrage. Ich halte es für äußerst gefährlich, dass hier das Bankgeheimnis zunehmend ausgehöhlt wird.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das machen wir morgen! – Abg. Stichelberger SPD: Das machen wir morgen ausführlich!)

Wir haben durch Schily II das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten verwischt.

(Abg. Wieser CDU: Wenn sie die Leute abhören würden, würde die Bundesregierung ihre Politik ändern! Die Leute sind so arm geworden!)

Rot-Grün stimmt außerdem der Weitergabe einer Vielzahl von personenbezogenen Passagierdaten an die USA zu, ohne dass der Flugpassagier davon etwas mitbekommt. Meine Damen und Herren, ein Berufungsgericht in Minnesota hat eine Einschätzung der Vorinstanz bestätigt, nach der die Existenz eines Verschlüsselungsprogramms auf einem Computer

(Abg. Capezzuto SPD: So ein Geschwätz!)

eines Angeklagten als ein Indiz für eine kriminelle Absicht gedeutet werden kann. Schlussendlich hat ein Staatssekretär im hessischen Innenministerium sich öffentlich darüber aufgeregt, dass das Bundeswirtschaftsministerium die Entwicklung einer Anonymisierungssoftware staatlich fördert. Ich meine, so weit darf es in Deutschland nicht kommen, dass allein schon die Existenz eines Anonymisierungsprogramms auf einem privaten Rechner dazu führt, dass der private Bürger, der das macht, kriminalisiert wird.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das war aber kein Rot-Grüner!)

Die FDP steht für den Schutz der Privatsphäre. Es gilt, dass wir unsere politischen Kräfte bündeln, um zu erreichen, dass auch in Zukunft die Privatsphäre geschützt wird, dass die persönlichen, die sensiblen Daten der einzelnen Menschen eben nicht einem unbegrenzten, ungehemmten und vor allem missbräuchlichen Zugriff von Behörden, aber auch von Privaten unterworfen sind. Das ist das entscheidende Anliegen des Datenschutzes, und dieses Anliegen ist aktueller denn je.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! 25 Jahre Datenschutz in Baden-Württemberg. Ich darf vorweg den Dank unserer Fraktion an den Landesdatenschutzbeauftragten richten, dass er diesen hundertseitigen Bericht wieder mit seinen Mitarbeitern erarbeitet hat, dass er uns zwar nicht die großen Skandale geliefert hat,

(Abg. Stichelberger SPD: Sind Sie enttäuscht?)

aber doch auf hundert Seiten dargetan hat, dass auch im Land Baden-Württemberg im öffentlichen Bereich immer wieder Verstöße gegen den Datenschutz geschehen. Insofern ist diese Arbeit für uns sehr wertvoll und sehr wichtig, weil wir diese Arbeit als Kontrollmechanismus für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung im Land brauchen.

Ich schicke den Dank deswegen vorweg, weil 25 Jahre Datenschutz bedeutet, dass vor 25 Jahren diese Institution im Land gegründet worden ist. Ich darf einmal ein paar Zahlen, die auch schon in der Presse veröffentlicht waren, nennen, um Ihnen darzutun –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie vorher eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, bitte.

Abg. Wieser CDU: Herr Kollege Oelmayer, Sie haben wiederholt diesen hundertseitigen Bericht erwähnt.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein, nicht wiederholt.

Abg. Wieser CDU: Halten Sie das für einen Qualitätsmaßstab?

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich könnte mir vorstellen, dass ein kürzerer, prägnanterer Bericht vielleicht mehr für den Datenschutz in diesem Land täte.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Welcher Roman hat schon weniger als hundert Seiten?)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Kollege Wieser, ich habe das gar nicht in Bezug auf die Frage der Qualität erwähnt.

(Oelmayer)

(Abg. Wieser CDU: Drei-, viermal haben Sie das als positiv erwähnt!)

Ich habe einfach den Kollegen Lasotta und den Kollegen Theurer damit ansprechen wollen, weil die so getan haben, als gäbe es gar keine Probleme. Natürlich gibt es Probleme, denn wir haben hier hundert Seiten Dokumentation.

(Abg. Wieser CDU: Ja, das sagen Sie immer!)

Wäre das Amt so ausgestattet, wie wir uns das vorstellen, dann wären das vielleicht nicht 100, sondern 200 Seiten,

(Abg. Wieser CDU: Also ist die Länge doch ein Qualitätskriterium! Dann war die Frage doch berechtigt!)

und dann hätte natürlich auch der Datenschutz andere Möglichkeiten, sowohl prophylaktisch als auch bei der Überprüfung tätig zu sein, lieber Kollege Wieser.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber lassen Sie mich zu den wenigen Zahlen kommen, denn die fünf Minuten sind ja wirklich rucki, zucki um.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die sind schon fast um!)

Das sind wirklich interessante Zahlen. Noch Anfang der Neunzigerjahre – gar nicht vor 25 Jahren – wurden zwischen den Landesministerien, Herr Innenminister, 5 000 E-Mails – man höre und staune! – im Monat ausgetauscht, und jetzt sind es monatlich eine halbe Million.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Die Überprüfung dieses Datenaustausches, der da stattfindet, wird von ein und demselben Amt wahrgenommen, im Prinzip immer noch mit der gleichen Personalausstattung und im Prinzip immer noch mit dem gleichen Potenzial. Insofern war der Dank ganz ehrlich gemeint, weil dort die Arbeitsbelastung ja um ein Vielfaches gestiegen ist und auch die Verantwortung, die dafür von dem Landesdatenschutzbeauftragten zu tragen ist.

Ein weiterer Punkt wird, glaube ich, klar, wenn man einmal die Dateien ansieht, die in der Vergangenheit aufgebaut worden sind. Ich erwähne die DNA-Analyse. Der Kollege Lasotta will gar keine inhaltliche Debatte über diese Frage führen. Ich nenne weiter Videoüberwachung, Krebsregister und Schülerindividualdatei. Wenn man da ein bisschen hineingeht – das will ich in meinem Beitrag auch noch tun –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Kollege Schneider hat sich vorhin bei der Frage der direkten Demokratie durchaus sehr echauffiert. Insofern hat er natürlich sicherlich auch angeregt, Kollege Scheuermann, dass das Schützenfest in Biberach künftig videoüberwacht werden soll.

(Zurufe)

– Es kann ja sein. Es war nur eine Vermutung, Kollege Schneider.

(Abg. Capezzuto SPD: Das wird wahrscheinlich nötig sein! Da wird es zugehen!)

Jedenfalls war das angedacht. Gott sei Dank wurde dies vom Datenschutzbeauftragten, aber auch vom Verwaltungsgericht als nicht zulässig erachtet, weil die Videoüberwachung, so wie sie im Polizeigesetz steht, auf gar keinen Fall eine solche Maßnahme rechtfertigt, nicht in Biberach, nicht in Ravensburg und auch sonst nirgendwo im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dass genau diese geplante Maßnahme im Datenschutzbericht aufgeführt ist, ist auch dem Datenschutzbeauftragten zu verdanken, Kollege Wieser. Sie haben es wahrscheinlich nicht gelesen, weil Sie nicht sehr interessiert, was in Biberach passiert. Das mag ja sein.

(Abg. Wieser CDU: Nein!)

Das ist, glaube ich, ein gutes Beispiel.

Ein weiteres Beispiel, das ich noch nennen möchte – Kollege Scheuermann, hören Sie einmal gut zu, wie es lautet; das ist nämlich ein Unwort –: die multifunktionale Schülerindividualkartei des Kultusministeriums.

(Abg. Wieser CDU: Unerhört, so etwas!)

– Wirklich unerhört.

Da stellt sich der Kollege Theurer hier hin und spricht davon, dass der Datenaustausch im Rahmen bleiben soll. Ja, wo regieren Sie denn? Sie regieren in Baden-Württemberg, und der Datenaustausch gerade in unserem Land nimmt jetzt selbst bei Schülerinnen und Schülern Ausmaße an, bei denen wir der Auffassung sind, dass diese längst die Grenzen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung überschritten haben. Insofern täten Sie gut daran, vor Ihrer eigenen Haustüre zu kehren.

Ich kann abschließend noch einmal sagen: Wir sind froh darüber, dass es diese Institution für den Datenschutz in Baden-Württemberg gibt. Wir sind nicht der Auffassung, dass es sich beim Datenschutz um Täterschutz handelt, sondern – da hat der Kollege Theurer Recht – dass es sich um Opferschutz handelt. Wir sind sehr wohl der Auffassung, dass der Datenschutz in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen wird, weil insbesondere Sie und auch Sie, Kollege Wieser, so wie Sie sich gerade geäußert haben, weiterhin an der Zunahme des Datenaustausches interessiert sind.

Insofern sind wir der Auffassung – Herr Präsident, ich komme zum Schluss –, dass wir den Datenschutz im Land künftig mehr stärken müssen und bei den nächsten Haushaltsplanberatungen auch berücksichtigen müssen und dass wir es endlich schaffen müssen – eine alte Forderung von uns, Kollege Schneider und Kollege Scheuermann; ich sage das, bevor Sie sich in Individualismen begeben –, dass der öffentliche und der nichtöffentliche Bereich zur Stärkung der Effizienz des Datenschutzes im Land zusammengeführt werden.

In diesem Sinne herzlichen Dank an den Datenschutzbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir

(Oelmayer)

werden ja sehen, ob wir Sie beim Datenschutz und seiner Stärkung in Zukunft beim Wort nehmen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Rech.

Innenminister Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Jetzt haben wir so viel vom Biberacher Schützenfest gehört, Herr Landrat, aber gesehen haben wir noch nichts davon,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Er lädt uns ja nicht ein!)

weil die Videofilme nicht zur Verfügung stehen. Jetzt müssen Sie uns einmal einladen, damit wir uns selber ein Bild davon verschaffen, wie es da zugeht.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Capezzuto SPD: Jawohl! – Abg. Schneider CDU unterhält sich mit Abg. Boris Palmer GRÜNE. – Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Schneider, der Innenminister spricht über Biberach!)

– Der Herr Kollege Schneider bahnt gerade die schwarzgrüne Koalition an. Deswegen hat er nicht zugehört. Ich sage es ihm nachher noch einmal.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an erster Stelle auch im Namen der Landesregierung sehr ernsthaft dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Zimmermann, und natürlich auch dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre wirklich hervorragende und sehr engagierte Arbeit danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Diese hervorragende Arbeit findet auch ihren Niederschlag in dem vorliegenden 25. Tätigkeitsbericht, und zwar sehr eindrucksvoll, wie ich meine. Der Datenschutz in Baden-Württemberg befindet sich auf einem guten Weg. Ich glaube, dies dürfen wir feststellen. Das ist ganz wesentlich das Verdienst von Herrn Zimmermann und auch von dessen beiden Amtsvorgängern, aber auch von den zahlreichen behördlichen Datenschutzbeauftragten und den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die den Datenschutz angenommen haben und ihn vor allem auch im Alltag umsetzen.

Ich glaube, guten Gewissens sagen zu können, dass der sensible Umgang mit persönlichen Daten von Bürgerinnen und Bürgern in der öffentlichen Verwaltung heute einen hohen Stellenwert hat. Die Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen. Ein Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre zeigt, wie ich meine, eine sehr positive Entwicklung des Datenschutzes in Baden-Württemberg. In den ersten Jahren gab es ja viele grundsätzliche und strittige Fragen zum Datenschutz. Das hat sich mittlerweile geändert. Über das Anliegen des Datenschutzes besteht heute weitestgehend Einigkeit.

Auch der Stil des Umgangs zwischen dem Landesbeauftragten und der Verwaltung hat sich geändert, und zwar in

positiver Hinsicht. Am Anfang war es ein oftmals sehr formaler Streit über die Anforderungen des Datenschutzes. Dieser Streit ist in den letzten Jahren in einen konstruktiven inhaltlichen Dialog übergegangen. Das kommt dem Datenschutz natürlich zugute, und deswegen kann ich die Entwicklung nur begrüßen.

Nach wie vor gibt es Verstöße in der Verwaltung, aber größere Probleme oder gar Datenschutzskandale haben wir auch im vergangenen Jahr vom Landesbeauftragten nicht attestiert bekommen. Die Anzahl der ausgesprochenen Beanstandungen bewegt sich auf einem historisch niedrigen Niveau, und dies ist ein Beleg dafür, dass das gemeinsame Bemühen des Landesbeauftragten und der Verwaltung Früchte trägt. Jetzt weiß ich natürlich aus dem Polizeibereich, dass es Delikte und Fallzahlen gibt, die man im Polizeijargon als Holkriminalität bezeichnet. Klar: Je höher die Fahndungsdichte, die Kontrolldichte ist, desto höher sind natürlich auch die Fallzahlen. Gleichwohl: Mit gleicher Personalstärke und gleicher oder gar noch höherer Intensität hat sich die Anzahl der Beanstandungen nicht erhöht, sondern bewegt sich – ich sage es noch einmal – auf einem historisch niedrigen Niveau.

Es ist hier angesprochen worden – und dies halte ich für einen sehr wesentlichen Punkt; deswegen möchte ich das unterstreichen –, dass die Beratungstätigkeit kontinuierlich intensiviert wurde. Von diesem Beratungsangebot machen die Behörden offensichtlich immer häufiger und auch – Ihr Anliegen, Herr Kollege Dr. Lasotta, unterstreiche ich – schon in einem sehr frühen Stadium Gebrauch. Dies begrüße und unterstütze ich ausdrücklich, da auf diese Weise natürlich wichtige datenschutzrechtliche Fragen schon im Vorfeld geklärt werden können. Die frühzeitige Einbindung des Landesbeauftragten gewinnt aktuell bei verschiedenen gesetzgeberischen Vorhaben der Landesregierung große Bedeutung.

Ich möchte die Krebsregistrierung in Baden-Württemberg erwähnen. Das ist ein sehr schwieriges Thema. Hier konnte dank der Fachkompetenz des Landesbeauftragten und seiner Mitarbeiter eine abgewogene und datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechende Lösung gefunden werden, obwohl die Positionen – das will ich nicht verschweigen – anfangs sehr weit auseinander lagen. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die dieses Ergebnis durch ihre engagierte Arbeit ermöglicht haben. Ich spreche hier auch für diejenigen, die auf neue Ergebnisse in der Krebsforschung hoffen, hoffen müssen, sowie für die Personen, die bei ihrer beruflichen Tätigkeit auf ein funktionierendes Krebsregister angewiesen sind. In diesem Fall hat sich einmal mehr gezeigt, dass das Erreichen einer schnellen Lösung unter Zurückstellung des Datenschutzes nicht das Ziel sein darf.

Ein anderes Beispiel wurde hier auch angesprochen: die landesweite Schülerindividualdatei. Auch hier ist es in intensiven Gesprächen und unter Beteiligung des Innenministeriums gelungen, zu einem akzeptablen Ergebnis zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte der Behauptung entgegenzutreten, dass das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zunehmend hinter dem allgemeinen Inte-

(Minister Rech)

resse an einer effizienteren und geschmeidigeren Aufgabenerledigung zurücktreten würde. Es darf nicht außer Betracht bleiben, dass angesichts einer schwierigen Finanz- und Haushaltssituation in der Bundesrepublik auch Aspekte wie Wirtschaftlichkeit und Effizienz der öffentlichen Verwaltung für die Allgemeinheit einen hohen Stellenwert haben. Dies führt dazu, dass die Bürger an der einen oder anderen Stelle ein Mehr an Kontrolle zur Vermeidung von Missbräuchen akzeptieren müssen. Es gilt aber stets – ich denke, auch insoweit besteht Einigkeit –, dass eine vernünftige Balance gehalten werden und ein Interessenausgleich stattfinden muss. Natürlich gibt es hier in Einzelfällen nach wie vor Meinungsunterschiede, wenn es um die Gewichtung dieses Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung geht.

(Zuruf von der SPD)

Das zeigt sich etwa im Sicherheitsbereich – auch dies ist angesprochen worden –, beispielsweise bei der Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Ich halte eine Videoüberwachung nach wie vor für eines von vielen Instrumenten, aber für ein sinnvolles Instrument zur Gewährleistung der inneren Sicherheit.

(Zuruf von den Grünen)

Dadurch ist es der Polizei möglich, ihre Einsätze gezielter zu steuern, Gefahren früher zu erkennen und zu einer rascheren Hilfe zu kommen.

Selbstverständlich muss der Einsatz der Videoüberwachung in jedem Einzelfall sorgfältig analysiert und bewertet werden. Aber dies wird durch das Innenministerium sichergestellt. Die Gefahr, dass die polizeiliche Videoüberwachung ausfunkt, sehe ich überhaupt nicht. Dies war in den vergangenen Jahren nirgendwo der Fall.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich sage nur „Schützenfest“! – Abg. Theurer FDP/DVP: Biberach!)

– „Schützenfest“ ist natürlich ein Argument, das ich jetzt nicht vertiefen möchte, weil Herr Kollege Schneider gerade nicht da ist. Aber wir werden es vielleicht einmal miteinander vor Ort selber erkunden.

Erlauben Sie mir noch einige wenige Anmerkungen zu der Forderung nach einer Zusammenlegung der Aufsicht für den Datenschutz im öffentlichen und im nichtöffentlichen Bereich, die auch jetzt in der Debatte erhoben wurde. Ebenso wie mein Vorgänger – das wird Sie nicht überraschen – befürworte auch ich eine solche Zusammenlegung nicht.

Die Gründe hierfür sind folgende: Zum einen handelt es sich hier um zwei weitgehend unterschiedliche Rechtsgebiete; das gilt sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht. Sowohl die jeweils anzuwendenden Rechtsvorschriften als auch die Datenverarbeitungsprozesse in der freien Wirtschaft einerseits und der Landes- und Kommunalverwaltung andererseits unterscheiden sich ganz erheblich voneinander, sodass hier eigentlich nur ein sehr geringes Potenzial für noch rationelleres Arbeiten erkennbar ist.

Es gibt auch verfassungsrechtliche Gründe, die gegen eine Zusammenlegung sprechen. Die im Innenministerium angesiedelte Datenschutzaufsicht für den nichtöffentlichen Bereich muss mitunter hoheitlich tätig werden. Das ist der Knackpunkt beispielsweise bei Firmenkontrollen vor Ort durch die Anordnung oder Verhängung von Bußgeldern. Eine Übertragung dieser Befugnisse auf den Landesbeauftragten würde wegen dessen gebotener Unabhängigkeit nicht unerhebliche Probleme aufwerfen.

Im praktischen Alltag ergeben sich aus der Zweigleisigkeit der Datenschutzaufsicht keine größeren Schwierigkeiten, im Gegenteil. Die Zusammenarbeit beider Stellen funktioniert in den wenigen Fällen, in denen beide Bereiche berührt sind, problemlos.

Im Übrigen – das will ich abschließend noch sagen – haben zahlreiche Bundesländer ebenso wie Baden-Württemberg eine geteilte Datenschutzaufsicht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber zahlreiche haben auch eine gemeinsame!)

Niedersachsen will diesen Weg nun ebenfalls gehen und die bislang beim Landesbeauftragten für den Datenschutz liegende Zuständigkeit für den nichtöffentlichen Bereich ab dem nächsten Jahr auf das Innenministerium übertragen. Man sieht also, auch in anderen Bundesländern wird erkannt, dass die besseren Gründe gegen eine Zusammenlegung sprechen.

Ich sehe aber diesen Punkt sehr undogmatisch; ich sage dies für meine Person. Das heißt, wir werden diese Diskussion – das ist vorhersehbar – auch noch in den nächsten Jahren miteinander führen. Vielleicht kommen wir irgendwann einmal zu besseren und höheren Einsichten und zu anderen Ergebnissen. Aber im Augenblick sehe ich das so, wie ich es gesagt habe.

Ich möchte zum Abschluss meinen Dank an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und sein Team wiederholen. Durch die kritische Begleitung der Verwaltung sorgen sie dafür, dass dem Datenschutz in Baden-Württemberg nach wie vor ein insgesamt sehr hohes Niveau bescheinigt werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, von dem Datenschutzbericht und der dazu vorgelegten Stellungnahme der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. Januar 2005 – Beratende Äußerung zur Vergabe von Gutachten durch die Ministerien – Drucksachen 13/3960, 13/4200, 13/4366

Berichterstatte(r): Abg. Heiderose Bertho

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 18. Januar 2005 zur Vergabe von Gutachten durch die Ministerien.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha!)

Bevor ich auf diese eingehe, möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung über die Notwendigkeit von Gutachten machen, um nicht missverstanden zu werden.

Die CDU-Fraktion hält den Einsatz externer Berater in der Landesverwaltung grundsätzlich für möglich und in vielen Fällen auch für sinnvoll.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber?)

Externe Berater können die Aufgabenwahrnehmung der Landesverwaltung wirksam unterstützen, insbesondere wenn Problemlösungen mit eigenem Personal nicht möglich sind, weil zum Beispiel das erforderliche Fachwissen fehlt oder das erforderliche Methoden- und Projektwissen nicht vorhanden ist und man sich dieses auch nicht in einem angemessenen Zeitrahmen aneignen kann.

Neue oder komplexe Fragestellungen bei gleichzeitig knapper werdenden personellen Ressourcen erfordern oftmals externe fachliche Expertisen und Untersuchungen. Trotzdem ist die Notwendigkeit der Beratung aus unserer Sicht in jedem Einzelfall erneut zu prüfen. Die Mitarbeiter in unserer Landesverwaltung verfügen über eine hohe Fachkompetenz. Zu den originären Aufgaben der Fachreferate gehören fachliche Expertisen und Untersuchungen. Deshalb ist jedes Mal zu untersuchen, ob und inwieweit eigene Mitarbeiter in der Landesverwaltung in der Lage sind, sich mit neuen Sachverhalten auseinander zu setzen bzw. sich ein entsprechendes Fachwissen in einem akzeptablen Zeitrahmen anzueignen.

Darüber hinaus müssen bei der Vergabe von Gutachten die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet und die Grundsätze der öffentlichen Vergabebestimmungen eingehalten werden.

Der Rechnungshof hat in der vorliegenden Beratenden Äußerung die Vergabe von Gutachten zwischen Anfang 2000 und April 2004 untersucht. In diesem Zeitraum wurden immerhin 336 Gutachten mit einem Auftragswert von 22 Millionen € vergeben. Wir reden hier also nicht über Marginalien oder Peanuts.

Nach den Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung sind öffentliche Aufträge grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben, also öffentlich auszuschreiben. Unterhalb bestimmter Wertgrenzen können nach der Beschaffungsordnung der Landesregierung Aufträge allerdings freihändig vergeben oder kann eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt werden. Aber sowohl bei der beschränkten Ausschreibung als auch bei der freihändigen Vergabe müssen Vergleichsangebote eingeholt werden. Dies dient auch der Verhinderung von Korruption.

Wenn nun der Rechnungshof in seiner Untersuchung feststellt, dass nur in 10 % der Fälle eine Ausschreibung durchgeführt wurde, in 90 % der Fälle die Aufträge aber freihändig vergeben wurden – und dies in der Regel ohne Vergleichsangebot –, dann können wir dies nicht akzeptieren. Entsprechen doch diese 90 % der Aufträge immerhin rund 72 % des Auftragsvolumens.

Die CDU-Fraktion hat deshalb im Finanzausschuss den Beschlussvorschlag unterstützt, Gutachtaufträge in Zukunft verstärkt im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen zu vergeben.

Wir sind außerdem der Meinung, dass angesichts der angespannten Haushaltslage die Ausgaben für Gutachten gekürzt werden können. Hierbei sind die globalen Minderausgaben heranzuziehen. Dies erhöht aus unserer Sicht den Druck auf die Ministerien, in Zukunft bei der Prüfung der Notwendigkeit von Gutachtenvergaben strengere Maßstäbe anzulegen und verstärkt die eigene Verwaltung einzusetzen.

Die Kürzungen müssen unserer Meinung nach in allen Ressorts erfolgen und nicht nur, wie von SPD und Grünen im Ausschuss beantragt, in den beiden Ressorts, die der Rechnungshof ganz konkret etwas detaillierter untersucht hat. Der Rechnungshof hat nämlich nur zwei Ressorts genauer untersucht. Der Antrag von SPD und Grünen würde unserer Meinung nach zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung der Ressorts führen, da in anderen Ressorts die Beratungsleistungen nur deshalb nicht gekürzt würden, weil sie nicht untersucht wurden. Das kann ja nicht das Ziel sein.

(Abg. Fischer SPD: Wenn das so ist, stimmt's!)

Des Weiteren fordern wir eine vollständige Dokumentation von Vergabeprozessen, Transparenz, Projektmanagement und Erfolgskontrolle. Die gesamte Beratungsleistung muss von den Ausgangsüberlegungen über die Zieldefinition bis zur Umsetzung der Beratungsergebnisse nachvollziehbar dokumentiert sein; denn Dokumentationen sind eine unverzichtbare Grundlage für eine Erfolgskontrolle. Leider waren aber die Dokumentationen bei der vorliegenden Untersuchung völlig unzureichend.

Eine begleitende Kontrolle und Steuerung des Beratungsprojekts unterstützt einen erfolgreichen Abschluss der Beratung, was natürlich in unserem Sinne ist.

Haushaltstransparenz ist nur gegeben, wenn die Ausgaben für Gutachten in allen Ministerien nach einer einheitlichen Haushaltssystematik verbucht werden. Auch hier wollen wir in Zukunft eine Änderung sehen.

(Veronika Netzhammer)

Die CDU-Fraktion geht davon aus und spricht die Erwartung aus, dass wir, wenn wir in einem Jahr den Bericht über die Umsetzung der beantragten Maßnahmen bei der Gutachtenvergabe beraten, wie es in dem Beschlussvorschlag steht, feststellen können, dass bei der Gutachtenvergabe durch die Landesverwaltung ab sofort die vom Rechnungshof aufgestellten und vom Finanzausschuss einstimmig beschlossenen Grundsätze eingehalten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion spricht dem Rechnungshof Dank und Anerkennung für die gute Arbeit bei der Erstellung der Beratenden Äußerung aus,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

nicht zuletzt deshalb, weil die Beratende Äußerung das bestätigt und erweitert, was die SPD schon in einem groß angelegten Antrag herausbekommen hat, nämlich dass die Landesregierung in zu hohem Ausmaß externe Gutachter einschaltet und dabei den Vorgaben, freien Wettbewerb zu garantieren, wenn Aufträge vergeben werden, nicht nachkommt. Wir, die SPD-Fraktion, fühlen uns mit unserer Kritik in vollem Umfang bestätigt, erkennen aber auch an, dass der Rechnungshof darüber hinaus noch weitere Kritikpunkte eruiert hat.

Wir fühlen uns in der Kritik bestätigt, dass ein Großteil der Auftragsvergaben ohne Wettbewerb durchgeführt worden ist. Der Rechnungshof hält für den Bereich, den er untersucht hat, fest, dass rund 90 % aller Gutachten freihändig vergeben worden seien. So wurde der Ausnahmefall der freihändigen Vergabe ohne jegliche Einholung eines Vergleichsangebots zur Regel. Das Regel-Ausnahme-Verhältnis ist auf den Kopf gestellt worden.

Wir fühlen uns zweitens in der Kritik bestätigt, dass die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit von externen Gutachten nicht untersucht wurden. Ich zitiere den Rechnungshof:

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ... wurden selten durchgeführt. Erfolgskontrollen fehlten generell.

Genau das kam auch bei der breiter angelegten Untersuchung, die in Beantwortung unseres Antrags erfolgt ist, zum Ausdruck. Häufig wurde bei der Umsetzung festgehalten, die Ergebnisse seien in die allgemeine politische Planung eingeflossen. Die Vorfrage, warum die eigene Landesverwaltung nicht über die notwendige Sachkompetenz verfügt, und die notwendige Folgefrage, was denn mit einem solchen Gutachten geschehen soll, fehlt häufig völlig.

Ich habe den Eindruck, dass Gutachten deshalb vergeben werden, weil eine politische Schau ohne Folgen abgezogen werden soll. Das beste Beispiel sind die Gutachten aus dem Wirtschaftsministerium zum Thema „Privatisierung von Landesbeteiligungen“. Da kann der Minister groß vor die

Presse treten und sein Credo nach mehr Privatisierung verkünden,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Halten Sie es für falsch, wenn man mehr privatisiert?)

kann Handlungsfähigkeit demonstrieren, indem er ein Gutachten vergibt. Das Gutachten erbringt dann nicht mehr als das, was man schon im Beteiligungsbericht des Finanzministeriums nachlesen kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Stimmt doch nicht!)

Handeln wird die Regierung schließlich erst recht nicht. Bei Anträgen zum Thema „Privatisierung von Anteilen an der LBBW“ und bei anderen Anträgen, die wir im Rahmen der Finanzausschussberatungen gestellt haben, hat die FDP/DVP immer treu mit der CDU gestimmt. Handlungsfähigkeit haben Sie da nicht bewiesen.

Drittens wurden wir durch den Rechnungshof in unserer Kritik bestätigt, dass den Dokumentationspflichten nahezu durchgängig zu wenig Beachtung geschenkt worden ist, obwohl die Vergabeordnung in den Vorschriften der VOL/A wörtlich festhält: „Es ist aktenkundig zu machen, weshalb von einer öffentlichen Ausschreibung abgesehen worden ist.“ Genau dies ist in zahlreichen Fällen – nicht nur bei denen, die vom Rechnungshof untersucht worden sind, sondern auch bei denen, die in unserer Anfrage aufgeführt worden sind – nicht beachtet worden.

Weitere Kritikpunkte sind dazugekommen. Die Vorschriften zur Korruptionsverhütung und -bekämpfung wurden nicht vollständig gewahrt. Die Praxis der Auftragsvergabe wurde ihnen nicht gerecht. So lautet das Urteil des Rechnungshofs.

Letzter Kritikpunkt, den der Rechnungshof aus meiner Sicht zu Recht und für den Finanzausschuss, aber auch für das Plenum als besonders wichtig herausgearbeitet hat: Die Praxis der Mittelveranschlagung für die Vergabe von Gutachten entspricht nicht den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit. Deshalb wurde jetzt zu Recht angemahnt, die Veranschlagung in Zukunft zweckorientierter und klarer zu handhaben.

Damit ist für uns klar: Die Konsequenzen müssen sein – da bleibt die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses leider etwas hinter unseren Vorstellungen zurück, auch wenn wir sie im Ergebnis mittragen –: Die Gutachtenvergabe muss restriktiver gehandhabt werden, und bevor Gutachten extern vergeben werden, muss die Notwendigkeit dazu strenger überprüft werden. Eigentlich wäre es richtig gewesen, die Ansätze generell um 20 bis 30 % zu kürzen, wie es der Rechnungshof gefordert hat.

Der Wettbewerb muss bei der Vergabe von Gutachten Einzug halten; er muss wieder zur Regel werden. Außerdem muss die Dokumentation stringent gehandhabt werden.

Die Empfehlungen, die wir nun gemeinsam verabschieden, sind nicht zuletzt aufgrund des Drucks der SPD zustande gekommen, leider nicht so sehr aufgrund des Drucks der CDU. Sie gehen nicht weit genug, werden von uns aber als

(Schmid)

erster Schritt mitgetragen. Deshalb werden wir den Empfehlungen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vergabe von Gutachten durch die Ministerien ist in der Tat ein breites Feld. Die Gutachtenliste 2002 bis 2004 – Herr Wieser ist jetzt leider nicht da – toppt den Bericht des Rechnungshofs bei weitem: Sie hat 340 Seiten. Das heißt, de facto beschäftigt das Land weit mehr Personal, als im Haushalt dargestellt ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Es ist ein Verdienst der SPD-Fraktion – das soll gar nicht bestritten werden –, dass dieses Thema aufgegriffen wurde.

Auch unser besonderer Dank gilt dem Rechnungshof, der uns nun Grundlagen dafür geliefert hat, dass wir uns mit der Thematik sehr sachkundig befassen können.

Übrigens hat sich auch der Bundesrechnungshof auf Bundesebene mit genau demselben Thema befasst. Es handelt sich also bei weitem nicht nur um ein baden-württembergisches Thema. Interessant war schon, dass die SPD am Montagabend in einer Sendung von SWR 3 – Wo steckt Herr Schmid? Er hat den Raum verlassen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Fluchtartig! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Er kommt aber sofort wieder!)

Die SPD hat im Bund Handlungsfähigkeit bewiesen. Sie hat nämlich einfach beschlossen, keine Konsequenzen aus dem Rechnungshofbericht zu ziehen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist typisch!)

Wir haben es anders gemacht. Das möchte ich hier einmal deutlich darstellen. Denn wir haben im Gegensatz dazu die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung im Finanzausschuss verabschiedet. In ihr steht klar drin, dass die Landesregierung ersucht werden soll, die Vorschläge und Empfehlungen des Rechnungshofs zeitnah umzusetzen.

Jetzt habe ich natürlich genauso wenig wie die Kollegin Netzhammer etwas gegen externe freie Berater. Wie sollte ich denn auch? Gehöre ich doch selbst zu diesem Berufsstand. Ich meine bloß: Man kann sich entweder eine kompetente reichhaltige Verwaltung leisten, oder man kann viele Gutachten vergeben. Beides miteinander ist schlicht zu viel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Es ist schon aufgefallen, dass als Begründung dafür, warum man Gutachten vergeben hat, sehr oft – ich glaube, in 95 % der Fälle – mangelnde Fachkenntnis oder zu wenig Personal

angegeben wurde. Das ist die typische Auskunft, die man gibt, wenn einem nichts anderes einfällt. Ich meine, künftig müssen bessere Begründungen vorliegen, wenn man externe Gutachten einholen will.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Deswegen lautet die zweite Forderung, dass zukünftig weit strengere Maßstäbe angelegt werden und dass man vorrangig den, wie ich meine, in unserer Landesverwaltung durchaus vorhandenen hervorragenden eigenen Sachverstand nutzt. Meine Damen und Herren in der Verwaltung und vielleicht auch in der Regierung, haben Sie Mut und Vertrauen zur eigenen Entscheidung und zur Verantwortung. Bei dem Geld, das wir da einsparen könnten – Frau Netzhammer hat es angesprochen: 22 Millionen € –, wäre sogar der eine oder andere Schadenersatzbetrag mit drin, wenn man denn einmal etwas danebenläge. Das wäre die weit günstigere Lösung.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Na ja, bei FlowTex hat man das ja gesehen! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt ist er wieder da!)

– Das ist ein ganz anderes Thema. Das erarbeiten Sie ja. Aber Sie haben das vorher nicht gehört, Herr Kollege Schmid: Geben Sie bitte all diese guten Ratschläge einmal an Ihre Bundestagsfraktion weiter, weil diese den analogen Rechnungshofbericht im Bund nicht berücksichtigt.

(Abg. Schmid SPD: Ich habe das schon dem Herrn Poß gesagt!)

Zum Thema „Vergabe im Wettbewerb“: Herr Schmid hat einen Anteil von 10 % genannt. Das ist die eine Seite, nämlich die Menge der Gutachten. Man muss aber auch sehen, dass über 30 % des Auftragsvolumens im Wettbewerb vergeben wurden. Das heißt, bei den großen Gutachten ist durchaus auch EU-weit ausgeschrieben worden. Aber dieser Anteil sollte höher sein. Deswegen haben wir ja auch die entsprechende Beschlussempfehlung gefasst.

Genauso wichtig ist die Forderung in Buchstabe c des Abschnitts II Ziffer 1 der Beschlussempfehlung, klare Zuständigkeitsregelungen einzuführen. Das dient nicht nur der Korruptionsverhütung und -bekämpfung, sondern das dient auch dazu, dass man eine einfachere Linie und eine klare, übersichtliche Linie hat, damit man effizienter mit dem Geld umgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn dann einmal Sachverstand fehlt, dann muss man auch nicht gleich nach außen gehen, sondern man könnte sich einmal in der Landesregierung bei anderen Ministerien umschauen und sich da durchaus gegenseitig etwas zutrauen.

Ein letzter Punkt, der dem Finanzausschuss und insbesondere auch mir sehr wichtig ist, ist der Buchstabe g des Abschnitts II Ziffer 1 der Beschlussempfehlung, nach dem die Ausgaben für externe Dienstleistungen künftig ganz deutlich, klar und transparent in der Haushaltsrechnung dargestellt werden sollen,

(Heiderose Berroth)

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

damit der Landtag und der Finanzausschuss auch diesen Sachbereich künftig klar und eindeutig beurteilen können.

Wir wollen in einem Jahr einen Bericht hierüber. In diesem Bericht soll auch stehen, wie viel Vergleichsangebote jeweils eingeholt wurden.

Fazit für mich und auch deutliche Aussage der FDP/DVP gegenüber der von uns durchaus wohl geschätzten Landesverwaltung ist: Vergeben Sie künftig entweder weniger Gutachten, oder wir müssen eine drastische Personalreduzierung vornehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da traue ich mich ja fast nicht zu klatschen bei der Drohung! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Beifall bei der CDU war bescheiden! – Abg. Stichelberger SPD: Die Muskeln spielen lassen! Das war fast schon ein technischer K. o.!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Vergabe von Gutachten, Studien und sonstigen externen Dienstleistungen stellt der Rechnungshof dieser Landesregierung ein vernichtendes Urteil aus.

(Beifall bei den Grünen)

Die Beratende Äußerung kommt zu dem Fazit, dass die Ministerien von der guten schwäbischen Tugend der Sparsamkeit meilenweit entfernt sind. Die Zahlen sind genannt worden. Die Liste der Kritikpunkte ist lang, und ich möchte noch einmal einige Punkte herausgreifen, die schon angesprochen worden sind.

Erstes Thema: Sind diese Gutachten und externen Leistungen überhaupt alle notwendig? Wie es aussieht, gibt es viele Beispiele dafür, dass das nicht der Fall ist. Ein Beispiel hierfür ist eine Forstdirektion, die eine Verträglichkeitsstudie zur Bekämpfung von Waldmaikäfern für 40 000 € in Auftrag gibt. Diese Studie kommt zu dem beachtlichen Ergebnis, dass ein „Pflanzenschutzmitteleinsatz zu erheblichen Beeinträchtigungen von Arten führen würde“.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Das ist doch ein grünes Thema! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Für die CDU war das neu!)

Ich kann nur sagen: Wenn die Landesregierung uns danach gefragt hätte, dann hätten wir sehr viel schneller und billiger zu diesem Ergebnis kommen können. Bei der Prüfung der Notwendigkeit gibt es also die Note „ungenügend“.

Zweiter Punkt: Wirtschaftlichkeitsprüfungen wurden nicht durchgeführt. Das betrifft die Fragen: Wozu brauchen wir ein Gutachten? In welcher Dimension brauchen wir es? Wer hat das günstigste Angebot, und wie umfangreich muss

diese externe Leistung sein? Diese Fragen werden nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet. Auch hier: Note „ungenügend“.

Dritter Kritikpunkt: Erfolgskontrollen fehlen generell. Sie sind ja auch gar nicht möglich, denn ich kann ja keinen Erfolg kontrollieren, wenn ich zuvor nicht definiert habe, was für ein Ziel ich habe und welche Leistung am Ende herauskommen soll. Die Ministerien verfahren offenbar nach dem Motto „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bestelle ich einmal ein Gutachten“. Auch hier: Note „ungenügend“.

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich – es ist angesprochen worden – werden über 80 % der Aufträge freihändig vergeben. Sie werden ohne Vergleichsangebote und ohne Wettbewerb vergeben. Damit wird die Ausnahme zur Regel gemacht und die eigentliche Regel zur Ausnahme. Auch hier: Note „ungenügend“.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Was lernen wir daraus?)

An all diesen Kritikpunkten zeigt sich, wie leichtfertig diese Landesregierung auf der einen Seite mit vergaberechtlichen Vorschriften und auf der anderen Seite mit Steuergeldern umgeht. Das ist so nicht weiter tragbar. Deswegen ist es richtig, dass sich der Finanzausschuss auf die vorliegenden Empfehlungen geeinigt hat, die auch wir unterstützen. Aber in seiner Beratenden Äußerung hat der Rechnungshof auch festgestellt:

Obwohl das Parlament und der RH seit Jahren immer wieder die Einhaltung der vergaberechtlichen Vorschriften fordern, hat diese Untersuchung bei den Ministerien erneut gezeigt, dass die Vorschriften nicht hinreichend beachtet werden.

Genau aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir im Finanzausschuss weiter gehende Vorschläge gemacht, die auch wirtschaftliche Anreize setzen, die Vergaberegeln und das Gebot der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit tatsächlich einzuhalten. Ein Punkt war, dass wir gesagt haben: Dienststellen, in denen diese Beanstandungen vorkommen, müssen schwerpunktmäßig mit Mittelkürzungen rechnen. Als zweiten Punkt haben wir gefordert, dass Personalmittel und Mittel für externe Gutachten und Beratungsleistungen gegenseitig deckungsfähig gemacht werden sollen. Die Kollegin Berroth hat dies ja gerade ausgeführt, und Sie, Frau Berroth, müssten uns – so, wie Sie argumentiert haben – in diesem Punkt ja eigentlich zustimmen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist gefährlich, was Sie da vorschlagen!)

da ja externe Leistungen auch bei den Personalmitteln Auswirkungen haben müssen. Ansonsten gäbe es hier keinen Anreiz, zu sagen: „Wir erledigen das innerhalb unseres Ministeriums selbst.“

Dritter Punkt: In den meisten Fällen wird als Begründung für die Vergabe von Gutachten angegeben, dass in den Fachreferaten die Fachkenntnisse nicht ausreichen, um die anstehenden Fragen zu beantworten. Logische Konsequenz

(Edith Sitzmann)

daraus ist es doch, zu sagen: Wir müssen für eine gezielte Weiterbildung des Personals sorgen.

Ich kündige Ihnen an, dass wir sehr kritisch beobachten werden, wie die Empfehlungen, die nun beschlossen werden, umgesetzt werden, und dass wir, sollte sich zukünftig die Praxis nicht verbessern, all diese Vorschläge erneut ins Parlament einbringen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Hillebrand.

Staatssekretär Hillebrand: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie der Bundestag, Frau Kollegin Berthold, so hat sich auch der Landtag von Baden-Württemberg immer wieder mit der Gutachtenvergabe der Ministerien und der nachgeordneten Behörden beschäftigt. Seit eineinviertel Jahren befassen wir uns mit parlamentarischen Initiativen der SPD-Fraktion zu diesem Thema. Anfang dieses Jahres, genau am 18. Januar – Frau Kollegin Netzhammer hat es gesagt –, kam die Beratende Äußerung des Rechnungshofs hinzu.

Der Finanzausschuss hat am 7. April 2005 zu Recht festgehalten, dass die Landesbediensteten über hervorragenden eigenen Sachverstand verfügen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das ist für die Bürger dieses Landes objektiv – und subjektiv auch für die Bediensteten – ein schönes Ergebnis. Auch die generell erhobene Forderung nach weniger Gutachten ist letztlich ein Vertrauensbeweis für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Behörden.

Natürlich wird man auf fremden Sachverstand nie ganz verzichten können. Das hat die gesamte Diskussion heute erneut deutlich gemacht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie könnten schon ein bisschen mehr Elan entwickeln! Da schläft man ja ein!)

Wir können in der Landesverwaltung nicht jederzeit und zu jedem Thema das notwendige Wissen vorhalten. Das, liebe Kollegin Haußmann, würde vor allem auch dem Ziel widersprechen, Personal abzubauen. Einen völligen Verzicht auf Gutachten fordert, wenn ich das richtig gehört habe, dankenswerterweise weder der Rechnungshof noch einer der Sprecher hier im Landtag.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und Sprecherinnen! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Bei zusätzlichen Gutachten geht es auch nicht darum, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Verantwortung abzuschieben, ganz im Gegenteil. Gerade unter diesem Aspekt der Verantwortung kann es zwingend sein, vor wichtigen Entscheidungen externen Sachverstand einzuholen.

(Abg. Mack CDU: So ist es!)

Dies gilt jedenfalls dann, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn die eigenen Kenntnisse nicht ausreichen. Dann ist es

nicht nur vernünftig, sondern geradezu geboten, Ergänzungen zum eigenen Sachverstand einzuholen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig, Herr Kollege!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, auch in Folgendem sind wir uns einig: Es ist auch vernünftig – da stimme ich ausdrücklich allen Rednern hier zu –, Anzahl und Kosten der externen Gutachten so gering wie möglich zu halten, denn guter Rat ist bekanntlich teuer.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Deshalb hat die Landesregierung natürlich ein hohes Interesse daran, zuerst und zuvörderst den exzellenten Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen.

(Abg. Rückert CDU: Richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ausführliche Beratende Äußerung des Rechnungshofs war – ich sage das ausdrücklich – hilfreich für die Diskussion. Sie hat Anregungen gegeben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hat aber bei Ihnen nichts genutzt!)

– Jetzt warten Sie doch einmal ab, Frau Haußmann. – Der Finanzausschuss hat sich in gewohnt sachbezogener Weise – und dafür möchte ich auch an dieser Stelle danken – mit diesem Thema befasst. Heute stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zur Untersuchung des Rechnungshofs ab.

Die wesentlichen Punkte sind dabei: Es soll mehr Wettbewerb bei der Vergabe geben. Dies ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen auch die persönliche Überzeugung und der erklärte politische Wille unseres neuen Ministerpräsidenten Günther Oettinger.

(Abg. Schmid SPD: Gut, das ist ein Wort! Aber in der Regierungserklärung stand es nicht!)

– Ohne dass ich aus der Schule plaudern will: Über dieses Thema haben wir uns erst jüngst im Kabinett unterhalten.

(Abg. Schmid SPD: Na also! Die neuen Besen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in Zukunft noch mehr als bisher darauf achten, dass in diesem Bereich die bekannten Vergabespielregeln eingehalten werden:

Erstens: Freihändige Vergaben – da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Schmid – müssen in der Tat die Ausnahme bleiben.

Zweitens: Die Dokumentation des Verfahrens soll verbessert werden.

Drittens: Die Darstellung im Haushalt soll transparenter werden.

Und viertens: Es soll mehr Eigenerledigung statt Vergabe an Dritte geben.

(Staatssekretär Hillebrand)

Nach meinen bisherigen Ausführungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es Sie nicht wundern, wenn ich jetzt sage: Die Landesregierung trägt dies alles mit.

(Beifall der Abg. Rückert CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir werden die Beschlüsse selbstverständlich umfassend umsetzen und dem Landtag wie gewünscht in einem Jahr wieder berichten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung kommen, möchte ich darauf hinweisen, dass nach Rücksprache mit der Berichterstatterin, Frau Berroth, der Bericht in Drucksache 13/4200 dahin gehend zu ergänzen ist, dass der Finanzausschuss bereits in seiner 43. Sitzung beschlossen hat, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag Drucksache 13/2882 für erledigt zu erklären. Die im Bericht erwähnte Drucksache 13/3530 ist eine Berichtigung der Landesregierung zu dem Antrag Drucksache 13/2882. Die Berichtigung des Berichts können Sie der Drucksache 13/4366 entnehmen.

Ich lasse nunmehr über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer den Abschnitten I und II der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4200 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über Abschnitt III der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer dafür ist, entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses die beiden Anträge Drucksachen 13/2882 und 13/3291 für erledigt zu erklären, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Weiterentwicklung der Region Stuttgart – Drucksache 13/2526

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Die Stärke Baden-Württembergs: Die Regionen – Drucksache 13/2527

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Junginger, Sie erhalten das Wort.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die Stichworte „Region“ und „Region Stuttgart“ verfolgen dieses Parlament seit Jahren. Wir haben sowohl in der Regierungserklärung des

ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel 2001 als auch in der Regierungserklärung von Herrn Oettinger am 27. April 2005 den Begriff Region wiederholt gefunden, und in der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 2001 ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Regierungsfractionen miteinander einerseits die Möglichkeiten und Chancen der Region Stuttgart, des Verbands Region Stuttgart überprüfen und gegebenenfalls fortschreiben wollten und andererseits im ganzen Land auch die regionalen Strukturen gestärkt werden sollten.

Da das alles als Ergebnis bis zur Regionalwahl 2004 vorgesehen gewesen war, haben wir ein halbes Jahr vorher, im Oktober 2003, mit den vorliegenden Anträgen einmal abgefragt, was denn die Ergebnisse waren und was die Bemühungen ergeben haben. Die Antwort war verhältnismäßig dünn, denn es ist über ein Gesetz zur Regionalstruktur vom Jahr 2001 hinaus im Wesentlichen nur mitgeteilt worden, man prüfe, man habe Anhörungen durchgeführt und aus den Ergebnissen der Anhörungen erwarte man einerseits für die Region Stuttgart weitere Erkenntnisse und andererseits wolle man diese Prüfung obendrein auch auf die anderen Regionen des Landes erstrecken. Das bedeutet, dass wir seither – und das war im November 2003 – von diesem Thema, dem Ergebnis der Anhörung und neuen Initiativen nichts mehr gehört haben.

Wir haben jetzt diese beiden Anträge zum Thema erhoben, weil der Begriff Region und die Region Stuttgart wieder eine besondere Aktualität bekommen haben. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung 26-mal den Begriff Region verwendet hat, dass er angekündigt hat, alsbald in alle Regionen des Landes reisen zu wollen, und dass er alle Regionen dabei unterstützen wolle, sich so zu entwickeln, dass ihre Stärken dem Land zugute kämen.

Wenn es darum geht, zwischen Worten und Taten zu unterscheiden, ist auch zu bedenken, dass schon Herr Ministerpräsident Teufel in seiner Regierungserklärung 2001 gesagt hat, dieses Land lebe aus der Stärke und aus der Leistungsfähigkeit seiner Regionen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Abg. Junginger SPD: Wenn jemand auf den Hinterbänken meint, er müsse einen Beitrag leisten, mag er gefälligst eine Frage stellen. Wenn das nicht der Fall ist, möge er schweigen und zuhören.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Diese Erklärung, dass wir aus den Regionen heraus die Kraft beziehen, fand sich auch in unserem Verwaltungsreformmodell wieder, mit dem wir den Regionen die Bedeutung geben wollten, die ihnen in der Außenwahrnehmung tatsächlich auch gebührt. Leider hat dann die Verwaltungsstrukturreform mit dem Verschiebepark dazu geführt, dass die regionalen Belange eher geschwächt als gestärkt worden sind und dass die Bemühungen, die Regionen stärker und deutlicher wahrnehmbar zu machen, nicht fortgeführt worden sind.

(Junginger)

Das ist der Grund dafür, dass wir heute unsere beiden Anträge beraten: damit die Regierung heute sagt, welche Ergebnisse die Anhörungen gebracht haben und welche Schritte weiterhin vorgesehen sind. Ich werde nachher noch einmal für die Fraktion zu dem Stellung nehmen, was zu Metropolregionen, europäischen Regionen und Möglichkeiten, Baden-Württemberg über seine Regionen vorwärts zu bringen, zu sagen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind schon etwas davon überrascht, dass die SPD zwei Anträge vom November 2003 heute zum Anlass einer Debatte nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reichardt CDU: Recycling!)

Das ist schon kalter Kaffee, den Sie hier vorbringen.

(Abg. Fischer SPD: Das wissen Sie doch genau, Herr Kollege: nach der Reihenfolge! So ein Blödsinn!)

Sie versuchen, Argumente aufzuwärmen, die schon längst widerlegt sind.

(Abg. Junginger SPD: Wo sind die Ergebnisse der Anhörungen?)

Die Stärke Baden-Württembergs, meine Damen und Herren, ist vor allem aus den Regionen heraus, aus der Regionalentwicklung heraus zu erklären. Wir bekommen das laufend bestätigt, zuletzt im Zukunftsatlas der Bundesrepublik Deutschland, unlängst in der „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht: Region Stuttgart, Region Neckar-Alb, Region Rhein-Neckar, Südlicher Oberrhein, Mittlerer Oberrhein, Region Ostalb sind die Zukunftsregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Das zeigt uns, dass mit den dortigen Instrumentarien durch die Verbindung von Landes-, regionaler und kommunaler Politik im Bereich der Wirtschaftsförderung und im Bereich der Infrastrukturplanung Hervorragendes realisiert wurde. Insofern glaube ich auch, dass wir gut daran tun, Herr Kollege Junginger, nicht ein einheitliches Instrumentarium über alle Regionen zu bringen, sondern wirklich für jede Region maßgeschneiderte Lösungen zu finden. Was für die Region Stuttgart gut ist, muss nicht automatisch auch für die Region Ostalb gut sein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! Das ist es!)

Deshalb haben wir hier immer Wert darauf gelegt, dass dies möglichst dezentral aus den Regionen heraus entwickelt wird.

(Abg. Junginger SPD: Mit welchen Befugnissen?)

Sie haben von der Anhörung gesprochen. Diese Anhörung wurde durchgeführt. Meines Wissens liegt bis heute kein Wunsch auch nur einer einzigen Region vor,

(Abg. Junginger SPD: Wo ist der Bericht? Gibt es einen Bericht?)

eine der Region Stuttgart vergleichbare Struktur zu bekommen. Im Gegenteil, wir haben die Regionen bereits im Jahr 2001 weiterentwickelt, die Regionalverbände gestärkt. Regionale Entwicklungskonzepte können dort auf den Weg gebracht werden. Die Regionalverbände können sich auch an Projekten zur Umsetzung ihrer Planungen beteiligen.

Insofern denke ich auch, dass wir dem Rechnung getragen haben, was in den Regionen gewünscht wird. Ein Blick in den Landesentwicklungsplan müsste Ihnen eigentlich reichen, um zu sehen, dass auch dort regionale Entwicklungsplanung schon vorgenommen wurde und damit auch im Landesentwicklungsplan verankert ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Birk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Junginger?

Abg. Dr. Birk CDU: Gerne.

Abg. Junginger SPD: Herr Kollege Birk, sind Ihnen Anhörungsergebnisse – wodurch und in welcher Form auch immer – bekannt? Gibt es einen Bericht? Haben Sie Informationen aus dem Ministerium darüber bekommen, was die Anhörung, die dort angekündigt war und aus der die weiteren Schritte entwickelt werden sollten, ergeben hat?

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Junginger, im Gegensatz zu Ihnen haben wir uns darüber informiert, und ich bin mir sicher, dass der Herr Staatssekretär Ihnen im Lauf der Debatte gern noch weiter- und nachhelfen kann.

(Abg. Junginger SPD: Wir haben nichts vorliegen!
– Abg. Fischer SPD: Es ist aber demokratischer
Brauch, dass wir das kriegen!)

Wir beziehen uns ausdrücklich auf das, was auch seitens der Regionen an uns herangetragen wurde. Ich glaube, dass derzeit auch kein akuter Handlungsbedarf besteht, Strukturen innerhalb dieser Regionen zu verändern.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, und zwar der Frau Abg. Kipfer?

Abg. Dr. Birk CDU: Wenn es mir nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Stellv. Präsident Birzele: Es wird nicht angerechnet.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Kollege Birk, Sie sagten eben, dass Sie dem Rechnung getragen hätten, was die Regionen für sich gewünscht hätten. Das haben Sie aber doch wohl nicht auf die Region Stuttgart bezogen. Denn dort haben Sie die Wünsche der Region – im Gegensatz zu dem, was die CDU in der Region Stuttgart selber gesagt und gefordert hat – nicht berücksichtigt.

Abg. Dr. Birk CDU: Frau Kollegin, das war jetzt zwar keine Frage,

(Abg. Fischer SPD: Sie hat vergessen, zu fragen:
„Stimmt das?“!)

(Dr. Birk)

aber ich stelle durchaus in Rechnung, dass der Forderungskatalog der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart nicht 1 : 1 umgesetzt wurde. Sie mögen aber bitte auch respektieren, dass der Verband Region Stuttgart in einigen wichtigen Fragen – zum Beispiel der Frage, ob Zweidrittelquorum oder einfache Mehrheit, zum Beispiel auch der Frage der Beteiligung und Mitträgerschaft an Landschaftsparks – weitergekommen ist und dass wir darüber hinaus auch beim Thema ÖPNV zumindest noch einer Verhandlungslösung zwischen dem Verband Region Stuttgart und den beteiligten Landkreisen im Bereich der Verbundstufe II mit einem qualifizierten Verhandlungsmandat entgegenzusehen.

Insofern glaube ich, dass wesentliche Forderungen erfüllt worden sind. Aber so ist das halt in der Politik: Mit Maximalforderungen wird man sich eben nicht durchsetzen können, sondern man wird immer auf Kompromisse angewiesen sein.

Lassen Sie mich nochmals auf Kollegen Junginger zurückkommen. Er hat ja hier letztendlich nochmals darzustellen versucht, was die SPD möchte, nämlich Regionalkreise. Die CDU-Fraktion ist zwar gegenüber einer inneren Verwaltungsreform aufgeschlossen und hat dies auch gezeigt, wir wollen jedoch keine Regionalkreise. Denn Regionalkreise bedeuten mehr Bürgerferne, Regionalkreise bedeuten Mammutbehörden. Ich glaube, wir fahren mit der Größe und der Struktur unserer Landkreise sehr gut, auch im Sinne einer dezentral ausgewogenen Entwicklung Baden-Württembergs. Insofern bin ich froh, dass wir keine Regionalkreise haben.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen stehen wir, was die Entwicklung unserer Regionen angeht, nicht so schlecht da. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, dem es gelungen ist, zwei Metropolregionen auf der europäischen Ebene zu verankern. Deshalb auch in diesem Zusammenhang herzlichen Dank an den Wirtschaftsminister und den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium dafür, dass es bei der Konferenz der Raumordnungsminister gelungen ist, sowohl die Region Stuttgart als auch jüngst die Region Rhein-Neckar länderübergreifend als Metropolregionen in Europa zu klassifizieren.

Dies eröffnet natürlich auch im Konzert der europäischen Regionen – und entscheidend ist ja weniger der Standortwettbewerb innerhalb Baden-Württembergs als vielmehr der Standortwettbewerb innerhalb Europas – neue Entwicklungsperspektiven, zum einen, was die Frage der Ausrichtung möglicher Förderprogramme angeht, aber natürlich auch in der verstärkten europäischen Zusammenarbeit zwischen vergleichbaren Regionen. Wir begrüßen dies.

Zum Verband Region Stuttgart möchte ich nochmals betonen, dass ohne diesen Verband einige auch für die Landesentwicklung wichtige Projekte so nicht zustande gekommen wären. Ich erinnere an die Landesmesse, ich erinnere an das Thema Stuttgart 21. Wir hoffen, dass diese Hängepartie überwunden werden kann und dass spätestens nach dem 18. September dafür grünes Licht gegeben werden kann. Ich erinnere aber auch an andere Großprojekte innerhalb der Region Stuttgart, zum Beispiel an die Schnellbahntrasse

Stuttgart–Ulm, an der sich der Verband Region Stuttgart im Interesse einer regionalen Entwicklung, die dem ganzen Land zugute kommt, gezielt beteiligt.

Lassen Sie mich in dieser ersten Runde zum Schluss kommen. Ich glaube – und die CDU-Fraktion denkt genauso –, dass die Regionen innerhalb Baden-Württembergs auch weiterhin eine wichtige Ebene sind.

Ministerpräsident Oettinger hat angekündigt, dass die Regionen noch mehr Möglichkeiten bekommen, ihre Stärken im Bereich der Wirtschaft und der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung sowie der regionalen Wirtschaft zu entwickeln. Genau diese Entwicklung wollen wir im Sinne von Clusterbildung oder Schwerpunktbildung für eine wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg.

Was wir zum Beispiel im Rhein-Neckar-Kreis, aber auch in einer Technologieregion wie Karlsruhe erreicht haben, ist weniger ein Verdienst des Landes im Hinblick auf eine Struktur, sondern ist vielmehr auf die kommunale Entwicklung vor Ort, auf die Bereitschaft und das Interesse daran zurückzuführen, freiwillig und gemeinsam zusammenzuarbeiten, um diese Regionen im Bereich der Infrastruktur und der Wirtschaftsentwicklung voranzubringen.

Abschließend ist zu sagen: Wir denken, dass die beiden Anträge der SPD-Fraktion erledigt sind

(Abg. Fischer SPD: Nein!)

und dass das Thema „Regionale Entwicklung“ weiterhin auf der Tagesordnung des Landes steht. Wir werden natürlich alles tun, um unsere Regionen in Baden-Württemberg auch weiterhin zu stärken, wie man zum Beispiel am Regionalmesseprogramm und an anderen Programmen erkennen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich will bezüglich der Tagesordnung für alle Mitglieder des Hauses, die nicht Mitglied im Präsidium sind, festhalten: Die Reihenfolge der Behandlung der Anträge wird nach den Drucksachennummern bestimmt. Leider haben wir einen großen Antragsüberhang, der ungefähr eineinhalb Jahre beträgt.

Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zusammenarbeit und Kooperationen in den Regionen tun Not. Wirtschaftlich starke Regionen mit einer Vernetzung von Forschung und Entwicklung, mit Technologietransfer, mit Großunternehmen, Zulieferern und Dienstleistern, mit harten und weichen Standortfaktoren sind notwendig, um im Wettbewerb national, aber auch auf EU-Ebene und international – Sie wissen das – bestehen zu können.

Nicht zuletzt – da kann ich Herrn Kollegen Birk nur zustimmen – weiß man ja über die Förderung der Metropolregionen, dass ein im Wettbewerb reges Europa natürlich die

(Hofer)

Stärken betonen muss, und das sind die Regionen. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig.

Wir unterscheiden uns nicht in der Frage nach dem Ob, sondern in der Frage, wie wir diese Regionen ausgestalten wollen. Sie stellen sich flächendeckend Regionalkreise vor. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen den Regionen mit ihren jeweiligen Besonderheiten einen entsprechenden Maßanzug anbieten. Das halten wir für zielführender.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Junginger SPD: Kleinteilige Lösungen!)

Ein ganz hervorragendes Beispiel und deshalb auch ein durchaus aktuelles Thema ist die Region Rhein-Neckar mit einer grenzüberschreitenden Lösung. Ihre Vorstellung wäre dort organisatorisch gar nicht umsetzbar. Dort hat man grenzüberschreitend zu Rheinland-Pfalz und Hessen eine Metropolregion ins Leben gerufen. Das erfolgte aber nicht von oben herab, sondern das ist durch regionale Anstrengungen von unten gewachsen.

Diese Region wird demnächst durch einen Staatsvertrag ins Leben gerufen. Das ist von der Wirtschaftskraft her die siebtgrößte Region in Deutschland mit übrigens 260 Kommunen und sieben Landkreisen, und diese kooperieren dort ganz hervorragend.

(Abg. Junginger SPD: Die gibt es schon 20 Jahre lang!)

Ich denke, anderenorts wird man, wenn es gefordert wird, etwas Ähnliches machen. Dies wird gerade auf der Oberrheinschiene, der Städtelandschaft am Oberrhein mit ihren Verflechtungen, erarbeitet. Man wird das auch im Bodenseebereich machen – dort auch über die Nationen hinaus, keineswegs nur auf einen Regionalkreis bezogen. Das stellt für die Regionen die Zukunft dar, wenn man sie vor allem im europäischen Kontext sieht.

Deshalb kann ich nur sagen: Dort wird außerordentlich viel getan. Herr Birk hat davon berichtet.

Nun ist übrigens eines ganz interessant – diese Forderung haben Sie einmal gestellt –: Schauen Sie einmal genau hin. Der Zuständigkeitskatalog für den Verband Region Rhein-Neckar, der den dortigen Raumordnungsverband ablöst, ist nahezu identisch mit dem Zuständigkeitskatalog für den Verband Region Stuttgart.

(Abg. Junginger SPD: Nein, nein, nein! Ganz und gar nicht!)

– Doch! – Dazu gehört die verbindliche Regionalplanung, dazu gehört die Standortmarketing als Trägerschaft, dazu gehört Tourismus, dazu gehören sogar die Landschaftsparks einschließlich gemeinsamer Erholungsstätten – wohlge-merkt als Trägerschaft.

Übrigens ist eines sehr interessant: Es gibt sogar eine kleine Weiterung gegenüber Stuttgart – ich habe es genau nachgelesen; das ist hochinteressant –: Dazu gehört auch die Koordinierung der integrierten Verkehrsplanung und des Verkehrsmanagements.

Dreimal dürfen Sie fragen, warum dies so ist. Das ist deshalb so, weil die Landräte der sieben Landkreise und die Oberbürgermeister all der dortigen großen Städte geborene Mitglieder des Verbands sind und dort das Gegeneinander, das wir leider im Moment in Stuttgart zu verzeichnen haben – ich bin von Anfang an Mitglied im Verband Region Stuttgart –, nicht notwendig ist. Deshalb kann man dort auch die integrierte Verkehrsplanung koordinierend übertragen.

Diese Regionen üben erfreulicherweise auch untereinander einen gewissen Wettbewerb aus. Ich selbst war bei der Gründung des Verbands Region Stuttgart einigermaßen mit beteiligt; wir haben damals gehört, es solle eine unmittelbare Volkswahl eingeführt werden. Das hat die politische Stärke der Region gebracht. Aber man muss aufpassen, dass aus dieser politischen Stärke nicht politischer Zwist entsteht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Da muss die Region Stuttgart im Wettbewerb außerordentlich aufpassen. Herr Birk hat gesagt, dass wir zwei Jahre lang Verhandlungen angeboten haben. Wenn sich die Landräte und die Region gegenwärtig wie die Kesselflicker streiten – ich will keine Schuldzuweisung vornehmen –, was den ÖPNV angeht, so ist das keine Kooperation, wie wir sie in der Region brauchen. Das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig! Deshalb muss das Land einmal durchgreifen! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich bin der Meinung, das wir die Region Stuttgart weiter stärken müssen. Ich finde, dass sie hervorragende Arbeit geleistet hat. Sie steht aber nun im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen und muss sich dort bewähren. Wenn man dort keine weiteren Kooperationsmöglichkeiten schafft und keine Kooperationen eingeht, könnte es sein, dass man einmal zum Auslaufmodell wird. Nichts währt ewig. Das möchte ich nicht. Deshalb hoffe ich, dass man sich einigt.

Ein letzter Punkt: Im Rhein-Neckar-Raum engagiert sich die Wirtschaft – das tut sie übrigens auch in Stuttgart –, über das Forum und über viele hervorragende Aktivitäten. Sie finanziert dort aber auch mit.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Sie stellt also nicht nur Forderungen, sondern betreibt auch Public Private Partnership. Auch das müssen wir in den anderen Regionen stärken.

Sie sehen, es tut sich sehr viel. Die Meinung, man sei hier am Schluss, ist überhaupt nicht richtig. Wie Herr Birk schon sagte: Baden-Württemberg ist hier vorne, und wir werden weiterhin vorne bleiben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren über zwei Themen, die zusammengehören, die man auch nicht gegeneinander ausspielen sollte: die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart und die Bedeutung der Regionen in Baden-Württemberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für viele Aufgaben sind heute die Landkreise zu klein: Pendlerströme und Gewerbe haben sich überall im Land regional entwickelt. Kollege Birk, deshalb sind die Landkreise nicht die optimale Größe. Die optimale Größe, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können, sind die Regionen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also sind wir uns einig!)

Kaum ein Landrat erledigt seine Verkehrs- und Abfallaufgaben heute noch ohne Zweckverband. Die wirtschaftliche Dynamik in Baden-Württemberg ist in den Regionen besonders gut, in denen die regionalen Akteure gemeinsame Schwerpunkte gebildet haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Haben wir doch!)

Die Technologieregion Karlsruhe zum Beispiel steht gut da im Vergleich zu den Regionen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Und den Landkreisen!)

die eine eifersüchtige Kirchturmspolitik in den Rathäusern betrieben haben, wie zum Beispiel bis vor kurzem Tübingen und Reutlingen, die dafür prompt im Technologieatlas der „Wirtschaftswoche“ mit der Note 5 abgestraft wurden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP zu Abg. Boris Palmer GRÜNE: Oi! Ja Boris, was ist los?)

Das zeigt also, dass regionale Kooperationen gut sind für die Menschen, deren Lebensraum in der Zwischenzeit die Region, also die regionale Ebene, geworden ist. Das sieht man gerade auch an der Region Stuttgart. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen das Konzept der Region Stuttgart nicht anderen Regionen überstülpen. Klar ist, dass es überall maßgeschneidert umgesetzt werden muss. Der Staatsvertrag für die Region Rhein-Neckar, der ab 1. Januar gilt, ist ein gutes Beispiel dafür, dass es auch anders funktioniert. Hauptsache ist aber doch, dass überhaupt etwas getan wird. Wir sagen nicht, dass das Modell der Region Stuttgart allen anderen Regionen übergestülpt werden solle. Vielmehr soll maßgeschneidert für alle Regionen etwas entwickelt werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Aber ich sehe nicht, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg die Bedeutung der Regionen in Baden-Württemberg stärken würde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Vor einem halben Jahr haben wir die Novelle des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart verabschiedet. Wir Grünen haben uns seinerzeit enthalten, weil

die Gesetzesnovelle weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Es waren genau zwei „Reförmle“ – Kollege Birk, das wissen Sie genau –: Es ging um die Trägerschaft der Landschaftsparks und den Wegfall des Zweidrittelquorums in der Regionalversammlung für regionalbedeutsame Projekte.

Sie haben es vorhin selber angesprochen: Gerade beim Thema „Öffentlicher Nahverkehr“ sehen wir, dass es sinnvoll wäre, eine Bündelung auf regionaler Ebene vorzunehmen, weil die Kompetenzstreitigkeiten oder Eifersüchteleien – oder, wie Sie, Kollege Hofer, gesagt haben: die Landräte streiten sich wie die Kesselflicker –

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nicht nur die Landräte! Die anderen auch!)

durch diese Gesetzesnovelle nicht beigelegt wurden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, das stimmt!)

Angesichts der nach wie vor existierenden Probleme in der Region Stuttgart und der brachliegenden wirtschaftlichen Chancen im Land ist es zumindest bedauerlich, dass die Landesregierung regionalfeindlich eingestellt war und anscheinend noch ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi!)

Erwin Teufel hat den Verband Region Stuttgart immer mit Argwohn betrachtet. Man hat ja hier immer vom Region-Blockierer Ministerpräsident Teufel gesprochen. Durch seine ablehnende Haltung und die Verwaltungsreform, mit der er die Position der Landkreise und der Landräte noch verstärkt hat, hat er die regionale Idee verhungern lassen. Das sahen auch einige bei der CDU und der FDP/DVP so. Die Kollegen Hofer und Birk – ich habe es vorhin noch einmal im Protokoll nachgelesen – haben bei der Verabschiedung des Gesetzes keinen glücklichen Eindruck gemacht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was? – Abg. Boris Palmer GRÜNE und Abg. Hofer FDP/DVP: Das steht da drin? – Heiterkeit)

– Das ist jetzt die Interpretation.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sind da Bilder drin? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Hofer und Birk unglücklich“! – Heiterkeit)

Ich darf Kollegen Birk zitieren:

Aber wir benötigen auf der anderen Seite eben auch das nötige Werkzeug und Rüstzeug, damit der Verband Region Stuttgart, dieser Ballungsraum Stuttgart, diese Region Stuttgart in unmittelbarem Wettbewerb zu München, zu Frankfurt, zu Zürich, zu Lyon, zu Mailand und zu anderen Regionen im nationalen und europäischen Vergleich wettbewerbsfähig bleibt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Können Sie das noch einmal wiederholen?)

(Brigitte Lösch)

Kollege Birk, jetzt, ein halbes Jahr später, sind Sie immer noch der zuständige CDU-Abgeordnete. Aber Ihr Werkzeugkoffer ist immer noch zu, obwohl der Ministerpräsident in der Zwischenzeit nicht mehr Teufel, sondern Oettinger heißt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Der hat einen noch viel größeren Koffer!)

– Ja dann soll er einmal seinen Werkzeugkoffer aufmachen und die Werkzeuge zur Stärkung der Region Stuttgart präsentieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Kein Mensch lässt den Werkzeugkoffer herumstehen! – Abg. Walter GRÜNE: Vielleicht ist er geklaut worden! Man hat ihn vielleicht nach Liechtenstein gebracht!)

Als Herr Oettinger noch nicht Ministerpräsident war, gab er sich stets als Freund der Region Stuttgart aus, der der Position seines Freundes, des Regionaldirektors Steinacher, sehr nahe stand. Davon ist anscheinend nicht viel übrig geblieben. Bei der neuen Landesregierung ist kein Vorhaben zur Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart in Planung. Das ist vielleicht nicht überraschend,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

weil zurzeit bei der Landesregierung eh nicht viel Neues in Planung ist. Aber dass die Region Stuttgart in der Regierungserklärung, die immerhin 2 Stunden und 20 Minuten gedauert hat und in der – der Kollege Junginger hat es vorhin gesagt – 20-mal das Wort „Region“ aufgetaucht ist

(Abg. Junginger SPD: 26-mal!)

– 26-mal –, mit keinem Wort Erwähnung gefunden hat, hat wirklich gezeigt, dass auch unter Ministerpräsident Oettinger nicht viel Neues zu erwarten ist.

Wir Grünen wollen nach wie vor mehr Kompetenzen

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– ich komme zum Schluss – für die Region Stuttgart und eine Stärkung der Regionen im Land Baden-Württemberg überhaupt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ihr wollt mehr Kompetenzen!)

Wir erwarten, dass Ministerpräsident Oettinger zu seinen eigenen Ideen Stellung bezieht und den Verband Region Stuttgart entsprechend weiterentwickelt, wie er es im Vorfeld immer verkündet hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Hofer FDP/DVP: Eigentlich sind wir uns einig!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute zwei Anträge und die entsprechenden Stellungnahmen der Lan-

desregierung zu sich ergänzenden Themen: „Weiterentwicklung der Region Stuttgart“ und „Stärkung der Regionen des Landes insgesamt“.

(Unruhe)

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass der Landtag am 10. November 2004 das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart beschlossen hat. Im Vorfeld der Einbringung des Gesetzentwurfs hat das Wirtschaftsministerium – so wie es auch in der betreffenden Stellungnahme steht – eine Anhörung durchgeführt. Das Ergebnis dieser Anhörung war, dass das Spektrum der Meinungen sehr, sehr weit auseinander gegangen ist. Es reichte von Zustimmung durch Wirtschaftsverbände und auch Umweltverbände bis zur umfassenden Ablehnung durch die kommunalen Landesverbände.

Auch bei dieser Anhörung – das ist schon erwähnt worden – hat eben kein anderer Regionalverband erkennen lassen, dass er das Stuttgarter Modell übernehmen möchte.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Vielmehr wollen die anderen Regionalverbände ihre eigenen Wege gehen.

Daher haben wir auch keinen Bericht erstellt. Vielmehr hat die Landesregierung auch mit Blick auf den Zeitdruck, der aufgrund der bevorstehenden Regionalwahlen vorhanden war, die Initiative ergriffen und den Gesetzentwurf vorgelegt, der schließlich vom Landtag beschlossen worden ist. Die beiden Punkte sind: die Trägerschaft für Landschaftsparks und der Wegfall des Zweidrittelquorums.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist doch wenig!)

Nach meiner Meinung geht es jetzt darum, dies weiterzuentwickeln. Es gibt ja Überlegungen, die ÖPNV-Kompetenzen im Zusammenspiel zwischen dem Verband und den Landkreisen über ein qualifiziertes Verhandlungsmandat des VRS voranzubringen. Daher bedarf es hierfür nach Auffassung der Landesregierung derzeit keiner gesetzlichen Regelung.

Meine Damen und Herren, zum zweiten Thema: „Die Stärke Baden-Württembergs: Die Regionen“. Die Regionen sind die Stärke des Landes. Das galt bisher, und das gilt weiterhin.

Ich werde Ihnen ganz kurz die vielen Maßnahmen vorstellen, die zur Stärkung der Regionen von der Landesregierung ergriffen worden sind. Ich darf darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident zu dieser Zeit Teufel hieß. Er hat schon dadurch, dass die Landesregierung diese Gesetze auf den Weg gebracht hat, deutlich gemacht, dass er für die Region steht und sich der Bedeutung der Regionen für die wirtschaftliche Stärke des gesamten Landes durchaus bewusst war. Dass Ministerpräsident Oettinger wiederum in seiner Regierungserklärung neben der 26-maligen Erwähnung der Regionen – ich werde noch darauf kommen – die Region Stuttgart nicht noch extra zu erwähnen brauchte, geht darauf zurück, dass er hier verwurzelt ist und sich diesem Thema sicherlich besonders verpflichtet fühlt.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Ich darf noch einmal daran erinnern, was getan worden ist:

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Das Gesetz über die Weiterentwicklung der Regionen vom März 2001 hatte den Regionalverbänden weitere Kompetenzen zugestanden, zum Beispiel die Beteiligung an Wirtschaftsförderungsgesellschaften.

Zweitens: Die Stärkung der regionalen Eigenkräfte war eines der Schwerpunktthemen des Landesentwicklungsplans 2002 – hier vom Landtag beschlossen. Da geht es insbesondere darum, die regionale Zusammenarbeit der Akteure zu stärken, auch über Regions- und Landesgrenzen hinweg – einer der Sätze des Landesentwicklungsplans 2002.

Drittens zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom Mai 2003: Mit dieser Novellierung des Gesetzes sind weitere Schritte zur Verfahrensvereinfachung, zur Beschleunigung und damit auch zur Kostenreduzierung sowie auch zu größerer Bürgernähe auf den Weg gebracht worden.

Viertens: Die Landesregierung – ich möchte das ausdrücklich betonen – respektiert und begrüßt regionale Initiativen, sei es die Technologieregion Karlsruhe, seien es andere Regionen, die in Kooperation mit benachbarten Bundesländern oder anderen Regionen spezifische Schwerpunkte setzen. Ich sage ausdrücklich, dass die Landesregierung diese regionalen Initiativen aktiv unterstützt, und möchte auf zwei Beispiele zu sprechen kommen, die auch hier in der Debatte schon eine Rolle gespielt haben.

So erhält der Rhein-Neckar-Raum durch einen neuen Staatsvertrag mit Rheinland-Pfalz und Hessen eine neue Struktur der Regionalplanung und neue Kompetenzen. Herr Abg. Hofer ist schon darauf eingegangen. Für uns besonders wichtig ist eine einheitliche Regionalplanung. Diese einheitliche Regionalplanung soll die bisherigen Raumordnungspläne sowie zwei Regionalpläne ersetzen und auch eine Verwaltungsvereinfachung und eine Reduzierung von Gremien bewirken. Bisher gab es drei unterschiedliche Verbandsversammlungen. Diese werden durch eine einzige Verbandsversammlung ersetzt.

Ich möchte ausdrücklich auch aufnehmen, was Herr Abg. Hofer über die Atmosphäre bzw. die dortige Bereitschaft, zusammenzuarbeiten, gesagt hat. Sie ist in der Tat – das ist auch unser Eindruck – sehr groß. Es gibt dort eine große Aufbruchstimmung aller Beteiligten, sowohl der Kommunen als auch der Landräte und der Wirtschaft. Das hat auch dazu geführt, dass sich dieser Regionalverband, diese Region sehr stark weiterentwickelt.

Wie wird das weitergehen? Die Ministerräte der drei vertragschließenden Länder werden in den nächsten Wochen abschließend über den Staatsvertrag befinden. Die drei Ministerpräsidenten wollen den neuen Staatsvertrag am 27. Juli in Mannheim unterzeichnen. Dann wird er, entsprechend dem parlamentarischen Verfahren, dem Landtag vorgelegt, um dann in Landesrecht umgesetzt werden zu können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr schön!)

Der nächste Punkt – da bin ich wieder beim Rhein-Neckar-Raum; auch das ist schon angesprochen worden – ist die

Anerkennung als grenzüberschreitende Europäische Metropolregion durch die Ministerkonferenz für Raumordnung. Wir von der Landesregierung haben diese Anerkennung mit Nachdruck unterstützt, weil wir neben den rein planerischen Dingen auch davon überzeugt sind – das sieht und spürt man auch schon –, dass die Region dadurch einen emotionalen Schub bekommt – auch im Wettbewerb mit den anderen Regionen – und sich eine ungeheure Dynamik in dieser Region in Gang setzt.

Wir haben noch ein Weiteres erreicht, nämlich eine Öffnungsklausel für das Metropolkonzept. Ich möchte hier ausdrücklich betonen: Wir haben diese Öffnungsklausel in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und mit mehreren Ländern durchsetzen können. Sie gibt die große Chance, auch im Oberrheinraum die Qualität eines Europäischen Metropolraums zu bekommen.

Herr Minister Pfister hat daher nach der Entscheidung die regional Verantwortlichen angeschrieben und sie gebeten und dafür geworben, mit dieser Gestaltung einer grenzüberschreitenden Europäischen Metropolregion zu beginnen. Er hat insbesondere die Regierungspräsidenten von Freiburg und Karlsruhe angesprochen, weil diese Regierungsbezirke schwerpunktmäßig im Oberrheinraum liegen. Ich will auch für die Landesregierung ausdrücklich anbieten, dass wir bei dieser Aufgabe gesprächsbereit sind. Darauf hat auch Herr Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung ausdrücklich hingewiesen.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Regionen nicht allein lassen. Das gilt auch für die Regionalplanung in der Region Donau/Iller. Auch da tut sich etwas. Sie erinnern sich vielleicht noch an die kleine Novelle des Staatsvertrags zwischen Baden-Württemberg und Bayern, die der Landtag noch rechtzeitig vor der Verbandsversammlung beschlossen hat. Dabei ging es darum, die Zahl der Verbandsmitglieder fast zu halbieren. Das ist auch geschehen. Jetzt werden wir, das baden-württembergische und das bayerische Wirtschaftsministerium, noch vor der parlamentarischen Sommerpause gemeinsam an die große Novelle des Staatsvertrags herangehen. Denn dieser alte Staatsvertrag stammt aus dem Jahr 1973 und bedarf nun dringend der Anpassung an das Raumordnungsgesetz des Bundes und die Landesplanungsgesetze der beiden Länder. Das werden wir angehen.

Meine Damen und Herren, Fazit ist: Die Landesregierung weiß um die Bedeutung starker Regionen für unser Land. Sie ist bereit, zur Erreichung dieses Ziels in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Regionen – auf diesen Hinweis lege ich sehr viel Wert, denn das Konzept muss von unten nach oben entwickelt werden – weiter wie bisher und auch in Zukunft tätig zu sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: In der Aussprache, Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, ist wohl herausgekommen, dass meine Begründung vielleicht

(Junginger)

Anlass dafür gegeben hat, zu sagen, wir wären am Ende nicht alle in dem Ziel der Förderung der Regionen als wesentliche Lebensräume, die die Stärke des Landes darstellen, einig. Natürlich sind wir uns da einig!

Zweiter Punkt: Selbstverständlich besitzt dieser alte Antrag, der auch einen Beschlussteil beinhaltet, den wir teilweise zur Abstimmung stellen werden, Aktualität, weil das ja ein Prozess ist, der nicht etwa irgendwann, nämlich im November des Jahres 2004, sein Ende gefunden hätte. Es ist vielmehr ein ständiger Prozess der Fortentwicklung. Als Abgeordneter des Rhein-Neckar-Raumes, der mit all diesen Entwicklungen seit vielen, vielen Jahren zu tun hat, sage ich – gerade ist auch eine Mannheimer Besuchergruppe anwesend –: Auf die Zuordnung als Metropolregion sind wir alle, insbesondere wir in unserer Fraktion, außerordentlich stolz, weil dieser Raum im Spannungsfeld zwischen dem nur 60 Kilometer entfernten Frankfurt und dem nur 140 Kilometer weit weg liegenden Stuttgart nun endlich eine selbstständige europäische Definition entsprechend der Bedeutung bekommen hat, die er im Bereich der Verkehrswege, der Industrie und der Kultur ja längstens, und zwar seit Generationen, hat. Deswegen sind wir sehr froh, dass auch die europäische Wahrnehmung, die sich neben anderen Bereichen auch in der TGV-Anbindung über Mannheim nach Frankfurt noch einmal darstellen wird, erreicht werden konnte. Das war ein mühevoller Weg.

Gleichzeitig sind wir sehr froh, dass sich gerade heute die Information über den Entwurf eines Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet im Eingang befindet, der am 27. Juli 2005 von den Ministerpräsidenten der drei Bundesländer unterschrieben werden soll. Bereits heute befasst sich das rheinland-pfälzische Parlament mit diesem Staatsvertragsentwurf. Er gibt uns die Möglichkeit, in den Planungsstrukturen wesentliche Vereinfachungen herbeizuführen und erhöhte Kompetenzen zuzuordnen.

Ich bin jemand, der schon vor zehn Jahren gemeinsam mit anderen ein Papier zur europäischen Region Rhein-Neckar verfasst hat, weil wir aufgrund unserer Randlage an den Grenzen dreier Bundesländer nicht so wahrgenommen worden sind, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre. Mittlerweile ist das kein Problem mehr, aber die wichtige Aufgabe besteht darin, auch die weiteren Regionen des Landes Baden-Württemberg in diese Entwicklung mit hineinzunehmen. Die Frage der Entwicklung entlang des Rheingrabels und die Frage, wie auch diesem Wirtschafts- und Kulturraum die Bedeutung eingeräumt wird, die ihm zusteht, haben wir auch weiterhin auf jeden Fall im Auge zu behalten. Umgekehrt haben wir allerdings das Problem, dass in dem Gebiet, in dem mein Wahlkreis liegt, der hessische Raum eine Scharnierfunktion zwischen Frankfurt und dem Rhein-Neckar-Bereich wahrnimmt und dabei vor der schwierigen Aufgabe steht, gleichzeitig zwei Metropolregionen zugeordnet zu werden.

Ich darf der Region Stuttgart immerhin die erfreuliche Botschaft übermitteln, dass der Herr Ministerpräsident natürlich auch die Region Stuttgart in seiner Regierungserklärung erwähnt hat,

(Abg. Herrmann CDU: Sehr richtig! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schön!)

hat er doch gesagt:

Lieber Kollege Schmiedel, keine Sorge:

(Zuruf von der CDU: Er hat den Schmiedel erwähnt!)

Der Verband Region Stuttgart ist zeitgemäß, hat meine Partnerschaft und wird im Dialog mit mir auch in den nächsten Jahren bei der Aufgabenerfüllung zukunftsfähig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Herrmann CDU: Wo ist denn der Herr Schmiedel? – Abg. Dr. Birk CDU: Ist der Herr Schmiedel in Urlaub? – Abg. Herrmann CDU: Bei so einem wichtigen Thema!)

Dies lässt hoffen, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Es besteht schon heute die Gelegenheit, bei den Beschlussanträgen unter den Ziffern 1 bis 3 des Abschnitts II unseres Antrags Drucksache 13/2526, wo es um den öffentlichen Personennahverkehr und um die Erweiterung der Kompetenzen im Straßenbau geht, ein erstes Signal für die Region Stuttgart mit erweiterten Kompetenzen zu setzen. Denn wir sind mit Ihnen uneingeschränkt der Auffassung, dass es darum geht, die Region zukunftsfähig zu machen. Das bedeutet, der Prozess ist nicht abgeschlossen, er muss fortgeführt werden.

Ich sage auch voller Stolz, dass wir schon länderüberschreitende Kooperationen haben. Ulm und Neu-Ulm sind für mich ein Musterbeispiel, wie bis in die Alltagsabwicklungen hinein schon gemeinsame Strukturen geschaffen worden sind.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist ganz schwierig!)

So wünschen wir uns das beispielsweise zwischen Mannheim und Ludwigshafen – nur durch den Rhein getrennt – auch. Im Bereich des Bodensees haben wir Strukturen, die zukunftsfähig sind. An der Rheinschiene haben wir mit PAMINA Strukturen, die schon grenzüberschreitend gemeinsame Entwicklungen möglich gemacht haben. Dies müssen wir weiterführen.

Ich war beeindruckt, was sich in der Region Heilbronn im Bereich der Bildung schon an Privatinitiativen und aus Unternehmen heraus strukturiert hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Heilbronn ist stark!)

Deswegen sind auch wir uneingeschränkt dabei, das Land mit der Bedeutung, die wir den Regionen und deren Zukunftsfähigkeit beimessen, zu stärken.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schön, dass wir uns einig sind!)

Wenn ich angemerkt habe, dass es natürlich nicht in dieses Bild und zu diesen Worten passt, wenn regionale Sonderbehörden zerschlagen und wieder kleinräumig verteilt wer-

(Junginger)

den, dann bitte ich, mir das nachzusehen. Ich glaube, es gibt keinen, der etwas davon versteht, der dies als ein Erfolgserlebnis wahrgenommen hätte. Straßenbauämter, Vermessungsstrukturen: Das alles sind Punkte, bei denen man gerade im regionalen Bereich arbeitsfähige Strukturen geschaffen hatte.

Eine wichtige Herausforderung im Bereich der Regionen ist, dies auch in die Bevölkerung hineinzutragen, die ja weitestgehend in der Region lebt und nicht nur innerhalb ihrer Stadtgrenze. Wenn ich meinen Rhein-Neckar-Raum betrachte, dann sehe ich, dass die Bereiche Kultur, Freizeitangebote, Arbeitsplätze und Wohnstrukturen weit über die Gemeindegrenzen hinausgehen; das geht auch über Landkreisgrenzen bei weitem hinaus. Es ist völlig egal, ob jemand in der Vorderpfalz oder im Rhein-Neckar-Kreis wohnt. Wahrgenommen wird die Region – auch die Kurpfalz in ihrem ursprünglichen Sinne.

Wenn wir hier dann gesagt bekommen, man werde wegen der Bundesländergrenzen keine Möglichkeit haben, den Raum irgendwann wirklich selbstständig zu machen, dann wird das letzte Wort möglicherweise auf europäischer Ebene gesprochen, weil nur die europäischen regionalen Strukturen die eigentliche Zukunftsfähigkeit darstellen.

Wir sind uns alle einig, dass die Kraft und die Stärke des Landes sich aus den Regionen heraus rekrutieren. Wir sind uns alle einig, dass die verschiedenen Regionen im Rahmen ihrer Bedürfnisse und der Möglichkeiten der Politik alle Unterstützung bekommen müssen, die sie brauchen. Wir sagen, gerade im Bereich des Rheingrabens müssen von der Politik auch weitere Entwicklungen nachhaltig unterstützt werden. Dann werden wir auch im europäischen Rahmen zukunftsfähig sein.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt reicht's wirklich! Das ist ja ein Gesülze! – Abg. Blenke CDU: Reden Sie immer in so kurzen Sätzen?)

Deswegen meine ich, dass wir uns alle gemeinsam darum bemühen sollten. Ich darf noch in Erinnerung rufen, dass Herr Ministerpräsident Oettinger – als er noch nicht Ministerpräsident war – im Herbst 2004 aus der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart gesagt bekommen hat, man setze alle Hoffnungen auf einen Ministerpräsidentenwechsel und erwarte, dass dann auch für die Region Stuttgart bessere Voraussetzungen geschaffen würden.

(Abg. Blenke CDU: Herr Kollege, Sie neigen zu „kurzen“ Sätzen!)

Mit seinem Grußwort an den Kollegen Schmiedel hat er die Hoffnung geweckt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Herrmann CDU: Wo ist denn Herr Schmiedel?)

dass dieser Erklärung auch Taten folgen. – Herr Herrmann, Herr Schmiedel ist heute für die Region Stuttgart unterwegs. Er nimmt diese Aufgabe mindestens so wichtig wie die Aufgabe, den Tag hier sitzend und zuhörend zu verbringen.

Wir werden heute die Ziffern 1 bis 3 des Abschnitts II des Antrags Drucksache 13/2526 und Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2527 zur Abstimmung bringen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der beiden Anträge.

Zum Antrag Drucksache 13/2526 wird vorgeschlagen, den Abschnitt I sowie die Ziffern 4 und 5 des Abschnitts II für erledigt zu erklären. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Ich lasse abstimmen über Abschnitt II Ziffern 1 bis 3. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag Drucksache 13/2527. Abschnitt I ist erledigt. – Sie stimmen dieser Feststellung zu.

Ich lasse über Abschnitt II – den Regionen in Baden-Württemberg die Möglichkeit zu eröffnen, die Kompetenzen, die dem Verband Region Stuttgart zustehen, ebenfalls wahrzunehmen – abstimmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Auch erledigt! Über das, was erledigt ist, stimme ich nicht ab!)

Wer dem Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2538

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Dr. Caroli, Sie erhalten das Wort.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land hat jetzt einen neuen obersten Naturschützer. Herr Hauk, ich darf Ihnen dazu gratulieren

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Walter GRÜNE: Die Frage ist, ob man auch dem Naturschutz gratulieren darf!)

und hoffe, dass Sie sich in dieser Rolle wohl fühlen.

(Abg. Walter GRÜNE: Ist das eine Spitze gegen den Vorgänger?)

(Dr. Caroli)

Im Jahr 2001 haben Sie gesagt, Herr Hauk – da waren Sie natürlich noch Abgeordneter –

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist er immer noch!)

– er ist es noch, aber er ist jetzt auch Minister –,

(Abg. Walter GRÜNE: Aber er hat jetzt eine grüne Krawatte!)

das Bundesnaturschutzgesetz biete keine Perspektiven. Zwischenzeitlich ist es so weit, dass das Land eine Gesetzesnovelle im Entwurfsstadium vorliegen hat. Meine Damen und Herren, das Einzige, was an Perspektiven erkennbar ist, steht natürlich in dieser Gesetzesnovelle. Aber warum wurde diese Gesetzesnovelle überhaupt angepackt? Weil der Bund ein neues Bundesnaturschutzgesetz beschlossen hat

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

und die Länder verpflichtet hat, dieses umzusetzen. Die Landesregierung wird beim Naturschutz regelmäßig zum Jagen getragen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Getrieben! – Abg. Alfred Haas CDU: Das Jagen widerspricht aber dem Naturschutz!)

Das Gleiche gilt für Natura 2000. Von selbst wäre die Landesregierung gar nicht dazu gekommen. Meine Damen und Herren, was in diesem Land fehlt, ist das klare Bekenntnis zum Naturschutz. Landesspezifische Ansätze eines modernen Naturschutzes sind in diesem Land leider Mangelware.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Was träumen Sie, wenn Sie die Augen zuhaben?)

Meine Damen und Herren, das schadet dem Land. – Herr Haas, hören Sie gut zu! Das ist für Sie besonders wichtig, weil bei Ihnen das Defizit beim Bewusstsein besonders groß ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das Jagen hat mit Naturschutz nichts zu tun, Herr Caroli! Da verwechseln Sie etwas!)

Meine Damen und Herren, heute ist der Naturschutzbericht beim Bund vorgelegt worden. Nach diesem Bericht ist der Naturschutz zu einem Motor der regionalen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland geworden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Siehe Windkraft! Windräder vor allen Dingen!)

Es gibt eine Untersuchung des Bundesamtes für Naturschutz, wonach im vorigen Jahr an der Müritz in Mecklenburg-Vorpommern allein durch die Besucher der Nationalparkregion Umsätze in Höhe von 13,4 Millionen € erzielt wurden.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Meine Damen und Herren, wir sagen es schon lange: Naturschutz und Naturnutzung schließen sich überhaupt nicht

aus. Im Gegenteil, beides kann miteinander in Einklang gebracht werden und positive ökonomische Effekte erzielen.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Guter Satz! – Beifall bei der SPD)

Schauen Sie einmal in die Nationalparks in unserem Nachbarland Bayern hinein, und sehen Sie sich diese Erfolgsgeschichte an. Wir im Land Baden-Württemberg haben endlich die Kategorien Nationalpark und Biosphärenreservat, wobei es jetzt Biosphärengebiet heißen soll, aus welchem Grund auch immer.

(Abg. Walter GRÜNE: Wenn es der Sache dient!)

– Ja, ich sage auch: Wenn es der Sache dient, soll es recht sein. Auf jeden Fall sind diese Kategorien nur durch die Vorgabe, durch den Zwang des Bundesnaturschutzgesetzes in die hiesige Novelle des neuen Naturschutzgesetzes überhaupt eingegangen und machen es somit möglich, in Münsingen das erste Biosphärengebiet in diesem Land einzurichten.

Ich bin immer noch der Meinung, dass das Land Baden-Württemberg als Flächenland eine große Chance vertan hat, weil es keinen Entwicklungsnationalpark in Angriff genommen hat. Es kommt hier auf die zündende Idee an. Der Begriff ist sehr, sehr wichtig. Diese 13,4 Millionen € in Mecklenburg-Vorpommern haben natürlich einen Grund, genauso wie das für den Bayerischen Wald gilt, wo die Besucherströme sehr stark anwachsen. Ich nenne auch die Eifel in Nordrhein-Westfalen, wo ähnliche Verhältnisse vorliegen wie in Münsingen. Ich kann nur an Sie appellieren, diese Idee nicht zu verwerfen, also den Nationalpark nicht nur in das Gesetz hineinzuschreiben, sondern sich auch einmal im Land umzusehen und zu schauen, an welcher Stelle ein attraktives Angebot gemacht werden kann, um damit für die Touristenströme, aber auch für die Landwirtschaft und die Kommunen in den betreffenden Gebieten Möglichkeiten zu bieten.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr gern.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Röhm.

Abg. Röhm CDU: Herr Kollege Dr. Caroli, ist Ihnen bekannt, dass der Begriff Nationalpark sowohl nach dem Bundesnaturschutzgesetz als auch nach dem Novellierungsentwurf zum Landesnaturschutzgesetz eine waldwirtschaftliche und eine landwirtschaftliche Nutzung ausschließt? Frage 1.

Frage 2: Wollen Sie der Region Münsingen zumuten, dass auf den Flächen des Truppenübungsplatzes die Schafbeweidung eingestellt und eine landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzung ausgeschlossen wird?

(Abg. Drexler SPD: Frage 1 ja, Frage 2 nein! – Abg. Kiefl CDU: Das ist nicht der Bayerische Wald!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass es eine neue Definition von Nationalparks gibt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es sind Entwicklungsnationalparks vorgesehen, bei denen selbstverständlich derartige Nutzungen zugelassen sind. Das gibt es auch in anderen Bundesländern. Deswegen empfehle ich Ihnen, sich einmal mit der Sache zu befassen.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sage es noch einmal! – Abg. Röhm CDU: Damit habe ich mich mehr befasst als Sie! Herr Caroli, das war schwach!)

– Nein, das ist Tatsache.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was wollen Sie jetzt? Sagen Sie konkret, was Sie wollen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Was er will? Er will, dass Sie es lesen!)

– Ich sage schon, was ich will.

(Abg. Walter GRÜNE: Er will erst einmal in Ruhe reden! – Abg. Alfred Haas CDU: Aufhören mit dem Herumeiern!)

Meine Damen und Herren, ich erwarte schlichtweg, dass – nachdem ein neuer Minister da ist und nachdem Sie groß getönt haben, einsteigen zu wollen

(Abg. Drexler SPD: In die Atomkraft!)

in die Großschutzgebiete – jetzt in Baden-Württemberg ein Signal ertönt: Jawohl, wir bekennen uns positiv zum Naturschutz.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie wollen Haare spalten!)

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen, wo man etwas verbessern kann.

(Abg. Alfred Haas CDU: In Lahr zum Beispiel!)

Zuständigkeit von Kommunen für geschützte Grünbestände: Seit diese für geschützte Grünbestände zuständig sind, sind keine solchen Schutzflächen mehr ausgewiesen worden. Warum? Weil die Zuständigkeit bei den Kommunen liegt. Da bestünde eine Möglichkeit, über die Landratsämter entsprechend koordinierend zu verfahren. Ich nenne weiter die Zuständigkeit der Kommunen für die Biotopkartierung. Eine landesweite Biotopkartierung wäre dringend angesagt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Die haben wir doch!)

damit es funktioniert. Das geht ja schon ewig, nämlich von 1992 bis 2004. Da sind noch nicht einmal die digitalen Aufarbeitungen fertig.

Oder: Es fehlen doch jegliche Zeitvorgaben für die Erstellung von Natura 2000, für den zehnpromzentigen Biotopverbund und für die Biotopnachkartierung. Die Landschaftspläne in unserem Land sind nach wie vor unverbindlich.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Selbst für Behörden sind sie unverbindlich. Nach wie vor werden die Landschaftspläne von den Gemeinden als lästige Pflichtakte in der Schublade verschwinden, wenn keine Verbindlichkeit angestrebt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Gesetzesnovellierung müsste die Chance ergriffen werden, eigenständigen Naturschutz in diesem Land zu entwickeln. Dazu haben Sie jetzt Gelegenheit, nachdem wir in den vergangenen Jahren, wie ich bereits sagte, zum Jagen getragen werden mussten – bis hin zur Androhung einer EU-Strafe bei Natura 2000 in Millionenhöhe.

(Abg. Drexler SPD: Peinlich!)

Jetzt endlich Initiative zu ergreifen, das ist der Sinn unseres Antrags. Wir rufen Sie dazu auf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Der Antrag der SPD ist uralt, und deshalb stimmen natürlich einige der Antworten nicht mehr.

(Abg. Walter GRÜNE: Ach so!)

Das Landesnaturschutzgesetz befindet sich inzwischen in der Anhörung, und zwar bis zum 8. Juli, und dann kann das parlamentarische Verfahren starten. Über das Bürgerforum des Landes haben nicht nur die beteiligten Gremien, sondern auch alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, Anregungen einzubringen. Mit dieser Gesetzesnovelle wird das baden-württembergische Naturschutzrecht modernen Erkenntnissen angepasst. Das bisherige Naturschutzgesetz hat sich in vielen Punkten bewährt. Bereits gesetzte Standards werden bei uns beibehalten, und landesspezifische Belange werden berücksichtigt.

Wir werden die zwingenden Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes umsetzen, aber auf die Vorgaben aus Brüssel und Berlin nichts draufsatteln.

In der Umsetzung sind wir unter den Ländern im vorderen Drittel. Nur vier Länder haben die Vorgaben des Bundes bereits umgesetzt, wir werden als fünftes Land die Umsetzung durchführen. Das heißt, hier ist sehr solide Arbeit geleistet worden. Zum Beispiel ist die Kartierung der besonders geschützten Biotope nach § 24 a nun abgeschlossen. Wir sind auch in einem Bereich vorbildlich, der vom Bund gar nicht geregelt wird, nämlich beim Vertragsnaturschutz, bei der Extensivierung der Landwirtschaft, bei den Pflegemaßnahmen nach der Landschaftspflegerichtlinie und bei der Biotopvernetzung gerade auf der Grundlage der gemeindlichen Planungen.

Wir werden jetzt auch die naturschutzrechtlichen Ökokonten einführen; gerade bei den Kompensationsverpflichtungen ist das eine sehr flexible Lösung. Dann hört nämlich auch das Theater auf, dass für ein kleines Baugebiet nur deshalb, weil einer in der Nähe keine Wiese hat, 3 Kilome-

(Dr. Carmina Brenner)

ter weiter 125 Zwetschgenbäume gepflanzt werden müssen, die dann kein Mensch mehr pflegen will.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Man kann das jetzt auch zeitlich strecken.

Wir haben im Land sieben Naturschutzzentren. Ich darf nur zwei interessante Projekte aus dem Kreis Freudenstadt nennen, die sehr hohe Besucherzahlen aufweisen: Das ist zum einen der Lotharpfad mit dem Sturmwurfholz und zum anderen der neu eingeweihte Grindenpfad. Ich bin sehr stolz auf unser Naturschutzzentrum und vor allem auch die beteiligten Förster, die mit sehr viel Begeisterung und tollen Ideen dabei sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir haben im Land zwei von bundesweit acht international ausgezeichneten Schutzgebieten mit Europadiplom. Rund 11,5 % der Landesfläche stehen unter FFH-Schutz. Allein die sieben Naturparks nehmen inzwischen 29,7 % der Landesfläche ein. Nur zum Vergleich: Der Flächenanteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen liegt bei uns bei 13,5 %.

Zwei neue Großprojekte – auch das haben Sie ja gefordert – werden nun vom Bund als gesamtstaatlich repräsentativ mitgefördert: das Burgweiler Ried und Feldberg-Belchen. Ein Finanzvolumen in Höhe von 12,7 Millionen € wird da künftig hineinfließen.

Wir haben LIFE-Projekte, die von der EU unterstützt werden, zum Beispiel den Grindenschwarzwald – ein ganz tolles Projekt –, und wir haben die Stiftung Naturschutzfonds, die kleinere Projekte fördert.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir haben also ein sehr vielseitiges Angebot.

Die Kategorien Nationalpark und Biosphärenreservat werden aufgrund von Bundesrecht jetzt neu in das Landesrecht aufgenommen. Das ist richtig. Aber der Nationalpark Nordschwarzwald, der noch in dem Antrag gefordert wird, ist jetzt ein alter Hut. Dieses Thema ist von den Menschen im Nordschwarzwald nicht weiter aufgegriffen worden, und das sind immerhin die Leute, die dort leben und arbeiten und Entwicklungsmöglichkeiten brauchen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das wurde falsch angepackt, das ist der Grund!)

– Herr Caroli, wir müssen die Besucher, nicht die Einheimischen lenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir schützen unsere Landschaft im Nordschwarzwald. Wir haben alle Arten von Schutzgebieten. Wir haben FFH-Gebiete, Pflanzen- und Vogelschutzgebiete. Im Kreis Freudenstadt schützen wir auch unser geliebtes Wappentier, unseren Auerhahn. Wir haben mit dem Naturpark Nordschwarzwald den größten Naturpark der Republik.

Man muss, wenn viele Schutzmaßnahmen auch ehrenamtlich vorzunehmen sind, die Menschen mitnehmen und begeistern. Wir sind mit dem Naturpark zufrieden. Wir könnten auch Biosphärenreservate ausweisen; PLENUM-Projekte funktionieren ähnlich. Auch dort läuft es gut.

Wir sollten nicht ein Sammelsurium von Konzepten aufrufen, das kein Mensch versteht. Lassen wir es einfach bei den traditionellen Schutzgebieten, PLENUM-Gebieten und Naturparks. Die Zielrichtung des Naturschutzes und die touristische Nutzung mit Besucherlenkung und Besucherinfo ist dadurch erfüllt.

(Abg. Walter GRÜNE: Was ist mit Münsingen?)

Herr Caroli, es gibt nicht nur Lurche, Orchideen und Trockenmagerrasen, sondern auch noch Leute, die dort wohnen und das alles pflegen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rüeck CDU: Bravo!)

Diese Leute wollen sich nicht wie Wachsfiguren im Museum anschauen lassen, sondern möchten, dass man das, was sie tun, auch ernst nimmt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Walter GRÜNE: Du kannst dich gleich mal absetzen vom Koalitionspartner! – Abg. Zeller SPD: Aber positiv!)

Die Stellungnahme der Landesregierung ist ebenso wie der Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahre 2003 und deshalb weitgehend überholt. Nicht nur die Anzahl der als schützenswert ausgewiesenen Gebiete in Baden-Württemberg ist gestiegen, auch die angekündigte Nachmeldung der FFH-Gebiete und damit deren drastische Erweiterung ist bekanntlich abgeschlossen.

Das im Antrag der SPD-Fraktion erwähnte Biosphärenreservat wird im Rahmen der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes, das sich zurzeit im Anhörungsverfahren befindet, umgesetzt.

Die FDP/DVP war im Rahmen der Abstimmungen zwischen Regierung und Koalitionsfraktionen an der Vorbereitung des Gesetzentwurfs intensiv beteiligt.

(Zuruf von der SPD: So, so!)

An dieser Stelle möchte ich dem MLR für die frühzeitige Einbindung der FDP/DVP-Fraktion recht herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann wird es gut! Dann wird alles gut! – Abg. Zeller SPD: Solche Besonderheiten müssen hervorgehoben werden!)

(Drautz)

Grundlage dieses Gesetzes war, meine Damen und Herren, die Umsetzung des Bundesnaturschutzgesetzes. Wir werden hierüber im Landtag im Rahmen der Gesetzesberatungen noch ausführlich beraten.

Vorab bereits einige Punkte: Wichtig für uns ist – wie es sich in der Vergangenheit bei vielen Naturschutzmaßnahmen bewährt hat – das Prinzip der Freiwilligkeit und der Förderung der Partnerschaft des Naturschutzes mit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft, aber auch mit der Fischerei und der Jagd. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion sieht langfristige Erfolge im Sinne des Naturschutzes nur in einem Miteinander aller Akteure.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig, sehr richtig!)

Die Zeiten, in denen wir Ideologien und Konkurrenzen aufbauen konnten, sind vorbei. Wir müssen uns für die Zukunft die Frage stellen, was wir im Sinne des Naturschutzes mit der Landwirtschaft oder der Naturnutzung tun können. Oder umgekehrt: Was können Landwirtschaft oder Naturnutzer für den Naturschutz tun? Hier bestehen bereits gute Ansätze, die wir weiter fördern und verstärken wollen.

Den Antrag der SPD-Fraktion halten wir, wie bereits erwähnt, durch Zeitablauf, aber auch durch die bereits eingeleiteten Maßnahmen für erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ach ja? – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Unabhängig davon denke ich, dass wir das zurzeit laufende Anhörungsverfahren zur Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes abwarten sollten. Es wird bis zum Herbst abgeschlossen sein. Danach haben wir die Gelegenheit, ausführlich über das Thema „Naturschutz in Baden-Württemberg“ zu diskutieren. Sie werden dabei feststellen, dass Baden-Württemberg auch auf dem Gebiet des Naturschutzes eine führende Rolle spielt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Voss schul te: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer,

(Heiterkeit)

Entschuldigung, Walter.

(Abg. Drexler SPD: Kollege Walter Oelmayer! Ist okay! – Abg. Seimetz CDU: Walter Oelmayer! – Unruhe)

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Ankündigung wird in meiner Fraktion zu längeren Diskussionen führen.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Scheffold CDU: Kritische? – Unruhe)

– Das lassen wir dann unter uns. Das wird eine interne Diskussion werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Freud lässt grüßen!)

Meine Damen und Herren, der Naturschutz war über Jahrzehnte und nicht nur über Jahre das ungeliebte Stiefkind der Landesregierung, nicht nur der CDU, sondern auch der FDP/DVP.

(Beifall bei den Grünen)

Statt den Naturschutz als Chance für den Tourismus und für die regionale Wirtschaft zu sehen, haben Sie immer so getan, als ob der Naturschutz regionale Entwicklungen verhindern würde. Das Gegenteil ist der Fall. Der Kollege Caroli hat zu Recht auf das Beispiel Müritz hingewiesen. Ich empfehle Ihnen einmal die entsprechende Lektüre. Sie können ins Internet gehen und die Homepage des Bundesministeriums für Umweltschutz anschauen. Dann können Sie das alles erkennen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da müssen Sie mal hingehen! Nicht lesen! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Gehen Sie einmal dort hin! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Ich war schon dort! Ich kann Ihnen berichten!)

– Herr Haas, Sie haben natürlich mehr Zeit als ich für Urlaub. Fahren Sie zunächst einmal hin. Ich bin ja im Gegensatz zu Ihnen von der Sache schon überzeugt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir haben hier schon einiges diskutiert, beispielsweise den Nationalpark Nordschwarzwald. Auch die Einführung des Naturparks Nordschwarzwald war nicht so unumstritten, wie dies die Kollegin Brenner hier darstellte. Auch damals wurde von der „Käseglocke“ geredet, und es gibt allerhand Unsinn, den wir seit vielen Jahren immer wieder hören.

(Abg. Rüeck CDU: Vor allem von den Grünen!)

Das Gegenteil ist aber der Fall.

Die Bremserfunktion, die CDU und FDP/DVP in diesem Land hatten, wird bei der Diskussion um die FFH-Gebiete fortgesetzt. Auch hierauf hat Kollege Caroli schon hingewiesen. Was haben Sie da für einen Eiertanz aufgeführt!

Das Problem ist, dass Sie immer im Land irgendwelche Hoffnungen wecken, die Sie gar nicht erfüllen können. Von vornherein war klar, dass bei den FFH-Gebieten rein sachlich entschieden werden muss. Sie aber – auch das Ministerium – haben zunächst bei den Bürgermeistern den Eindruck erweckt, als könnte man da noch über alles diskutieren. Das war von vornherein jedoch nicht der Fall. Deswegen haben Sie im Land auch eine so schlechte Stimmung bekommen.

In den letzten Jahren, meine Damen und Herren, ist der Naturschutz endgültig in der Versenkung verschwunden. Wer außerhalb dieses Hauses – mit Ausnahme vielleicht von ein paar Naturschutzverbänden – wusste, dass der Kollege Stächele für Naturschutz zuständig war? Wahrscheinlich niemand.

(Abg. Drexler SPD: Er auch nicht! Er ja auch nicht!)

– Er wahrscheinlich auch nicht.

(Walter)

Meine Damen und Herren, auch bei der Diskussion um die Novellierung des Naturschutzgesetzes gilt: Sie haben verzögert. In der Bundesrepublik wird ja immer mehr schwarz regiert. Baden-Württemberg mag zwar eines der ersten Bundesländer sein, das die Novellierung vornimmt, aber die Frist zur Umsetzung ist auch für dieses Land längst abgelaufen, und Sie sind zu spät dran.

Dann zu Münsingen: Frau Kollegin Brenner hat so getan, als wollten wir gar keine Biosphärenreservate haben. Was gilt jetzt eigentlich? Das Wort des Ministerpräsidenten aus seiner Regierungserklärung oder das, was sie hier für die Fraktion erklärt hat? Das, was Sie, Frau Kollegin Brenner, gesagt haben, zeigt doch deutlich, wie schwer sich Ihre Fraktion immer noch mit dem Thema Naturschutz tut.

Sie haben bisher zum Thema Münsingen nie etwas Konstruktives getan. Wir haben schon vor zwei Jahren einen Antrag eingebracht, mit dem wir ein regionales Entwicklungskonzept gefordert hatten. Sie, Kollege Drautz, haben nun gesagt: Alle miteinander. Jetzt waren doch alle im Boot: die IHK, die Bürgermeister, die Umweltverbände, die Kirchen. Alle waren in einem Boot. Trotzdem haben Sie es abgelehnt. Trotzdem haben Sie nichts getan, obwohl der Wunsch aus der Region kam. Da frage ich Sie, Kollege Drautz: Wer führt denn ideologische Debatten in dieser Frage,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sie!)

Rot-Grün oder Sie? Sie haben es doch aus ideologischen Gründen abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: A wa! – Abg. Drautz FDP/DVP: Überhaupt nicht!)

Kollege Drautz, ich erinnere mich an Dutzende von Reden des ehemaligen Ministerpräsidenten, in denen immer aufgelistet wurde, wo wir Spitze seien. Wir sind das einzige Flächenbundesland in Deutschland, das kein Biosphärenreservat und keinen Nationalpark hat.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Ja, Frau Staatssekretärin. Das würde auch Ihnen gut tun. – Warum machen wir jetzt keinen Entwicklungsnationalpark?

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo hat Berlin, wo hat Bremen so etwas?)

– Seit wann sind Berlin und Bremen Flächenbundesländer, Herr Kollege Drautz? Das müssen Sie mir jetzt auch noch erklären.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Er hat gesagt „Bundesland“!)

Warum greifen wir nicht den Vorschlag von Herrn Vogtmann, dem Präsidenten des Bundesamts für Naturschutz, auf, zu überlegen, ob wir hier nicht doch einen Nationalpark wollen. Überlegen wir uns, ob wir hier – das Bundesgesetz sieht es vor – einen Entwicklungsnationalpark machen. Das wäre eine große Chance.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch ein Quatsch!
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich muss noch einmal auf das Beispiel Müritz zu sprechen kommen. Mit einem Nationalpark zu werben ist auch aus Sicht des Tourismus das Beste.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Kiefl)

Das ist eine Kategorie, die die Leute international kennen. Nehmen Sie doch den Bayerischen Wald usw. Alle diese Nationalparks haben große Erfolge. Die Ausweisung solcher Gebiete in Baden-Württemberg haben Sie bisher verhindert.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Röhm CDU)

Jetzt werden natürlich auch im Land ein paar Dinge gemacht; Frau Kollegin Brenner hat sie aufgeführt. Natürlich kommt immer wieder Geld aus Berlin oder aus Brüssel.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es fehlt aber ein schlüssiges Konzept für den Naturschutz in diesem Land. Darauf haben wir seit Jahren gewartet. Kollege Hauk, das ist Ihre Aufgabe. Die Menschen draußen sollen merken, dass Sie für den Naturschutz zuständig sind. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Fischer SPD: So ist es! Nicht nur für Holz! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber Sie brauchen dazu natürlich auch Geld. Sie sind ja schon lange mit diesem Thema vertraut und wissen,

(Abg. Röhm CDU: Da gibt es klare Aussagen!)

dass Gelder aus dem Wasserpfennigaufkommen für die Landschaftspflege und den Naturschutz verwendet werden. Wenn Herr Kollege Pfister, der das wahrscheinlich gar nicht weiß, die Abschaffung des Wasserpfennigs fordert – das sind 90 Millionen € Aufkommen im Jahr –, dann soll er uns doch auch einmal sagen, wo die Gelder herkommen sollen, wie man zukünftig SchALVO, Landschaftspflege und Naturschutz finanzieren will.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Walter, ich habe Ihnen aufgrund eines Versprechers eine Minute zusätzliche Redezeit eingeräumt.

(Abg. Drexler SPD: Was, bloß eine? Ich habe gedacht, fünf!)

Kommen Sie bitte jetzt zum Schluss.

Abg. Walter GRÜNE: Das ist sehr nett. Ich komme dann auch zum Schluss. Ich möchte nur sagen, Frau Präsidentin: Dieser Vorschlag der FDP/DVP zeigt wieder, wo sie umweltpolitisch steht, nämlich ganz hinten, wo sich keiner mehr für dieses Thema interessiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das tut ja weh!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Hauk.

(Abg. Röhm CDU: Er kennt Münsingen!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen des Präsidiums,

(Zurufe: Oi! – Abg. Seimetz CDU: Das ist aber eine charmante Begrüßung! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Es gibt auch eine Schriftführerin! – Abg. Stickleberger SPD: Das gibt zwei Minuten Redezeit!)

meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grundlage für unsere heutige Debatte, Herr Kollege Caroli, ist ein Uraltantrag der SPD aus der zweiten Hälfte des Jahres 2003.

(Zurufe von der SPD)

Es ist meines Erachtens schon bezeichnend, dass Sie nach dieser Zeitspanne heute mit Altanträgen kommen.

(Abg. Fischer SPD: Sie haben doch auch einmal dem Präsidium angehört!)

Das zeigt erstens, dass die Landes-SPD auf Bundesebene keinen Einfluss in der Naturschutzpolitik besitzt und wahrgenommen hat, und zweitens, dass Sie das eigentlich immer nur hier im Landtag plakativ fordern und nirgendwo anders.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist doch Unsinn hoch drei! Das ist doch wirklich eine Frechheit, was Sie da sagen! – Abg. Alfred Haas CDU: Drittens haben sie nichts auf der Pfanne!)

Meine Damen und Herren, die Zahlen, die die Landesregierung in der Stellungnahme mitgeteilt hat, zielen auf den Stichtag 31. Dezember 2002 ab. Seit dieser Zeit hat sich allerdings eine ganze Menge getan. Deshalb will ich nicht im Einzelnen auf diese Zahlen eingehen, sondern mich auf ein paar Schwerpunkte beschränken.

Die Kollegin Brenner hat vorhin zu Recht die Novelle des Naturschutzgesetzes angesprochen. Die Novelle ist vom Kabinett verabschiedet und befindet sich jetzt in der Anhörungsphase, die Verbandsanhörung läuft. Ziel der Novellierung ist ein Naturschutzgesetz, das effizient ist und auch Akzeptanz findet.

Lassen Sie mich an dem Stichwort Akzeptanz noch einmal erläutern, wie die Landesregierung Naturschutzpolitik verstehen will.

Akzeptanz heißt nicht unter allen Umständen Kompromiss – denn es kann sich auch um faule Kompromisse handeln –, sondern zunächst einmal eine Naturschutzpolitik, die auf Dialog und auf Konsens ausgerichtet ist.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Ein Konsens muss aber nicht um jeden Preis gefunden werden. Bei Abwägungsprozessen liegt es in der Natur der Sache, dass es den totalen Kompromiss und den totalen Konsens unter Umständen nicht geben kann.

(Abg. Kiefl CDU: Genau!)

Zumindest aber muss unter dem Strich ein möglichst hohes Maß an Ausräumung von Interessenkonflikten zwischen den Nutzern der Natur – den verschiedensten Kommunen, dem Naturschutz, der Land- und Forstwirtschaft und anderen – erreicht werden.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Akzeptanz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist meines Erachtens auch das Schlüsselwort für eine gelungene Naturschutzpolitik, um Menschen auch für den Naturschutz zu begeistern und für die Ziele des Naturschutzes einzunehmen. Wenn wir diese Akzeptanz nicht herstellen und wenn Sie, Herr Kollege Dr. Caroli, und zum Teil auch Sie, Herr Kollege Walter, weiter in den Schützengräben verharren und alles, was nur den Hauch eines Angriffs auf eine bedrohte Tierart oder eine bedrohte Pflanzenart beinhaltet, zum Anlass nehmen, plakativ andere Nutzer der Natur regelrecht in den Boden zu rammen, wenn Sie nicht aus den Schützengräben herauskommen und das Gespräch suchen,

(Zurufe von der SPD)

werden Sie mit diesem Ansatz scheitern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist ja unglaublich! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk: Sofort, Herr Kollege.

Frau Präsidentin, lassen Sie mich nur noch einen Satz dazu sagen: Das beste Beispiel des Scheiterns liefert doch die Bundesregierung. Die Bundesregierung versucht es – jetzt erneut durch die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes – mit einem Schutzgebietsmechanismus, mit einem reinen planbezogenen Ansatz, Herr Kollege Dr. Caroli. Sie kommen aus der Planwirtschaft. Sie kehren im wirtschaftspolitischen Bereich genauso wie in Ansätzen der Regionalplanung und der Nutzungsplanung doch gerade wieder dahin zurück.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wovon reden Sie eigentlich?)

Sie kommen aus der Planwirtschaft. Sie haben sich zu den Anfängen von Schröder und zur Endzeit von Schmidt in die Marktwirtschaft verirrt

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

und sind jetzt wieder bei der Planwirtschaft gelandet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie sind ja noch im Luftschutzbunker! – Abg. Dr. Caroli SPD: Der redet sich um Kopf und Kragen!)

Ich zitiere eine Äußerung, die Sie, Herr Dr. Caroli, vorhin gemacht haben. Sie haben vorhin erneut die Verbindlichkeit der Pläne regelrecht gefordert. Meine sehr verehrten Damen

(Minister Hauk)

und Herren, damit schafft man keine Akzeptanz in der Naturschutzpolitik. Mein Ziel hingegen ist es, eine solche Akzeptanz zu schaffen.

Frau Präsidentin, jetzt bitte die Frage des Kollegen Walter.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Kollege Hauk, sind Ihnen diverse Anträge der Grünen in den letzten Jahren – fast schon Jahrzehnte – entgangen, in denen wir explizit darauf hingewiesen haben, dass wir nicht wollen, dass im Naturschutz ein Reservatsdenken existiert, sondern der Auffassung sind, dass man Schutz durch Nutzen in den Vordergrund stellen sollte?

(Zurufe der Abg. Röhm CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Diese Haltung ist insbesondere in unserem Antrag zum Thema „Biosphärenreservat Münsingen“ noch einmal zum Tragen gekommen.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Ist Ihnen das entgangen? Falls nicht, wie kommen Sie dann dazu, solche Behauptungen wie die zu pflegen, wir würden weiter in Schützengräben verharren? Ich denke, man sollte zu einer sachlichen Diskussion zurückkehren.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk: Da gebe ich Ihnen völlig Recht, Herr Kollege Walter. Aber man muss zwischen Worten und Taten unterscheiden. Ich sage noch einmal: Der Ansatz des Bundesnaturschutzgesetzes war planerischer, statischer Art.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich will gar nicht verhehlen, dass sich in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Naturschutzverbände und demzufolge auch bei den Grünen in der Betrachtungsweise des Naturschutzes mehr oder minder ein dynamischer Ansatz durchgesetzt hat. Ich begrüße dies außerordentlich. Denn es geht uns – mit Ausnahme von wenigen seltenen Arten, die eben nur standorttreu irgendwo zu behalten sind – doch in der Summe darum, dass wir in bestimmten Zeiträumen keine Verschlechterung in der Gesamtfläche erleben. Aber in der Einzelfläche darf es unter Umständen trotzdem Veränderungen geben. Ich bin ja froh, dass Sie allmählich in diese Erkenntnis hineingestoßen sind. Das begrüße ich außerordentlich. Ich sage nur, dass die Bundesregierung im Bereich des Bundesnaturschutzgesetzes einen anderen Ansatz hatte. Ich beklage in diesem Zusammenhang auch den statischen Ansatz der Europäischen Union zum Thema Natura 2000. Ich komme nachher noch einmal darauf zu sprechen.

Lassen Sie mich noch einmal das Thema Akzeptanz ansprechen. Ich habe es ja erläutert. Das Bundesnaturschutzgesetz wird mit unserem Entwurf in Landesrecht umgesetzt. Der Entwurf nutzt dabei auch alle Spielräume, die der Bundesgesetzgeber zulässt. Das beste Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Flexibilisierung der Eingriffsregelungen durch ein handelbares Ökokonto.

Ich weiß auch, dass dieser Vorschlag in der Praxis draußen nicht unumstritten ist. Ich bin einmal gespannt, was in der

Anhörungsphase unter dem Strich an Stellungnahmen zurückkommt. Denn eines ist auch klar: Wenn wir ein Ökokonto auch im überörtlichen naturschutzrechtlichen Bereich eröffnen – im Baurecht gibt es ja bereits diese Möglichkeit –, dann schafft das einerseits mehr räumliche, aber andererseits auch mehr zeitliche Flexibilität für Ausgleichsmaßnahmen. Das ist letztendlich auch unter dem Ansatz einer gewissen flächenhaften oder dynamischen Nachhaltigkeit gedacht.

Das ist das eine. Das Ökokonto bietet also denen, die Eingriffsregelungen wollen oder Nutzungsänderungen vornehmen wollen – ich nenne es einmal ganz wertneutral –, gewisse Möglichkeiten zeitlicher und räumlicher Art, flexibler zu werden. Ich glaube, das ist in unser aller Sinne.

Wahr ist allerdings auch, dass ein gewisser bürokratischer Aufwand damit verbunden ist. Ich bin jedoch der Meinung, dass man sich vor diesem nicht drücken darf, wenn man zu einer Ökokontoregelung kommt. Denn wenn es um den Schutz der Naturgüter geht und wenn wir unter Umständen auch eine zeitliche Flexibilität in der Nachhaltigkeit erreichen wollen, dann brauchen wir eben auch eine saubere Bilanzierung in einer entsprechenden Ökokontoregelung. Man muss beides gegeneinander abwägen. Ein bürokratischer Aufwand ist zweifelsohne erforderlich, er mündet aber für den einzelnen Planungsträger unter Umständen in eine deutlich höhere zeitliche und räumliche Flexibilität, als wir sie derzeit haben.

Ich persönlich sage ganz offen meine Meinung: Ich bevorzuge die Regelung des Ökokontos, weil mir die Flexibilität auch im Interesse des Naturschutzes viel mehr wert ist als der rein statische Ansatz, den wir mit den heutigen Eingriffs- und Ausgleichsregelungen unter dem Strich haben.

(Abg. Rüeck CDU: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Vielen Dank, Herr Kollege Rüeck. – Meine Damen und Herren, der Entwurf sieht selbstverständlich auch vor, Nationalparks und Biosphärenreservate oder Biosphärengebiete – wie auch immer man es nennen will – in das Landesrecht zu übernehmen. Ich sage ganz offen: Ich will nicht von „Reservat“ sprechen. Die Kollegin Dr. Brenner hat das vorhin treffend erläutert. Wir leben eben nicht irgendwo unter einer Käseglocke,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

sondern wir wollen gerade auch in Biosphärengebieten – das sage ich jetzt ganz bewusst – die Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Menschen und der Nutzungsformen und der Nutzungsarten gewährleisten.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das wäre im Reservat auch geschehen!)

Das sind im Regelfall Kulturlandschaften, und weil es Kulturlandschaften sind, bedürfen sie auch der entsprechenden Nutzung. Deshalb ist der statische Ansatz, Herr Kollege Caroli, schon falsch.

Ich brauche allein die letzten 10 bis 20 Jahre zu betrachten. Ich könnte auch 40 Jahre nennen. Dabei stelle ich fest, dass

(Minister Hauk)

sich unsere Vegetation allein durch die Klimaveränderungen, die sich in dieser Zeitspanne ergeben haben, verändert hat. Diese Klimaveränderungen sind nicht zu bestreiten. Die Klimaextreme haben zugenommen, aber auch eine sukzessive Verlängerung der Vegetationsperiode um eine Größenordnung von 14 Tagen ist in den letzten 40 Jahren eingetreten. Das ist erheblich. Zwei Wochen sind erheblich.

Dies bezieht sich beispielsweise auch auf Veränderungen im Luftstickstoffeintrag, der ja einen Einfluss auf die Vegetation und die Bodenbildung hat. Da werden wir uns dann entweder Maßnahmen eines statischen Schutzes einfallen lassen müssen, oder wir werden eines Tages zu der Überlegung kommen müssen, auch hier unter dem Strich die Dynamik zuzulassen. Auf diese Frage – das sage ich ganz offen – habe ich heute keine Antwort. Sie stellt sich jetzt noch nicht in ihrer letzten Dringlichkeit. Aber man muss zumindest darauf hinweisen, dass Dynamik auch deshalb angebracht ist.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk: Bitte schön, Frau Präsidentin.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Dr. Caroli.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt kommt der Planwirtschaftler!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister Hauk, haben Sie zur Kenntnis genommen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

dass es bei modernem Naturschutz keine Käseglocke mehr gibt, dass alle, die sich für den Naturschutz einsetzen, die Menschen mitnehmen wollen und insofern ein dynamisches Konzept vertreten und dies auch von der Landesregierung einfordern?

(Abg. Alfred Haas CDU: Das machen wir!)

Sind Sie deshalb mit mir der Meinung, dass sich das, was Sie an Vorwürfen angeführt haben, bereits erübrigt hat?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk: Herr Kollege Caroli, schon allein deshalb, weil auch Begriffe Systeme prägen, wollen wir kein Reservat, sondern ein Gebiet. Das ist die ganz einfache Antwort darauf.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist keine Antwort! –
Abg. Kiefl CDU: Wir machen das doch seit 30 Jahren!)

Meine Damen und Herren, es hätte übrigens auch nicht der Initiative durch den Antrag der SPD-Fraktion bedurft, ein solches Biosphärengebiet – Sie haben „Reservat“ geschrieben – in das Naturschutzrecht des Landes mit aufzunehmen. Wir hatten das ohnehin geplant.

Wir wollen die Gelegenheit dazu nutzen, das Gesetz zu entschlacken, also unter dem Strich auch auf Verordnungsermächtigungen und Genehmigungsvorbehalte zu verzichten. Ich sage auch ganz offen: Wir haben vor – im Gesetzentwurf ist das bereits enthalten –, auch das Parlament in den wesentlichen Teilen einer solchen Novelle, nämlich beispielsweise dann, wenn es – Stichwort Ökokonto – um die Frage des Ausgleichs und insbesondere um Ausgleichsleistungen geht, stärker mit einzubeziehen, sodass es letztendlich nicht nur auf Verordnungen der Regierung einwirkt, sondern hierzu auch parlamentarische Abläufe mit eingebaut werden.

Wer nun meint, wir würden in Baden-Württemberg nur ein Minimalprogramm fahren, den muss ich enttäuschen: Wir haben nämlich die bewährten Standards, Herr Kollege Caroli, im Landesrecht beibehalten, und zwar auch dann, wenn sie über das bisher schon geltende Bundesrecht sowie über das neue Bundesrecht hinausgehen. Dies gilt zum Beispiel bei der Verbandsbeteiligung. Darüber hinaus haben wir Bereiche in die Novellierung aufgenommen, die im Bundesrecht gar nicht erwähnt sind, wie zum Beispiel das für unser dicht besiedeltes Land so wichtige Thema des Flächenressourcenmanagements. Ziel ist dabei die Erhaltung von großflächig zusammenhängenden, unzerschnittenen Landschaftsteilen.

Ebenso haben wir in die Grundsätze den Vorrang der Innenentwicklung vor der Zersiedelung des Außenbereichs aufgenommen. Ich sage ganz offen: Dabei ist es von Vorteil, dass auch der Bereich des Naturschutzes beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum ressortiert, da wir die größten Flächen eben in den eher dünner besiedelten ländlichen Räumen haben. Als Erkenntnis aus unserem Modellprogramm MELAP, dem Modellprogramm zur Stärkung dörflicher Innenbereiche, haben wir die Zielsetzung, möglichst wenig Flächenressourcen im Außenbereich zu verbrauchen und daher verstärkt auf die Innenentwicklung unserer Dörfer zu setzen,

(Abg. Rüeck CDU: Das ist der richtige Weg!)

in der Konsequenz auch im Naturschutzgesetz verankert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der richtige Weg.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Man darf den Leuten nicht nur Steine statt Brot geben, indem man Rechtsverordnungen und Gesetze erlässt, sondern man muss ihnen auch den dazu notwendigen Handlungsrahmen geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Stillstand gibt es seit dem Jahr 2003 auch nicht beim PLENUM, einem der bisherigen Markenzeichen baden-württembergischer Naturschutzpolitik. Wir haben mit PLENUM, wenn man so will, eine neue Dimension der Naturschutzpolitik erreicht und einen integrativen Ansatz verfolgt. Mit diesem Ansatz sind wir Vorreiter in Deutschland und haben damit auch Modellwirkung für andere Bundesländer. Denn, meine Damen und

(Minister Hauk)

Herren, was ist das Programm „Regionen Aktiv“, auf das Frau Künast, Herr Kollege Walter, so stolz ist, anderes als ein abgewandeltes PLENUM-Programm?

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat doch auch nie jemand bestritten! Das spricht doch nicht gegen „Regionen Aktiv“!)

Das Programm PLENUM hat sich in den fünf Gebieten ordentlich entwickelt. Wir ermöglichen so eine nachhaltige Regionalentwicklung, von der nicht nur der Naturschutz, sondern auch die Gemeinden, das Tourismusgewerbe und nicht zuletzt die Land- und Forstwirtschaft profitieren. Ich sage aber auch dazu, dass wir natürlich die PLENUM-Projekte evaluieren müssen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir müssen schauen, ob sie von der Größe und der Zusammensetzung her für genau die Synergieeffekte, die wir haben wollen, auch ausreichen. Und noch etwas sage ich dazu: Wir müssen auch in der Frage der Projektförderung bei PLENUM Ernst machen,

(Abg. Walter GRÜNE: Ihr habt doch gar kein Geld mehr für zusätzliche Dinge!)

indem wir in Zukunft in Teilbereichen angesichts unserer Haushaltslage Anschubfinanzierungen geben und diese unter dem Strich degressiv ausgestalten. Wenn die Anschubfinanzierung nicht dazu geeignet ist, ein Projekt zum Laufen zu bringen, dann ist das Projekt es auch nicht wert, oder es müssen besondere Gründe vorliegen, wenn man dann noch einmal „nachschießt“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Natura 2000 ist ein weiterer Schwerpunkt der Naturschutzpolitik im Land. Wir haben die Meldung der FFH-Gebiete abgeschlossen und im Januar rechtzeitig in Brüssel vorgelegt. Immerhin sind noch einmal knapp 5 % an Landesfläche hinzugekommen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Weil eingefordert!)

– Was heißt „weil eingefordert“? Entschuldigung, Herr Kollege Caroli, das Problem ist doch Folgendes: Wir haben in Baden-Württemberg weite Flächen unter FFH-Schutz gestellt, die zwar – wenn man den EU-Zusammenhang sieht – als selten und deshalb schützenswert einzustufen sind, die aber bei uns keine Seltenheit sind.

Nehmen wir als typisches Beispiel dafür einmal die Buchenwälder. Buchenwälder sind bei uns weder auf der Alb noch in der Vorbergzone, noch im Unterland eine Rarität – bei Gott nicht. Das ist in Baden-Württemberg eine der normalsten Bewirtschaftungsformen, die wir haben. Insofern besteht nun wirklich kein akuter Bedarf, sie unter Schutz zu stellen.

(Abg. Kiefl CDU: Überhaupt nicht!)

Das wird Ihnen jeder vernünftige Naturschützer sagen. EU-weit ist es eine Seltenheit; deshalb mussten diese Gebiete mit hinein. Einen größeren Teil haben wir zusätzlich mit aufnehmen müssen. Das haben wir auch getan. Die Landes-

regierung hat mit der Nachmeldung ihre Hausaufgaben gemacht.

Übrigens muss man auch einmal eines sehen: Die Tatsache, dass wir so viele seltene Lebensräume haben, ist doch auch der Beweis dafür, dass unsere Naturschutzpolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so schlecht gar nicht gewesen sein kann,

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

wie Sie das immer darstellen, denn sonst hätten wir diese Größe und vor allen Dingen auch diese Vielfalt nicht. Wir hätten nicht diese Vielfalt in einem der am dichtesten besiedelten Länder nicht nur Europas, sondern der Welt. Das ist doch das ganz Entscheidende.

(Abg. Kübler CDU: Das ist es!)

Wir leben in einer dicht besiedelten Landschaft. Wir sind an der Spitze, wir sind die Nummer 1 im Wirtschaftsbereich und haben trotzdem eine ungemeine Vielfalt und Größe im Naturschutz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Kübler CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen. Zum Thema „Pflege- und Entwicklungspläne“ will ich gar nichts mehr sagen; dazu könnte man noch einiges erwähnen, aber die Frau Präsidentin weist mich auf die Beachtung der Redezeit hin. Nachdem ich hier im Parlament zum ersten Mal als Minister zum Thema Naturschutz spreche, werden Sie es mir nachsehen, dass ich ein paar Dinge vielleicht etwas ausführlicher erläutere.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen, der der Opposition immer wieder Anlass zu Kritik gab: Baden-Württemberg sei das einzige große Flächenland, das weder einen Nationalpark noch ein Biosphärenreservat habe.

(Abg. Walter GRÜNE: Stimmt!)

Vorhin haben Sie, Herr Kollege Caroli, in einem Zwischenruf gesagt, das sei auch falsch angepackt worden. Ich erinnere mich noch gut daran, als wir beide zusammen – Sie für die SPD, ich für die CDU – während der großen Koalition in unseren Fraktionen für den Naturschutz Verantwortung trugen. Der damalige für Naturschutz zuständige Minister hieß Harald B. Schäfer. Wer es falsch angepackt hat, waren also mit Sicherheit nicht wir. Das war mit Sicherheit mein Vorvorgänger, der Kollege Schäfer.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wenn Sie dabei waren, wissen Sie, wie es gelaufen ist! – Abg. Walter GRÜNE: Das macht es aber nicht besser! Wir haben nicht gefragt, wer schuld war!)

Aber noch ein Weiteres kommt hinzu. Jetzt sagen Sie, Herr Kollege Walter, wir bräuchten einen Entwicklungsnationalpark oder was auch immer.

(Minister Hauk)

(Abg. Fischer SPD: Jetzt hören Sie auf, sonst verlängern wir!)

Zum Thema Sachkenntnis, deren Mangel Sie dem Kollegen Haas unterstellen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der Kollege Haas war Kollege Röhm!)

– Entschuldigung, dem Kollegen Röhm –: Da muss ich sagen, dass zum Nationalpark eben auch gehört, dass die Zielsetzung – auch wenn es ein Entwicklungsnationalpark ist – immer lautet: keine Nutzung. Egal, wie man es anfängt, die Zielsetzung lautet stets, dass es keine Nutzung mehr geben soll. Das wollen wir in diesen Bereichen nicht, erst recht nicht auf der Münsinger Alb.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir brauchen dort die Kulturlandschaft. Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, einen ersten Eindruck zu bekommen. Wenn wir dort die wertvollen Biotope erhalten wollen, müssen wir sie auch nutzen.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Anders sind sie nicht zu erhalten. Da passt ein Nationalpark unter dem Strich nicht dazu. Er passt generell nicht nach Baden-Württemberg, einem Land mit dichtester Besiedlung und Gott sei Dank auch mit einer guten dezentralen Entwicklung, das heißt einer Entwicklung, die in den letzten Jahrzehnten nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Räumen geschah. Diese Entwicklung wollen wir auch nicht stoppen, sondern weiter fördern. Wir wollen gerade die ländlichen Gebiete, die Dörfer und Gemeinden im Land weiterhin in ihrer Entwicklung fördern und sie nicht in ein Korsett pressen, aus dem sie sich nicht hinauswagen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, da ist das Thema Nationalpark meines Erachtens – im Augenblick jedenfalls – untauglich.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Damit ist alles gesagt!)

Meine Damen und Herren, damit, ein x-beliebiges Gebiet einfach mit einem Schutzgebietsetikett zu versehen, ist es nicht getan. Das wäre Augenscherelei. Deshalb sind wir dabei, ein Biosphärengebiet Münsinger Alb einzurichten. Wir wollen diese Chance nutzen, sobald der Truppenübungsplatz Münsingen nicht mehr militärisch genutzt wird. Das ist Ende 2005 der Fall.

Jetzt komme ich noch einmal zum Thema Akzeptanz an einem speziellen Beispiel zurück. Wir werden diese wertvolle und vor allem unzerschnittene Natur gemeinsam mit den Anliegergemeinden erhalten, gemeinsam mit den Naturschutzverbänden, mit den dortigen Nutzern, nämlich vor allem den Schäfern, mit der Landwirtschaft, mit der Forstwirtschaft. Wir werden sie in die Konzeption mit einbeziehen. Wir wollen allerdings keine Museumslandschaft daraus machen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

sondern ein klares Beispiel dafür geben, dass Natur und Dynamik sich nicht ausschließen, sondern zusammengehören. Das beinhaltet auch eine behutsame touristische Nutzung, von der wir einen positiven Impuls für die Wirtschaftsregion erwarten.

Zusammenfassend noch einmal stichwortartig, Herr Kollege Caroli: Im Unterschied zu Ihnen wollen wir einen ideologiefreien Naturschutz im Dialog.

(Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Wir wollen schützen durch nützen. Wir wollen die Schöpfung bewahren, aber auch Wertschöpfung erhalten und vermehren.

(Abg. Rüeck CDU: Das ist der richtige Weg!)

Wir wollen die Synergieeffekte aus Naturschutz und aus der Wirtschaft, nämlich aus Landwirtschaft und Tourismus, nutzen. Dann haben wir, glaube ich, alle in diesem Land Erfolg

(Abg. Pfisterer CDU: Noch mehr Erfolg!)

mit einer effektiven und geordneten Naturschutzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Fischer SPD: Er hat noch Redezeit!)

Für 33 Sekunden, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin!)

– Frau Präsidentin – Entschuldigung! –, meine Damen und Herren!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt kriegt er Strafminuten! – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt kriegt er eine Strafminute abgezogen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: 33 Sekunden, Herr Abgeordneter!

Abg. Dr. Caroli SPD: Ja. Aber bitte ab jetzt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn der Naturschutz erfolgreich sein soll, muss man die Menschen mitnehmen. Ich sage das ausdrücklich.

(Abg. Röhm CDU: Richtig! Bravo!)

Die wirtschaftliche Entwicklung soll davon profitieren, Herr Röhm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Caroli)

Das ist auch unsere Auffassung. Deswegen ist dieses Gerede von der Käseglocke absurd.

(Abg. Röhm CDU: Zustimmung!)

Aber, meine Damen und Herren, in einer reich strukturierten Landschaft, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, fällt die Erhaltung der Arten nicht in den Schoß.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das wissen wir!)

Gradmesser einer erfolgreichen Naturschutzpolitik ist ein Maßnahmenpaket, das die Entwicklung und den Bestand wild lebender Arten sichert. Dazu braucht man ein Konzept. Einfach nur Vorhandenes zu addieren und dann zu meinen, jetzt machten wir erfolgreich Naturschutz, das ist zu wenig.

Deswegen sage ich Ihnen noch einmal: Ergreifen Sie die Chancen mit dem neuen Gesetzentwurf, in Baden-Württemberg endlich initiativ zu werden, damit Sie vorankommen und nicht mehr als Schlusslicht bezeichnet werden müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜ-NE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Abschnitt I ist durch die Aussprache erledigt. Wir müssen über Abschnitt II abstimmen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wir bitten um Überweisung an den Ausschuss!)

– Sie beantragen Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft. – Meine Damen und Herren, Sie stimmen der Überweisung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Erhebung von Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen – Starttermin und Kosten des Projekts „Schulverwaltung am Netz“ – Drucksache 13/2563

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Käppeler.

Abg. Käppeler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir einen Antrag unserer Fraktion, der vermeintlich bereits am 4. Dezember 2003 beantwortet wurde. Ich benutze das Wort „vermeintlich“ ganz bewusst, denn wir machen mit dieser Landesregierung immer wieder die Erfahrung: Wo sie konkrete Fragen der Opposition nicht beantworten kann oder will, wo Versäumnisse, Missstände oder fehlende Konzepte bemän-

telt werden sollen, werden Nebelkerzen geworfen oder vertagt man die Lösung der Probleme in die Zukunft und hofft wohl manchmal insgeheim darauf, dass die Opposition, die Medien oder, wie in der Bildungspolitik, Eltern, Lehrer und Schüler später schon nicht so genau hinschauen, was aus vielen der Ankündigungen geworden ist. Wir sprechen heute also keineswegs über einen alten Antrag, vielmehr messen wir die Realität an den baden-württembergischen Schulen an den Maßstäben dieser Regierung, wie sie nicht zuletzt in der Stellungnahme zu unserem Antrag definiert wurden. Diesen Zielvorgaben werden Sie nicht gerecht. Ich komme noch im Detail darauf zu sprechen.

Zunächst einmal: Über die Intention von „Schulverwaltung am Netz“ insgesamt möchte ich mich nicht kritisch äußern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben! Ja!)

Im Kommunikationszeitalter ist es sinnvoll und geboten, dass Schulverwaltung und Schulen, aber auch Schulen untereinander und langfristig auch Lehrerinnen und Lehrer miteinander auf modernste Weise kommunizieren, das heißt E-Mails senden und empfangen sowie Daten austauschen können. Dies alles ist unbestritten.

Auch das zweite Ziel ist zu befürworten, nämlich die Einführung der digitalen Übermittlung schulstatistischer Daten ohne Medienbrüche zur zielgenauen Planung und Steuerung der Unterrichtsversorgung. Wir alle hoffen, dass, wenn E-Stat eines Tages richtig funktioniert – bisher tut es dies noch nicht, der von der Landesregierung angegebene Termin „Ende 2003“ ist längst überschritten –, gut geschulte Schulsekretärinnen und Schulleiter oder für die Datenerfassung abgestelltes Personal die Statistiken mit deutlich geringerem Zeitaufwand abgeben können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Bei allen Veröffentlichungen zu SVN – Schulverwaltung am Netz – kann man lesen, wie wichtig die Sicherheit beim Datenaustausch genommen wird. Von gesichertem zentralem Internetzugang ist die Rede, der den Betrieb von Sicherheitstools ermöglicht und damit den notwendigen Schutz sensibler Daten im Verwaltungsbereich garantiert. Ein Jahr nach der Stellungnahme zu unserem Antrag – zu diesem Zeitpunkt steckte das Projekt noch immer in den Kinderschuhen – wurde bereits der Datenschutzbeauftragte des Landes aktiv. Zum Datenschutzbericht fragte die „Stuttgarter Zeitung“ süffisant, ob wir auf dem Weg zum gläsernen Schüler seien, und die „Schwäbische Zeitung“ titelte am 11. Dezember 2004: „Heikelste Daten auf dem Präsentierteller“. Unter der Zwischenüberschrift „Peinlichkeiten – Schülerdateien in der Kritik“ heißt es da – ich zitiere –:

Etwa 1 000 Seiten umfasst das Konzept des Kultusministeriums für eine zentrale und personenbezogene Schülerdatei. Warum sich das Kultusministerium zum Herrn der Daten aufschwingen wolle, war für Zimmermann nicht nachvollziehbar. Der umfangreiche Datenkatalog für Schüler – selbst Telefonnummern mancher Eleven sollten gespeichert werden – gehe weit über den Kreis der bisher für die Schulstatistik verwendeten Daten hinaus. Da könne man nur spekulieren, ob das Kultusministerium die Schulen wieder mehr an die Kandare nehmen wolle, hieß es.

(Käppeler)

Der gesicherte Internetzugang schützt uns somit leider nicht vor der Landesregierung.

Zwischenzeitlich konnte ich einer Präsentation zur „Schulverwaltung am Netz“ entnehmen, dass auf die zentral gespeicherten Schülerdaten nur die jeweilige Schule zugreifen darf. Das ist zu begrüßen, und das ist die logische Konsequenz der harschen Kritik von Fachleuten. Ich würde aber keine Wette dazu eingehen, ob das dann tatsächlich auch so funktioniert oder ob sich die Kultusverwaltung, für welche Zwecke auch immer, ein Guckloch offen hält.

(Abg. Rückert CDU: Ha no!)

Zur Datenerhebung über Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall, der eigentlichen Intention unseres Antrags, erhielten wir mit der Stellungnahme vom 4. Dezember 2003 folgende Auskunft – ich zitiere –:

Mit dem schulischen Berichtswesen „E-Stat“, das mit „Schulverwaltung am Netz“ (SVN) eingeführt wird, stehen nach jetzigem Zeitplan ab dem kommenden Schuljahr alle Informationen zur Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Deshalb kann auf Stichprobenerhebungen verzichtet werden.

Genau diese Stichprobenerhebungen hatte die SPD in ihrem Antrag gefordert, analog zu den Jahren 2000 bis 2002. Unter dem „kommenden Schuljahr“ war in der Stellungnahme wohl das Schuljahr 2004/2005 gemeint. Nun erfuhr ich durch einen Anruf beim Helpdesk des Kultusministeriums am 18. Mai dieses Jahres, dass das Projekt bzw. die Technik nebst allen Applikationen inzwischen voll funktionsfähig sei und dass die E-Stat-Datenerhebung zwar laufe, jedoch noch nicht flächendeckend.

Erlauben Sie mir einen kurzen Ausblick in die Zukunft: Auch zu Beginn des kommenden Schuljahres 2005/2006 wird es also noch keine flächendeckende elektronische Datenerhebung geben, die uns Auskunft über die tatsächliche Unterrichtsversorgung und über den Unterrichtsausfall gibt. Sie wollten uns darüber schlicht keine Auskunft geben, und deswegen sage ich hier in aller Deutlichkeit: Sie haben uns bei der Wahrnehmung eines zentralen Rechts des Parlaments, des Rechts auf Information über die Handlungen der Regierung, hintergangen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Warum Sie das tun, liegt klar auf der Hand. Die E-Stat-Daten werden belegen, dass es mit der flächendeckenden und ausreichenden Unterrichtsversorgung nicht weit her ist. Diese Erkenntnis werden Sie den Betroffenen kaum vorenthalten können. Nur sollen es die Menschen erst nach der Landtagswahl im März nächsten Jahres erfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zwischenzeitlich erzählen Sie dem Parlament, man könne auf Stichprobenerhebungen verzichten, weil ja die Daten bald komplett verfügbar seien, und wahrscheinlich werden Sie uns heute – neun Monate vor der Wahl – mitteilen, das Projekt habe Anlaufschwierigkeiten, sodass jetzt leider überhaupt keine Daten zur Verfügung stünden. Eine solche Argumentation entspräche nachweislich nicht den Tatsa-

chen und wäre zudem intellektuell unredlich. Denn selbstverständlich können Schwierigkeiten bei der Schnittstelle zur Schulverwaltungssoftware eintreten und wird es bei der Einführung einer neuen Technologie und der durch sie bedingten Reorganisationsmaßnahmen immer auch zu Verzögerungen kommen. Aber genau deshalb wäre es gerade Ihre Pflicht gewesen, die von uns geforderten Stichprobenerhebungen parallel durchzuführen.

Ob es nun zu der von Ihnen angekündigten flächendeckenden Auswertung der Unterrichtssituation und des Unterrichtsausfalls an öffentlichen Schulen bei Bedarf kommt, steht in den Sternen. Zu Beginn des Projekts erweckten Sie den Eindruck, durch E-Stat würde mit einem Mausklick eine Übersicht über die aktuelle Situation an allen Schulen im Land abgerufen werden können, sodass Arbeitskraft pädagogisch und unterrichtlich sinnvoller genutzt werden könnte als für das Zusammentragen von Daten zur Beantwortung von Landtagsanfragen der Opposition, weil diese dann sowieso in kürzester Zeit beantwortet werden könnten.

Wir möchten – und darauf bestehen wir – in Zukunft nicht nur den Istzustand für den Tag der Abgabe der Statistik irgendwann im Herbst erfahren, sondern wir möchten die neue Technik auch für uns als Opposition genutzt wissen, um stichprobenartig über Umfang und Ausmaß von Unterrichtsausfall informiert zu werden. Vielleicht passen dann die Klagen von Eltern, Lehrern und Schulleitern genauer mit den uns von Ihnen vorgelegten Zahlen zusammen.

Ich sagte es bereits: Wir sind überzeugt, dass, wenn wir das Ist der tatsächlich erteilten Stunden vom Soll abziehen, die Zahl der nicht gehaltenen Stunden deutlich zutage tritt. Dann wird das strukturelle Defizit an den Berufsschulen deutlich. Dann sehen wir, dass an den Sonderschulen eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung eingetreten ist. Dann erfahren wir, dass an Hauptschulen kaum noch Arbeitsgemeinschaften, erweitertes Bildungsangebot sowie Stütz- und Fördermaßnahmen angeboten werden, und dann werden wir amtlich bzw. digital mitgeteilt bekommen, dass sich die Schüler/Lehrer-Relation in den letzten Jahren trotz der zusätzlichen Neueinstellungen und trotz der Deputats-erhöhung im gymnasialen Bereich verschlechtert hat. Vielleicht nutzt das Ganze dann auch der Argumentationskunst der Kultusministerin gegenüber dem Finanzminister, damit bei rückläufigen Schülerzahlen nicht heute schon von Einsparungen und Personalabbau gesprochen werden muss, sondern der Grad der Unterrichtsversorgung wieder erreicht werden kann, den wir schon einmal hatten.

Übrigens: Der Rechnungshof hat Ihr Projekt „Schulverwaltung am Netz“ schon Mitte Juli 2003 in der Denkschrift 2003 kritisiert. Ich zitiere wörtlich:

Der Rechnungshof hat das Kultusministerium darauf hingewiesen, dass das Projekt erheblich teurer werde als geplant und seine Umsetzung zu lange dauere.

In Nordrhein-Westfalen jammerte die CDU im Landtagswahlkampf über den offenbar zu hohen Unterrichtsausfall. In Baden-Württemberg wird dies Eltern und Schulleitungen, dem Parlament und der Öffentlichkeit nicht einmal mitgeteilt; das alles mit der Begründung, das Projekt „Schulverwaltung am Netz“ sei im Entstehen. Dabei zögern Sie den

(Käppeler)

Start dieses Projektes so lange hinaus, bis die Landtagswahl in Baden-Württemberg vorbei ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Zuruf von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Abg. Käppeler SPD: Frau Präsidentin, ich bin beim letzten Satz.

Deshalb unsere Forderung an Sie, in Bezug auf Unterrichtsausfall sofort eine Stichprobe zu veranlassen und uns nicht länger zu verheimlichen, wie hoch bei uns im Land der Unterrichtsausfall tatsächlich ist.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Traub.

Abg. Traub CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Kollege Käppeler, eigentlich liegen wir gar nicht so weit auseinander. Aber die Unterstellungen, die Sie am Schluss in Richtung Ministerium gemacht haben, möchte ich zurückweisen. Es waren scharfe Geschütze, die Sie aufgefahren haben, die aber sicherlich nicht gerechtfertigt sind.

(Abg. Käppeler SPD: Da könnten wir doch eine Stichprobe machen!)

Das Projekt „Schulverwaltung am Netz“ ist sehr zu begrüßen. Es muss möglichst bald und endgültig eingeführt werden und auch funktionieren. Darin sind wir uns einig.

Die Modernisierung und Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und der Kommunikation zwischen Schulen und Schulverwaltung ist unbestritten sinnvoll. Gerade bei den Diskussionen im Schulausschuss – da sind Sie ja immer wieder dabei –

(Abg. Käppeler SPD: Immer!)

ist immer deutlich geworden, dass es im Interesse aller liegt, dass Schuldaten, Schüler- und Lehrerdaten, zügig und flexibel ausgetauscht und ausgewertet werden können. Solche Daten sind für eine zielgenaue Planung und Steuerung der Unterrichtsversorgung und der Verteilung der Lehrkräfte unerlässlich.

Durch ein modernes Statistikverfahren kann zudem den Schulen vor Ort sehr viel Verwaltungsarbeit erspart werden. Auch wir als Landtag sind an einer guten und vollständigen Datenlage sehr interessiert.

Ich kann es Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, heute nicht ersparen: Sie können sich künftig die permanenten Abfragen der Unterrichtsversorgung in einzelnen Landkreisen und Schulämtern ersparen, die – auch das muss man feststellen, lieber Kollege Käppeler – zu arbeitsaufwendigen Sondererhebungen bei den Schulen

führen. Hier blockieren Sie Schuljahr für Schuljahr viel wertvolle Lehrerarbeitszeit.

(Zuruf von der SPD)

Baden-Württemberg ist bei der Unterrichtsversorgung – damit komme ich zum zweiten Bereich – gut aufgestellt. Bei uns wurden, wie in kaum einem anderen Bundesland, neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, neue Stellen geschaffen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

und funktionierende Vorkehrungen gegen krankheitsbedingten Unterrichtsausfall getroffen, und das wissen Sie auch. Sie wollen es aber nicht immer wahrhaben.

In der letzten Plenarsitzung – auch dies will ich bei diesem Tagesordnungspunkt nicht verschweigen – wurden bereits einige ausführliche Debatten über die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen geführt. Ich will heute nochmals darauf hinweisen, dass wir es trotz der schwierigen Lage am Ausbildungsmarkt geschafft haben, sogar in diesem besonders kritischen Bereich den Unterrichtsausfall zu reduzieren.

Wir erhoffen uns durch die Einführung des Projekts „Schulverwaltung am Netz“ in Zukunft eine noch bessere Lehrerbearbeitungsplanung. Vielleicht wird es auch gelingen, die zum Teil fachspezifischen Engpässe in den beiden Fächern Mathematik und Naturwissenschaft in noch stärkerem Maße abzustellen oder zumindest stark zu minimieren.

Allerdings müssen wir die Einführung des Projekts „Schulverwaltung am Netz“ rechtlich noch vollends in die passende Richtung bringen. Auch müssen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, die Sie vorhin angesprochen haben – das wissen Sie –, die insbesondere den datenschutzrechtlichen Vorgaben gerecht werden müssen. Ich weiß, dass die Landesregierung hierzu in Gesprächen mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz steht. Ich glaube, dass wir in Kürze in diesem Hause miteinander über eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes diskutieren können und dann auch zu einem abschließenden Ergebnis kommen.

Leider – und das ist der andere Punkt – hat sich die Einführung im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen verzögert. Wir müssen dabei aber sehen, dass neben den schwierigen Verhandlungen mit dem Datenschutzbeauftragten – Kollege Käppeler, Sie haben das vorhin ja aus der Presse zitiert; die Verhandlungen sind von unserem Staatssekretär Rau geführt worden; er hat auch im Schulausschuss darüber berichtet – noch weitere Anpassungen in Richtung Verwaltungsreform notwendig waren. Auch das ist einsichtig.

Wir können heute mit Sicherheit davon ausgehen, dass unser Ministerium die Einführung des Projekts „Schulverwaltung am Netz“ so gut es geht beschleunigen und neben den rechtlichen Fragen auch noch zügig und vollends die offenen technischen Fragen lösen wird. Das wird sicher in den nächsten Wochen und Monaten erfolgen. Ich gehe davon aus, dass Herr Staatssekretär Rau nachher über den aktuellen Stand berichten wird.

Mit der Einführung des neuen schulischen Berichtswesens werden alle Informationen zur Unterrichtsversorgung zur

(Traub)

Verfügung stehen, ohne die Schulen durch arbeitsaufwendige Sonderregelungen zu belasten, wie Sie das, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in Ihrem Antrag fordern. Bis dahin können sich Elternvertreter vor Ort im Übrigen jederzeit bei ihrer Schulleitung über die Dokumentation der Unterrichtssituation informieren. Das ist bisher auch immer möglich gewesen. Aus unserer Sicht hat sich der Beschlussteil Ihres Antrags zumindest heute erledigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Land Baden-Württemberg hat, wie angekündigt und wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, 5 500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Herr Käppeler, das war ein beispielloser Kraftakt. Ich kenne kein anderes Bundesland, das sich hiermit vergleichen könnte.

Bei insgesamt noch immer steigenden Schülerzahlen haben wir vor allem durch diesen Kraftakt eine mehr oder weniger befriedigende Unterrichtsversorgung sichern können. Dass es im Bereich der beruflichen Schulen – Herr Käppeler, das haben Sie angesprochen – noch immer zu vielen Unterrichtsausfällen kommt, ist, wie alle hier im Hause wissen, nicht auf das Fehlen von Stellen, sondern auf das Fehlen qualifizierter Fachlehrerinnen und Fachlehrer und wissenschaftlicher Lehrerinnen und Lehrer zurückzuführen.

Was ich damit sagen will, ist: Auf Mängel in der Unterrichtsversorgung haben wir mit Maßnahmen zur Behebung reagiert.

(Abg. Zeller SPD: Unzureichend!)

Ich kann mich dem, was Kollege Traub dazu gesagt hat, nur anschließen.

Verstehen Sie mich nicht falsch! Die möglichst konkrete und zeitnahe Information über die relevanten Daten bezüglich der Unterrichtsversorgung ist dem Grunde nach selbstverständlich die erste Voraussetzung dafür, Mangelsituationen überhaupt begegnen zu können, und zwar am besten bereits planerisch und vorausschauend. Alle hierzu heute technisch zur Verfügung stehenden Mittel müssen ohne Wenn und Aber genutzt werden. Genau das ist aber eines der Ziele, die mit dem Projekt „Schulverwaltung am Netz“ verfolgt werden.

Die Übermittlung schulstatistischer Daten zur zielgenauen Planung und damit auch zur Steuerung der Unterrichtsversorgung auf elektronischem Wege, also ohne Wechsel des Mediums und praktisch ohne zeitlichen Verzug, ist in der Tat das Gebot der Stunde. Das Projekt „Schulverwaltung am Netz“ trägt dem in wünschenswerter Weise Rechnung.

Vor allem technische Probleme – das ist ja auch angesprochen worden – bzw. Probleme bei der Entwicklung der für diese Anwendung erforderlichen Software, aber auch Fragen des Datenschutzes hinsichtlich der elektronischen Übermittlung personenbezogener Daten – im Schulaus-

schuss ist das alles schon ausführlich besprochen worden – haben dazu geführt, dass sich die Einführung des elektronischen Berichtswesens E-Stat verzögert hat. Das bedauern wir alle, aber die Gründe sind einsichtig.

Umso erfreulicher ist aber, Herr Käppeler, Herr Kollege Traub, meine Damen und Herren, dass in absehbarer Zeit eben durch dieses Berichtswesen umfangreiche Informationen zur Unterrichtsversorgung zeitnah zur Verfügung stehen werden. Dann wird auch eine zielgenauere Steuerung und Planung möglich sein.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über das Projekt „Schulverwaltung am Netz“ gibt es Konsens. Die Ziele sind richtig. Es ist gut, wenn es eine sichere und schnelle Kommunikation zwischen den Schulen gibt. Auch das Ziel, damit eine Optimierung der Unterrichtsversorgung zu erreichen, ist natürlich grundsätzlich richtig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Allerdings ist es Ihnen bei der Umsetzung ein bisschen so gegangen wie der Bundesregierung bei der Einführung der Maut.

(Abg. Zeller SPD zur CDU: Da haben Sie aber schwer geschimpft!)

Es gab Probleme, Verzögerungen, unzureichende Lösungen bei der Soft- und Hardware,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

und die Mitarbeiter sind nicht ausreichend geschult worden. Dies hat dazu geführt, dass Sie Ihre Ziele für den Zeitablauf nicht einhalten konnten.

Deshalb – Herr Käppeler hat schon darauf hingewiesen – ist Ihr ehrgeiziges Ziel, E-Stat bis zum Jahr 2004 flächendeckend umzusetzen, nicht erreicht worden. Auch deshalb ist dieser Antrag aus dem Jahr 2003, der zunächst einmal veraltet erscheint, erstaunlich aktuell.

(Abg. Zeller SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Caroli SPD: So sehen wir es auch!)

Ich möchte an einigen Punkten aufzeigen, wo Sie die Ziele nicht erreicht haben – wo Sie die Realisierung vielleicht auch verschleppt haben; das kann gerade im Bereich der Unterrichtsversorgung nicht ausgeschlossen werden –:

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist eine bösertige Unterstellung!)

Erstens: Unterrichtsversorgung. Sie haben im Jahr 2003 argumentiert, dass Sie die Stichproben zur Feststellung des Ausmaßes des Unterrichtsausfalls einstellten, weil Sie ja bereits im Jahr 2004 durch die Projekte „Schulverwaltung

(Renate Rastätter)

am Netz“ und E-Stat eine flächendeckende Auswertung der Unterrichtsversorgung bzw. des Unterrichtsausfalls hätten. Nun gab es zweieinhalb Jahre lang keinerlei öffentliche Aussagen zum Ausmaß des Unterrichtsausfalls.

(Abg. Zeller SPD: Genau! Das ist das Problem!)

Aber die Gesellschaft, die Eltern, die Schüler haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wo und in welchem Ausmaß es Unterrichtsausfälle gibt. Diese Veröffentlichung ist auch notwendig, damit endlich wirksame Strategien gegen den Unterrichtsausfall ergriffen werden können.

Meine Damen und Herren, es gibt in Baden-Württemberg nicht nur den strukturellen Unterrichtsausfall von rund 6 % an den Sonderschulen und von über 6 % an den beruflichen Schulen. Vielmehr gibt es auch an den allgemein bildenden Schulen Unterrichtsausfall. Dieser Unterrichtsausfall wird erst dann konsequent abgebaut, wenn auch die Öffentlichkeit regelmäßig darüber informiert wird, in welchem Ausmaß der Unterricht ausfällt.

Zweitens: Das Projekt „Schulverwaltung am Netz“ führt nicht nur zu einer Entlastung. Vielmehr führt bereits jetzt die Vernetzung dazu, dass speziell die Schulsekretariate höher belastet werden. Es kommt zu einem wesentlich größeren Datenfluss. Die Datenflut nimmt zu. Das kennen Sie selber von Ihren E-Mails. Sie haben die Kommunen mit diesem Problem allein gelassen. In den Schulsekretariaten sind Schreibkräfte in den Vergütungsgruppen BAT VII und VIII beschäftigt. Wir brauchen hier jetzt besser qualifizierte Fachkräfte. Die Schulsekretariate brauchen mehr Zeit. Auch die Schulleitungen brauchen mehr Zeit. Dafür haben Sie noch keine Lösung entwickelt. Das sind Probleme, die im Zusammenhang mit dem Projekt „Schulverwaltung am Netz“ gelöst werden müssen.

Drittens: Datenschutz. Herr Kollege Käppeler hat es schon angedeutet: Das Projekt „Schulverwaltung am Netz“ darf nicht dazu genutzt werden, den „gläsernen Schüler“ zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Ruhe da drüben!)

Aber wir brauchen die Daten, damit zum Beispiel das Ausmaß des fachfremden Unterrichts ermittelt werden und gezielt fachfremder Unterricht gerade in Fächern wie zum Beispiel Musik und Sport abgebaut werden kann. Es nützt den Schulen nichts, wenn Sie immer wieder betonen, rein von der Statistik her seien genügend Lehrer mit der Fakultas für die entsprechenden Fächer eingestellt, wenn diese Lehrer und Lehrerinnen diese Fächer an den Schulen nicht unterrichten oder nur einen Anteil unterrichten und wir ein hohes Ausmaß an fachfremdem Unterricht haben. Deshalb brauchen wir auch hier die Auswertung der Daten, um einen gezielteren Einsatz der Lehrer in den Fächern zu erreichen.

Schließlich: Wir brauchen auch die Daten, um uns Klarheit darüber zu verschaffen, wohin die Lehrerstunden aus dem Ergänzungsbereich fließen. Auch da haben die Schulen und die Eltern einen Anspruch darauf, zu erfahren, was mit diesen Stunden gemacht wird, die der Schulverwaltung zur Verfügung gestellt werden, die aber bei den Schulen nie ankommen?

Fakt ist doch: Sie behaupten, jede Klasse in der Grundschule bekomme über die Schulverwaltung zwei Stunden für den Ergänzungsbereich zugewiesen. Aber diese Stunden kommen in den Schulen nie an. Deshalb brauchen wir eine Transparenz. Sie kann mit den Daten hergestellt werden. Wir fordern Sie auf, diese Daten endlich auch sinnvoll für eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu nutzen.

Ich komme zum Schluss. Fazit: Sie haben einerseits die Probleme technisch nicht bewältigt, andererseits aber bestimmte Probleme verschleppt,

(Abg. Zeller SPD: Verschleiert!)

um Missstände zu verschleiern. Deshalb schließe ich mich der Forderung der SPD-Fraktion an:

(Abg. Zeller SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das begrüßen wir ausdrücklich, dass sie sich uns anschließt!)

Nehmen Sie entweder sofort die Auswertung der Daten vor, um den Unterrichtsausfall zu dokumentieren, oder, wenn Sie das tatsächlich nicht können – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich war bei meinem letzten Halbsatz, sehr verehrte Frau Präsidentin. Den sage ich gerade noch, wenn ich darf, und dann bin ich am Ende meiner Rede.

Also, der zweite Halbsatz:

(Heiterkeit – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt, was war es?)

Wenn Sie diese Auswertung nicht vornehmen können, machen Sie eine Stichprobenerhebung, wie Sie sie in der Vergangenheit durchgeführt haben, damit die Eltern und die Gesellschaft in Baden-Württemberg, die Bürger und Bürgerinnen, endlich erfahren,

(Zuruf des Abg. Traub CDU)

wie der Unterrichtsausfall aussieht, und wir die geeigneten Gegenmaßnahmen ergreifen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Fischer SPD: Ein langer Halbsatz! – Abg. Dr. Caroli SPD: Immerhin ist er ihr wieder eingefallen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rau.

Staatssekretär Rau: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war ja anzunehmen, dass auch dieser alte Antrag dazu genutzt wird, um die Unterstellungen zur Unterrichtsversorgung, die hier regelmäßig vorgetragen werden, ein weiteres Mal zu wiederholen. Ich darf deshalb das, was die Landesregierung in diesem Zusammenhang bereits häufiger festgestellt hat, noch einmal deutlich machen: Die Unterrichtssituation hat sich in diesem Schuljahr gegenüber dem vorhergehenden Schuljahr weiter verbessert.

(Staatssekretär Rau)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wir haben im Bereich der Sonderschulen und der beruflichen Schulen das Unterrichtsdefizit Jahr um Jahr abbauen können. Wir haben im Bereich der Grund- und Hauptschulen sowie der Realschulen und der Gymnasien zu der notwendigen Ausstattung zur Erteilung des Pflichtunterrichts in allen Bereichen weitere Stunden für den Ergänzungsbe- reich zur Verfügung stellen können.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber sie sind nicht an den Schulen angekommen!)

Die letzte KMK-Statistik über die Entwicklung der Relation Schüler je Lehrer hat im Ländervergleich ergeben, dass Baden-Württemberg unter den alten, westdeutschen Flächenländern in den verschiedenen Bereichen nach wie vor auf Platz 1 liegt. Wir arbeiten daran, diese Spitzenposition zu halten und weiter auszubauen.

(Abg. Wintruff SPD: Wie haben Sie denn das erho- ben? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatsse- kretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. We- ckenmann?

Staatssekretär Rau: Nein.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ach, Herr Rau, das können Sie aber nicht machen! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Damit dieses wichtige Ziel erreicht werden kann, hat die Landesregierung ein Bündel von Maßnahmen ergriffen, mit denen die Unterrichtssituation an den Schulen des Landes weiter optimiert werden soll. Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem die Stärkung der Eigenständigkeit der Schu- len und beispielsweise auch die Direktausschreibung von Stellen an den Schulen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Beurteilung des er- reichten Versorgungsniveaus an unseren Schulen ist die Be- reitstellung eines modernen Berichtswesens für die Sicher- stellung des Unterrichts, das die notwendigen Daten zuver- lässig und vor allem rasch zur Verfügung stellen kann.

Hierzu hat die Landesregierung – jetzt hören Sie gut zu! – das bundesweit einmalige, auf neuester IuK-Technik basie- rende Verwaltungsreformprojekt „Schulverwaltung am Netz“, kurz SVN, auf den Weg gebracht. Wir sind bisher das ein- zige Bundesland, das eine solche Entwicklung vorgenom- men hat, kurz vor dem Abschluss steht und dann auf der Basis dieser Technik in der Lage ist,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

entsprechende Daten zur Verfügung zu stellen – das einzige von 16 Bundesländern, Baden-Württemberg an der Spitze der Entwicklung.

(Abg. Wintruff SPD: Das sagen andere Länder doch auch!)

– Nein, die sind eben noch nicht so weit. Andere Länder fragen inzwischen bei uns nach, ob sie sich an unsere Ent-

wicklung anhängen können. Das ist so. Deswegen kann ich dieses Gejammere hier nicht ertragen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

bei dem immer unterstellt wird, wir würden wegen irgend- welcher Wahldaten Entwicklungen verschieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr richtig! – Sehr gut!)

Die CDU braucht nirgendwo Wahlen zu fürchten, schon gar nicht in diesem Land. Das kann ich Ihnen nur mit auf den Weg in das nächste Jahr geben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Seien Sie doch nicht so ag- gressiv! – Abg. Capezzuto SPD: Da meinst du ge- rade schon, der Napoleon steht da vorn! Aber nur die Größe! Napoleon ante portas! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU – Unruhe)

Mit „Schulverwaltung am Netz“ sollen die umfangreichen Schüler-, Lehrer- und Unterrichtsdaten der öffentlichen Schulen des Landes elektronisch erfasst werden. Diese ste- hen dann allen Ebenen der Schulverwaltung und den Schu- len selbst für die komplexen Planungs- und Steuerungsauf- gaben im Rahmen der Unterrichtsversorgung früher, zuver- lässiger und umfassender zur Verfügung.

Ich will das kurz erläutern. Während zwischen der Erfas- sung der schulstatistischen Daten über umfängliche Erhe- bungsbögen an den Schulen des Landes im Oktober eines jeden Jahres und der Bereitstellung der amtlichen Schul- statistik durch das Statistische Landesamt im Mai/Juni des darauf folgenden Jahres mehr als ein halbes Jahr vergeht, soll künftig über SVN die Auswertung spätestens im De- zember des laufenden Jahres vorliegen.

Zuverlässiger werden die Daten deshalb sein, weil diese di- rekt aus den an den Schulen eingesetzten Schulverwaltungs- programmen gewonnen und über eine Schnittstelle in die zentrale SVN-Datenbank der Schulverwaltung übermittelt werden. Die Daten sind dann umfassender als die bislang auf dem Papierweg erhobenen schulstatistischen Daten, weil Schüler- und Lehrerindividualdaten übermittelt wer- den. Ohne den Einsatz neuester IuK-Technologie könnten die dabei anfallenden Datenmengen allerdings nicht mehr bearbeitet und ausgewertet werden.

Hervorzuheben ist insbesondere, dass auf der Grundlage von Individualdaten Doppelzählungen so gut wie ausge- schlossen werden. Dies gilt besonders für die Feststellung der Schülerzahlen, denn diese sind die Grundlage sowohl für die Schulverwaltung zur Zuweisung der notwendigen Ressourcen als auch für die Schulträger zur Ermittlung der Ausgleichszahlungen im Rahmen des kommunalen Finanz- ausgleichs.

Dabei werden wir im Einvernehmen mit dem Landesdaten- schutzbeauftragten diese Daten für die zentrale Auswer- tungsdatenbank anonymisieren. Die Landesregierung er- wartet, dass dadurch eine gezieltere Ressourcenzuweisung zu den Schulen und damit eine weitere Verbesserung der Unterrichtssituation ermöglicht wird.

(Staatssekretär Rau)

Weiter lassen sich über die zentrale SVN-Datenbank auf der Grundlage der anonymisierten Individualdaten

(Abg. Zeller SPD: Wann ist das so weit?)

vielfältige Auswertungen durchführen, die derzeit in mühevoller und zeitraubender Arbeit von Schulverwaltung und Statistischem Landesamt geleistet werden müssen.

(Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, wann ist das so weit, was Sie vorlesen?)

– Ich komme dazu. Haben Sie Geduld, Herr Zeller, dann werden Sie die Auskunft noch bekommen.

(Abg. Zeller SPD: Ich habe große Geduld!)

Klar ist auch, dass das Landesdatenschutzgesetz nicht beliebige personenbezogene Auswertungen zulässt. So sind die oft geforderten Bildungsbiografien leider nicht mit den Regelungen des Landesdatenschutzgesetzes vereinbar. Wir werden daher – da erinnere ich mich an eine Debatte mit dem Kollegen Wintruff – diese Verlaufsdaten nicht erhalten können und auch nicht auswerten können. Die Untersuchung von Bildungsbiografien wäre ungeheuer wichtig, um schlüssige Aussagen zum Thema „Soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen“ machen zu können. Leider ist die Datenschutzgesetzgebung so, dass wir diese Daten nicht erheben dürfen.

Auch die seither ausgesetzte Stichprobenerhebung zur Unterrichtssituation – wie viele Stunden konnten erteilt bzw. vertreten werden, wie viele sind aus welchen Gründen ausgefallen? – ist im Leistungsumfang von SVN erhalten. Ich will aber, weil man dem Kollegen Traub offensichtlich nicht richtig zugehört hat und das hinterher wieder gefordert hat, noch einmal deutlich sagen: Die Elternvertreter sind auch heute jederzeit berechtigt, in die Aufzeichnungen, die zu diesen Fragen vor Ort geführt werden müssen, Einblick zu nehmen.

(Abg. Zeller SPD: Dann haben Sie doch die Daten!)

– Nein, die Schulen haben sie.

(Abg. Zeller SPD: Ja, das ist doch kein Problem!)

Wir sammeln das alles nicht wieder auf dem Papier ein, wenn wir es demnächst mit schneller Datenübertragung machen können.

(Abg. Zeller SPD: Aber Sie können doch eine Stichprobe durchführen!)

Deswegen können diejenigen, die sich betroffen fühlen, nämlich die Eltern, an ihrer Schule jederzeit Auskunft darüber erhalten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage –

Staatssekretär Rau: Ich möchte bei dieser an sich trockenen Materie die Debatte nicht weiter verlängern.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Ein weiteres Modul des Projekts SVN wird das seitherige „handgestrickte“ Verfahren zum Abgleich von Mehrfachbewerbungen im Bereich der beruflichen Vollzeitschulen ersetzen. Auch das ist ein wichtiges Anliegen,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

weil wir ja jedes Jahr im April/Mai zu hören bekommen, dass nicht genügend Plätze an beruflichen Vollzeitschulen vorhanden seien, um dann festzustellen, dass unsere Steuerungsinstrumente diese Problematik gut lösen können. Wir können aber in Zukunft die Panik noch früher aus dem System nehmen,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

wenn wir die Daten über SVN abgleichen können.

(Abg. Moser SPD: Welche Rolle spielt denn das Parlament bei Ihnen? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Gar keine! Er ist doch Napoleon! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich beantworte hier einen Antrag im Parlament. Ich finde das ganz interessant.

(Abg. Moser SPD: Ich frage das deshalb, weil Sie auf die Eltern verweisen! Wollen Sie sagen, wir Deppen säßen hier nur rum und fragten in die Luft, oder wie?)

– Diese Bezeichnung, die Sie gerade für die Kolleginnen und Kollegen gebraucht haben, Herr Kollege Moser, würde ich, zumal ich auch selbst Abgeordneter bin, niemals in den Mund nehmen. Aber ich möchte Ihnen sagen,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

dass wir ungeheuer viel Arbeit leisten, um die einzelnen Anträge, die hier gestellt werden, vernünftig zu beantworten.

(Abg. Zeller SPD: Diese Abgeordneten werden von Ihnen diskriminiert! Das ist die Sauerei! – Widerspruch bei der CDU)

Diese Arbeiten müssen in der Kultusverwaltung und in den Schulen geleistet werden.

(Abg. Zeller SPD: Und diese Abgeordneten werden von Ihnen diskriminiert!)

– Diskriminiert? Was ist denn das?

(Große Unruhe – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Zeller: Das Recht, zu fragen, wird vom Ministerium infrage gestellt! Das wird Konsequenzen haben! Das Recht, zu fragen, wird infrage gestellt! Darüber werden wir im Präsidium reden! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der Zeller ist neben der Kappe! Der ist jenseits von gut und böse! – Abg. Kiefl CDU: Setzen! Sechs!)

– Das ist eine ungeheuerliche Unterstellung!

(Glocke der Präsidentin – Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Rau: Ich will es den Kollegen, die zuhören wollen, gerne erklären, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeden Antrag, den wir bekommen, beantworten wir ordentlich. Wir sind aber jetzt, weil diese Anträge den Leuten vor Ort eine so ungeheure Arbeit bereiten,

(Abg. Zeller SPD: Dann lassen Sie doch jetzt die Zwischenfrage zu!)

dazu übergegangen, die Ursache für all diese Abfragen denjenigen, die die Arbeit haben, mitzuteilen. Diese besteht nämlich darin,

(Unruhe)

dass wir dem Parlament Auskunft geben müssen

(Zurufe und Unruhe)

und dass nicht wir die Schulen mit dieser Arbeit belasten, sondern dass das eine Auftragsarbeit für das Parlament ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt lassen Sie doch die Frage des Kollegen zu!)

Dafür bitte ich um Verständnis.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Lassen Sie die Frage zu! Er wurde diskriminiert! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

– Der ist doch nicht diskriminiert!

(Zurufe von der SPD: Doch! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Herr Zeller ist doch neben der Kappe!)

– Was ist denn das für eine Diskriminierung, wenn wir den Schulleitungen sagen, warum sie diese Daten liefern müssen? Sie müssen das tun, weil der Abg. Sakellariou einen Antrag gestellt hat. Das ist doch aber keine Diskriminierung! Das ist doch eine ganz normale Information.

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Seimetz: Das ist Diskriminierung der Eltern! – Abg. Rüeck CDU: Keine Zwischenfrage mehr!)

– Die Zwischenfrage lasse ich zu, weil ich –

(Abg. Rüeck CDU: Oh, schade! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Und warum meine nicht? – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Das kann ich Ihnen sagen: Weil mir klar ist, dass Herr Sakellariou der Anlass dieses ganzen Tumults hier ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie sind der Anlass! – Abg. Kleinmann FDP/DVP zur SPD: Nun lasst doch mal gut sein! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Nein. Der Anlass ist sein Antrag, und den haben wir entsprechend weitergegeben.

Abg. Sakellariou SPD: Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Auffassung,

(Zuruf von der CDU: Nein!)

oder wie bewerten Sie den Umstand, dass ein Abgeordneter auf eine Nachfrage nach dem Stundenausfall von den Schulleitern erfährt, dass er im Schreiben des Ministeriums als „uneinsichtig“ deklariert wird, wenn er sein Recht wahrnimmt, Zahlen abzufragen?

(Zurufe von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Sind Sie mit mir der Auffassung, dass dies kein normaler Umgang mit einem Abgeordneten ist, der die Elternanliegen in seinem Wahlkreis verifizieren möchte?

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Frechheit! – Abg. Zeller SPD zu Staatssekretär Rau: Unglaublich! Darüber müssten Sie als Parlamentarier anders denken! – Weitere Zurufe – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Staatssekretär zur Beantwortung der Frage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir gespannt auf die Antwort! – Abg. Zeller SPD: Es geht um das Selbstbewusstsein des Parlaments! – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Staatssekretär Rau: Herr Kollege Sakellariou,

(Unruhe)

wir haben Ihnen, nachdem Sie diesen Antrag gestellt hatten, mitgeteilt, was die Beantwortung dieses Antrags an Arbeitszeit kostet.

(Zuruf von der SPD: Na und? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Können wir das noch einmal hören?)

– Nicht „na und“! Es ging darum, eine Situation aufzuklären, die an den einzelnen Schulen für die Eltern aufklärbar ist, die aber so, wie der Antrag gestellt war, sehr viel Arbeit verursacht hat.

(Abg. Zeller SPD: Wir seien „uneinsichtig“, haben Sie gesagt!)

Deswegen haben wir den Schulen mitgeteilt, warum wir ihnen diese Arbeit machen müssen

(Abg. Zeller SPD: Weil er „uneinsichtig“ ist!)

und dass wir versucht haben, mit Ihnen über ein einfacheres Verfahren ins Gespräch zu kommen, was Sie aber abgelehnt haben. Das war der Vorgang.

(Abg. Seimetz CDU: Aha! – Lebhaftige Zu- und Gegenrufe von der CDU und der SPD)

Das ist meine Erklärung dazu.

(Staatssekretär Rau)

Auf besonderen Wunsch der Schulleitungen sieht SVN letztlich vor, dass die weiterführenden Schulen die aufzunehmenden Schüler nicht mehr einzeln erfassen müssen, sondern die entsprechenden Datensätze aus der zentralen Datenbank erhalten. Vor allem für die beruflichen Schulen ist das eine riesige Entlastung.

Jetzt kommen wir zu den Zeitplänen und zu dem, was schon konkret geschehen ist. Für die Übertragung insbesondere der personenbezogenen oder aus sonstigen Gründen schutzwürdigen Daten wurde eine flächendeckende, sichere Kommunikationsinfrastruktur geschaffen. Seit Mitte 2004 sind alle rund 4 200 öffentlichen Schulen am Netz. Damit ist Baden-Württemberg das erste Flächenland, das über eine derartige Infrastruktur verfügt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ein erstes wichtiges Ergebnis ist, dass die Verwaltungsabläufe zwischen den Schulen und den Schulaufsichtsbehörden nunmehr weitgehend elektronisch und damit wesentlich einfacher, schneller und kostengünstiger abgewickelt werden können.

Seit Februar 2005 wird über die Infrastruktur der KISS – das ist die Abkürzung für dieses Verfahren – zudem das Verfahren „Lehrereinstellung online Baden-Württemberg“ zur Onlineausschreibung von Lehrerstellen und Onlinebewerbung von Lehrkräften abgewickelt. Die Schulen haben so die Möglichkeit, bei der Einstellung von Lehrkräften in stärkerem Umfang mitzuwirken, etwa bei der Ausschreibung schulspezifischer Stellen und der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber.

Die Entwicklung der zentralen Verfahren zur Erhebung und Bereitstellung der Schüler-, Lehrer- und Unterrichtsdaten konnte mit deren Endabnahme im Februar dieses Jahres ebenfalls abgeschlossen werden. Damit hat die Landesregierung die zentralen technischen Voraussetzungen für die Einführung der medienbruchfreien elektronischen Übermittlung und Bereitstellung der Schüler-, Lehrer- und Unterrichtsdaten geschaffen.

Was jetzt noch fehlt, bevor die zentralen SVN-Verfahren zum Einsatz kommen können, sind Entwicklungs- bzw. Anpassungsarbeiten, die im Verantwortungsbereich der Hersteller der an den Schulen des Landes eingesetzten kommerziellen Schulverwaltungsprogramme liegen. Die Hersteller müssen mit ihren Produkten eine Schnittstelle bedienen, mit der die Daten an die zentralen SVN-Verfahren übertragen werden. Das Kultusministerium ist zuversichtlich, dass die Schnittstellen von allen Herstellern in absehbarer Zeit fehlerfrei bedient werden können.

Für die Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für die Gymnasien wurden einzelne Schulverwaltungsprogramme erfolgreich getestet. Dort werden demnächst Schulungen der Statistikbeauftragten erfolgen, und anschließend wird dort eine Parallelerhebung durchgeführt.

(Abg. Wintruff SPD: Schon wieder drei Monate vergeudet! Was heißt „in absehbarer Zeit“?)

– Ich sage Ihnen doch: Wir kupfern nicht etwas ab, was schon besteht, sondern wir entwickeln etwas neu, was andere noch gar nicht haben. Seien Sie doch froh, dass wir wieder die Ersten sind, die das haben werden.

(Abg. Wintruff SPD: Das dauert aber ewig! Bei der Maut haben Sie auch geschrien: „Das dauert zu lange!“ – Zurufe der Abg. Capezzuto und Zeller SPD)

Ende 2006 ist dann der flächendeckende Einsatz der Verfahren an allen Schularten vorgesehen. Die Verfahrensmodule zur Verwaltung des Lehrereinsatzes und zur Verteilung der Lehrkräfte auf die Schulen sind schon Ende des Jahres 2005 einsatzbereit.

Mittlerweile haben andere Bundesländer bei uns nachgefragt, um dieses System ebenfalls erhalten zu können. Wir haben eine Kooperationsvereinbarung mit dem Freistaat Bayern geschlossen, der das System ebenfalls übernehmen will. Weitere Ministerien haben nachgefragt.

Meine Damen und Herren, wir stehen kurz vor dem Ende einer ambitionierten Entwicklung mit ganz konkreten Auswirkungen auf die Systemsteuerung, auf die Qualitätsentwicklung und auf die Unterrichtsversorgung der Schulen.

(Abg. Wintruff SPD: Wann ist die Einweihungsfeier?)

Die Unterrichtsversorgung der Schulen ist dann am besten zu gewährleisten, wenn sie zusätzliche Ressourcen zur Verfügung haben. Wir hatten für die jetzt ablaufende Legislaturperiode 5 500 neue Stellen versprochen. Wir haben dieses Versprechen eingehalten. Wir hatten etwas zu verteilen, und wir haben etwas zu verteilen. Ich will es Ihnen sagen: In der laufenden Legislaturperiode sind inklusive der Einstellungsrunde des Schuljahrs 2005/2006, die im Juli abläuft, 24 000 junge Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen des Landes Baden-Württemberg gekommen. Da möchte ich doch einmal hören, in welches Lob die Opposition ausbricht, wenn man dem Parlament eine solche Erfolgsmeldung vermelden kann.

(Abg. Wintruff SPD: Ich hätte aber noch eine Frage!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/2563 ist durch die Aussprache erledigt.

Wie möchten Sie mit Abschnitt II verfahren? – Abstimmen.

Wer dem Abschnitt II des Antrags 13/2563 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe!

(Stellv. Präsidentin Christa Vösschulte)

– Enthaltungen? – Der Abschnitt II dieses Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Novellierung des Landesgleichbehandlungsgesetzes – Drucksache 13/2593

Der Antrag wird einvernehmlich ohne Aussprache für erledigt erklärt.

Meine Damen und Herren, die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 2. Juli 2005, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:45 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und Gremien

Ausschuss/Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	ordentliches Mitglied	Hauk	Dr. Scheffold
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Wirtschaftsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Hauk Oettinger	Müller Mappus
Sozialausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Hauk Oettinger	Müller Mappus
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)	ordentliches Mitglied	Oettinger Hauk	Mappus Dr. Scheffold
Wahlprüfungsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus
Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“	stellvertretendes Mitglied	Oettinger	Mappus

01. 06. 2005

Stefan Mappus und Fraktion

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzung im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Dr. Witzel	Brigitte Lösch

01. 06. 2005

Winfried Kretschmann und Fraktion